

PROSPEKT

OpenWorld[®]

Prospekt für Deutschland vom 18. Dezember 2017

Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund (ehemals Dynamic Assets)	Russell Investments Global High Dividend Equity
Russell Investments Euro Credit	Russell Investments Global Listed Infrastructure
Europe Focus Equity*	Russell Investments US Credit
Global Climate Change*	Russell Investments Multi Factor Global Equity Fund
Global Focus Equity*	Russell Investments Global Low Carbon Equity Fund
Russell Investments Global Focus Growth Equity	Russell Investments Global Focus Value Equity

OPENWORLD PUBLIC LIMITED COMPANY (DIE „GESELLSCHAFT“)

Ein Umbrella-Fonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds und eine nach den Gesetzen von Irland gemäß den Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) von 2011, in ihrer jeweils aktuellen Fassung, gegründete Investmentgesellschaft

Dieses Dokument ändert und ergänzt den Inhalt des Prospekts vom 7. Juni 2017, in seiner geänderten Fassung, und ist für Anleger in Deutschland bestimmt, die beabsichtigen, in die Gesellschaft anzulegen („Prospekt für Deutschland“). Dieses Dokument ist ausschließlich zur Verbreitung in Deutschland bestimmt.

*Alle Anteile der Teilfonds wurden zurückgenommen, und die Teilfonds wurden geschlossen und stehen für Anlagen nicht mehr zur Verfügung. Die Gesellschaft hat die Absicht, nach der endgültigen Auszahlung der Vermögenswerte in den Teilfonds bei der Zentralbank den Widerruf ihrer Zulassung zu beantragen. Die Gesellschaft wird bei der Zentralbank nach der Annahme der Widerrufsansträge die Genehmigung ersuchen, die Verweise auf die Teilfonds im Prospekt zu streichen.

INHALTSVERZEICHNIS

WICHTIGE INFORMATIONEN	4
DEFINITIONEN	6
DIE GESELLSCHAFT	13
VORSTELLUNG DER OPENWORLD PLC.....	13
AUFGABEN DES ANLAGEBERATERS	13
AUFGABEN DER FINANZVERWALTER	13
DIE TEILFONDS	14
RUSSELL INVESTMENTS MULTI-STRATEGY ALTERNATIVE UCITS FUND	15
RUSSELL INVESTMENTS EURO CREDIT	18
RUSSELL INVESTMENTS GLOBAL FOCUS GROWTH EQUITY	20
RUSSELL INVESTMENTS GLOBAL FOCUS VALUE EQUITY	21
RUSSELL INVESTMENTS GLOBAL HIGH DIVIDEND EQUITY	22
RUSSELL INVESTMENTS GLOBAL LISTED INFRASTRUCTURE.....	23
RUSSELL INVESTMENTS US CREDIT.....	24
RUSSELL INVESTMENTS MULTI-FACTOR GLOBAL EQUITY FUND.....	26
RUSSELL INVESTMENTS GLOBAL LOW CARBON EQUITY FUND.....	28
ALLGEMEINE ANLAGESTRATEGIEN UND ANLAGEBESCHRÄNKUNGEN	30
WERTPAPIERFINANZIERUNGSGESCHÄFTE	
RISIKOERWÄGUNGEN	38
VERWALTUNG DER TEILFONDS	50
KAUF VON ANTEILEN	50
RÜCKGABE VON ANTEILEN	52
VERWALTUNG UND ADMINISTRATION	60
DIE VERWALTUNGSGESELLSCHAFT	60
ANLAGEBERATER, VERTRIEBSSTELLE UND UK FACILITIES AGENT	60
DIREKTOREN UND <i>SECRETARY</i>	61
DER PROMOTER	62
DER ADMINISTRATOR	62
DIE VERWAHRSTELLE	63
ZAHLSTELLEN/VERTRETER/VERTRIEBSSTELLEN	64
INTERESSENKONFLIKTE.....	65
GEBÜHREN UND AUSLAGEN	66
ALLGEMEINES	66
GEBÜHREN UND AUSLAGEN	66
BETRIEB DER GESELLSCHAFT	69
DAS ANTEILKAPITAL.....	69
DIE TEILFONDS UND GETRENNTE HAFTUNG ZWISCHEN DEN TEILFONDS	69
VERSAMMLUNGEN UND STIMMRECHT VON ANTEILINHABERN	71
BERICHTE.....	71
AUFLÖSUNG VON TEILFONDS.....	71
VERSCHIEDENES.....	72
BEREITSTELLUNG UND EINSICHTNAHME IN UNTERLAGEN	73
BESCHWERDEN VON SEITEN DER ANTEILINHABER.....	73
ANHANG 1: BESONDERE EIGENSCHAFTEN DER ANTEILKLASSEN	74
ANHANG 2: DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE	83
ANHANG 3: DIREKTORIUM UND DIREKTOREN DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT	86
ANHANG 4: DIE GEREGLTEN MÄRKTE	89
ANHANG 5: ANLAGEBESCHRÄNKUNGEN	91
ANHANG 6: BESCHRÄNKUNGEN DES EINSATZES VON DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN	95
ANHANG 7: VERTRIEB DER ANTEILE IN ANDEREN JURISDIKTIONEN	102
ANHANG 8: BESTEUERUNG IN IRLAND.....	105
ANHANG 9: LISTE DER UNTERVERWAHRSTELLEN	113

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR ANLEGER
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND118

WICHTIGE INFORMATIONEN

Der interessierte Anleger darf nicht außer Acht lassen, dass der Wert der Anteile und die sich aus ihnen ergebenden Erträge sowohl fallen als auch steigen können, und es ist möglich, dass ein Anleger nicht den vollen von ihm investierten Betrag zurückerhält. Da von den Anlegern in den einzelnen Fonds bei der Ausgabe von Anteilen ein Ausgabeaufschlag verlangt werden kann, ist die Anlage zudem aufgrund der Differenz zwischen dem Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile als mittel- bis langfristig zu betrachten. Es sollte ferner beachtet werden, dass aufgrund dessen, dass die Teilfonds Russell Investments Euro Credit, Russell Investments Global High Dividend Equity und Russell Investments Global Listed Infrastructure Gebühren und Auslagen zulasten des Kapitals anstatt auf den Ertrag erheben, ein erhöhtes Risiko besteht, dass Anleger in diesen Teilfonds bei einer Rückgabe ihres Anteilbestands unter Umständen nicht den ursprünglich angelegten Betrag in voller Höhe zurückerhalten.

Die Direktoren, deren Namen auf Seite 11 genannt sind, übernehmen die Verantwortung für die in dem vorliegenden Dokument enthaltenen Informationen. Nach bestem Wissen und Gewissen der Direktoren, die jede angemessene Sorgfalt aufgewendet haben, um zu gewährleisten, dass dies der Fall ist, stimmen die in diesem Dokument enthaltenen Informationen mit den Tatsachen überein und lassen nichts aus, was die Bedeutung solcher Informationen beeinträchtigen könnte, und die Direktoren übernehmen entsprechend die Verantwortung hierfür.

Wenn Sie Zweifel über den Inhalt dieses Prospekts haben, sollten Sie Ihren Börsenmakler, Bankberater, Anwalt, Steuerberater oder anderen Finanzberater um Rat fragen. Dieser Prospekt sollte vollständig gelesen werden, bevor Anteile gezeichnet werden.

Die Verteilung dieses Dokuments ist nur unter der Bedingung genehmigt, dass dem Dokument ein Exemplar des neuesten Jahresberichts und, falls danach veröffentlicht ist, des neuesten Halbjahresberichts beigelegt ist. Diese Berichte sind Bestandteil dieses Prospekts. Anteile werden nur auf Grundlage der in diesem Dokument enthaltenen Informationen und auf Grundlage des neuesten testierten Jahresberichts bzw. des jeweils darauf folgenden Halbjahresberichts angeboten. Jegliche darüber hinausgehende Informationen oder Zusicherungen eines Händlers, Verkäufers oder einer anderen Person sollten nicht beachtet werden und folglich sollte nicht darauf vertraut werden.

Die Verteilung dieses Prospekts und das Anbieten oder der Erwerb der Anteile kann in bestimmten Jurisdiktionen beschränkt sein. Niemand, der eine Ausfertigung dieses Prospekts oder eines beigelegten Antragsformulars erhält, darf diesen Prospekt oder ein solches Antragsformular als eine Einladung an ihn zur Zeichnung von Anteilen betrachten, noch sollten solche Personen ein solches Antragsformular verwenden, es sei denn, in der betreffenden Jurisdiktion kann ihnen eine solche Einladung gesetzlich in zugelassener Art und Weise unterbreitet werden, und ein solches Antragsformular könnte gesetzlich ohne Beachtung von Registrierungsanforderungen oder anderen gesetzlichen Bestimmungen verwendet werden. Dementsprechend stellt dieser Prospekt kein Angebot und keine Aufforderung von irgend jemandem in einer Jurisdiktion dar, in der ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung ungesetzlich ist oder in der die Person, die ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung unterbreitet, nicht dazu berechtigt ist, oder an jemand, dem ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung zur Zeichnung zu unterbreiten ungesetzlich ist. Es liegt in der Verantwortung der Personen, die im Besitz dieses Prospekts sind oder die aufgrund dieses Prospekts Anteile zeichnen möchten, sich über die geltenden Gesetze und Regeln der jeweiligen Jurisdiktion zu informieren und diese einzuhalten. Potenzielle Zeichner von Anteilen sollten sich eigenständig über die rechtlichen Anforderungen beim Zeichnen von Anteilen sowie über etwaige Devisenkontrollvorschriften und die Besteuerung im Land ihrer jeweiligen Staatsangehörigkeit, Ansässigkeit oder ihres Aufenthaltsortes informieren.

Die Gesellschaft ist gemäß Definition in § 739B(1) des Taxes Consolidation Act von 1997 in der jeweils geltenden Fassung eine Investmentgesellschaft.

Dieser Prospekt bezieht sich auf einen Investmentfonds, der weder der Regulierung noch der Genehmigung durch die Dubai Financial Services Authority („DFSA“) untersteht. Dieser Prospekt ist nur zur Weitergabe an Personen bestimmt, die im Regelwerk der DFSA genau definiert sind (d. h. „Qualified Investors“). Personen, die dieser Gruppe nicht angehören, dürfen diesen Prospekt daher weder erhalten noch sich auf seinen Inhalt verlassen. Das Angebot richtet sich nicht an Personen im Dubai International Financial Centre („DIFC“), und die Anteile werden

weder direkt noch indirekt an solche Personen oder für Rechnung oder zugunsten von solchen Personen vertrieben, verkauft, übertragen oder ausgehändigt. Dieser Prospekt ist nicht zur Weitergabe an Personen im DIFC bestimmt. Sollte eine solche Person dennoch eine Ausgabe dieses Prospekts erhalten, so sollte sie sich weder auf seinen Inhalt verlassen noch Maßnahmen auf seiner Grundlage ergreifen, sondern ihn ignorieren. Die DFSA ist nicht dafür zuständig, Prospekte oder sonstige Unterlagen, die sich auf diesen Investmentfonds beziehen, durchzusehen oder zu überprüfen. Die DFSA hat diesen Prospekt oder sonstige mit dem Investmentfonds verbundene Unterlagen folglich weder genehmigt, noch hat sie Maßnahmen ergriffen, um die im Prospekt enthaltenen Informationen zu prüfen. Sie übernimmt also keine Verantwortung für diese Informationen. Die Anteile, auf die sich dieser Prospekt bezieht, sind unter Umständen schwer veräußerbar und/oder unterliegen im Hinblick auf ihren Weiterverkauf Beschränkungen. Potentielle Käufer der angebotenen Anteile sollten im Hinblick auf diese Anteile ihre eigene Due Diligence durchführen. Falls Sie die Inhalte dieses Dokuments nicht verstehen, sollten Sie einen zugelassenen Finanzberater um Unterstützung bitten.

Anteile werden ausschließlich auf der Grundlage der im aktuellen KIID und Prospekt, im letzten Jahresbericht und geprüften Jahresabschluss sowie einem eventuellen nachfolgenden Halbjahresbericht und ungeprüften Halbjahresabschluss enthaltenen Informationen angeboten.

Weitere Informationen oder Erklärungen, die von einem Händler, einem Verkäufer oder einer sonstigen Person abgegeben oder gemacht werden, sollten ignoriert werden und sind folglich nicht vertrauenswürdig.

Für jede zur Zeichnung zur Verfügung stehende Klasse wird gemäß den Vorschriften der Zentralbank ein KIID veröffentlicht. Potenzielle Anleger sollten das KIID für die jeweilige Klasse vor einer Zeichnung von Anteilen dieser Klasse in Erwägung ziehen, um eine fundierte Anlageentscheidung treffen zu können. Der Prospekt kann Beschreibungen zu einigen Klassen enthalten, die jedoch derzeit nicht zur Zeichnung zur Verfügung stehen. Potenzielle Anleger sollten sich mit ihrer Vertriebsstelle direkt in Verbindung setzen, um festzustellen, ob die jeweilige Klasse für Zeichnungen zur Verfügung steht.

Jeder Teilfonds muss in dem betreffenden KIID einen synthetischen Indikator zum Risiko- und Ertragsprofil (Synthetic Risk and Reward Indicator („SRRI“) in Übereinstimmung mit den Methoden ermitteln und offenlegen, die in den Leitlinien der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, „ESMA“) zur Methode für die Berechnung des SRRI festgelegt sind. Der SRRI entspricht einer Zahl, mit welcher der betreffende Teilfonds auf einer Skala von 1 bis 7 gemäß seinem zunehmenden Volatilitätsniveau/Risiko- und Ertragsprofil eingeordnet wird.

Da der Prospekt und das KIID von Zeit zu Zeit aktualisiert werden können, sollten sich Anleger vergewissern, dass sie über die jeweils aktuellste Version verfügen.

In diesem Prospekt enthaltene Feststellungen beruhen auf den Gesetzen und Gepflogenheiten, die am Datum des Prospekts in Irland gelten, und unterliegen den Änderungen dieser Gesetze und Gepflogenheiten. Die Aushändigung dieses Prospekts bzw. das Angebot, die Ausgabe oder der Verkauf von Anteilen stellt unter keinen Umständen eine Erklärung dar, dass die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen zu einem nach dem Datum dieses Prospekts liegenden Zeitpunkt zutreffend sind.

In diesem Prospekt enthaltene Feststellungen beruhen auf den Gesetzen und Gepflogenheiten, die am Datum des Prospekts in Irland gelten, und unterliegen den Änderungen dieser Gesetze und Gepflogenheiten.

Dieser Prospekt kann in andere Sprachen übersetzt werden, vorausgesetzt, dass es sich um eine direkte Übersetzung der englischsprachigen Version handelt. Im Fall etwaiger Widersprüche oder Doppeldeutigkeiten in einer Übersetzung hat der englische Wortlaut Vorrang. Jegliche Rechtsstreitigkeiten in diesem Zusammenhang, unabhängig von der Sprache des maßgeblichen Prospekts, unterliegen den Gesetzen von Irland und sind in deren Sinne auszulegen.

DEFINITIONEN

In diesem Prospekt haben die folgenden Wörter und Ausdrücke die im Folgenden angeführten Bedeutungen:

„ Aktien “:	Anteilspapiere, die von Unternehmen ausgegeben werden (Stammanteile, Vorzugsaktien und Stammaktien);
„ Aktienähnliche Wertpapiere “:	American Depository Receipts, Global Depository Receipts, Bezugsrechte, aktiengebundene Schuldtitel und Wertpapiere sowie Partizipationsscheine, nicht jedoch wandelbare Schuldtitel;
„ Anlagepools “:	Bezeichnet Anlagepools gemäß Definition im Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten;
„ Anteil “ oder „ Anteile “:	einen oder mehrere Anteile am Kapital der Gesellschaft;
„ Ausschüttungstag “:	der Tag, an dem für jede Anteilsklasse eines Teilfonds die Ertragsausschüttung dieses Teilfonds und/oder dieser Anteilsklasse erfolgen soll;
„ Basiswährung “:	bezogen auf einen Teilfonds die Währung dieses Teilfonds, die im relevanten Teil des Abschnitts „Die Teilfonds“ genannt ist;
„ Berater “:	bezeichnet Russell Investments Limited;
„ Börsengehandelter Indexfonds “:	ein börsengehandelter Indexfonds, dessen Anteile nach den Vorschriften als Anteile eines OGAW oder als Anteile eines AIF eingestuft werden ;
Der „ Teilfonds “ oder die „ Teilfonds “:	meint den oder die jeweils von der Gesellschaft in Einklang mit den Vorschriften der Zentralbank aufgelegten Teilfonds, von denen jeder eine oder mehrere Anteilsklassen der Gesellschaft umfasst;
„ Direktoren “:	die Direktoren der Gesellschaft;
„ Dividendenstarke Unternehmen “:	Unternehmen, die nach alleinigem Ermessen des jeweiligen Finanzverwalters oder Anlageberaters aktuell eine attraktive Dividendenrendite bieten oder letztlich bieten werden;
„ Erstausgabezeitraum “:	die Termine oder Zeiträume, wie in Anhang 1 bezüglich der als „neu“ gekennzeichneten Anteilsklasse(n) näher bezeichnet, oder einen kürzeren oder längeren Zeitraum, den die Direktoren bestimmen und der Zentralbank für jede Anteilsklasse jedes Teilfonds mitteilen. Die Zentralbank wird im Voraus über eine solche Verkürzung oder Verlängerung informiert, wenn Anteilszeichnungen eingegangen sind, sowie ansonsten nachträglich auf jährlicher Basis;
„ Erzeugter umweltfreundlicher Strom “:	bezeichnet die Menge an Energie, die ein Unternehmen aus Wind-, Solar-, Biomasse-, Geothermie-, Wellen-/Gezeiten- oder Wasserkraftquellen erzeugt;
„ Europa “ oder „ europäisch “:	die Region, welche die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Mitteleuropa und Osteuropa umfasst, europäische Länder;
„ FATCA “:	bezeichnet: <ul style="list-style-type: none">(a) §§ 1471 bis 1474 des Internal Revenue Code der Vereinigten Staaten von 1986 oder damit in Zusammenhang stehende Vorschriften oder andere offizielle Vorgaben;(b) zwischenstaatliche Abkommen, Verträge, Vorschriften, Vorgaben oder eine sonstige Vereinbarung zwischen der Regierung von Irland (oder einer irischen Regierungsbehörde) und den USA oder einer anderen Jurisdiktion (einschließlich Regierungsbehörden in dieser Jurisdiktion), die geschlossen

wurden, um Folgendes einzuhalten, zu ermöglichen, zu ergänzen, umsetzen oder in Kraft zu setzen: (i) das Recht, die Vorschriften oder Vorgaben, die im obigen Absatz (a) beschrieben sind; und

(c) Gesetze, Vorschriften oder Vorgaben in Irland, die das in den vorstehenden Absätzen Genannte umsetzen;

- „**FDI**“: bezeichnet ein derivatives Finanzinstrument (einschließlich einem OTC-Derivat).
- „**Festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente**“: Übertragbare Schuldtitel und Instrumente unterschiedlicher Durationen, die auf verschiedene Währungen lauten und durch eine Reihe verschiedenartiger Emittenten (z. B. durch Regierungen und Unternehmen) ausgegeben werden. Hierzu gehören insbesondere Kommunal- und Staatsanleihen, Agency Debt (d. h. von lokalen Behörden oder internationalen Organisationen, denen ein oder mehrere Staaten angehören, emittierte Wertpapiere), Nullkuponanleihen, Abzinsungsanleihen, versicherungs-gebundene Anleihen, hypothekarisch besicherte Anleihen, ABS-Anleihen und Schuldtitel von Unternehmen (einschließlich Unternehmensanleihen), die an einem geregelten Markt in der OECD notiert sind oder gehandelt werden. Hierbei kann es sich um fest- oder variabel verzinsliche Titel mit Anlagequalität oder unter Anlagequalität handeln, jedoch nicht um wandelbare Schuldtitel, derivative Finanzinstrumente und Geldmarktinstrumente;
- „**Finanzverwalter**“: Die Person oder Personen, die durch die Verwaltungsgesellschaft von Zeit zu Zeit zum Finanzverwalter eines Teilfonds bestellt wird/werden;
- „**Geregelter Markt**“: eine Börse oder ein geregelter Markt in der EU oder eine Börse oder ein geregelter Markt, zu der/dem Einzelheiten in Anhang I dieses Dokuments angeführt sind;
- „**Gesamtenergieerzeugung**“: bezeichnet die Gesamtmenge an Energie, die ein Unternehmen aus allen Quellen produziert;
- „**Geschäftstag**“: ein Tag, an dem die irischen Privatkundenbanken für den Geschäftsverkehr geöffnet sind, oder andere Tage gemäß Beschluss der Direktoren;
- „**Growth-Unternehmen**“: Unternehmen, die nach alleinigem Ermessen des jeweiligen Finanzverwalters oder Anlageberaters Wachstumsmerkmale aufweisen, unter anderem:
- (i) überdurchschnittliche Wachstumsraten bei Umsatz oder Gewinn; oder
 - (ii) eine hohe oder wachsende Kapitalrendite;
- „**Handelstag**“: sofern für einen Teilfonds keine Periode abweichender Handelstage vorliegt, die Geschäftstage nach der Erstzeichnungsfrist, die für den betreffenden Teilfonds im relevanten Teil des Abschnitts „Die Teilfonds“ festgelegt sind, wobei es mindestens alle 14 Tage einen Handelstag (zum Zwecke von Rücknahmen) geben muss;
- „**Investor Money Regulations**“: bezeichnet die Central Bank (Supervision and Enforcement) Act 2013 (Section 48(1)) Investor Money Regulations 2015 for Fund Service Providers in der jeweils geltenden Fassung.
- „**Irischer Gebietsansässiger**“: bezeichnet jede Person, die in Irland ansässig ist oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in Irland hat, mit Ausnahme von steuerbefreiten irischen Gebietsansässigen (wie im Abschnitt Besteuerung in Irland des Prospekts beschrieben);
- „**KIID**“: bezeichnet die wesentlichen Informationen für den Anleger (Key Investor Information Document, KIID);
- „**Klasse**“: jede Anteilsklasse eines Teilfonds;
- „**Klassenwährung**“: bezogen auf eine Anteilsklasse eines Teilfonds, die Währung, in der die Anteile

ausgegeben werden;

„Kredittitel und -instrumente“:

übertragbare Schuldtitel und Instrumente unterschiedlicher Durationen, die auf verschiedene Währungen lauten und durch eine Reihe verschiedenartiger Emittenten (z. B. durch Unternehmen) ausgegeben werden. Nullkuponanleihen, Abzinsungsanleihen, versicherungsgebundene Anleihen, hypothekarisch besicherte Anleihen, ABS-Anleihen und Schuldtitel von Unternehmen (einschließlich Unternehmensanleihen). Hierbei kann es sich um fest- oder variabel verzinsliche Titel mit Anlagequalität oder unter Anlagequalität handeln, jedoch nicht um wandelbare Schuldtitel, derivative Finanzinstrumente und Geldmarktinstrumente;

„Kurzfristige Instrumente“:

Kurzfristige Schuldtitel, die durch eine Reihe verschiedenartiger Emittenten (z. B. Regierungen und Unternehmen) ausgegeben werden und Laufzeiten von weniger als einem Jahr haben. Hierzu gehören insbesondere Einlagenzertifikate, Bankakzepte, Commercial Paper, Schatzwechsel und Diskontpapiere. Bei zinsvariablen Instrumenten wird auf die Dauer bis zur nächsten Zinsfestsetzung abgestellt.

„Mit Anteilsklassen verbundene Kosten“:

die Kosten der Registrierung einer Anteilsklasse in einer Jurisdiktion oder bei einer Wertpapierbörse, einem Regierten Markt oder einem Abwicklungssystem bzw. andere Kosten, die aus einer solchen Registrierung entstehen, sowie weitere Kosten, die wie im Prospekt offen gelegt entstehen können.

„Nettoinventarwert“ oder „NIW“:

der Nettoinventarwert der Gesellschaft oder eines Teilfonds oder einen wie in diesem Dokument beschrieben errechneten Nettoinventarwert;

„Nettoinventarwert je Anteil“:

der Nettoinventarwert jeder Anteilsklasse eines Teilfonds, geteilt durch die Anzahl der Anteile, die in Bezug auf eine solche Klasse ausgegeben wurden;

„Nettoertrag“:

in Bezug auf die Teilfonds Russell Investments Euro Credit, Russell Investments Global High Dividend Equity und Russell Investments Global Listed Infrastructure (jeweils ein Teilfonds, der Gebühren und Auslagen zulasten des Kapitals anstatt auf Erträge erhebt): sämtliche Zins-, Dividenden- und sonstige Beträge, die von der Verwaltungsgesellschaft den Erträgen zugerechnet werden.

in Bezug auf alle anderen Teilfonds: sämtliche Zins-, Dividenden- und sonstige Beträge, die von der Verwaltungsgesellschaft den Erträgen zugerechnet werden, abzüglich der geschätzten Aufwendungen des jeweiligen Teilfonds, die dem Ausschüttungszeitraum zuzurechnen sind.

„OECD“:

die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung;

„OGA“

bezeichnet einen OGAW oder einen anderen alternativen Anlagefonds im Sinne von Vorschrift 68 (1)(e) der Vorschriften, der nicht mehr als 10 % seines Vermögens in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen anlegen darf.

„OGAW“

bezeichnet einen Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren gemäß der OGAW-Richtlinie.

„OGAW-Richtlinie“

bezeichnet die Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW);

„OGAW-V“

bezeichnet die Richtlinie 2014/91/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014, mit der die Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAWs) in Bezug auf Treuhandaufgaben, Vergütungen und Sanktionen in der jeweils geltenden Fassung, einschließlich ergänzender, von der

Europäischen Kommission erlassener Vorschriften, die jeweils in Kraft sind.

- „OTC“** bezeichnet Transaktionen im Freiverkehr (Over-the-Counter) und bezieht sich auf zwischen zwei Gegenparteien ausgehandelte Derivate;
- „Periode abweichender Handelstage“:** bezogen auf einen Teilfonds, ein Zeitraum, in dem von den Direktoren andere Geschäftstage als Handelstage festgelegt werden als die im relevanten Teil des Abschnitts „Die Teilfonds“ genannten, vorausgesetzt dass:
- (i) die Zentralbank und die Anteilinhaber über diese Festlegung vorab benachrichtigt wurden; und
 - (ii) es mindestens alle 14 Tage einen Handelstag (zum Zwecke von Rücknahmen) gibt;
- „Revenue Commissioners“** bezeichnet die Revenue Commissioners of Ireland (die irischen Steuerbehörden);
- „Russell Investments“:** bezeichnet die Russell Investments Systems Limited und deren Tochtergesellschaften, darunter der Anlageberater und sonstige unter der Bezeichnung „Russell Investments“ tätige verbundene Unternehmen oder Nachfolgeorganisationen dieser Unternehmen, einschließlich der Verwaltungsgesellschaft;
- „Satzung“:** die Gründungsurkunde und Satzung der Gesellschaft;
- „Schwellenländer (EM)“:** alle Märkte, die nicht in der folgenden Gruppe der Industrieländer enthalten sind: Australien, Belgien, Bermuda, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Hongkong, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Singapur, Spanien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten;
- „SFT Regulations“** oder **„SFTR“:** bezeichnet die Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 in der jeweils gültigen, ergänzten, konsolidierten, in jedweder Form ersetzten oder anderweitig modifizierten Fassung;
- „Small Cap-Unternehmen“:** Unternehmen, die bezogen auf ihre relative Marktkapitalisierung klein sind und in einem anerkannten Small-Cap-Index, wie z. B. dem Russell/Nomura Small Cap Index in Japan oder dem Russell Investments Europe Small Cap Index in Europa, vertreten sind;
- „TCA“** bezeichnet den Irish Taxes Consolidation Act von 1997 in der jeweils gültigen Fassung;
- „Total Return Swap“:** bezeichnet ein Derivat (und eine Transaktion, die unter die SFTR fällt), bei dem die gesamte wirtschaftliche Wertentwicklung einer Referenzverbindlichkeit von einem Kontrahenten auf einen anderen übertragen wird;
- „Trust-Anteile“:** Übertragbare Anteile, die an geregelten Märkten notiert sind und von börsennotierten Immobiliengesellschaften oder börsennotierten Infrastrukturunternehmen ausgegeben werden, bei denen es sich um Trusts handelt;
- „Überhöhte Handelsaktivität“:** Wiederholte Zeichnungs- oder Rücknahmeanträge für Anteile aufgrund von Marktschwankungen oder Zeichnungen oder Rücknahmeanträge in überhöhtem Umfang, durch welche die Umsetzung der Anlagestrategie der Teilfonds gestört wird oder die zu erhöhten Kosten führen und die Interessen aller Anteilinhaber beeinträchtigen, sofern die betreffenden Aktivitäten nicht unter folgenden

Umständen erfolgen:

- (i) im Namen eines Anteilinhabers, der die periodische Reallokation von Vermögenswerten wünscht; und
- (ii) nicht häufig und nicht im Rahmen eines klar erkennbaren Zeitmusters;

„Übertragbare Wertpapiere“ bezeichnet

- (i) Aktien von Unternehmen und andere Wertpapiere, die Aktien von Unternehmen gleichzusetzen sind und die in Teil 1 von Anhang 2 der Vorschriften aufgeführten Kriterien erfüllen;
- (ii) Anleihen und andere Formen von verbrieften Verbindlichkeiten, die die in Teil 1 von Anhang 2 der Vorschriften aufgeführten Kriterien erfüllen;
- (iii) sonstige begebare Wertpapiere, die mit dem Recht ausgestattet sind, Wertpapiere, die vorstehend unter (i) oder (ii) aufgeführt sind, durch Zeichnung oder Umtausch zu erwerben, und die in Teil 1 von Anhang 2 der Vorschriften aufgeführten Kriterien erfüllen; und
- (iv) Wertpapiere, die in diesem Sinne in Teil 2 von Anhang 2 der Vorschriften aufgeführt sind.

„US-Person“:

soweit nicht anders von den Direktoren bestimmt – ist (i) ein US-Staatsbürger oder in den USA Ansässiger, (ii) ein Unternehmen, eine Personengesellschaft oder eine andere in den USA oder gemäß der Gesetzgebung der USA oder eines Einzelstaates gegründete juristische Person, (iii) ein Nachlass oder ein Trust, dessen Nachlassverwalter, Administrator oder Trustee eine US-Person gemäß oben stehender Definition ist, dessen Einkünfte oder Begünstigte der US-amerikanischen Bundeseinkommensteuer unterliegen, und (vi) bestimmte Konten, die von einem Händler oder Treuhänder gehalten werden und bei denen der Bevollmächtigte eine US-Person ist. Der Begriff US-Person umfasst keine Unternehmen, Personengesellschaften oder andere gemäß den Gesetzen einer nicht US-amerikanischen Jurisdiktion gegründeten oder eingetragenen juristischen Person, die direkt oder indirekt von einer solchen beschriebenen US-Person geleitet wird, es sei denn, ein solches Unternehmen, eine solche Personengesellschaft oder andere juristische Person wurde von dieser US-Person vorwiegend zu dem Zweck gegründet, Anlagen in Wertpapieren vorzunehmen, die nicht gemäß dem *U.S. Securities Act of 1933* registriert sind;

„Value-Unternehmen“:

Unternehmen, die nach alleinigem Ermessen des jeweiligen Finanzverwalters oder Anlageberaters an ihrem jeweiligen Markt unterbewertet sind.

„Verordnungen der Zentralbank“

bezeichnet die Central Bank (Supervision and Enforcement) Act 2013 (Section 48(1)) (Undertakings For Collective Investment in Transferable Securities) Regulations 2015 in der jeweils gültigen, ergänzten, konsolidierten, in jedweder Form ersetzten oder anderweitig modifizierten Fassung.

„Verwaltungsgesellschaft“:

bezeichnet Russell Investments Ireland Limited;

„Verwahrstelle“

ist die State Street Custodial Services (Ireland) Limited oder eine ihr nachfolgende, vom Fonds ernannte und zuvor von der Zentralbank als Verwahrstelle des Fonds genehmigte Verwahrstelle;

„Verwahrstellen-“

vereinbarung	bezeichnet die Verwahrstellenvereinbarung zwischen dem Fonds und der Verwahrstelle in der jeweils gemäß den Vorschriften der Zentralbank, gemäß derer Letztere als Verwahrstelle des Fonds bestellt wurde, geänderten bzw. ergänzten Fassung;
„Verwässerungsausgleich“	bezeichnet eine Anpassung, die im Fall von Nettozeichnungen und/oder Nettorücknahmen als prozentualer Wert der jeweiligen Zeichnung/Rücknahme vorgenommen und bei der Ermittlung des Zeichnungspreises bzw. Rücknahmepreises berechnet wird, um die Auswirkungen von Handelskosten im Zusammenhang mit dem Kauf oder Verkauf von Vermögenswerten zu berücksichtigen und den Wert der dem jeweiligen Teilfonds zugrunde liegenden Vermögenswerte zu bewahren;
„Vorschriften“:	bezeichnet die Vorschriften von 2011 betreffend die Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) in der jeweils geltenden geänderten Fassung, die jeweils erneut geändert, ergänzt oder ersetzt werden können und alle von der Zentralbank in ihrer Anwendung getroffenen Regelungen;
„Vorschriften der Zentralbank“	bezeichnet die Verordnungen der Zentralbank und sonstige Rechtsverordnungen, Verordnungen, Vorschriften, Bedingungen, Mitteilungen, Anforderungen oder Leitlinien der Zentralbank, die gemäß den Verordnungen von Zeit zu Zeit herausgegeben werden und den Fonds betreffen;
„Wertpapierfinanzierungs-Geschäfte“	bezeichnet Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihgeschäfte und alle anderen von den SFTR geregelten Geschäfte, die ein Teilfonds abschließen darf;
„Zeichneranteile“:	das anfängliche Anteilkapital von 39.000 Anteilen ohne Nennwert, das für 39.000 EUR gezeichnet wurde;
„Zeichnungs-/Rücknahmekonto“	bezeichnet das Konto im Namen des Fonds, über das Zeichnungsgelder und Rücknahmeerlöse sowie Dividendenerträge (sofern zutreffend) für den jeweiligen Teilfonds laufen. Weitere Angaben finden sich im Antragsformular;
„Zentralbank“	bezeichnet die Central Bank of Ireland, die irische Zentralbank, sowie jede Nachfolgebehörde, die für die Zulassung und Aufsicht des Fonds zuständig ist.

**OpenWorld
Public Limited Company**

Direktoren der Gesellschaft

James Firn (Vorsitzender)
James Beveridge
John McMurray
William Roberts
David Shubotham
Kenneth Willman
Neil Jenkins
Tom Murray
Peter Gonella

Eingetragener Geschäftssitz

78 Sir John Rogerson's Quay
Dublin 2
Irland

Verwaltungsgesellschaft

Russell Investments Ireland Limited
78 Sir John Rogerson's Quay
Dublin 2
Irland

Verwahrstelle

State Street Custodial Services (Ireland)
Limited
78 Sir John Rogerson's Quay
Dublin 2
Irland

Administrator

State Street Custodial Services (Ireland)
Limited
78 Sir John Rogerson's Quay
Dublin 2
Irland

Wirtschaftsprüfer

PricewaterhouseCoopers
Chartered Accountants
One Spencer Dock
North Wall Quay
Dublin 1
Irland

Rechtsberater

Maples and Calder
75 St Stephens Green
Dublin 2
Irland

Secretary der Gesellschaft

MFD Secretaries Limited
2nd Floor, Beaux Lane House
Mercer Street Lower
Dublin 2
Irland

**Anlageberater, Vertriebsstelle und UK Facilities
Agent**

Russell Investments Limited
Rex House
10 Regent Street, St. James's,
London SW1Y 4PE
England

Promoter

Russell Investments Limited,
Rex House,
10 Regent Street, St. James's,
London SW1Y 4PE,
England.

DIE GESELLSCHAFT

Vorstellung der OpenWorld p.l.c.

Die Gesellschaft wurde am 12. Juni 2008 unter der Registernummer 458665 gegründet und von der Zentralbank am 19. November 2008 genehmigt. Die einzelnen Fonds wurden jeweils am 19. November 2008 zugelassen, ausgenommen folgende Fonds:

- Russell Investments Euro Credit und Russell Investments US Credit, die am 4. Dezember 2009 zugelassen wurden;
- Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund (ehemals Dynamic Assets) und der Russell Investments Fundamental Emerging Markets Index Fund, die am 4. November 2011 zugelassen wurden;
- Russell Investments Multi-Factor Global Equity Fund, der am 14. Oktober 2015 zugelassen wurde; und
- Russell Investments Global Low Carbon Equity Fund, der am 7. Juni 2017 zugelassen wurde.

Die Gesellschaft ist ein OGAW im Sinne der Vorschriften. Die Gesellschaft wurde in der Form eines Umbrella-Fonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds errichtet. Jeder Teilfonds kann eine oder mehrere Anteilsklassen der Gesellschaft umfassen. Die Anteilsklassen unterscheiden sich im Wesentlichen durch die zu zahlende Verwaltungsgebühr, die Ausschüttungspolitik, Zeichnungsbeträge, Anteilsbestände oder die Klassenwährung.

Die Gesellschaft kann mit Genehmigung der Zentralbank weitere Teilfonds auflegen und nach Benachrichtigung der Zentralbank und Genehmigung durch dieselbe weitere Anteilsklassen ausgeben.

Die Genehmigung der Gesellschaft durch die Zentralbank stellt keine Gewährleistung oder Garantie für die Gesellschaft seitens der Zentralbank dar, und die Zentralbank ist nicht verantwortlich für den Inhalt des Prospekts. Die Genehmigung der Gesellschaft stellt keine Garantie für die Performance der Gesellschaft dar und die Zentralbank ist nicht für die Leistung oder Nichterfüllung seitens der Gesellschaft verantwortlich.

Aufgaben des Anlageberaters

Der Anlageberater und seine verbundenen Unternehmen sind Spezialisten im Research von Dienstleistern der Finanzverwaltung und haben die Aufgabe, Finanzverwalter zu identifizieren, die in ihren jeweiligen Fachgebieten führend sind. Dieser Research ist eine laufende Tätigkeit und es wird hierfür ein umfangreiches Team spezialisierter Analysten eingesetzt. Diese Analysten halten jährlich eine Reihe von Research-Meetings mit Finanzverwaltern weltweit ab. Das aus diesem gründlichen Research gewonnene Know-how dient als Grundlage für die Dienstleistungen des Anlageberaters.

Der Anlageberater überwacht gemeinsam mit den Finanzverwaltern auf laufender Basis die Charakteristika der einzelnen Teilfonds und berät die Verwaltungsgesellschaft in Hinblick auf ihre Performance. Diese Prüfung kann je nach Bedarf eine Prüfung der Länderallokationen, der Ländergewichte, der Kapitalisierung, der Verteilung, der Branchengewichte, des Kurs-Buchwert-Verhältnisses, des Währungsrisikos, der Portfolio-Laufzeit, der Portfolio-Duration, des Branchenrisikos und des Bonitätsrisikos und anderer wichtiger Risikokennzahlen beinhalten. Ferner erteilt der Anlageberater der Verwaltungsgesellschaft Empfehlungen bezüglich der Bestellung und Abberufung von Finanzverwaltern. Der Anlageberater oder ein verbundenes Unternehmen des Anlageberaters kann auch als Finanzverwalter eines Teilfonds fungieren.

Aufgaben der Finanzverwalter

Jeder Teilfonds wird von einem oder mehreren Finanzverwaltern, die von der Verwaltungsgesellschaft ernannt werden, verwaltet. Informationen zu den Finanzverwaltern werden den Anteilhabern auf Anfrage kostenfrei zur Verfügung gestellt. Ferner sind Informationen zu den Finanzverwaltern im letzten Jahres- und Halbjahresbericht des Fonds enthalten.

DIE TEILFONDS

COO/674690-000012/

Das Anlageziel und die Anlagestrategie der einzelnen Teilfonds sind auf den folgenden Seiten dieses Abschnittes dargelegt. Es kann keine Versicherung gegeben werden, dass ein Teilfonds seine Anlageziele erreichen wird. Jede Änderung der Anlageziele und/oder jede wesentliche Änderung der Anlagestrategien eines Teilfonds erfordert die Zustimmung der Anteilhaber des jeweiligen Teilfonds durch einfachen Mehrheitsbeschluss einer Hauptversammlung oder durch einstimmigen schriftlichen Beschluss. Jede Änderung der Anlageziele und/oder der Anlagestrategien eines Teilfonds ist den Anteilhabern des jeweiligen Teilfonds unter Wahrung einer angemessenen Frist durch die Gesellschaft mitzuteilen, so dass die Anteilhaber die Möglichkeit haben, ihre Anteile vor Umsetzung der Änderung zurückzugeben.

Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund

Anlageziel

Der Teilfonds strebt positive Renditen an.

Anlagepolitik

Der Teilfonds versucht, sein Anlageziel primär durch die Nutzung einer Vielzahl von alternativen Anlagestrategien mittels Anlagen in anderen Teilfonds zu erreichen. Bis zu 100 % des Nettoinventarwerts des Teilfonds kann in dem Maße in Portfoliofonds angelegt werden, die der Finanzverwalter von Zeit zu Zeit als angemessen erachtet. „Portfoliofonds“ bezeichnet offene Investmentfonds im Sinne von Verordnung 68 der Verordnungen und genauer einen OGAW, der gemäß den Verordnungen befugt ist oder von einer zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union im Einklang mit den Maßnahmen zur Umsetzung der OGAW-Richtlinie in diesem Mitgliedstaat befugt wurde. Portfoliofonds können in einer Reihe europäischer Gerichtsbarkeiten angesiedelt sein, einschließlich aber nicht beschränkt auf Irland, Großbritannien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland. Demnach muss der Teilfonds Paragraph 2 des Abschnitts „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ nicht einhalten.

In Bezug auf die Auswahl der Portfoliofonds nutzt der Finanzverwalter eine qualitative Anlageanalyse, zu der die Durchführung einer Due Diligence an den Ziel-Portfoliofonds gehört. Die alternativen Anlagestrategien, die von den Portfoliofonds verwendet werden, werden nachstehend erläutert.

„Relativer Wert“ ist eine Anlagestrategie, mit der Preisdifferenzen oder Liquiditätsinkongruenzen bei Wertpapieren aufgedeckt werden sollen, die einen gemeinsamen finanziellen Faktor haben, zum Beispiel Zinsen, ein Index oder ein Emittent. Es wird also nicht versucht, Marktbewegungen zu bestimmen, sondern auf diese Art Zuwächse mitzunehmen und Risiken abzumildern. Portfoliofonds können eine Reihe quantitativer und qualitativer Techniken zur Identifizierung der Wertpapiere anwenden, von denen sie glauben, dass sie falsch gepreist sind oder auf Grund von historischen, die Fundamentaldaten betreffenden oder technischen Faktoren Liquiditätsinkongruenzen aufweisen.

„Ereignisgetrieben“ bezeichnet eine Anlagestrategie, die versucht, Marktbewegungen im Preis von Finanzinstrumenten zu erkennen, die von spezifischen Ereignissen bei spezifischen Unternehmen verursacht werden. Zu diesen Ereignissen gehören Bilanzumstrukturierungen, Fusionen und Akquisitionen, Rechtsstreits oder Regulierungsmaßnahmen.

„Taktischer Handel“ ist ein Anlagestil, der auf Themen oder Trends bei Aktien, Zinsen, Rohstoffen und Währungen basiert. Portfoliofonds können sowohl direktionale (Long- und Short), aber auch relative Wertstrategien bei allen Anlageklassen anwenden. Auf Grund der kurzfristigen, taktischen Abweichungen, die mit dieser Strategie zusammenhängen, ist der Taktische Handel von einem hohen Maß an Liquidität und mittlerer bis hoher Hebelwirkung und damit Performanceerwartungen gekennzeichnet, die genau wie das Volatilitätsprofil höher liegen.

„Aktienabsicherung“ ist eine Anlagestrategie, die Long- und Short-Positionen primär in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren nutzt. Auf der Long-Seite versuchen Verwaltungsgesellschaften Gewinne aus der Anlage in Wertpapieren von Unternehmen zu generieren, die sie für unterbewertet halten, die kurzfristige Chancen oder Wachstumschancen darstellen. Auf der Short-Seite versuchen Portfoliofonds Gewinne aus der Anlage in Wertpapieren zu generieren, von denen sie glauben, dass sie überbewertet sind, oder kurzfristige Chancen bieten, um das allgemeine Marktrisiko zu verringern oder Gewinne durch einen antizipierten Rückgang des Kurses einer Gesellschaft oder eines Indexes mitzunehmen, indem Short-Positionen verkauft werden oder Optionen auf Stammaktien oder Indizes zum Einsatz kommen, um das Risiko abzusichern.

Es wird angemerkt, dass der Fonds nicht beschränkt ist im Hinblick auf die Intensität des Engagements in den verschiedenen oben dargelegten Strategien. Er könnte also auch voll in einer dieser Strategietypen engagiert sein. Bei der Anwendung dieser Strategien investieren die Portfoliofonds allgemein in Aktien, aktienähnliche

Instrumente und festverzinsliche Anlagen und Instrumente. Diese Anlagen finden innerhalb der Bestimmungen der OGAW-zulässigen Anlagen statt.

Der Teilfonds ist möglicherweise verpflichtet, ohne Beschränkung Zeichnungsgebühren, Rückkaufgebühren, Verwaltungsgebühren, Managementgebühren, Anlageerfolgsprämien, Vertriebsgebühren, administrative Gebühren und/oder Depotgebühren für jeden Portfolifonds zu zahlen, in den er investiert. Allgemein liegen die jährlichen Verwaltungsgebühren zwischen 0,5 und 2 % (in einigen Fällen u.U. höher) des Nettoinventarwerts des Portfolifonds. Die Anlageerfolgsprämien liegen zwischen 10 und 20 % der Nettoerträge, in einigen außergewöhnlichen Fällen aber auch höher.

Wenngleich der primäre Fokus des Teilfonds auf der Anlage in Portfolifonds liegt, kann der Berater oder ein Finanzverwalter eine oder mehrere der oben beschriebenen Strategien verfolgen, indem er einen Teil der Anlagen des Teilfonds direkt verwaltet. Dies würde erreicht werden durch:

- direkte Anlage in Aktien, aktienähnliche Instrumente und festverzinsliche Anlagen und Instrumente, zu denen auch Regierungs- und Unternehmensanleihen und Schuldscheine (fest- oder variabel verzinslich) und kurzfristige Schuldtitel gehören und die entweder über oder unter „Investment-Grade“ geratet sein können (wobei „Investment-Grade“ Instrumente bezeichnet, die von S&P mindestens mit BBB-, von Moody's mit Baa3 oder einem äquivalenten Rating bewertet sind, wenn es sich um eine andere Rating-Agentur handelt). Mit Ausnahme der zulässigen Anlage in nicht börsennotierte Wertpapiere ist die Anlage in Aktien und festverzinslichen Anlagen und Instrumente beschränkt auf Aktien und festverzinsliche Anlagen und Instrumente, die an einem geregelten Markt gehandelt werden; und
- Anlage in kurzfristige Instrumente und nicht börsennotierte Wertpapiere entsprechend der im Abschnitt „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ und Anhang 5 aufgeführten Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen. Des Weiteren kann der Teilfonds für zusätzliche Zwecke eine Liquiditätsposition halten.

Um sein Anlageziel zu erreichen, kann der Teilfonds in derivative Finanzinstrumente mit den vorgenannten Basiswerten (z. B. Futures, Forward-Kontrakte, Optionen, Optionsscheine, Swaps (einschließlich Swaptions), Caps und Floors, Contracts for Difference (CFDs, Differenzkontrakte) und Credit Default Swaps) investieren.

Ob der Teilfonds wie nachstehend beschrieben direkt in Aktien und/oder festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente oder indirekt über derivative Finanzinstrumente investiert, es wird nicht davon ausgegangen, dass diese Anlagen auf irgendeine spezielle geografische Region, Sektor, Marktkapitalisierung oder anderen Marktsektor ausgerichtet ist.

Der Teilfonds kann sich börsengehandelter und außerbörslicher (OTC) derivativer Finanzinstrumente wie Terminkontrakte (Futures), Forward-Kontrakte, Optionen, Optionsscheine, Swaps (einschließlich Swaptions), Caps und Floors, Contracts for Difference (CFDs, Differenzkontrakte) und Credit Default Swaps bedienen. Genauere Angaben dazu sind in Anhang 2 beschrieben. Diese Instrumente können zur Absicherung, zum Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements und/oder zu Anlagezwecken gemäß den Absätzen 1(a) und 1(b) von Anhang 2 eingesetzt werden. Ferner hilft der Einsatz derivativer Finanzinstrumente dem Finanzverwalter, das Anlageziel des Teilfonds zu erreichen, indem er die Anpassung von Risiken (einschließlich dem Markt-, Kredit-, Währungs- und Zinsänderungsrisiko) ermöglicht und durch das Eingehen und Schließen von Positionen in einer effizienteren und kostengünstigeren Art und Weise. Durch den Einsatz von Terminkontrakten (Futures), Optionen und Forward-Kontrakten kann der Teilfonds sich gegen das Marktrisiko absichern, das Engagement auf dem Basismarkt ändern und/oder Anlagepositionen eingehen. Optionsscheine können anstelle physischer Wertpapiere zur Absicherung oder zwecks Positionsnahme auf einem bestimmten Markt, an einem bestimmten Index oder Wertpapier eingesetzt werden. Swaps (einschließlich Swaptions) bieten dem Teilfonds Möglichkeiten zur Erzielung von Gewinn sowie zur Absicherung bestehender Long-Positionen. Forward-Kontrakte können eingesetzt werden, um Fremdwährungspositionen im Portfolio zu verändern, um ein Engagement in einer Währung aufzubauen oder um Währungsrisiken abzusichern. Caps und Floors (d. h. Zinsbegrenzungen nach oben und unten) können zur Absicherung gegen Zinsbewegungen eingesetzt werden, die bestimmte Mindest- oder Höchstgrenzen unter- oder überschreiten. Contracts for Difference (CFDs) können zum Erhalt eines Engagements auf Märkten, an Indizes oder Wertpapieren eingesetzt werden. Credit Default Swaps können eingesetzt werden, um das Engagement in

einem Referenzwert oder einem Index aus Referenzwerten zu isolieren und zu übertragen oder das damit verbundene Kreditrisiko zu übertragen.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Risikomanagement

Zum Schutz der Interessen der Anteilhaber benutzt der Teilfonds den VaR (Value at Risk) als Methode zur Risikomessung, um Risiken genau zu messen, überwachen und steuern. Der Teilfonds verwendet den Ansatz eines absoluten VaR, um den potenziellen Höchstverlust aufgrund des Marktrisikos mit einem festgelegten Konfidenzniveau über einen festgelegten Zeitraum unter aktuellen Marktbedingungen zu bewerten. Der VaR des Teilfonds wird täglich berechnet und darf 3,16 % des Nettoinventarwertes des Teilfonds basierend auf einer Haltedauer von 1 Tag und einem „einseitigen“ Konfidenzniveau von 95 % mittels eines historischen Beobachtungszeitraums von mindestens einem Jahr nicht überschreiten.

Der Teilfonds überwacht seinen Einsatz derivativer Finanzinstrumente. Die Höhe des Engagements (berechnet gemäss den Anforderungen der Zentralbank auf der Grundlage der Summe des absoluten Wertes des nominellen Kapitalbetrags der eingesetzten Derivate) wird voraussichtlich stets bei 200 % des Nettoinventarwertes des Teilfonds liegen. Es besteht die Möglichkeit, dass sich dieser Wert erhöht, beispielsweise bei außergewöhnlichen Marktbedingungen und in Zeiten geringer Volatilität. Die erwartete Höhe des Engagements wird gemäß den Anforderungen der Zentralbank auf der Grundlage der Summe des absoluten Werts des nominellen Kapitalbetrags der eingesetzten Derivate berechnet. Diese Zahl berücksichtigt keine Netting- und Absicherungsvereinbarungen, die der Teilfonds jeweils eingegangen ist, obwohl diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen zum Zwecke der Risikoreduzierung benutzt werden; sie ist daher keine risikobereinigte Methode zur Messung des Risikos, was bedeutet, dass die Zahl höher sein kann, als sie ansonsten wäre, wenn diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen berücksichtigt würden. Da diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen, falls berücksichtigt, die Höhe des Engagements reduzieren können, liefert diese Berechnung keinen genauen Wert in Bezug auf die tatsächliche Höhe des Engagements des Teilfonds. Zusätzlich gibt es Einschränkungen bei der Nutzung des VaR als statistischen Risikomaßstab, da dieser die Höhe des Engagements im Teilfonds nicht direkt begrenzt und das Verlustrisiko nur unter aktuellen Marktbedingungen beschreibt sowie künftige wesentliche Änderungen in der Volatilität nicht erfassen würde.

Überwachung der Engagements

Es ist beabsichtigt, dass der Teilfonds unter normalen Bedingungen auf Long-Only-Basis verwaltet wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet.

Basiswährung: *Euro*

Handelstag: Jeder Freitag jedes Kalendermonats – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für wöchentlich am Freitag oder Mittwoch gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für wöchentlich am Freitag und Mittwoch gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Fonds ist ein Anleger, der absolute Renditen über einen Marktzyklus (d. h. 3 bis 5 Jahre) anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments Euro Credit

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an, indem er in ein überwiegend aus (auf Euro lautenden) Schuldtiteln von Unternehmen (einschließlich Unternehmensanleihen) und anderen Kredititeln und Kreditinstrumenten bestehendes Portfolio investiert.

Anlagestrategien

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Anlageziels durch Anwendung folgender Strategien an:

1. Mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Kreditittel und Kreditinstrumente investiert, welche:
 - an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden; und
 - auf Euro lauten.
2. Mindestens 50 % des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Kreditittel und -instrumente investiert, welche:
 - Schuldtitel von Unternehmen (einschließlich Unternehmensanleihen) sind;
 - an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden; und
 - auf Euro lauten.
3. Vorbehaltlich der Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Anforderungen kann der Anteil des Fondsvermögens, der nicht wie in Absatz 1 und 2 beschrieben investiert wird, wie folgt investiert werden:
 - in Kreditittel und Kreditinstrumente, die an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden, aber auf andere Währungen als den Euro lauten, in Investmentfonds (*Collective Investment Schemes, CIS*), die ähnliche Anlagestrategien verfolgen wie der Teilfonds, und/oder Geldmarktfonds, nicht börsennotierte Wertpapiere und wandelbare Schuldtitel entsprechend den im Abschnitt „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ und im Anhang 5 aufgeführten Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen; und
 - in derivative Finanzinstrumente für Zwecke des effizienten Portfoliomanagements und/oder für Anlagezwecke gemäß Absatz 1(a) und 1(b) von Anhang 2, sofern durch den Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ein Leverage-Grad von 100 % des Nettoinventarwertes nicht überschritten wird.
 - in festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente.
4. Der Teilfonds darf nicht mehr als 20 % seines Nettoinventarwertes in Kreditittel und Kreditinstrumente investieren, die von Emittenten in Schwellenländern ausgegeben werden.
5. Der Teilfonds kann nach Anweisungen der Verwaltungsgesellschaft Wertpapierleihgeschäfte im Rahmen der von der Zentralbank aktuell vorgegebenen und in Anhang 6 beschriebenen Grenzen und Bedingungen tätigen.
6. Obwohl vorgesehen ist, dass der Teilfonds in Kreditittel und Kreditinstrumente mit Anlagequalität investiert (mindestens ein Rating von BBB von S&P oder Baa3 von Moody's), können bis zu 30 % des Nettoinventarwertes in Kreditittel und Kreditinstrumente unter Investment Grade oder in Kreditittel und Kreditinstrumente ohne Rating investiert werden.

7. Der Teilfonds darf keine Aktien kaufen, kann aber Aktien halten, wenn diese infolge einer Restrukturierung des Emittenten auf den Fonds übertragen werden.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Überwachung der Engagements

Es wird davon ausgegangen, dass der Teilfonds Long-Positionen in Höhe von 60 Prozent und Short-Positionen in Höhe von 5 Prozent eingehen wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet.

Basiswährung: EURO

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Fonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments Global Focus Growth Equity

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an, indem er in ein überwiegend aus Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren bestehendes Portfolio investiert.

Anlagestrategien

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Anlageziels durch Anwendung folgender Strategien an:

1. Der Teilfonds investiert überwiegend in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere, die an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden.
2. Mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere investiert, die von oder in Bezug auf Growth-Unternehmen weltweit emittiert werden.
3. Vorbehaltlich der Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Anforderungen kann der Anteil des Fondsvermögens, der nicht in die in Absatz 2 beschriebenen Aktien und aktienähnliche Wertpapiere investiert wird, wie folgt investiert werden:
 - in sonstige Aktien und aktienähnliche Instrumente, die an geregelten Märkten notiert sind oder gehandelt werden, Investmentfonds (*Collective Investment Schemes, CIS*), kurzfristige Instrumente, nicht börsennotierte Wertpapiere und wandelbare Schuldtitel entsprechend der im Abschnitt „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ und im Anhang 5 aufgeführten Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen; und
 - in derivative Finanzinstrumente für die Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements und/oder für Anlagezwecke gemäß Abs. 1(a) und 1(b) von Anhang 2, sofern durch den Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ein Leverage-Grad von 100 % des Nettoinventarwertes dieses Teilfonds nicht überschritten wird.
4. Der Teilfonds kann nach Anweisungen der Verwaltungsgesellschaft Wertpapierleihgeschäfte im Rahmen der von der Zentralbank aktuell vorgegebenen und in Anhang 6 beschriebenen Grenzen tätigen.

Der Teilfonds kann mehr als 20 % seines Nettoinventarwertes in Schwellenländern investieren. Eine Anlage in diesem Teilfonds sollte dementsprechend keinen bedeutenden Anteil am Anlageportfolio darstellen und ist unter Umständen nicht für jeden Anleger geeignet. Bitte beachten Sie die im Abschnitt „Risikoerwägungen“ beschriebenen Risikofaktoren.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Überwachung der Engagements

Es wird davon ausgegangen, dass der Teilfonds Long-Positionen in Höhe von 110 Prozent und Short-Positionen in Höhe von 5 Prozent eingehen wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet.

Basiswährung: USD

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Teilfonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments Global Focus Value Equity

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an, indem er in ein überwiegend aus Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren bestehendes Portfolio investiert.

Anlagestrategien

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Anlageziels durch Anwendung folgender Strategien an:

1. Der Teilfonds investiert überwiegend in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere, die an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden.
2. Mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere investiert, die von oder in Bezug auf Value-Unternehmen weltweit emittiert werden.
3. Vorbehaltlich der Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Anforderungen kann der Anteil des Fondsvermögens, der nicht in die in Absatz 2 beschriebenen Aktien und aktienähnliche Wertpapiere investiert wird, wie folgt investiert werden:
 - in sonstige Aktien und aktienähnliche Instrumente, die an geregelten Märkten notiert sind oder gehandelt werden, Investmentfonds (*Collective Investment Schemes, CIS*), kurzfristige Instrumente, nicht börsennotierte Wertpapiere und wandelbare Schuldtitel entsprechend der im Abschnitt „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ und im Anhang 5 aufgeführten Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen; und
 - in derivative Finanzinstrumente für die Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements und/oder für Anlagezwecke gemäß Abs. 1(a) und 1(b) von Anhang 2, sofern durch den Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ein Leverage-Grad von 100 % des Nettoinventarwertes dieses Teilfonds nicht überschritten wird.
4. Der Teilfonds kann nach Anweisungen der Verwaltungsgesellschaft Wertpapierleihgeschäfte im Rahmen der von der Zentralbank aktuell vorgegebenen und in Anhang 6 beschriebenen Grenzen tätigen.

Der Teilfonds kann mehr als 20 % seines Nettoinventarwertes in Schwellenländern investieren. Eine Anlage in diesem Teilfonds sollte dementsprechend keinen bedeutenden Anteil am Anlageportfolio darstellen und ist unter Umständen nicht für jeden Anleger geeignet. Bitte beachten Sie die im Abschnitt „Risikoerwägungen“ beschriebenen Risikofaktoren.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Überwachung der Engagements

Es wird davon ausgegangen, dass der Teilfonds Long-Positionen in Höhe von 110 Prozent und Short-Positionen in Höhe von 5 Prozent eingehen wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet.

Basiswährung: USD

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Teilfonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments Global High Dividend Equity

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an, indem er in ein überwiegend aus Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren bestehendes Portfolio investiert.

Anlagestrategien

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Anlageziels durch Anwendung folgender Strategien an:

1. Der Teilfonds investiert überwiegend in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere, die an Geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden.
2. Mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Aktien und aktienähnliche Wertpapiere investiert, die von oder in Bezug auf dividendenstarke Unternehmen weltweit emittiert werden.
3. Vorbehaltlich der Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Anforderungen kann der Anteil des Fondsvermögens, der nicht in die in Absatz 2 beschriebenen Aktien und aktienähnliche Wertpapiere investiert wird, wie folgt investiert werden:
 - in sonstige Aktien und aktienähnliche Instrumente, die an geregelten Märkten notiert sind oder gehandelt werden, Investmentfonds (*Collective Investment Schemes, CIS*), kurzfristige Instrumente, nicht börsennotierte Wertpapiere und wandelbare Schuldtitel entsprechend der im Abschnitt „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ und im Anhang 5 aufgeführten Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen; und
 - in derivative Finanzinstrumente für die Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements und/oder für Anlagezwecke gemäß Abs. 1(a) und 1(b) von Anhang 2, sofern durch den Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ein Leverage-Grad von 100 % des Nettoinventarwertes dieses Teilfonds nicht überschritten wird.
4. Der Teilfonds kann nach Anweisungen der Verwaltungsgesellschaft Wertpapierleihgeschäfte im Rahmen der von der Zentralbank aktuell vorgegebenen und in Anhang 6 beschriebenen Grenzen tätigen.

Der Teilfonds kann mehr als 20 % seines Nettoinventarwertes in Schwellenländern investieren. Eine Anlage in diesem Teilfonds sollte dementsprechend keinen bedeutenden Anteil am Anlageportfolio darstellen und ist unter Umständen nicht für jeden Anleger geeignet. Bitte beachten Sie die im Abschnitt „Risikoerwägungen“ beschriebenen Risikofaktoren.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Überwachung der Engagements

Es wird davon ausgegangen, dass der Teilfonds Long-Positionen in Höhe von 5 Prozent und Short-Positionen in Höhe von 10 Prozent eingehen wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet.

Basiswährung: USD

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Teilfonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments Global Listed Infrastructure

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an, indem er in ein überwiegend aus Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren und Trust-Anteilen bestehendes Portfolio investiert.

Anlagestrategien

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Anlageziels durch Anwendung folgender Strategien an:

1. Der Teilfonds investiert überwiegend in Aktien, aktienähnliche Wertpapiere und Trust-Anteile, die an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden.
2. Mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Aktien, aktienähnliche Wertpapiere und Trust-Anteile investiert, die von oder in Bezug auf börsennotierte Infrastrukturunternehmen weltweit emittiert werden.
3. Vorbehaltlich der Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Anforderungen kann der Anteil des Fondsvermögens, der nicht in die in Absatz 2 beschriebenen Aktien, aktienähnlichen Wertpapiere und Trust-Anteile investiert wird, wie folgt investiert werden:
 - in sonstige Aktien und aktienähnliche Instrumente, die an geregelten Märkten notiert sind oder gehandelt werden, Investmentfonds (*Collective Investment Schemes, CIS*), kurzfristige Instrumente, nicht börsennotierte Wertpapiere und wandelbare Schuldtitel entsprechend der im Abschnitt „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ und im Anhang 5 aufgeführten Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen; und
 - in derivative Finanzinstrumente für die Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements und/oder für Anlagezwecke gemäß Abs. 1(a) und 1(b) von Anhang 2, sofern durch den Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ein Leverage-Grad von 100 % des Nettoinventarwertes dieses Teilfonds nicht überschritten wird.
4. Der Teilfonds kann nach Anweisungen der Verwaltungsgesellschaft Wertpapierleihgeschäfte im Rahmen der von der Zentralbank aktuell vorgegebenen und in Anhang 6 beschriebenen Grenzen tätigen.

Bezogen auf diesen Teilfonds bedeutet „börsennotierte Infrastrukturunternehmen“ Unternehmen, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit folgenden Bereichen des Infrastruktursektors ausüben: grundlegende Einrichtungen, Dienstleistungen und Installationen, die für das Funktionieren einer Gemeinschaft oder Gesellschaft benötigt werden, wie z. B. Energiespeicherung, -übertragung und -verteilung, Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung, Transporteinrichtungen wie Straßen, Seehäfen und Eisenbahnlinien, soziale Infrastruktur, wie z. B. Schulen, Krankenhäuser und Gefängnisse, sowie bestimmte monopolistisch organisierte Telekommunikationseinrichtungen, wie z. B. Fernmeldemasten, -türme und -leitungen.

Der Teilfonds kann mehr als 20 % seines Nettoinventarwertes in Schwellenländern investieren. Eine Anlage in diesem Teilfonds sollte dementsprechend keinen bedeutenden Anteil am Anlageportfolio darstellen und ist unter Umständen nicht für jeden Anleger geeignet. Bitte beachten Sie die im Abschnitt „Risikoerwägungen“ beschriebenen Risikofaktoren.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Überwachung der Engagements

Es ist beabsichtigt, dass der Teilfonds unter normalen Bedingungen auf Long-Only-Basis verwaltet wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet.

Basiswährung: USD

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Teilfonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments US Credit

Anlageziel

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an, indem er in ein überwiegend aus (auf USD lautenden) Schuldtiteln von Unternehmen (einschließlich Unternehmensanleihen) und anderen Kredititeln und Kreditinstrumenten bestehendes Portfolio investiert.

Anlagestrategien

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Anlageziels durch Anwendung folgender Strategien an:

1. Mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Kreditittel und Kreditinstrumente investiert, welche:
 - an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden; und
 - auf USD lauten.
2. Mindestens 50 % des Gesamtvermögens des Teilfonds werden in Kreditittel und -instrumente investiert, welche:
 - Schuldtitel von Unternehmen (einschließlich Unternehmensanleihen) sind;
 - an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden; und
 - auf USD lauten.
3. Vorbehaltlich der Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Anforderungen kann der Anteil des Fondsvermögens, der nicht wie in Absatz 1 und 2 beschrieben investiert wird, wie folgt investiert werden:
 - in Kreditittel und -instrumente, die an geregelten Märkten weltweit notiert sind oder gehandelt werden, aber auf andere Währungen als USD lauten, in andere Investmentfonds (*Collective Investment Schemes, CIS*), die ähnliche Anlagestrategien verfolgen wie der Teilfonds, und/oder Geldmarktfonds, nicht börsennotierte Wertpapiere und wandelbare Schuldtitel entsprechend den im Abschnitt „Allgemeine Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen“ und im Anhang 5 aufgeführten Anlagestrategien und Anlagebeschränkungen; und
 - in derivative Finanzinstrumente für Zwecke des effizienten Portfoliomanagements und/oder für Anlagezwecke gemäß Absatz 1(a) und 1(b) von Anhang 2, sofern durch den Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ein Leverage-Grad von 100 % des Nettoinventarwertes nicht überschritten wird.
 - in festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente.
4. Der Teilfonds darf nicht mehr als 20 % seines Nettoinventarwertes in Kreditittel und Kreditinstrumente investieren, die von Emittenten in Schwellenländern ausgegeben werden.
5. Der Teilfonds kann nach Anweisungen der Verwaltungsgesellschaft Wertpapierleihgeschäfte im Rahmen der von der Zentralbank aktuell vorgegebenen und in Anhang 6 beschriebenen Grenzen und Bedingungen tätigen.
6. Obwohl vorgesehen ist, dass der Teilfonds in Kreditittel und Kreditinstrumente mit Anlagequalität investiert (mindestens ein Rating von BBB von S&P oder Baa3 von Moody's), können bis zu 30 % des Nettoinventarwertes in Kreditittel und Kreditinstrumente unter Investment Grade oder in Kreditittel und Kreditinstrumente ohne Rating investiert werden.
7. Der Teilfonds darf keine Aktien kaufen, kann aber Aktien halten, wenn diese infolge einer Restrukturierung des Emittenten auf den Fonds übertragen werden.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Überwachung der Engagements:

Es wird davon ausgegangen, dass der Teilfonds Long-Positionen in Höhe von 95 Prozent und Short-Positionen in Höhe von 5 Prozent eingehen wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet

Basiswährung: USD

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Teilfonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments Multi-Factor Global Equity Fund

Anlageziele

Der Teilfonds strebt ein langfristiges Kapitalwachstum an.

Anlagestrategien

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Ziels durch Anwendung einer auf Faktoren basierenden Strategie an, wobei alle Anlagen vom Finanzverwalter auf der Grundlage einer researchorientierten Anlagestrategie ausgewählt werden, die verschiedenartige quantitative Kriterien isoliert und beurteilt, und jedes dieser Kriterien dient zur Ermittlung von für den Teilfonds geeigneten Anlagen. Eine Beschreibung dieser Faktoren folgt nachstehend.

Ein „Value“-Faktor beinhaltet die Ermittlung von Aktien, die vom Finanzverwalter als mit einem Abschlag auf ihren Zeitwert (eine Schätzung des Werts eines Wertpapiers auf dem offenen Markt) oder gegenüber dem breiter gefassten Markt gehandelt erachtet werden.

Ein „Momentum“-Faktor konzentriert sich auf die Ermittlung derjenigen Aktien, die nach Auffassung des Finanzverwalters eine starke Wertentwicklung in den letzten zwölf Monaten verzeichnet hatten, und bei denen er mit einer Fortsetzung ihrer zuletzt starken Wertentwicklung rechnet.

Ein „Quality“-Faktor konzentriert sich auf die Ermittlung von Unternehmen, die nach Auffassung des Finanzverwalters stärker dazu in der Lage sind, Aktionären nachhaltige Renditen zu liefern.

Ein „Low Volatility“-Faktor konzentriert sich auf die Ermittlung von Unternehmen, die nach Auffassung des Finanzverwalters stabilere Renditemuster als der breiter gefasste Markt haben.

Der Teilfonds strebt die Umsetzung seines Anlageziels durch Anwendung der oben genannten Faktoren an und dadurch, dass immer mindestens zwei Drittel des Gesamtvermögens des Teilfonds (ohne Berücksichtigung zusätzlicher liquider Mittel) in Aktien und aktienähnlichen Instrumenten investiert sind, die hauptsächlich an geregelten Märkten weltweit notiert oder gehandelt werden.

Ferner kann der Teilfonds auch in festverzinsliche Wertpapiere investieren, die an einem geregelten Markt notiert oder gehandelt werden. Zu diesen festverzinslichen Wertpapieren und Instrumenten können Staats- und Unternehmensanleihen und Schuldtitel (fest- und variabel verzinslich) und Commercial Paper gehören und sie können entweder ein Rating ober- oder unterhalb von Investment Grade haben (Investment Grade (Anlagequalität) bezieht sich auf Instrumente, die mindestens ein Rating von BBB- von S&P, Baa3 von Moody's oder ein gleichwertiges Rating haben, wenn sie von einer anderen Rating-Agentur bewertet wurden). Höchstens 30 % des Nettoinventarwerts des Teilfonds darf in festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente mit einem Rating unter Anlagequalität („*non-investment grade*“) oder in nicht bewertete festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente investiert werden, deren Qualität als gleichwertig angesehen wird.

Bei der Bestimmung der Asset-Allokation des Teilfonds auf die oben beschriebenen Instrumente, berücksichtigt die researchorientierte Anlagestrategie des Finanzverwalters die langfristigen Kapitalmarktannahmen und seine kurz- bis mittelfristigen Ansichten bezüglich der relativen Attraktivität des Vermögenswerts im Fokus.

Um sein Anlageziel zu erreichen, kann der Teilfonds in derivative Instrumente mit den vorgenannten Basiswerten (Terminkontrakte (Futures), Forward-Kontrakte, Swaps, Contracts for Differences (CFDs) und Kreditderivate) investieren, und weitere Einzelheiten dazu sind in Anhang 2 „Derivative Finanzinstrumente“ enthalten. Der Teilfonds kann jedes dieser Derivate zur Erzeugung synthetischer Short-Positionen einsetzen. Short-Positionen können die Renditen steigern, wenn sie auf einem Markt oder in einem Wertpapier eingegangen werden, der bzw. das im Wert fällt. Eine Short-Position kann auch zum Ausgleich einer Long-Position dienen und somit Schutz bieten, wenn ein Markt oder Wertpapier im Wert fällt.

Es wird nicht davon ausgegangen, dass der Teilfonds eine Neigung zu einer bestimmten geografischen Region, einer Branche, einer Marktkapitalisierung oder einem sonstigen Marktsektor hat, sondern eine Politik des aktiven Wertpapierhandels auf den geregelten Märkten, in die er investiert, verfolgt.

Der Teilfonds kann bis zu 10 Prozent seines Nettovermögens in Investmentfonds (CIS) mit ähnlichen Anlagezielen und -strategien wie der Teilfonds im Sinne der Vorschriften anlegen.

Anlagen in Optionsscheinen dürfen höchstens 5 Prozent des Nettovermögens des Teilfonds ausmachen, wobei Optionsscheine nur dann erworben werden dürfen, wenn angemessen davon ausgegangen werden kann, dass das durch die Optionsscheine übertragene Recht zur Zeichnung ohne Verstoß gegen die Vorschriften ausgeübt werden kann.

Der Teilfonds kann in Einklang mit den im Abschnitt Allgemeine Anlagestrategien und -beschränkungen und Anhang 5 erläuterten Anlagestrategien und -beschränkungen auch in kurzfristige Instrumente und nicht börsennotierte Wertpapiere investieren und kann für ergänzende Zwecke auch eine Liquiditätsposition halten.

Der Teilfonds kann zu Zwecken eines effizienten Portfoliomanagements und/oder zu Anlagezwecken unter Beachtung der in Anhang 6 enthaltenen Beschränkungen Anlagetechniken und derivative Finanzinstrumente einsetzen. Für die Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements darf der Teilfonds zum Zweck der Absicherung gegen Wechselkursrisiken Währungssicherungsgeschäfte tätigen. Der Teilfonds kann auch Devisenkassageschäfte tätigen. Terminkontrakte (Futures) dürfen eingesetzt werden, um sich gegen Marktrisiken abzusichern oder sich auf einem Basismarkt zu engagieren. Termingeschäfte (Forwards) können eingesetzt werden, um sich gegen den Wertzuwachs eines Vermögenswerts abzusichern oder an diesem zu partizipieren. Optionen dürfen anstelle eines effektiven Wertpapiers eingesetzt werden, um eine Absicherung oder ein Long- oder Short-Engagement in Bezug auf einen bestimmten Markt oder bestimmte Wertpapiere zu erreichen. Swaps (einschließlich Swaptions) können eingesetzt werden, um durch das Eingehen von Long- oder Shortpositionen in Bezug auf Märkte oder Wertpapiere Gewinne zu erzielen, sowie zur Absicherung bestehender Long-Positionen. Devisentermingeschäfte dürfen eingesetzt werden, um das Risiko ungünstiger Marktveränderungen bei den Wechselkursen zu verringern oder das Engagement in Fremdwährungen zu erhöhen oder die Risiken von Fremdwährungsfluktuationen von einem Land auf ein anderes zu verschieben. Zinsbegrenzungen nach oben und unten (Caps und Floors) können zur Absicherung gegen Zinsbewegungen eingesetzt werden, die bestimmte Mindest- oder Höchstgrenzen unter- oder überschreiten. Contracts for Differences (CFDs) werden eingesetzt, um Long- oder Short-Positionen in Aktien einzugehen. Kreditderivate können eingesetzt werden, um das Engagement in einem Referenzwert oder einem Index für Referenzwerte zu isolieren und zu übertragen oder das damit verbundene Kreditrisiko zu übertragen.

Nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann der Teilfonds sich an Anlagepools beteiligen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „Anlagepools“ weiter unten.

Risikomanagement:

Zum Schutz der Interessen der Anteilhaber benutzt der Teilfonds den VaR (Value at Risk) als Methode zur Risikomessung, um Risiken zu ermitteln, zu überwachen und zu steuern. Der Teilfonds verwendet den Ansatz eines relativen VaR, um den potenziellen Höchstverlust aufgrund des Marktrisikos mit einem festgelegten Konfidenzniveau über einen festgelegten Zeitraum unter aktuellen Marktbedingungen zu bewerten. Das Verlustrisiko des Teilfonds wird überwacht und täglich berechnet, um sicherzustellen, dass der VaR des Teilfonds nicht das Doppelte des VaR des Referenzportfolios, basierend auf einer Haltedauer von einem Tag und einem einseitigen Konfidenzniveau von 95 Prozent bei Anwendung eines Beobachtungszeitraums von mindestens einem Jahr, überschreitet. Das Referenzportfolio ist der Russell Developed Large Cap Index, der ein ähnliches Risikoprofil wie der Teilfonds hat. Der Russell Developed Large Cap Index ist repräsentativ für die Wertentwicklung des globalen Aktienmarktes basierend auf allen investierbaren Aktienwerten.

Der Teilfonds überwacht seinen Einsatz derivativer Finanzinstrumente. Die Höhe des Engagements (berechnet gemäß den Anforderungen der Zentralbank auf der Grundlage der Summe des absoluten Werts der Nennwerte der eingesetzten Derivate) wird voraussichtlich 15 Prozent des Nettoinventarwertes des Teilfonds betragen. Die Möglichkeit einer Steigerung wäre aber beispielsweise unter ungewöhnlichen Marktbedingungen und in Phasen mit niedriger Volatilität gegeben. Diese Zahl berücksichtigt keine Netting- und Absicherungsvereinbarungen, die der Teilfonds jeweils eingegangen ist, obwohl diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen zum Zweck der Risikoreduzierung genutzt werden; sie ist daher keine risikobereinigte Methode zur Messung des Risikos, was bedeutet, dass die Zahl höher sein kann, als sie ansonsten wäre, wenn diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen berücksichtigt würden. Da diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen – falls berücksichtigt – die Höhe des Engagements reduzieren können, kann diese Berechnung keinen genauen Wert in Bezug auf die tatsächliche Höhe des Engagements des Teilfonds liefern. Zusätzlich gibt es Einschränkungen bezüglich der Nutzung des VaR als statistischen Risikomaßstab, da dieser die Höhe des Engagements im Teilfonds nicht direkt einschränkt und nur das Verlustrisiko unter aktuellen Marktbedingungen beschreibt und keine künftigen wesentlichen Veränderungen in der Volatilität erfassen würde.

Überwachung der Engagements:

Es wird davon ausgegangen, dass der Teilfonds Long-Positionen in Höhe von 125 Prozent und Short-Positionen in Höhe von 35 Prozent eingehen wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen

Finanzinstrumenten erreicht. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis berechnet

Basiswährung: USD

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Teilfonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

Russell Investments Global Low Carbon Equity Fund

Anlagepolitik/Anlagestrategien

Der Fonds strebt die Erreichung seines Anlageziels durch überwiegende Anlagen in Eigenkapitalinstrumente wie Stammaktien und Optionsscheine an, die an geregelten Märkten notiert sind oder gehandelt werden. Der Teilfonds wird sich nicht auf bestimmte Märkte, Branchen oder Unternehmen mit einer bestimmten Marktkapitalisierung konzentrieren, sondern eine Politik der aktiven Einzeltitelauswahl auf den geregelten Märkten, in die er investiert, verfolgen. Eine solche aktive Aktienausswahl beinhaltet, dass der Teilfonds sich bemüht, sein Engagement in Unternehmen, die sich in kohlenstoffintensiven Aktivitäten engagieren oder die einen signifikanten CO₂-Ausstoß und/oder fossile Brennstoffreserven aufweisen, aktiv zu reduzieren (das Verfahren zur Identifizierung solcher Unternehmen wird weiter unten näher beschrieben). Das Anlageuniversum unterliegt auch den Kriterien für Umwelt, Soziales und Governance („ESG“) und Screenings, um Anlagen in Unternehmen, die mit umstrittenen Waffen wie Antipersonen-Minen und Streubomben verbunden sind, auszuschließen (wie nachfolgend beschrieben).

Stets werden mindestens 80 Prozent des Gesamtvermögens des Teilfonds in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren investiert sein. Um sein Anlageziel zu erreichen, kann der Teilfonds in derivative Instrumente mit Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren als Basiswerte investieren und durch den Einsatz solcher Derivate Kaufpositionen (Long-Positionen) und synthetische Verkaufspositionen (Short-Positionen) eingehen.

Der Teilfonds kann auch in Neuemissionen anlegen, deren Zulassung zur Notierung an einem geregelten Markt gemäß Abschnitt 2.2 von Anhang 5 „Anlagebeschränkungen“ beantragt wird.

Der Teilfonds kann ferner bis zu 10 Prozent seines Nettoinventarwertes in OGA investieren.

Zu Zwecken eines effektiven Portfoliomanagements und/oder zu Anlagezwecken darf der Teilfonds unter Beachtung der in Anhang 6 des Prospekts enthaltenen Beschränkungen, wie im Abschnitt „Zulässige derivative Finanzinstrumente“ beschrieben, Anlagetechniken und derivative Finanzinstrumente einsetzen. Zu Zwecken eines effizienten Portfoliomanagements kann der Teilfonds zur Absicherung gegen Wechselkursrisiken Währungssicherungsgeschäfte tätigen. Der Teilfonds kann auch Devisenkassageschäfte tätigen. Futures-Kontrakte werden zur Absicherung von Marktrisiken im Zusammenhang mit der Anlage in Aktien oder einem Engagement in Aktien und/oder Währungen eingesetzt. Optionen dürfen anstelle eines effektiven Wertpapiers eingesetzt werden, um eine Absicherung oder ein Long- oder Short-Engagement in Bezug auf Aktien und/oder Währungen zu erreichen. Swaptions können eingesetzt werden, um durch das Eingehen von Long- oder Short-Positionen in Bezug auf Wertpapiere Gewinne zu erzielen, sowie zur Absicherung bestehender Long-Positionen. Devisentermingeschäfte dürfen eingesetzt werden, um das Risiko ungünstiger Marktveränderungen bei den Wechselkursen zu verringern oder das Engagement in Fremdwährungen zu erhöhen oder die Risiken von Fremdwährungsfluktuationen von einem Land auf ein anderes zu verschieben. Contracts for Difference (CFDs) dürfen eingesetzt werden, um an der Entwicklung von Aktien zu partizipieren.

Der Teilfonds kann auch für Liquiditätszwecke bis zu 5 Prozent seines Nettoinventarwertes in Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten, u. a. Commercial Paper, Einlagenzertifikaten und Schatzwechsell mit Fälligkeiten von unter einem Jahr, halten.

Der Teilfonds wird versuchen, die CO₂-Exposition in seinem Anlagevermögen zu verringern, indem er eine quantitative Methode anwendet, die auf den Parametern eines vom Berater ausgewählten, auf CO₂-Daten spezialisierten Anbieters beruht. Die Daten ermöglichen es dem Anlageberater, die CO₂-Bilanz, die Reserven an fossilen Brennstoffen und die Beteiligung an der Gewinnung von Kohle zu bewerten und den Anteil der umweltfreundlichen Energiequellen (Green Energy Ratio) (Erzeugte umweltfreundliche Energie geteilt durch die Gesamtenergieerzeugung) der potenziellen Anlagen zu berechnen, um ihre Zulässigkeit in Bezug auf die Kriterien des Teilfonds zu überprüfen.

Um festzustellen, ob Anlagen für den Teilfonds in Betracht kommen, werden ESG-Kriterien angewandt. Diese Bewertung

basiert auf der Bewertung von Informationen durch den Anlageberater, die von einem zweiten unabhängigen Spezialanbieter von ESG-Daten bezogen werden. Anlagen müssen, um in Betracht zu kommen, bestimmte ESG-Standards erfüllen oder übertreffen. Anhand der ESG-Standards wird bewertet, wie gut bestimmte Emittenten Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte proaktiv handhaben, die für die Geschäftstätigkeit der jeweiligen Emittenten am bedeutendsten sind. Der Teilfonds ist nicht verpflichtet, in jedes Unternehmen anzulegen, das die ESG-Kriterien erfüllt.

Alle Wertpapiere werden einer Ausschlussliste unterzogen, die regelmäßig überarbeitet und aktualisiert wird und Unternehmen sowie Emittenten identifiziert, die für die Herstellung und/oder Vermarktung umstrittener Waffen verantwortlich sind oder ihren Sitz in Ländern haben, bei denen ein hohes Maß an Korruption vorherrscht oder in denen es an Transparenz mangelt. Diese Ausschlussliste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und unterliegt Änderungen durch den Anlageberater. Falls eine bestehende Anlage des Teilfonds auf der Ausschlussliste erscheint, wird der Teilfonds unter Berücksichtigung der Interessen von Anteilhabern prioritär die geregelte Veräußerung der betreffenden Anlage(n) in die Wege leiten. Die Ausschlussliste kann von den Anteilhabern angefordert werden.

Risikomessung

Zur Wahrung der Interessen der Anteilhaber setzt der Teilfonds den VaR als Methode zur Risikobewertung ein, um Risiken genau zu ermitteln, zu überwachen und zu steuern. Der Teilfonds verwendet den Ansatz eines relativen VaR, um den potenziellen Höchstverlust aufgrund des Marktrisikos mit einem festgelegten Konfidenzniveau über einen festgelegten Zeitraum unter aktuellen Marktbedingungen zu bewerten. Das Verlustrisiko des Teilfonds wird überwacht und täglich berechnet, um sicherzustellen, dass der VaR des Teilfonds nicht das Doppelte des VaR des Referenzportfolios, basierend auf einer Haltedauer von einem Tag und einem einseitigen Konfidenzniveau von 95 Prozent bei Anwendung eines Beobachtungszeitraums von mindestens einem Jahr, überschreitet. Das Referenzportfolio ist der MSCI World Index, der ein ähnliches Risikoprofil wie der Teilfonds hat. Der MSCI World Index ist repräsentativ für die Wertentwicklung des globalen Aktienmarktes basierend auf allen investierbaren Aktienwerten.

Der Teilfonds überwacht seinen Einsatz derivativer Finanzinstrumente. Die Höhe des Engagements (berechnet gemäß den Anforderungen der Zentralbank auf der Grundlage der Summe des absoluten Werts der Nennwerte der eingesetzten Derivate) wird voraussichtlich 35 Prozent des Nettoinventarwertes des Teilfonds betragen. Die Möglichkeit einer Steigerung wäre aber beispielsweise unter ungewöhnlichen Marktbedingungen und in Phasen mit niedriger Volatilität gegeben. Diese Zahl berücksichtigt keine Netting- und Absicherungsvereinbarungen, die der Teilfonds jeweils eingegangen ist, auch wenn diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen zum Zweck der Risikoreduzierung genutzt werden; sie ist daher keine risikobereinigte Methode zur Messung des Risikos, was bedeutet, dass die Zahl höher sein kann, als sie ansonsten wäre, wenn diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen berücksichtigt würden. Da diese Netting- und Absicherungsvereinbarungen – falls berücksichtigt – die Höhe des Engagements reduzieren können, kann diese Berechnung keinen genauen Wert in Bezug auf die tatsächliche Höhe des Engagements des Teilfonds liefern. Zusätzlich gibt es Einschränkungen bezüglich der Nutzung des VaR als statistischen Risikomaßstab, da dieser die Höhe des Engagements im Teilfonds nicht direkt einschränkt und nur das Verlustrisiko unter aktuellen Marktbedingungen beschreibt und keine künftigen wesentlichen Veränderungen in der Volatilität erfassen würde.

Die Direktoren haben der Ausgabe von Anteilklassen gemäß Ausführung in Anhang 1 zugestimmt.

Überwachung der Engagements

Es wird davon ausgegangen, dass der Teilfonds Long-Positionen in Höhe von 125 Prozent und Short-Positionen in Höhe von 10 Prozent eingehen wird. Short-Engagements werden ausschließlich über den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten für Zwecke der Absicherung/Risikominderung eingegangen. Es ist möglich, dass der Teilfonds von Zeit zu Zeit höhere Risikoniveaus aufweist. Die erwartete Spanne von Long- und Short-Positionen wird auf Bruttobasis unter Verwendung von Nominalwerten berechnet, wobei Abzüge für Aufrechnungen (Netting) oder Absicherungsgeschäfte nicht berücksichtigt werden.

Basiswährung: USD

Handelstag: Jeder Geschäftstag – siehe Abschnitt „Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Teilfonds“ und „Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Teilfonds“.

Profil eines typischen Anlegers: Ein typischer Anleger in den Teilfonds ist ein Anleger, der ein langfristiges (in der Regel 5 Jahre oder mehr) Kapitalwachstum anstrebt und bereit ist, eine mäßige bis hohe Volatilität zu akzeptieren.

ALLGEMEINE ANLAGESTRATEGIEN UND ANLAGEBESCHRÄNKUNGEN

Ein Teilfonds verfolgt die folgenden Anlagestrategien und hält die folgenden Anlagebeschränkungen ein, sofern im relevanten Teil des Abschnitts „Die Teilfonds“ nicht ausdrücklich Gegenteiliges festgelegt ist:

1. Die Anlagen eines Teilfonds beschränken sich auf die gemäß den Vorschriften und den in Anhang 5 genannten Anforderungen zulässigen Anlagen. Werden die in Anhang 5 genannten Beschränkungen entweder aus vom Finanzverwalter oder dem Anlageberater (wenn dieser als Finanzverwalter fungiert) nicht zu vertretenden Gründen oder infolge der Ausübung von Zeichnungsrechten überschritten, so werden der Finanzverwalter oder der Anlageberater als oberstes Ziel im Hinblick auf ihre Verkaufstransaktionen unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber die Beseitigung dieser Situation anstreben. Ein Teilfonds unterliegt zudem seiner eigenen Anlagestrategien, und wo diese Anlagestrategien von den Vorschriften abweichen, findet die restriktivere Beschränkung Anwendung.
2. Ein Teilfonds kann bis zu 10 % seines Nettoinventarwertes in Anteilen von Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen Typs (CIS, offene Investmentfonds) im Sinne der Vorschrift 68 der Vorschriften anlegen. Investitionen eines Fonds in einen Teilfonds der Russell Investment Company III p.l.c. („RIC III“), wie in Absatz 7 weiter unten beschrieben, werden in Bezug auf die in diesem Absatz 2 genannte Beschränkung zusammen mit den Anlagen des Fonds in anderen Investmentfonds (CIS) betrachtet.
3. Ein Teilfonds kann für zeitweilige defensive Zwecke, zur Ergänzung der Liquidität oder für strategische Anlagezwecke in kurzfristige Instrumente investieren. Diese kurzfristigen Instrumente müssen
 - (i) an geregelten Märkten weltweit notiert sein oder gehandelt werden.
 - (ii) sofern in den Anlagestrategien eines Teilfonds nicht anders angegeben, eine kurzfristige Bewertung oder eine Emittentenbewertung von mindestens A1/P1 durch S&P oder Moody's aufweisen. Kurzfristige Instrumente, die nicht von diesen beiden Rating-Agenturen bewertet werden, sind zulässig, wenn das kurzfristige Instrument vom zuständigen Finanzverwalter oder Anlageberater (sofern dieser als Finanzverwalter fungiert) als von gleichwertiger Kreditqualität im Vergleich zur Mindestkreditanforderung eingestuft wird.
4. Ein Teilfonds darf nicht mehr als 5 % seines Nettoinventarwertes in Optionsscheinen anlegen.
5. Ein Teilfonds kann bis zu 10 % seines Nettoinventarwertes in Neuemissionen anlegen, deren Zulassung zur Notierung an einem Geregelten Markt beantragt wird.
6. Die Verwaltungsgesellschaft erhebt keine Zeichnungs-, Umtausch- oder Rücknahmegebühren beim Kauf, Umtausch oder Verkauf von Anteilen anderer Investmentfonds, die durch ein gemeinsames Management und eine gemeinsame Kontrolle verbunden sind.
7. Jeder Teilfonds kann bis zu 10 % seines Nettoinventarwertes, der als Barüberschuss vorhanden ist, in einen oder mehrere Teilfonds der RIC III investieren, um die Renditen aus diesen Barmitteln zu maximieren. Die Verwaltungsgesellschaft des Fonds ist auch die Verwaltungsgesellschaft der RIC III. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, im Zusammenhang mit der Verwaltung der überschüssigen Barmittel des Fonds, welche in Teilfonds der RIC III angelegt sind, die Verwaltungsgebühr für die betreffende Anteilsklasse in der im Verkaufsprospekt der RIC III genannten Höhe zu erheben.
8. Vorbehaltlich der jeweils von der Zentralbank auferlegten Bestimmungen kann ein Teilfonds auch in anderen Teilfonds der Gesellschaft anlegen, wobei jedoch keine Anlage in einen Teilfonds der Gesellschaft getätigt werden darf, der selbst Anteile an anderen Teilfonds der Gesellschaft hält. Ferner darf der anlegende Teilfonds keine jährliche Verwaltungsgebühr für den Anteil seines Vermögens berechnen, der in anderen Teilfonds der Gesellschaft angelegt ist. Hinsichtlich solcher Anlagen werden keine Zeichnungs-, Umtausch- oder Rücknahmegebühren erhoben.
9. Ein Teilfonds kann sich an Währungs-Absicherungstransaktionen zum Zweck der Absicherung gegen Wechselkursrisiken im Rahmen der in Anhang 6 dargelegten Beschränkungen beteiligen.
10. Die Gesellschaft darf keine Gelder aufnehmen, Darlehen gewähren oder als Garantiegeber für Dritte eintreten, mit Ausnahme der folgenden Fälle:
 - (i) wenn Devisen durch Back-to-Back-Kredit gekauft werden; und
 - (ii) wenn Kredite auf vorübergehender Basis aufgenommen werden und 10 % des Nettoinventarwertes

der Gesellschaft nicht überschreiten.

Devisen sind nicht als Kreditaufnahme im Sinne der Vorschrift 70(1) klassifiziert, vorausgesetzt, die Gegenposition: (a) lautet auf die Basiswährung des Fonds; und (b) entspricht dem Wert des ausstehenden Fremdwährungsdarlehens oder übersteigt diesen.

11. Ein Teilfonds kann für Zwecke des effizienten Portfoliomanagements nach Anweisung der Verwaltungsgesellschaft im Rahmen der von der Zentralbank festgelegten Beschränkungen Wertpapierleihgeschäfte sowie Pensionsgeschäfte und umgekehrte Pensionsgeschäfte tätigen
12. Ein Teilfonds kann bis zu 10 % seines Nettoinventarwertes in nicht börsennotierte Wertpapiere investieren, u. a. auch in nicht regulierte Investmentfonds (CIS).
13. Ein Teilfonds kann bis zu 25 % seines Nettoinventarwertes in wandelbare Schuldtitel investieren.

Ungeachtet anderer Bestimmungen in diesem Prospekt darf sich weder die Verwaltungsgesellschaft noch der Berater oder ein Finanzverwalter bei der Festlegung der Bonität eines Emittenten oder Kontrahenten ausschließlich oder automatisch auf Kreditratings stützen.

Einsatz von effizienten Portfoliomanagementtechniken und derivativen Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft kann Wertpapierleihgeschäfte und Pensionsgeschäfte (zusammen „effiziente Portfoliomanagementtechniken“) eingehen, vorbehaltlich der in Anhang 6 festgelegten Beschränkungen und soweit mit dem Anlageziel und den Anlagestrategien des Teilfonds vereinbar.

Ein Teilfonds kann in OTC-Derivate gemäß den Vorschriften der Zentralbank anlegen und sofern es sich bei den Gegenparteien der OTC-Derivate um geeignete Gegenparteien handelt.

Der Einsatz von Techniken und Instrumenten in Bezug auf Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und/oder andere Finanzinstrumente, in die die Teilfonds für die Zwecke eines effizienten Portfoliomanagements investieren, erfolgt generell aus einem oder mehreren der folgenden Gründe:

- (i) zur Risikoreduzierung;
- (ii) zur Kostenreduzierung; oder
- (iii) der Erwirtschaftung von zusätzlichem Kapital oder Ertrag für den jeweiligen Teilfonds mit einem angemessenen Risikoniveau unter Berücksichtigung des Risikoprofils des Teilfonds und der Vorschriften zur Risikostreuung, die in den OGAW-Vorschriften der Zentralbank aufgeführt sind.

Effiziente Portfoliomanagementtechniken

Effiziente Portfoliomanagementtechniken dürfen nur normaler Marktpraxis entsprechend und im Einklang mit den Vorschriften der Zentralbank durchgeführt werden. Sämtliche im Zusammenhang mit effizienten Portfoliomanagementtechniken erhaltene Vermögenswerte sind als Sicherheiten zu betrachten und müssen den weiter oben in Bezug auf Sicherheiten dargelegten Kriterien entsprechen. Sämtliche aus effizienten Portfoliomanagementtechniken entstehenden Erträge sollten dem jeweiligen Teilfonds nach Abzug direkter und indirekter Betriebskosten und anfallender Gebühren zufließen. Zu diesen direkten und indirekten Betriebskosten und Gebühren (die allesamt absolut transparent sind), die keine versteckten Erträge beinhalten, gehören Gebühren und Kosten, die an Kontrahenten von Pensionsgeschäften/umgekehrten Pensionsgeschäften und/oder Vermittler von Wertpapierleihgeschäften zahlbar sind, die von der Gesellschaft jeweils beauftragt wurden. Diese Gebühren und Kosten von Kontrahenten von Pensionsgeschäften/umgekehrten Pensionsgeschäften und/oder von Vermittlern für Wertpapierleihgeschäfte, die von der Gesellschaft beauftragt wurden, die marktüblichen Sätzen zusammen mit einer etwaigen MwSt. entsprechen, werden von der Gesellschaft oder dem Teilfonds getragen, in Bezug auf den diese beauftragt wurden. Einzelheiten zu den entstehenden Erträgen der Teilfonds und den damit einhergehenden direkten und indirekten Betriebskosten und Gebühren sowie die Identität bestimmter Kontrahenten von Pensionsgeschäften/umgekehrten Pensionsgeschäften und/oder Vermittlern von Wertpapierleihgeschäften, die vom Fonds jeweils beauftragt werden, sind in den Halbjahres- und Jahresberichten der Gesellschaft enthalten. Zeitweilig kann ein Teilfonds Kontrahenten von Pensionsgeschäften/umgekehrten Pensionsgeschäften und/oder Vermittler von Wertpapierleihgeschäften beauftragen, die verbundene Parteien der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Verwahrstelle oder sonstige Dienstleister der Gesellschaft sind. Diese Beauftragung kann mitunter einen Interessenkonflikt mit der Aufgabe der Verwahrstelle oder sonstiger Dienstleister der Gesellschaft verursachen. Weitere Einzelheiten zu den für diese Transaktionen mit verbundenen Parteien geltenden Bedingungen sind im Abschnitt „Interessenkonflikte“ weiter unten enthalten. Die Identität solcher verbundenen Parteien wird in den Halbjahres- und Jahresberichten der Gesellschaft speziell angegeben.

Sicherheitenpolitik

Im Zusammenhang mit effizienten Portfoliomanagementtechniken und/oder dem Einsatz von derivativen Instrumenten für Absicherungs- oder Anlagezwecke können Sicherheiten von einem Kontrahenten zugunsten eines Teilfonds entgegengenommen oder bei einem Kontrahenten von oder für einen Teilfonds hinterlegt werden. Jede Hereinnahme oder Hinterlegung von Sicherheiten durch einen Teilfonds erfolgt gemäß den Vorschriften der Zentralbank sowie den nachstehend aufgeführten Bedingungen in der Sicherheitenpolitik der Gesellschaft.

Von einem Kontrahenten für einen Teilfonds hinterlegte Sicherheiten müssen als das Risiko gegenüber diesem Kontrahenten verringernd berücksichtigt werden. Jeder Teilfonds muss Sicherheiten in erforderlicher Höhe hereinnehmen, damit er sicherstellen kann, dass die Grenzen des Kontrahentenrisikos eingehalten werden.

Das Kontrahentenrisiko kann insoweit reduziert werden, dass der Wert der entgegengenommenen Sicherheiten jederzeit dem Wert des Betrags entspricht, der dem Kontrahentenrisiko ausgesetzt ist.

Die Verwaltungsgesellschaft oder ihr Beauftragter/ihre Beauftragten steht bzw. stehen mit der Verwahrstelle in Verbindung, um alle Aspekte des Sicherheitenprozesses im Zusammenhang mit Kontrahenten zu steuern.

Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Sicherheiten, wie z. B. operative und rechtliche Risiken, müssen identifiziert und durch den Risikomanagementprozess der Gesellschaft gesteuert und gemindert werden. Ein Teilfonds, der Sicherheiten für mindestens 30 Prozent seines Vermögens erhält, sollte eine geeignete Stresstest-Richtlinie zur Gewährleistung etabliert haben, dass regelmäßige Stresstest unter normalen und außerordentlichen Liquiditätsbedingungen durchgeführt werden, damit der Teilfonds das mit den Sicherheiten verbundene Liquiditätsrisiko beurteilen kann. Die Richtlinie für die Liquiditätsstresstests muss mindestens die in Vorschrift 24, Abs. (8) der Zentralbankvorschriften enthaltenen Vorgaben enthalten:

Zwecks Bereitstellung von Bareinschüssen oder Sicherheiten im Zusammenhang mit Transaktionen in effizienten Portfoliomanagementtechniken und derivativen Finanzinstrumenten kann ein Teilfonds dem Teilfonds gehörende Vermögenswerte oder liquide Mittel im Rahmen der normalen Marktpraxis und den in den Vorschriften der Zentralbank aufgeführten Anforderungen übertragen, hypothekarisch belasten, verpfänden oder als Sicherheit hinterlegen.

Sicherheiten

Von einem Teilfonds entgegengenommene Sicherheiten müssen immer die speziellen Kriterien erfüllt sein, die in den Mitteilungen der Zentralbank zu den folgenden Punkten erörtert werden:

- (i) Liquidität
- (ii) Bewertung
- (iii) Emittentenbonität
- (iv) Korrelation
- (v) Diversifizierung (Anlagekonzentration)
- (vi) Sofortige Verfügbarkeit
- (vii) Verwahrung: Sicherheiten, die auf Basis einer Eigentumsübertragung entgegengenommen wurden, müssen von der Verwahrstelle gehalten werden. Bei anderen Formen der Sicherheitenvereinbarung können die Sicherheiten von einem Drittverwahrer gehalten werden, der einer sachverständigen Überwachung unterliegt und nicht mit dem Lieferant der Sicherheiten verbunden ist.
- (viii) Sicherheitsabschläge: Der jeweilige bzw. die jeweiligen Finanzverwalter wendet bzw. wenden für den jeweiligen Teilfonds entsprechend konservative Sicherheitsabschläge auf die als Sicherheiten erhaltenen Vermögenswerte an, ggf. auf der Basis einer Bewertung der Charakteristika der Vermögenswerte, wie etwa der Bonität oder der Preisvolatilität, sowie das Ergebnis von wie weiter oben beschrieben durchgeführten Stresstests. Wenn die Bonität des Emittenten oder der Emission der Sicherheiten nicht die erforderliche Qualität hat oder die Sicherheiten mit einem beträchtlichen Maß an Preisvolatilität in Bezug auf die Restlaufzeit oder anderen Faktoren einhergehen, muss ein konservativer Sicherheitsabschlag gemäß spezielleren Richtlinien angewandt werden, die schriftlich von der Verwaltungsgesellschaft und/oder dem bzw. den jeweiligen Finanzverwaltern auf laufender Basis zu unterhalten sind. Die Anwendung eines solchen Sicherheitsabschlags muss jedoch von Fall zu Fall in Abhängigkeit von den genauen Einzelheiten der Bewertung der Sicherheiten festgelegt werden. Der jeweilige bzw. die jeweiligen Finanzverwalter kann bzw. können nach eigenem Ermessen unter bestimmten Umständen den Beschluss für richtig erachten, bestimmte Sicherheiten, bei denen ein konservativer, ein weniger konservativer oder gar kein Sicherheitsabschlag angewandt

wurde, auf einer objektiv begründbaren Basis abzulehnen. Mildernde Umstände, die die Annahme entsprechender Sicherheiten mit Abschlagsbestimmungen, die andere Höhen als die in den Richtlinien enthalten, rechtfertigen, müssen schriftlich als Dokumentation der Begründung dafür festgehalten werden. Insoweit ein Teilfonds von der erhöhten Exposure Facility bezüglich Emittenten, wie in Abschnitt 5(ii) von Schedule 3 der Verordnungen der Zentralbank vorgesehen, Gebrauch macht, kann ein solches erhöhtes Emittentenrisiko auf alle in Abschnitt 2.12 von Anhang V des Prospekts aufgeführten Emittenten Anwendung finden.

Es bestehen keine Beschränkungen hinsichtlich der Laufzeit, sofern die Sicherheiten ausreichend liquide sind.

Für die Zwecke der Bewertung müssen entgegengenommene Sicherheiten mindestens täglich bewertet werden, und Vermögenswerte, die eine hohe Preisvolatilität aufweisen, dürfen nicht als Sicherheiten akzeptiert werden, sofern nicht entsprechende konservative Sicherheitsabschläge (wie weiter unten näher beschrieben) vorgenommen werden.

Sachsicherheiten, die zugunsten eines Teilfonds gehalten werden, werden, soweit angemessen, gemäß den Bewertungsmethoden und -grundsätzen der Gesellschaft bewertet. Vorbehaltlich der Vereinbarungen mit dem jeweiligen Kontrahenten in Bezug auf Bewertungen werden bei einem Kontrahenten hinterlegte Sicherheiten täglich zu ihrem Marktwert bewertet.

Sachsicherheiten können nicht verkauft, hinterlegt oder wiederangelegt werden.

Alle durch einen Teilfonds im Rahmen von Wertpapierfinanzierungsgeschäften entgegengenommenen Vermögenswerte gelten als Sicherheiten und müssen die Anforderungen der Sicherheitenpolitik der Gesellschaft erfüllen.

Unbare Sicherheiten, die der Teilfonds von einem Kontrahenten auf Grundlage einer Eigentumsübertragung (ob für ein Wertpapierfinanzierungsgeschäft, ein OTC-Derivatgeschäft oder anderweitig) erhalten hat, müssen von der Verwahrstelle oder einer ordnungsgemäß bestellten Unterverwahrstelle gehalten werden. Vermögenswerte, die der Teilfonds auf Grundlage einer Eigentumsübertragung überlässt, sind nicht mehr Eigentum des Teilfonds und befinden sich nicht mehr im Depotbanknetz. Der Kontrahent ist berechtigt, diese Vermögenswerte nach seinem eigenen Ermessen zu verwenden. Vermögenswerte, die einem Kontrahenten auf einer anderen Grundlage als auf der einer Eigentumsübertragung gestellt werden, müssen von der Verwahrstelle oder einer ordnungsgemäß bestellten Unterverwahrstelle gehalten werden.

Barsicherheiten

Barsicherheiten dürfen nur in folgenden Instrumenten angelegt werden:

- (i) Einlagen bei relevanten Institutionen;
- (ii) Staatsanleihen mit hoher Bonität;
- (iii) Umgekehrte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte), sofern die Transaktionen mit Kreditinstituten erfolgen, die einer sachverständigen Überwachung unterliegen, und der jeweilige Teilfonds jederzeit den vollen Betrag der Barmittel plus aufgelaufener Zinsen zurückfordern kann;
- (iv) Kurzfristige Geldmarktfonds gemäß Definition in den ESMA-Leitlinien für eine einheitliche Definition europäischer Geldmarktfonds (Ref. CESR/10-049).

Wiederangelegte Barsicherheiten müssen gemäß den oben aufgeführten, für Sachsicherheiten geltenden Streuungsvorschriften diversifiziert sein. Investierte Barsicherheiten dürfen nicht beim Kontrahenten oder einem verbundenen Unternehmen hinterlegt werden. Durch die Wiederanlage von Sicherheiten erzeugte Risiken müssen bei Berechnung des Risikos gegenüber einem Kontrahenten berücksichtigt werden. Die Wiederanlage von Barsicherheiten gemäß den obigen Bestimmungen kann dennoch ein zusätzliches Risiko für einen Teilfonds darstellen. Ausführlichere Informationen hierzu sind im Abschnitt „Risiko der Wiederanlage von Barsicherheiten“ enthalten.

Sicherheiten – von einem Teilfonds hinterlegt

Die bei einem Kontrahenten vom oder für einen Teilfonds hinterlegten Sicherheiten müssen bei der Berechnung des Kontrahentenrisikos berücksichtigt werden. Bei einem Kontrahenten hinterlegte Sicherheiten und von diesem Kontrahenten erhaltene Sicherheiten können auf Nettobasis berücksichtigt werden, wenn der jeweilige Teilfonds

Aufrechnungsvereinbarungen mit dem Kontrahenten rechtlich geltend machen kann.

Sicherheiten, die von einem oder im Auftrag eines Teilfonds gestellt werden, bestehen aus denjenigen Sicherheiten, die von Zeit zu Zeit mit dem Kontrahenten vereinbart werden und können jegliche Art von Vermögenswerten des Teilfonds enthalten.

Anlagepools

Wenn ein Teilfonds Aspekte in der Anlagepolitik hat, die er mit zwei oder mehreren Teilfonds gemein hat, kann die Verwaltungsgesellschaft nach ihrem Ermessen und wenn diese Absicht in den Richtlinien für den betreffenden Teilfonds angegeben ist, Anlagepools errichten, um die gemeinsame Anlage zwischen den Teilfonds zu erleichtern. Ein gemeinsamer Anlagepool ist kein von der Gesellschaft oder einem der Teilfonds getrenntes Rechtssubjekt. Es ist vielmehr ein virtueller Pool, der auf effiziente Weise das Erreichen bestimmter Anlagepolitiken erleichtern soll, die zwei oder mehr der Teilfonds gemein haben (ein „**Anlagepool**“). Virtuelles Pooling ist ein bewährtes Instrument, das die Zusammenlegung gemeinsamer Vermögenswerte von verschiedenen Teilfonds ermöglicht, wobei jeder Teilfonds seine Nießbrauchberechtigung und wirtschaftliches Eigentum an den zugrunde liegenden Vermögenswerten behält. Dies wird durch den Einsatz von Technologie und Buchführung zur getrennten Verwahrung und Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für jedes teilnehmende Mandat erreicht. Mit der vorherigen Genehmigung der Zentralbank kann die Verwaltungsgesellschaft auch die Vermögenswerte bestimmter Teilfonds mit den Vermögenswerten anderer regulierter irischer Investmentfonds (CIS) innerhalb von Anlagepools zusammenlegen. Diese anderen regulierten irischen Investmentfonds müssen die Depotbank als ihre Verwahrstelle/Depotbank und den Administrator als ihren Administrator und die Verwaltungsgesellschaft als ihre Verwaltungsgesellschaft bestellt haben. Der Zweck eines Anlagepools ist es, beim Management und bei der Verwaltung der gepoolten Vermögenswerte Skaleneffekte zu erzielen. Der Einsatz von Anlagepools gibt der Verwaltungsgesellschaft die Möglichkeit, Anlagen zu bündeln und Transaktionskosten zu reduzieren. Die Vermögenswerte eines Anlagepools können aus Anlagen jeglicher Art (einschließlich derivativer Finanzinstrumente) bestehen und werden gemäß den Anlagestrategien und -beschränkungen verwaltet, die den im Anlagepool teilnehmenden Teilfonds gemein sind.

Ein Anlagepool setzt sich anfänglich aus Vermögenswerten von jedem im Anlagepool teilnehmenden Teilfonds zusammen. Danach können weitere Übertragungen von Vermögenswerten in einen oder aus einem Anlagepool erfolgen. Die Verwaltungsgesellschaft (oder deren Bevollmächtigter) legt von Zeit zu Zeit den Anteil der Vermögenswerte eines betreffenden Teilfonds fest, die in einen bestimmten gemeinsamen Anlagepool eingebracht werden können (das „**Allokationsverhältnis**“). Bei der Errichtung eines Anlagepools und an jedem darauf folgenden Geschäftstag berechnet der Administrator den Anteil der Vermögenswerte eines Anlagepools, der einem am Anlagepool teilnehmenden Teilfonds gehört (das „**Besitzverhältnis**“). Die Beteiligung eines Teilfonds an einem Anlagepool wird vom Administrator angepasst, um Zeichnungen und Rückkäufe von einem Teilfonds gemäß dem Allokationsverhältnis des Teilfonds zu berücksichtigen. Der Wert der Beteiligung der einzelnen Teilfonds am Anlagepool wird durch die Multiplikation des Nettoinventarwerts des Anlagepools mit dem Besitzverhältnis ermittelt. Der Nettoinventarwert des Anlagepools wird vom Administrator gemäß den Bewertungsbestimmungen der Gesellschaft berechnet, die im nachstehenden Abschnitt „Ermittlung des Nettoinventarwerts“ aufgeführt sind.

Dividenden, Zinsen und sonstige, Erträgen zuzurechnende Ausschüttungen, die in Bezug auf die Vermögenswerte in einem Anlagepool vereinnahmt werden, werden dem Anlagepool gutgeschrieben. Bei der Auflösung eines Teilfonds werden die Vermögenswerte in einem Anlagepool diesem Teilfonds im Verhältnis zu seinem Besitzverhältnis im Anlagepool zugeteilt.

Der Administrator ist verantwortlich für die Verwaltung der Beteiligung eines Teilfonds in einem Anlagepool, d. h. er hat sicherzustellen, dass der relevante Anteil des Anlagepools getrennt und diesem Teilfonds zugeordnet bleibt. Jeder Teilfonds hat (auf gesonderter und auf Dividendenbasis) Anspruch auf die zugrunde liegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die aus den durch einen Anlagepool getätigten Anlagen erwachsen und ihm zugeteilt werden.

Die Depotbank muss jederzeit gewährleisten, dass sie in der Lage ist, die Vermögenswerte teilnehmender Teilfonds (ob es sich um einen der Teilfonds oder um einen anderen regulierten irischen Investmentfonds handelt) in einem Anlagepool identifizieren zu können, obwohl die Vermögenswerte in den Unterlagen der Depotbank als in einem Anlagepool gehalten ausgewiesen sein können. Das Bestehen eines Anlagepools beeinträchtigt nicht die Fähigkeit der Depotbank (a) einen jährlichen Treuhandbericht zu erstellen, der angibt, ob die Gesellschaft nach Ansicht der Depotbank in diesem Berichtszeitraum (i) gemäß den Beschränkungen, die die Satzung und die Vorschriften den Anlage- und Kreditaufnahmebefugnissen der Gesellschaft auferlegen; und (ii) auch ansonsten gemäß den

Bestimmungen der Satzung und der Vorschriften geführt wurde; oder (b) wesentliche Verstöße gegen die Vorschriften, von der Zentralbank auferlegter Bedingungen oder Bestimmungen des Prospekts zu überwachen, damit sie die Zentralbank umgehend über eventuell eintretende wesentliche Verstöße informieren kann.

Ein Teilfonds kann jederzeit nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft die Beteiligung an einem Anlagepool einstellen, zu diesem Zeitpunkt werden Maßnahmen ergriffen, um das Besitzverhältnis des Teilfonds am jeweiligen Anlagepool auf null zurückzufahren.

Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Soweit dies in der Anlagepolitik eines Teilfonds vorgesehen ist, kann dieser Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte (d. h. Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) und Total Return Swaps gemäß der üblichen Marktpraxis und vorbehaltlich der Anforderungen der SFTR und der Vorschriften der Zentralbank einsetzen. Diese Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und Total Return Swaps dürfen für Zwecke abgeschlossen werden, die mit dem Anlageziel des jeweiligen Teilfonds übereinstimmen; dazu gehören auch die Erzielung von Erträgen oder Gewinnen zur Steigerung der Rendite des Teilfonds und die Verminderung der Aufwendungen und Risiken des Portfolios. Wenn dies in der in der Anlagepolitik eines Teilfonds vorgesehen ist, kann er Total Return Swaps für Anlagezwecke einsetzen. Pensionsgeschäfte/umgekehrten Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte dürfen ausschließlich für die Zwecke eines effektiven Portfoliomanagements eingesetzt werden.

Weitere Informationen dazu entnehmen Sie bitte dem Prospektabschnitt „Einsatz von effizienten Portfoliomanagementtechniken und derivativen Finanzinstrumenten“.

Alle Anlagen, die ein Teilfonds gemäß seinem Anlageziel und seiner Anlagepolitik halten kann, unterliegen möglicherweise den SFTR. Es besteht keine Beschränkung in Bezug auf den Anteil der Vermögenswerte, die Gegenstand von Wertpapierfinanzierungsgeschäften oder Total Return Swaps sein können. Daher kann der maximale und erwartete Anteil des Vermögens des Teilfonds, der Gegenstand von Wertpapierfinanzierungen oder Total Return Swaps sein kann, bis zu 100 Prozent betragen, also das gesamte Vermögen des jeweiligen Teilfonds. In jedem Fall wird im jüngsten Halbjahres- und Jahresbericht des betreffenden Teilfonds der Anteil des Vermögens des Teilfonds, der aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften und Total Return Swaps besteht, als absoluter Betrag und als Prozentsatz des Vermögens des jeweiligen Teilfonds angegeben.

Wertpapierleihe bezeichnet Geschäfte, bei denen eine Partei Wertpapiere an den Kontrahenten überträgt, vorbehaltlich einer Verpflichtung, dass der Kontrahent gleichwertige Wertpapiere zu einem zukünftigen Zeitpunkt oder auf Verlangen der übertragenden Partei zurückgibt. Diese Art von Geschäft wird aus Sicht der übertragenden Partei als Wertpapierleihe betrachtet. Pensionsgeschäfte sind Wertpapierleihegeschäfte, bei denen eine Partei einer anderen ein Wertpapier verkauft. Dabei wird gleichzeitig der Rückkauf des Wertpapiers zu einem festgelegten künftigen Termin zu einem zuvor festgelegten Preis vereinbart, aus dem ein vom Kuponsatz der Wertpapiere unabhängiger Marktzins hervorgeht. Umgekehrte Pensionsgeschäfte sind Transaktionen, bei denen ein Teilfonds Wertpapiere von einem Kontrahenten kauft und gleichzeitig sich verpflichtet, die Wertpapiere an den Kontrahenten zu einem vereinbarten Termin und einem vereinbarten Preis wieder zu verkaufen.

Geht ein Teilfonds umgekehrte Pensionsgeschäfte ein, ist sicherzustellen, dass er jederzeit den vollständigen Barbetrag einfordern oder das umgekehrte Pensionsgeschäft entweder auf Basis der aufgelaufenen Beträge oder zum aktuellen Marktwert (gemäß dem Mark-to-Market-Prinzip) kündigen kann. Können die Barbeträge jederzeit zum Marktwert zurückgefordert werden, ist bei der Berechnung des Nettoinventarwerts des Teilfonds der Marktwert des umgekehrten Pensionsgeschäfts anzusetzen.

Geht ein Teilfonds Pensionsgeschäfte ein, muss sichergestellt werden, dass er jederzeit die Wertpapiere, die Gegenstand des Pensionsgeschäfts sind, zurückfordern oder das eingegangene Pensionsgeschäft kündigen kann. Pensionsgeschäfte und umgekehrte Pensionsgeschäfte mit festen Laufzeiten von bis zu sieben Tagen sind als Geschäfte zu betrachten, bei denen die Vermögensgegenstände vom Teilfonds jederzeit zurückgefordert werden können

Während die Gesellschaft bei der Auswahl ihrer Kontrahenten, einschließlich der Berücksichtigung des Rechtsstatus, des Herkunftslandes, der Bonität und der Bonitätsbeurteilung (soweit relevant), eine angemessene Sorgfaltspflicht walten lässt, wird darauf hingewiesen, dass die Vorschriften der Zentralbank keine Kriterien zur Vorauswahl von Kontrahenten vor Abschluss der Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und Total Return Swaps des Teilfonds vorgeben.

Ein Teilfonds, der Wertpapierleihgeschäfte eingeht, muss sicherstellen, dass er in der Lage ist, ein verliehenes

Wertpapier jederzeit zurückzufordern oder ein eingegangenes Wertpapierleihgeschäft zu beenden.

Es können durch den Teilfonds Sicherheiten oder Margeneinschüsse an einen Kontrahenten oder Makler in Bezug auf OTC-Derivategeschäfte oder Wertpapierfinanzierungsgeschäfte geleistet werden. Bitte entnehmen Sie nähere Details dem Abschnitt „Sicherheiten“.

Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte stellen keine Kreditaufnahmen bzw. Kreditvergaben im Sinne der Vorschrift 103 bzw. der Vorschrift 111 der Vorschriften dar.

Der beschriebene Einsatz von DFI und Wertpapierfinanzierungsgeschäften zu den beschriebenen Zwecken des effizienten Portfoliomanagements setzt den Teilfonds den im Abschnitt „Risikofaktoren“ im Prospekt beschriebenen Risiken aus. Die Risiken, die sich aus dem Einsatz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften ergeben, müssen im Risikomanagementprozess der Gesellschaft angemessen berücksichtigt werden.

Risikomanagementverfahren

Die Verwaltungsgesellschaft hat der Finanzaufsichtsbehörde im Namen jedes Teilfonds ihre Risikomanagementpolitik eingereicht, die ihr die genaue Messung, Überwachung und Steuerung der verschiedenen, mit dem Einsatz von DFIs und ggf. Wertpapierfinanzierungsgeschäften verbundenen Risiken ermöglicht. Nicht im aktuellen Risikomanagementverfahren erfasste DFIs werden erst dann vom Fonds eingesetzt, wenn ein aktualisiertes Risikomanagementverfahren der Zentralbank eingereicht und von dieser genehmigt wurde. Die Gesellschaft stellt den Anteilinhabern auf Wunsch zusätzliche Informationen hinsichtlich der angewandten Methoden des Risikomanagements, einschließlich der geltenden quantitativen Limits sowie jeglicher jüngster Entwicklungen bezüglich der Risiko- und Ertragsmerkmale der Hauptanlagekategorien, zur Verfügung.

Bezugnahme auf Ratings

Die European Union (Alternative Investment Fund Managers) (Amendment) Regulations 2014 (S.I. No. 379 of 2014) (die „Änderungsverordnungen“) setzen die Anforderungen der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (2013/14/EU) im Hinblick auf einen übermäßigen Rückgriff auf Ratings („CRAD“) in irisches Recht um. Die CRAD zielt darauf ab, den übermäßigen Rückgriff auf Ratings von Ratingagenturen einzuschränken und die Verpflichtungen in Bezug auf das Risikomanagement klarzustellen. In Übereinstimmung mit den Änderungsverordnungen und der CRAD und unbeschadet anderer Bestimmungen in diesem Prospekt darf sich weder die Verwaltungsgesellschaft noch der Anlageberater oder ein Finanzverwalter ausschließlich oder automatisch auf Kreditratings bei der Festlegung der Bonität eines Emittenten oder Kontrahenten stützen.

Abgesicherte Anteilklassen

Der Fonds beabsichtigt, bestimmte währungsbezogene Transaktionen einzugehen, um das Währungsrisiko auf Anteilklassen- und Vermögensebene abzusichern.

Sämtliche Finanzinstrumente, die eingesetzt werden, um solche Währungsabsicherungsstrategien für eine oder mehrere Klassen zu implementieren, sind Vermögenswerte/Verbindlichkeiten des Teilfonds als Ganzes, werden aber den jeweiligen Klassen zugeordnet, und die Gewinne/Verluste aus den betreffenden Finanzinstrumenten sowie die mit diesen verbundenen Kosten werden ausschließlich der jeweiligen Klasse zugerechnet. Anleger sollten jedoch beachten, dass zwischen den Anteilklassen keine Haftungstrennung besteht. Wengleich die Kosten, Gewinne und Verluste der Transaktionen zur Durationsabsicherung allein der relevanten Klasse zufließen, besteht für die Anteilhaber dennoch das Risiko, dass die durchgeführten Absicherungsgeschäfte in einer Klasse sich negativ auf den Nettoinventarwert einer anderen Klasse auswirken könnten.

Währungsbesicherte Klassen werden, sofern angemessen, für den Teilfonds, in dem die jeweilige Klasse ausgegeben wird, als solche ausgewiesen. Wenn der Fonds sich um eine Absicherung gegen Wechselkursschwankungen bemüht, kann dies dazu führen, dass aufgrund externer Faktoren, die der Fonds nicht steuern kann, unbeabsichtigt zu hoch (over-hedged) oder zu niedrig (under-hedged) abgesicherte Positionen eingegangen werden. Dabei gilt jedoch, dass eine zu hohe Absicherung von Positionen 105 % des Nettoinventarwerts nicht übersteigt und abgesicherte Positionen laufend überprüft werden, um sicherzustellen, dass eine zu hohe Absicherung von Positionen die zulässige Höhe nicht überschreitet. Diese Überprüfung beinhaltet auch ein Verfahren, um sicherzustellen, dass Positionen, die 100 % des Nettoinventarwerts übersteigen, nicht von Monat zu Monat übertragen werden. Soweit diese Absicherung für eine bestimmte Klasse erfolgreich ist, wird sich die Performance der Klasse wahrscheinlich entsprechend der Performance der Basiswerte entwickeln, so dass den

Anlegern dieser Klasse kein Gewinn/Verlust entsteht, wenn im Fall einer Währungsabsicherung die Währung der Klasse gegenüber der Basiswährung fällt/steigt.

Verwendung eines Zeichnungs-/Rücknahmekontos

Der Fonds unterhält für sämtliche Teilfonds ein einziges gemeinsames Zeichnungs-/Rücknahmekonto gemäß den Leitlinien der Zentralbank in Bezug auf Umbrella-Geldkonten. Dementsprechend werden Gelder im Zeichnungs-/Rücknahmekonto als Vermögenswerte der betreffenden Teilfonds erachtet und unterliegen nicht dem Schutz gemäß den Investor Money Regulations. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Verwahrstelle das Zeichnungs-/Rücknahmekonto bei der Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen zur Überprüfung von Liquiditätsbeständen überwachen und eine effektive und ordnungsgemäße Überwachung der Cashflows des Fonds in Übereinstimmung mit den in OGAW V dargelegten Verpflichtungen sicherstellen wird.

Für die Anleger besteht dessen ungeachtet ein Risiko, wenn Gelder vom Fonds im Zeichnungs-/Rücknahmekonto im Namen eines Teilfonds zu einem Zeitpunkt gehalten werden, an dem ein solcher Teilfonds (oder ein anderer Teilfonds des Fonds) insolvent wird.

In Bezug auf Zeichnungsgelder, die von einem Anleger vor der Ausgabe von Anteilen auf das Zeichnungs-/Rücknahmekonto eingehen (wie es in Zusammenhang mit Teilfonds, die erst nach Eingang von frei verfügbaren Zahlungsmitteln Anteile ausgeben, der Fall ist), werden diese Zeichnungsgelder zum Eigentum des betreffenden Teilfonds, und dementsprechend wird ein Anleger als allgemeiner nicht bevorrechtigter Gläubiger des Fonds während des Zeitraums zwischen Erhalt der Zeichnungsgelder im Zeichnungs-/Rücknahmekonto und der Ausgabe von Anteilen behandelt.

Etwaige Dividendenerträge, die von einem Teilfonds ausgezahlt und in einem Zeichnungs-/Rücknahmekonto gehalten werden, bleiben so lange ein Vermögenswert des betreffenden Teilfonds, bis diese Erlöse an den Anleger freigegeben werden. Während dieser Zeit gilt ein Anleger als ein allgemeiner nicht bevorrechtigter Gläubiger des Fonds. Für Rücknahmeerlöse schließt dies Fälle ein, bei denen die Rücknahmeerlöse vorübergehend einbehalten werden, bis ausstehende Dokumente zur Identitätsüberprüfung, die vom Fonds oder Administrator angefordert werden können, erhalten wurden. Daran wird ersichtlich, dass derlei Anforderungen unverzüglich nachgekommen werden sollte, damit Rücknahmeerlöse freigegeben werden können.

Der Fonds formuliert in Zusammenarbeit mit der Verwahrstelle und in Einklang mit den Leitlinien der der Zentralbank Richtlinien darüber, wie das Zeichnungs-/Rücknahmekonto zu unterhalten ist. Diese Leitlinien werden vom Fonds und von der Verwahrstelle mindestens jährlich überprüft.

RISIKOERWÄGUNGEN

Im Folgenden sind die wichtigsten Risikofaktoren der Teilfonds aufgeführt. Die Liste erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Anlage

Die Performance der Vergangenheit ist nicht unbedingt ein Hinweis auf die Performance der Zukunft. Anteilspreise und daraus resultierende Erträge können sowohl steigen als auch fallen, und es ist möglich, dass Anleger nicht den vollen Anlagebetrag zurückerhalten. Es gibt keine Garantie dafür, dass ein Teilfonds sein Anlageziel erreichen oder dass ein Anteilinhaber den vollen in einem Teilfonds angelegten Betrag zurückerhalten wird. Die Kapitalverzinsung und Erträge der einzelnen Fonds basieren auf den Kursgewinnen und Erträgen der Wertpapiere, die die Fonds halten, abzüglich der angefallenen Kosten. Daher kann die Rendite der einzelnen Fonds schwanken, wenn diese Kursgewinne und Erträge sich verändern. Da von den Anlegern bei der Ausgabe von Anteilen ein Ausgabeaufschlag verlangt werden kann, sollte die Anlage in einen Teilfonds als mittel- oder langfristige Anlageform betrachtet werden.

Potenzielle Anleger sollten beachten, dass die Anlagepolitik eines Teilfonds in der Auflegungs- oder Abwicklungsphase eines Teilfonds, wenn jeweils erste Anlagepositionen eingegangen oder die letzten Positionen aufgelöst werden, unter Umständen nicht vollständig umgesetzt oder eingehalten werden kann. Ferner kann die Zentralbank in Bezug auf die Auflegungsphase einem Teilfonds gestatten, für sechs (6) Monate ab dem Datum seiner Genehmigung von bestimmten Vorschriften abzuweichen, sofern sich der Teilfonds dabei noch nach dem Prinzip der Risikostreuung richtet. Im Hinblick auf die Abwicklungsphase und gemäß den Bestimmungen dieses Prospekts und der Satzung werden Anteilinhaber vor einer Abwicklung des Teilfonds benachrichtigt. Infolgedessen können Anteilinhaber in der Auflegungs- oder Abwicklungsphase eines Teilfonds verschiedenen Arten von Anlagerisiken ausgesetzt sein und unter Umständen einen Ertrag erhalten, der von dem Ertrag abweicht, der vereinnahmt worden wäre, wenn die jeweilige Anlagepolitik oder die Vorschriften vollständig beachtet worden wäre(n) (wobei keine Gewähr dafür gegeben werden kann, dass ein Teilfonds sein Anlageziel erreicht).

2. Aktien

Die Kurse von Aktien schwanken täglich in Abhängigkeit von den Marktbedingungen. Märkte können von einer Reihe von Faktoren, wie z. B. politische und wirtschaftliche Nachrichten, Ertragsberichte von Unternehmen, demographische Trends, Katastrophen und weitreichendere Markterwartungen beeinflusst werden. Anleger in Aktienfonds sollten berücksichtigen, dass der Wert von Aktien sowohl fallen als auch steigen kann und dass sie unter Umständen nicht den ursprünglich von ihnen angelegten Betrag zurückerhalten. Bei einem in Aktien anlegenden Fonds können erhebliche Verluste entstehen.

3. Risiken im Zusammenhang mit dem Pooling von Anlagen

Mit dem Einsatz von Anlagepools durch die jeweiligen Teilfonds sind mehrere Risiken verbunden, einschließlich betrieblicher Risiken. Bei der Errichtung von Anlagepools ist die Gesellschaft stark von der vom Administrator und der Depotbank eingesetzten Buchhaltungs- und Depottechnologie abhängig, die möglicherweise häufige Neugewichtungen innerhalb der Anlagepools vornehmen müssen, um die sich dynamisch verändernden Besitzverhältnisse zu berücksichtigen. Obwohl die Vermögenswerte innerhalb der Anlagepools getrennt verwahrt und verwaltet werden, ist die Gesellschaft auf die Technologie des Administrators und der Depotbank angewiesen, um diese Trennung zu gewährleisten.

Durch die Errichtung von Anlagepools sollen die teilnehmenden Teilfonds von reduzierten Transaktionskosten und Skaleneffekten durch die Zusammenlegung von Vermögenswerten und von der höheren Skalierbarkeit profitieren. Es kann jedoch nicht garantiert werden, dass Anlagepools diese Vorteile liefern, da sie durch die Betriebs- und Infrastrukturkosten, die mit der Errichtung und Führung der Anlagepools verbunden sind, ausgeglichen oder sogar zunichte gemacht werden können.

4. Festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente sowie Kredittitel und -instrumente

Festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente sowie Kredittitel und -instrumente werden von tatsächlichen und wahrgenommenen Hinweisen auf die Bonität ihrer Emittenten beeinflusst. Die „Herabstufung“ des Ratings eines Schuldtitels/-Instrumentes oder negative Publicity, verbunden mit der Wahrnehmung der Anleger, können den Wert und die Liquidität solcher Wertpapiere/Instrumente mindern. Ein Teilfonds, der in festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente und/oder Kredittitel und -instrumente investiert, kann zudem von Veränderungen der Zinssätze und Bonitätserwägungen betroffen sein. Die Kurse kurzfristigerer festverzinslicher Wertpapiere und Instrumente und/oder von Kredittiteln und -instrumenten schwanken auch generell weniger in Reaktion auf Zinsänderungen als längerfristige festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente und Kredittitel und -instrumente. Weitere Erwägungen betreffen die Fähigkeit des Emittenten, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen, die durch individuelle Entwicklungen beim Emittenten beeinträchtigt sein kann, oder das Unvermögen des Emittenten, Prognosen zu erfüllen.

Festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente sowie Kredittitel und -instrumente unter Anlagequalität können einen hohen Leverage-Grad haben und mit einem höheren Ausfallrisiko auf Seiten des Emittenten verbunden sein, da die Emittenten möglicherweise nicht über eine solche finanzielle Stärke verfügen wie diejenigen, die Instrumente mit höheren Kreditratings begeben. Darüber hinaus sind festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente sowie Kredittitel und -instrumente unter Anlagequalität häufig volatiler als festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente sowie Kredittitel und -instrumente mit höheren Ratings, was die Bewertung und den Verkauf dieser Wertpapiere und Instrumente erschweren kann. Die Abwicklung von Transaktionen in Bezug auf festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente sowie Kredittitel und -instrumente unter Anlagequalität kann mit Verzögerungen und administrativen Unwägbarkeiten verbunden sein. Ferner können am Markt für solche Wertpapiere und Instrumente Liquiditätsprobleme auftreten, was den Wert dieser Wertpapiere und Instrumente beeinflussen kann. Daneben sind Emittenten von Wertpapieren und Instrumenten mit niedrigeren Ratings stärker von tatsächlichen oder wahrgenommenen konjunkturellen Veränderungen, politischen Veränderungen und anderen nachteiligen Veränderung betroffen, die spezieller auf den Emittenten zielen.

5. Unternehmen mit geringerer Marktkapitalisierung

Die Teilfonds können in Small Cap-Unternehmen investieren, und für diese Aktien kann ein weniger liquider Markt vorhanden sein als für Large und Mid Cap-Werte. Zudem können die Marktkurse dieser Aktien volatiler und etwas spekulativer als die Kurse von Large Cap-Werten sein.

Kleinere oder neuere Unternehmen können aufgrund mangelnder Managementtiefe erhebliche Verluste erleiden, aber auch ein deutlich größeres Wachstum erzielen als größere und möglicherweise nicht die Mittel aufbringen, die sie für ihr Wachstum oder die Entwicklung oder Vermarktung neuer Produkte oder Dienstleistungen, für die noch keine etablierten Märkte vorhanden sind, benötigen. Darüber hinaus können solche Unternehmen innerhalb ihrer Branchen bedeutungslos sein und einem intensiven Wettbewerb von Seiten größerer oder etablierter Unternehmen ausgesetzt sein.

6. Branchenspezifische Faktoren

Fonds, die in einer bestimmten Wirtschaftsbranche investieren (wie z. B. Teilfonds, die einen wesentlichen Teil ihres Nettoinventarwertes in Landwirtschaftsunternehmen, Klimawandelunternehmen, börsennotierte Infrastrukturunternehmen oder börsennotierte Immobilienunternehmen investieren), können einer höheren Volatilität unterliegen als Anlagen, die über eine Vielzahl von Wertpapieren in verschiedenen Wirtschaftsbranchen gestreut sind. Anlagen in Wertpapieren innerhalb einer bestimmten Branche können mit Risiken verbunden sein, die bei Anlagen anderer Art möglicherweise nicht im selben Maße vorhanden sind. Zum Beispiel können manche Unternehmen aus einer bestimmten Wirtschaftsbranche begrenzte Produktlinien oder finanzielle Ressourcen haben oder von einer begrenzten Management-Gruppe abhängig sein. Die Performance von Teilfonds, die in eine bestimmte Branche investieren, kann in Richtung und Grad von der Performance des Gesamtmarktes abweichen, und die Teilfonds können möglicherweise plötzlichen Veränderungen der Anlegeraktivität ausgesetzt sein.

7. Schwellenländer

Die Märkte von Schwellenländern (*Emerging Markets*) sind typischerweise Märkte in weniger entwickelten Ländern, die ein geringeres Maß an wirtschaftlicher und/oder Kapitalmarktentwicklung und ein höheres Maß an Kurs- und Währungsvolatilität aufweisen. Fonds mit einem signifikanten Engagement in Schwellenländern sind möglicherweise nur für gut informierte Anleger geeignet. Die grundlegenden mit diesen Märkten verbundenen Risiken sind im Folgenden zusammengefasst.

Politische Faktoren:

Manche Regierungen von Schwellenländern üben einen wesentlichen Einfluss auf den privaten Wirtschaftssektor aus, und es können erhebliche politische und gesellschaftliche Unsicherheiten bestehen. Unter ungünstigen gesellschaftlichen und politischen Umständen haben Regierungen in der Vergangenheit die Märkte mit Enteignungen, konfiskatorischen Besteuerungen, Verstaatlichungen, Interventionen an Wertpapiermärkten und Abwicklungssystemen und durch Verhängung von Anlagebeschränkungen für ausländisches Kapital und Devisenkontrollen beeinflusst. Neben der Einbehaltung von Steuern auf Anlageerträge erheben einige Schwellenländer möglicherweise Kapitalertragsteuern für ausländische Anleger oder schränken sogar den Wertpapierbesitz von Ausländern ein.

Wirtschaftliche Faktoren:

Ein weiteres Risiko, das viele dieser Länder gemeinsam haben, ist eine stark exportorientierte Wirtschaft und eine entsprechende Abhängigkeit vom internationalen Handel. Auch überlastete Infrastrukturen und veraltete Finanzsysteme stellen in bestimmten Ländern Risiken dar.

Regulatorische Faktoren:

Die allgemein anerkannten Praktiken der Buchführung, Rechnungsprüfung und Finanzberichterstattung sowie die rechtliche Infrastruktur können sich in Schwellenländern wesentlich von den Praktiken entwickelter Märkte unterscheiden. Manche Schwellenländer haben möglicherweise ein geringeres Maß an Regulierung, Durchsetzung von Regulierungsbestimmungen und Überwachung der Anlegeraktivitäten als höher entwickelte Märkte.

Marktfaktoren:

Die Wertpapiermärkte von Entwicklungsländern sind nicht so groß wie die etablierten Wertpapiermärkte und haben ein deutlich geringeres Handelsvolumen, was zu mangelnder Liquidität und einer hohen Kursvolatilität führen kann.

Marktkapitalisierung und Handelsvolumen konzentrieren sich gegebenenfalls auf eine geringe Anzahl von Emittenten, die wiederum eine begrenzte Anzahl von Branchen repräsentieren und eine hohe Konzentration von Anlegern und Finanzmittlern aufweisen. Diese Faktoren können negative Auswirkungen für das Timing und die Kurse beim Kauf oder Verkauf von Wertpapieren durch einen Fonds haben.

Abrechnung:

Die Praktiken bei der Abrechnung von Wertpapiertransaktionen sind in Schwellenländern mit höheren Risiken verbunden als auf etablierten Märkten. Dies ist teilweise dadurch bedingt, dass die Gesellschaft gezwungen ist, mit Kontrahenten zu arbeiten, die eine geringere Kapitalisierung aufweisen. Überdies kann die Verwahrung und Registrierung von Vermögenswerten in manchen Ländern unzuverlässig sein. Verzögerungen in der Abrechnung können dazu führen, dass ein Fonds Anlagegelegenheiten nicht wahrnehmen kann, weil ein Wertpapier nicht gekauft oder verkauft werden kann. Die Verwahrstelle ist verantwortlich für die sorgfältige Auswahl und Überwachung ihrer Korrespondenzbanken auf allen relevanten Märkten gemäß irischem Recht und Bestimmungen. In bestimmten Schwellenländern unterliegen die Registerstellen keiner effektiven staatlichen Überwachung und sind auch nicht in allen Fällen unabhängig von Emittenten. Anleger sollten sich daher bewusst sein, dass die betreffenden Fonds aufgrund möglicher Registrierungsprobleme Verluste erleiden können.

8. Politische Faktoren

Der Wert des Vermögens eines Teilfonds kann in einigen Ländern, in die die Gesellschaft investiert, durch Ungewissheiten wie politische Entwicklung, Änderungen in der Regierungspolitik, Besteuerung, Währungsrückführungsbeschränkungen und Beschränkungen der Anlagen ausländischer Anleger beeinflusst werden.

9. Währung und gehedgte Anteilsklassen

Die Anlagen eines Teilfonds können in einer Vielzahl von Währungen erworben werden und Wechselkursänderungen zwischen bestimmten Währungen können Wertschwankungen einer Anlage in einem Teilfonds bewirken.

Ein Teilfonds kann Anteilsklassen auflegen, deren Klassenwährung sich von der Basiswährung dieses Teilfonds unterscheidet. Außerdem kann ein Teilfonds in Vermögenswerte anlegen, die auf eine andere Währung als die Basiswährung dieses Teilfonds lauten. Demnach kann sich der Wert der Anlage eines Anteilhabers aufgrund von Wechselkursschwankungen zwischen den Währungen günstig oder ungünstig entwickeln.

Die Gesellschaft kann gegen Wechselkursschwankungen abgesicherte Anteilsklassen auflegen, um das resultierende Währungsrisiko wieder in der Klassenwährung der jeweiligen Anteilsklasse abzusichern. Außerdem kann sich die Gesellschaft gegen das Währungsrisiko absichern, das dadurch entsteht, dass der Teilfonds in Vermögenswerte anlegt, die auf eine andere Währung als die Basiswährung dieses Teilfonds lauten. In diesen Fällen kann die jeweilige Klassenwährung der Anteilsklasse abgesichert werden. Dabei können sich aufgrund von Faktoren, die der Fonds nicht beeinflussen kann, unbeabsichtigt zu hohe oder zu niedrige Absicherungen von Positionen ergeben. Zu hoch abgesicherte Positionen werden nicht über 105 % des Nettoinventarwertes der Klasse hinausgehen. Abgesicherte Positionen werden laufend überprüft, um sicherzustellen, dass das zulässige Maß an zu hoch abgesicherten Positionen nicht überschritten wird. Es werden Verfahren angewandt, mit denen sichergestellt wird, dass zu hoch abgesicherte Positionen, welche die Schwelle von 100 % des Nettoinventarwertes der Anteilsklasse wesentlich überschreiten, nicht in den nächsten Monat fortgeschrieben werden.

Bei gehedgten Anteilsklassen kann ein Teilfonds im Rahmen der jeweils von der Zentralbank festgelegten Beschränkungen Sicherungsgeschäfte, Gegensicherungsgeschäfte und andere Techniken und Instrumente einsetzen.

Die Kosten und Gewinne oder Verluste, die mit den für währungsgesicherte Anteilsklassen durchgeführten Absicherungsgeschäften verbunden sind, werden ausschließlich den währungsgesicherten Anteilsklassen zugewiesen, auf die sie sich beziehen. Bei währungsgesicherten Anteilsklassen setzt ein Teilfonds Instrumente wie Devisenterminkontrakte ein, um das Währungsrisiko gegenüber der Klassenwährung der jeweiligen Anteilsklasse abzusichern.

Bei erfolgreicher Absicherung müsste sich die relative Performance der währungsgesicherten Anteilsklasse entsprechend der relativen Performance der Basiswerte bewegen. Der Einsatz von Hedging-Strategien kann jedoch die Chancen der Anteilhaber einer währungsgesicherten Anteilsklasse auf Gewinne wesentlich einschränken, wenn die Klassenwährung der jeweiligen Anteilsklasse gegenüber der Basiswährung des betreffenden Teilfonds und/oder der Währung, auf die die Vermögenswerte des betreffenden Teilfonds lauten, steigt. Dasselbe Risiko besteht, wenn der Teilfonds Anlagen hält, die nicht auf die Basiswährung lauten, und sich dadurch einem Währungsrisiko aussetzt.

10. Devisengeschäfte

Der Einsatz von Devisengeschäften mit dem Ziel, die Charakteristika des Währungsrisikos der von den Fonds gehaltenen Wertpapieren zu ändern, ist zulässig. Dementsprechend kann die Performance eines Teilfonds stark von den Wechselkursschwankungen abhängen, da die vom Teilfonds gehaltene Währungsposition möglicherweise nicht der Wertpapierposition entspricht.

11. Kontrahenten und Erfüllung

Die Gesellschaft ist in Hinblick auf die Parteien, mit denen sie handelt, einem Kreditrisiko ausgesetzt und trägt außerdem das Risiko von Abwicklungsversäumnissen.

12. Verwahrung

Da die Gesellschaft in Märkte investieren kann, auf denen die Depot- oder Abrechnungssysteme noch nicht voll entwickelt sind (wie z. B. in Schwellenländern), können die Vermögenswerte der Gesellschaft, die an solchen Märkten gehandelt werden und Unterdepotbanken anvertraut wurden, weil der Einsatz von Unterdepotbanken aufgrund der besonderen Bedingungen notwendig ist, Risiken ausgesetzt sein, für welche die Verwahrstelle keine Haftung übernimmt.

13. Umbrella-Struktur der Gesellschaft und gegenseitige Haftung

Die Fonds haben, unabhängig von ihrer Ertragslage, ihre Gebühren und Kosten selbst zu tragen. Die Gesellschaft ist ein Umbrella-Fonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds und gemäß irischem Recht haftet die Gesellschaft im Allgemeinen nicht als Ganzes gegenüber Dritten, so dass die Möglichkeit einer gegenseitigen Haftung zwischen den Teilfonds im Allgemeinen nicht besteht. Ungeachtet des Vorherstehenden kann es keine Gewährleistung geben, dass, wenn jemand gegen die Gesellschaft vor den Gerichten einer anderen Jurisdiktion klagen sollte, die getrennte Natur der Teilfonds zwangsläufig Bestand haben würde.

14. Anlage in andere Investmentfonds (CIS)

Jeder Teilfonds kann in einen oder mehrere andere Organismen für gemeinsame Anlagen anlegen, einschließlich Organismen, die von der Verwaltungsgesellschaft und/oder verbundenen Unternehmen der Verwaltungsgesellschaft verwaltet werden (jeweils ein zugrunde liegender Teilfonds). Als Anteilinhaber eines zugrunde liegenden Fonds würde ein Teilfonds gemeinsam mit anderen Anteilinhabern seinen Anteil an den Kosten des zugrunde liegenden Fonds, einschließlich Verwaltungs- und/oder sonstige Gebühren tragen. Diese Gebühren würden zusätzlich zu den Verwaltungsgebühren und sonstigen Kosten, die ein Teilfonds direkt in Verbindung mit seinen eigenen Transaktionen trägt, anfallen.

Insolvenzrisiko

Der Ausfall oder die Insolvenz oder ein sonstiger Unternehmenszusammenbruch eines Emittenten der von einem zugrunde liegenden Fonds oder von einem Kontrahenten eines zugrunde liegenden Fonds gehaltenen Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Performance des jeweiligen Teilfonds und seine Fähigkeit zum Erreichen seiner Anlageziele auswirken.

Risiken weltweiter Anlagen

Die zugrunde liegenden Fonds können auf verschiedenen Wertpapiermärkten rund um den Globus investieren. Daher unterliegen die Teilfonds den Risiken im Zusammenhang mit der möglichen Auferlegung von Quellensteuern auf aus diesen Wertpapieren erzielten Erträge oder Gewinne in Bezug auf diese Wertpapiere. Zusätzlich bestehen bei einigen dieser Märkte bestimmte Faktoren, die gewöhnlich nicht mit Anlagen auf etablierten Wertpapiermärkten in Verbindung gebracht werden, einschließlich Risiken in Bezug auf: (i) Marktunterschiede, einschließlich einer möglichen Kursvolatilität und relativer Illiquidität einiger ausländischer Wertpapiermärkte, (ii) das Nichtvorhandensein einheitlicher Standards der Rechnungslegung, Rechnungsprüfung und Finanzberichterstattung, Praktiken und Offenlegungspflichten und geringerer staatlicher Aufsicht und Regulierung und (iii) bestimmter wirtschaftlicher und politischer Risiken, einschließlich möglicher Bestimmungen zur Devisenkontrolle und möglicher Beschränkungen für ausländische Anlagen und Rückführung von Kapital.

Zugrunde liegende Fonds können andere Abrechnungszyklen wie die der Teilfonds haben. Deshalb kann es eine Diskrepanz zwischen den beiden Abrechnungszyklen geben, die dazu führt, dass die Teilfonds vorübergehend Gelder aufnehmen müssen, um diese Verbindlichkeiten zu erfüllen. Dies kann dazu führen, dass dem betreffenden Teilfonds Kosten entstehen. Derartige Mittelaufnahmen erfolgen den OGAW-Richtlinien entsprechend. Des Weiteren wird jeder zugrunde liegende Fonds möglicherweise nicht zum selben Zeitpunkt oder am selben Tag wie der betreffende Teilfonds bewertet, und dementsprechend handelt es sich bei dem Nettoinventarwert dieses zugrunde liegenden Fonds, der bei der Berechnung des Nettoinventarwerts des betreffenden Teilfonds verwendet wird, um den letzten verfügbaren Nettoinventarwert dieses zugrunde liegenden Fonds (weitere Einzelheiten zur Berechnung des Nettoinventarwerts sind im Abschnitt ‚Ermittlung des Nettoinventarwerts‘ enthalten).

Insoweit der jeweilige Teilfonds in zugrunde liegenden Fonds investiert ist, hängt der Erfolg des jeweiligen Teilfonds von der Fähigkeit der zugrunde liegenden Fonds ab, Anlagestrategien zu entwickeln und umzusetzen, die das Anlageziel der jeweiligen Teilfonds erreichen. Von den zugrunde liegenden Fonds getroffene subjektive Entscheidungen können dazu führen, dass dem jeweiligen Teilfonds Verluste entstehen oder dass ihm Gewinnchancen entgehen, die er ansonsten hätte ausnutzen können. Zusätzlich hängt die allgemeine Performance des jeweiligen Teilfonds nicht nur von der Anlageperformance der zugrunde liegenden Fonds sondern auch von der Fähigkeit des jeweiligen Finanzverwalters ab, die Anlagen der Teilfonds unter diesen zugrunde liegenden Fonds fortlaufend effizient auszuwählen und zuzuordnen. Es kann nicht garantiert werden, dass sich die vom jeweiligen Finanzverwalter getätigten Allokationen als ebenso erfolgreich wie andere Allokationen, die ansonsten getätigt worden wären, oder wie die Annahme eines statischen Ansatzes, bei dem die zugrunde liegenden Fonds nicht verändert werden, erweisen.

Die zugrunde liegenden Fonds können gehebelt oder ungehebelt sein und können in unregelmäßigen Gerichtsbarkeiten eingerichtet sein, die nicht über denselben Anlegerschutz verfügen, der in Irland eingerichteten Organismen für gemeinsame Anlagen gemäß irischem Recht geboten wird, die den irischen Bestimmungen und Bedingungen unterliegen. Die Verwendung von Hebeln bildet besondere Risiken und kann das Anlagerisiko der zugrunde liegenden

Fonds deutlich erhöhen. Ein Hebel schafft eine Möglichkeit für eine höhere Rendite und einen höheren Gesamtertrag, erhöht jedoch gleichzeitig das Risiko der zugrunde liegenden Fonds im Zusammenhang mit dem Kapitalrisiko und den Zinskosten.

Die Geschäftstätigkeit der Fonds und daher die Profitabilität der Fonds, die als Dachfonds eingerichtet wurden, hängen fast vollständig von der Verwaltung der zugrundeliegenden Fonds ab. Von Zeit zu Zeit kann der Fonds jedoch in einen oder mehrere andere Fonds investieren, mit denen (oder mit deren Anlageverwaltern) die Verwaltungsgesellschaft oder ihre verbundenen Einheiten enge geschäftliche Verbindungen pflegen. Wenn ein wichtiges Mitglied des Verwaltungsteams eines solchen Fonds stirbt, zurücktritt oder geschäftsunfähig wird, kann die Profitabilität des Fonds negativ beeinflusst werden. Die Verwaltungsgesellschaft beabsichtigt, die Performance-Aktivitäten der Finanzverwalter dieser Fonds genau zu überwachen und zu prüfen. Diese Verwaltungsgesellschaften haben allerdings unter Umständen ungünstige Steuerpositionen, verwenden zu viel Hebelwirkung oder agieren anderweitig in einer Art, die nicht vorhersehbar ist und außerhalb der Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft liegt. Die Finanzverwalter der zugrundeliegenden Fonds können auch andere Konten mit Anlagestrategien, die denen dieser Fonds ähneln, verwalten oder beraten. Dies kann den Wettbewerb um Anlagen erhöhen, die für diese Fonds geeignet sind. Diese Faktoren könnten es teuer oder sogar unmöglich machen eine Position in einem bestimmten Wertpapier umzusetzen oder zu liquidieren und anderweitig die Profitabilität des Fonds negativ beeinflussen.

15. Derivative Finanzinstrumente

Jeder Teilfonds kann zu Zwecken des effizienten Portfoliomanagements und/oder zu Anlagezwecken unter Beachtung der in Anhang 6 genannten Bedingungen und Beschränkungen derivative Finanzinstrumente einsetzen. Auf Wunsch stellt die Gesellschaft den Anteilhabern zusätzliche Informationen in Bezug auf die quantitativen Beschränkungen, die beim Risikomanagement gelten, die angewandten Methoden zum Risikomanagement und die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der Risiken und Erträge der Hauptanlagekategorien zur Verfügung. Eine Beschreibung der in den Teilfonds eingesetzten derivativen Finanzinstrumente ist in Anhang 2 enthalten. Eine Liste der geregelten Märkte, an denen diese derivativen Finanzinstrumente notiert sein oder gehandelt werden können, ist in Anhang 4 enthalten.

Der umsichtige Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten kann vorteilhaft sein, kann aber auch Risiken bergen, die sich von den Risiken traditionellerer Anlagen unterscheiden und in bestimmten Fällen höher als diese sind. Die primären Risiken, die mit dem Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten verbunden sind, sind im Folgenden zusammengefasst:

Kontrahentenrisiko:

Jeder Teilfonds kann außerbörslich Transaktionen abschließen, im Rahmen derer er dem mit den Parteien, mit denen er solche Geschäfte tätigt, verbundenen Kreditrisiko ausgesetzt ist und auch das Erfüllungsrisiko trägt. Wenn die Teilfonds Credit Default Swaps oder andere Swap-Vereinbarungen eingehen und derivative Techniken einsetzen, werden sie dem Risiko ausgesetzt, dass der Kontrahent seine Verpflichtungen unter dem jeweiligen Kontrakt nicht erfüllt. Im Falle eines Konkurses oder einer Insolvenz eines Kontrahenten können den Teilfonds Verzögerungen bei der Glattstellung der Position und erhebliche Verluste entstehen. Es besteht außerdem die Möglichkeit, dass laufende Derivate-Transaktionen aufgrund von Ereignissen, die die Gesellschaft nicht kontrollieren kann – z. B. aufgrund eines Konkurses, nachträglich festgestellter Rechtswidrigkeit oder einer Veränderung der Steuer- oder Buchführungsgesetze gegenüber dem Zeitpunkt, zu dem diese Transaktionen ursprünglich vereinbart wurden – unerwartet beendet werden.

Leverage-Risiko:

Da derivative Finanzinstrumente sich häufig der Hebelwirkung („Leverage“) bedienen, können nachteilige Veränderungen in Bezug auf den Kurs des zugrunde liegenden Vermögenswertes oder den zugrunde liegenden Zinssatz oder Index zu einem Verlust führen, der wesentlich größer ist, als der Betrag, der in ein solches Derivat angelegt wurde. Bestimmte derivative Finanzinstrumente beinhalten, unabhängig von der Höhe des in diese investierten Betrags, das Risiko eines potenziell unbegrenzten Verlusts. Bei einer Nichterfüllung durch den Kontrahenten einer solchen Transaktion sind vertragliche Rechtsmittel vorgesehen; die Ausübung dieser vertraglichen Rechte kann jedoch mit Verzögerungen oder Kosten verbunden sein, die dazu führen können, dass der Wert des Gesamtvermögens des Portfolios geringer ist als er ohne Eingehen der Transaktion gewesen wäre.

Liquiditätsrisiko:

Der Swap-Markt ist in den letzten Jahren stark gewachsen, und zahlreiche Banken und Investment-Banking-Unternehmen agieren dort sowohl als Auftraggeber (Principals) als auch als Beauftragte (Agents) unter Einsatz standardisierter Swap-Dokumentationen. Hierdurch ist der Swap-Markt liquide geworden, es kann jedoch keine Garantie dafür geben, dass zu irgendeinem bestimmten Zeitpunkt für einen bestimmten Swap ein liquider Sekundärmarkt vorhanden ist. Der Markt für Credit Default Swaps kann unter Umständen weniger liquide sein als der Anleihemarkt.

Mit Futures, Optionen und Optionsscheinen verbundene Risiken:

Ein Teilfonds kann sowohl börsengehandelte als auch außerbörslich gehandelte Futures und Optionen als Teil seiner Anlagestrategie oder zu Absicherungszwecken abschließen. Diese Instrumente zeichnen sich durch eine hohe Volatilität aus und sind mit bestimmten zusätzlichen Risiken verbunden. Anleger tragen in diesem Zusammenhang ein hohes Verlustrisiko. Die niedrigen Einschusszahlungen, die beim Eingehen einer Futures-Position normalerweise erforderlich

sind, erlauben einen hohen Grad an Leverage. Demzufolge können verhältnismäßig geringe Kursschwankungen in Bezug auf Futures-Kontrakte zu Gewinnen oder Verlusten, die die Höhe der anfänglichen Einschusszahlung um ein Vielfaches übersteigen, und somit auch über die hinterlegte Einschusszahlung hinaus zu nicht zu beziffernden Verlusten führen. Ferner kann sich bei der Verwendung zu Absicherungszwecken eine unvollständige Korrelation zwischen diesen Instrumenten und den Anlagen oder Marktsektoren, die abgesichert werden, ergeben. Transaktionen in OTC-Derivaten können zusätzliche Risiken beinhalten, da keine Börse oder Markt existiert, auf der bzw. dem man eine offene Positionen glattstellen könnte. Es ist unter Umständen nicht möglich, eine bestehende Position zu liquidieren, eine Position oder das Risiko zu bewerten. Die Werte von Optionsscheinen schwanken in der Regel stärker als die Kurse der Basiswerte, bedingt durch die höhere Volatilität der Optionsscheinkurse.

Sonstige Risiken:

Derivate weisen nicht immer eine perfekte, ja nicht einmal hochgradige Korrelation mit dem Wert der Wertpapiere, Zinssätze oder Indizes, die sie nachbilden sollen, auf bzw. stellen nicht immer eine perfekte oder sehr enge Nachbildung derselben dar. Aus diesem Grund kann der Einsatz von derivativen Techniken durch die Gesellschaft nicht immer ein effektives Mittel zur Umsetzung des Anlageziels der Gesellschaft sein, in manchen Fällen kann er sogar kontraproduktiv sein. Eine nachteilige Kursentwicklung einer Derivatposition kann Nachschusszahlungen durch die Gesellschaft erforderlich machen, die wiederum den Verkauf von Anlagen der Gesellschaft unter ungünstigen Bedingungen erforderlich machen können, wenn nicht ausreichend liquide Mittel im Portfolio verfügbar sind. Darüber hinaus bestehen rechtliche Risiken beim Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten, die zu Verlusten führen können, weil unerwartet ein Gesetz oder eine Bestimmung angewendet wird oder Kontrakte nicht gesetzlich durchsetzbar oder nicht korrekt dokumentiert sind.

16. Risiken von Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Wertpapierfinanzierungsgeschäfte schaffen mehrere Risiken für die Gesellschaft und ihre Anleger, einschließlich des Kontrahentenrisikos, wenn der Kontrahent eines Wertpapierfinanzierungsgeschäfts seiner Verpflichtung zur Rückgabe von Vermögenswerten, die denjenigen entsprechen, die der jeweilige Teilfonds bereitgestellt hat, nicht nachkommt, und des Liquiditätsrisikos, wenn der Teilfonds nicht in der Lage ist, die ihm zur Deckung eines Ausfalls des Kontrahenten gestellten Sicherheiten zu veräußern.

Pensionsgeschäfte

Ein Teilfonds kann Pensionsgeschäfte eingehen. Dementsprechend trägt der Teilfonds ein Verlustrisiko für den Fall, dass die andere Partei der Transaktion mit ihrer Verpflichtung in Verzug gerät und der Teilfonds seine Rechte zur Veräußerung der zugrunde liegenden Wertpapiere nur verspätet ausüben kann oder daran gehindert wird. Der Teilfonds ist vor allem in der Zeit, in der er versucht, seine Rechte auf die zugrunde liegenden Wertpapiere geltend zu machen, dem Risiko eines möglichen Wertrückgangs des Wertpapiers ausgesetzt, ebenso dem Kostenrisiko bei der Behauptung dieser Rechte und dem Risiko, die Einnahmen aus der Vereinbarung teilweise oder ganz zu verlieren.

Risiko der Wertpapierleihe

Ein Teilfonds darf die in seinem Portfolio enthaltenen Wertpapiere an Broker und Banken zur Generierung weiterer Einkünfte für diesen Teilfonds verleihen. Im Fall der Insolvenz oder eines anders bedingten Ausfalls eines Entleihers von Wertpapieren aus dem Portfolio kann der Teilfonds sowohl Verzögerungen bei der Liquidation der Darlehenssicherheiten oder bei der Rückerlangung der Wertpapiere als auch Verluste erleiden. Zu solchen Verlusten können beispielsweise gehören (a) Wertminderungen der Sicherheiten oder der verliehenen Wertpapiere während des Zeitraums, in dem der Teilfonds versucht, seine Rechte an diesen Sicherheiten oder Wertpapieren geltend zu machen, (b) verringerte Einnahmen und mangelnder Zugang zu den Einnahmen während dieses Zeitraums und (c) Kosten für die Durchsetzung seiner Rechte. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen in Anhang VII können zulässige Sicherheiten insbesondere Barmittel, Staatsanleihen, Aktien, Einlagenzertifikate und britische Staatspapiere (Gilts) umfassen.

Die Verwaltungsgesellschaft und ihre Vertreter setzen in Übereinstimmung mit den Anforderungen der Zentralbank eine Reihe von Kontrollmaßnahmen ein, um das mit ihrem Wertpapierleihprogramm verbundene Risiko zu steuern. Insbesondere müssen Darlehen zu mindestens 100 Prozent ihres Marktwertes besichert sein. - höhere Besicherungsbeträge können je nach Art der erhaltenen Sicherheiten und sonstigen Kreditmerkmale erforderlich sein. Die von der Gesellschaft beauftragten Vermittler von Wertpapierleihgeschäften haben sich außerdem verpflichtet, mögliche Verluste der Sicherheiten bei Ausfall eines Entleihers zu decken. Die Verwaltungsgesellschaft oder ihre Vertreter werden auch die Bonität der Entleiher überwachen. Obwohl es sich nicht um eine der Hauptanlagestrategien handelt, sehen die Vorschriften keine Beschränkung des Gesamtbetrages der Vermögenswerte vor, die ein Teilfonds für

Wertpapierleihgeschäfte einsetzen darf.

Klarstellend wird festgehalten, dass sich weder die Verwaltungsgesellschaft noch der Berater bei der Festlegung der Bonität eines Emittenten ausschließlich oder automatisch auf Kreditratings stützen.

Besicherungsrisiko

Es können durch den Teilfonds Sicherheiten oder Margeneinschüsse an einen Kontrahenten oder Makler in Bezug auf OTC-Derivategeschäfte oder Wertpapierfinanzierungsgeschäfte geleistet werden. Möglicherweise werden die als Sicherheit oder Einschusszahlung hinterlegten Vermögenswerte bei den Brokern nicht in getrennten Konten gehalten und werden somit im Fall der Zahlungsunfähigkeit oder des Konkurses des Brokers für dessen Gläubiger verfügbar. Wenn Sicherheiten mit einer Eigentumsübertragung bei einem Kontrahenten oder einem Broker hinterlegt werden, kann diese Sicherheit für die eigenen Zwecke des Kontrahenten oder des Brokers verwendet werden. Damit wird der Teilfonds einem zusätzlichen Risiko ausgesetzt.

Zu den Risiken im Zusammenhang mit dem Recht eines Kontrahenten auf Weiterverwendung von Sicherheiten gehört u. a. das Risiko, dass diese Vermögensgegenstände bei Ausübung eines solchen Weiterverwendungsrechts nicht mehr dem jeweiligen Teilfonds gehören und der Teilfonds lediglich einen vertraglichen Anspruch auf die Rückgabe gleichwertiger Vermögenswerte hat. Im Falle der Insolvenz eines Kontrahenten rangiert der Teilfonds als nicht bevorrechtigter Gläubiger und kann möglicherweise seine Vermögenswerte nicht vom Kontrahenten zurückerlangen. Im weiteren Sinne können Vermögenswerte, die einem Recht zur Weiterverwendung durch einen Kontrahenten unterliegen, Teil einer komplexen Kette von Geschäften sein, in die der Teilfonds oder seine Beauftragten keinen Einblick haben und die sie nicht kontrollieren können.

17. Rohstoffe

Ein Teilfonds kann Rohstoffen indirekt durch Anlagen in börsengehandelten Rohstoffen ausgesetzt sein, da diese Wertpapiere repräsentativ für die Performance eines zugrunde liegenden Rohstoffes oder Rohstoffkorbs sein sollen. Rohstoffpreise werden u. a. durch verschiedene makroökonomische Faktoren beeinflusst, wie Änderungen im Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, Wetterbedingungen und sonstige Naturereignisse, landwirtschaftliche Programme sowie Handels-, Steuer-, Geld- und Devisenkontrollprogramme und die Politik von Regierungen (einschließlich staatlicher Intervention in bestimmten Märkten) sowie sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse.

18. Anlageerfolgsprämien

Die Verwaltungsgesellschaft und der eingesetzte Finanzverwalter können beide einen Anteil an einer Anlageerfolgsprämie für einen bestimmten Teilfonds erhalten. Der Anteil der Verwaltungsgesellschaft an einer Anlageerfolgsprämie bezieht sich auf die Performance des Teilfonds, während der Anteil des Finanzverwalters sich auf die eigenen Leistungen während der Dauer seiner Tätigkeit bezieht, d. h. der Anteil der Anlageerfolgsprämie eines Finanzverwalters steht nicht in Zusammenhang mit den Leistungen vorheriger Finanzverwalter. Da die Verwaltungsgesellschaft befugt ist, einen Finanzverwalter zu ersetzen, ist es möglich, dass an einen neu eingesetzten Finanzverwalter eine Anlageerfolgsprämie gezahlt wird, auch wenn keine Rückforderungen für eine etwaige Underperformance an den vorhergehenden Finanzverwalter gestellt werden. Es besteht zudem ein Risiko, dass die Anlageerfolgsprämien des Fonds nicht genau anteilig auf die verschiedenen Anteilinhaber umgelegt werden, d. h. es kann für einen Anteilinhaber vorteilhaft sein, wenn er investiert und anschließend der Finanzverwalter bzw. der Fonds eine Outperformance gegenüber dem Referenzindex oder einer Zielvorgabe plus einer Mindestrendite erzielt, jedoch keine Anlageerfolgsprämie anfällt, weil die gesamte Underperformance der Vergangenheit nicht angerechnet wird. Unter diesen Umständen kann der Anteilinhaber von einem Zeitraum profitieren, in dem zwar eine positive Performance erzielt wird, der Finanzverwalter und der Fonds jedoch keinen Anspruch auf eine Anlageerfolgsprämie erwerben.

Eine regelmäßige Abgrenzung der Anlageerfolgsprämien bedeutet auch, dass der Underperformance-Betrag der Vergangenheit bzw. aufgelaufener positiver Anlageerfolgsprämien, der den Finanzverwaltern und der Verwaltungsgesellschaft angerechnet wird, je nach den Zu- und Abflüssen der Teilfonds schwankt.

Es ist zu beachten, dass aufgelaufene Anlageerfolgsprämien auf Basis der realisierten und nicht realisierten Nettogewinne und -verluste am Ende der jeweiligen Berechnungsperiode ermittelt werden. Daher werden unter Umständen Anlageerfolgsprämien hinsichtlich nicht realisierter Gewinne gezahlt, die nachträglich zu keinem Zeitpunkt realisiert werden.

19. Mittel- und Osteuropa

Bestimmte Märkte in Mittel- und Osteuropa bergen spezifische Risiken im Zusammenhang mit der Abrechnung und Verwahrung von Wertpapieren. Diese Risiken gehen auf die Tatsache zurück, dass in bestimmten Ländern keine physischen Wertpapiere existieren; das bedeutet, dass das Eigentum der Wertpapiere lediglich im Aktienregister des

Emittenten niedergelegt ist. Jeder Emittent ist für die Bestellung seiner eigenen Registerstelle verantwortlich. Im Falle Russlands führt dies zu einer breiten geografischen Verteilung von landesweit mehreren Tausend Registerstellen. Die föderale Kommission für Wertpapiere und Kapitalmärkte Russlands (die „Kommission“) hat die Aufgaben von Registerstellen definiert; diese Definition enthält auch Definitionen des Eigentumsnachweises und der Übertragungsverfahren. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Bestimmungen der Kommission besteht jedoch noch immer ein Verlust- oder Fehlerpotenzial und es gibt keine Gewähr dafür, dass die Registerstellen sich an die anwendbaren Gesetze und Bestimmungen halten. Der Prozess der Einführung allgemein anerkannter Branchenpraktiken ist noch im Gange. Bei Registrierung erstellt die Registerstelle einen Auszug aus dem Aktienregister mit dem aktuellen Stand. Als Eigentumsnachweis dienen die Eintragungen der Registerstelle, nicht jedoch der Besitz eines Auszugs aus dem Aktienregister. Der Auszug ist lediglich ein Nachweis, dass die Registrierung erfolgt ist. Er ist nicht begebbar und hat keinen eigenen Wert. Eine Registerstelle wird auch in der Regel einen Auszug nicht als Eigentumsnachweis für Aktien anerkennen und ist nicht verpflichtet, die Verwahrstelle oder ihre lokalen Vertreter in Russland zu benachrichtigen, wenn sie Änderungen am Aktienregister vornimmt. Infolgedessen sind russische Wertpapiere nicht physisch bei der Verwahrstelle bzw. ihren lokalen Vertretern in Russland hinterlegt. Daher ist davon auszugehen, dass weder die Verwahrstelle noch ihre lokalen Vertreter in Russland Funktionen der physischen Verwahrung oder Hinterlegung im herkömmlichen Sinne wahrnehmen. Die Registerstellen sind weder Vertreter der Depotbank und Verwahrstelle oder ihrer lokalen Vertreter in Russland noch diesen gegenüber haftbar. Anlagen in Wertpapieren, die in Russland notiert sind oder gehandelt werden, werden nur in Aktien und/oder festverzinslichen Wertpapieren getätigt, die auf Level 1 oder Level 2 der RTS oder MICEX notiert sind oder gehandelt werden.

Die Haftung der Verwahrstelle erstreckt sich auf die ungerechtfertigte Nichterfüllung oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Pflichten, nicht jedoch auf Verluste durch Liquidation, Konkurs, Fahrlässigkeit oder vorsätzliche Unterlassungen seitens einer Registerstelle. Im Falle solcher Verluste muss der betreffende Teilfonds seine Rechte direkt gegenüber dem Emittenten und/oder der von diesem bestellten Registerstelle geltend machen. Die oben genannten Risiken im Zusammenhang mit der Verwahrung von Wertpapieren in Russland können in ähnlicher Weise auch in anderen mitteleuropäischen und osteuropäischen Ländern bestehen, in die ein Teilfonds gegebenenfalls investiert.

Die politischen, rechtlichen und operativen Risiken von Anlagen in russischen Emittenten können besonders ausgeprägt sein. Bestimmte russische Emittenten entsprechen möglicherweise auch nicht den international anerkannten Standards der Unternehmensführung. Diese Umstände können den Wert der erworbenen Vermögenswerte mindern oder den Zugang eines Teilfonds zu diesen Vermögenswerten ganz oder teilweise zum Nachteil des Teilfonds verhindern.

In dem Maße, wie ein Teilfonds direkt in die russischen Märkte investiert, werden erhöhte Risiken eingegangen, insbesondere im Zusammenhang mit der Abrechnung von Transaktionen und der Verwahrung der Vermögenswerte. In Russland wird der Rechtsanspruch auf Wertpapiere durch Eintragung in ein Register geltend gemacht. Die Führung dieses Registers kann jedoch wesentlich von international anerkannten Standards abweichen. Der Teilfonds kann seine Eintragung im Register ganz oder teilweise verlieren, insbesondere durch Fahrlässigkeit, mangelnde Sorgfalt oder auch Betrug. Ferner kann nicht gewährleistet werden, dass das Register unabhängig, mit dem nötigen Sachverstand und der nötigen Kompetenz und Integrität und vor allem ohne Einflussnahme durch die betreffenden Unternehmen geführt wird; den Registerführern können Rechte nicht aberkannt werden. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass bei direkten Anlagen an russischen Märkten Eigentumsansprüche Dritter an den relevanten Vermögenswerten bestehen oder der Erwerb solcher Vermögenswerte Beschränkungen unterliegt, über die der Käufer nicht informiert wurde.

20. Anlagen in börsennotierten Infrastrukturgesellschaften

Investitionen börsennotierter Infrastrukturgesellschaften in Infrastrukturprojekte während der Bauphase sind mit gewissen Risiken verbunden. So kann z. B. ein Restrisiko bestehen, dass Projekte nicht im Rahmen des Budgets, innerhalb des vereinbarten Zeitrahmens oder gemäß den vereinbarten Spezifikationen fertig gestellt werden; dass der Betrieb von Infrastrukturprojekten durch Naturkatastrophen oder Terroranschläge von ungeplanten Unterbrechungen betroffen ist; oder dass betriebliche und/oder Versorgungsunterbrechungen nachteilige Auswirkungen auf die Cashflows aus den Infrastruktur-Vermögenswerten haben. Nationale und lokale Umweltgesetze und -bestimmungen können ebenfalls Auswirkungen auf den Betrieb von Infrastrukturprojekten haben. Standards und Bestimmungen zu bestimmten Gesundheits- und Umweltaspekten sehen im Falle von Verstößen Strafen und weitere Haftungen vor und können die Verpflichtung zur Sanierung von vorhandenen oder ehemaligen Betriebseinrichtungen und -standorten auferlegen, welche sich auf die finanzielle Performance von Infrastrukturprojekten auswirken kann.

21. Anlagen in börsennotierten Immobiliengesellschaften

Es gibt besondere Risikoerwägungen im Zusammenhang mit Anlagen in börsennotierten Immobiliengesellschaften, wie z. B.: die zyklische Natur von Immobilienwerten, Risiken im Zusammenhang mit den allgemeinen und lokalen Wirtschaftsbedingungen, Überbebauung und zunehmender Wettbewerb, steigende Immobiliensteuern und Betriebskosten, demografische Trends und Veränderungen bei den Mieteinkünften, Änderungen von Flächennutzungsgesetzen, Unfall- oder Enteignungsverluste, Umweltrisiken, regulatorische Beschränkungen der Mieten, Veränderungen des Standortwerts, Risiken durch Geschäfte mit verbundenen Parteien, Veränderung der Attraktivität für Mieter, steigende Zinsen und andere Einflüsse auf den Immobilien-Kapitalmarkt.

22. Bewertungen durch den Finanzverwalter

Die Verwaltungsgesellschaft kann zwecks Bewertung nicht börsennotierter Anlagen einen Finanzverwalter konsultieren. Es liegt ein inhärenter Interessenkonflikt zwischen der Beteiligung eines Finanzverwalters an der Bewertung der Anlagen eines Teilfonds und den sonstigen Aufgaben des Finanzverwalters vor, da die Vergütung des Finanzverwalters mit dem Wert eines Teilfonds steigt.

23. Erhebung von Gebühren und Auslagen zulasten des Kapitals anstelle des Ertrags

Die Teilfonds Russell Investments Euro Credit, Russell Investments Global High Dividend Equity und Russell Investments Global Listed Infrastructure streben zusätzlich zum Kapitalwachstum einen Ertrag an, und um die Erträge, die ausgeschüttet werden können, zu steigern, kann das Fondskapital mit den Gebühren und Auslagen belastet werden. Die Anteilhaber sollten beachten, dass bei diesen Teilfonds ein erhöhtes Risiko besteht, dass sie bei der Rückgabe der Anteile unter Umständen nicht den ursprünglich angelegten Betrag in voller Höhe zurückerhalten. Insbesondere im Falle des Russell Investments Euro Credit, der überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere und Instrumente investiert, bedeutet diese Kostenpolitik, dass aufgrund des mangelnden Kapitalwachstumspotenzials ein erhöhtes Risiko einer Kapitalerosion besteht und der Wert zukünftiger Renditen infolge dieser Kapitalerosion gemindert sein kann. Die Anteilhaber sollten ferner beachten, dass die Zentralbank alle Ausschüttungen durch überwiegend in Schuldtitel investierende Teilfonds als eine Form der Kapitalrückzahlung betrachtet.

24. Eurozone

Infolge der Vertrauenskrise an den Märkten, die zu Anstiegen bei Renditespannen von Anleihen (die Kosten für Kreditaufnahmen auf den Kreditmärkten) und den Spreads für Kreditausfälle (Credit Default Spreads, die Kosten für den Kauf einer Kreditabsicherung) führte, vornehmlich im Zusammenhang mit einigen Eurozone-Ländern, mussten einige EU-Länder „Rettungsgelder“ von Banken und Kreditlinien von überstaatlichen Organisationen wie der Internationale Währungsfonds und der vor kurzem eingerichteten Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität annehmen. Auch die Europäische Zentralbank hat eingegriffen, um im Bestreben zur Stabilisierung der Märkte und Senkung der Kreditkosten Anleihen der Eurozone aufzukaufen.

Im Dezember 2011 wurde auf einem Treffen der Staatsführer aus den Eurozone-Ländern sowie den Staatsführern einiger anderer Länder in der EU in Brüssel ein Fiskalpakt vereinbart, der ein Bekenntnis zu einer neuen Fiskalregel enthält, die in den Rechtssystem der relevanten Länder eingeführt werden soll, sowie zur Beschleunigung des Inkrafttretens des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

Ungeachtet der zuvor genannten Maßnahmen und möglichen künftigen Maßnahmen besteht die Möglichkeit, dass ein Land die Eurozone verlässt und zu seiner Altwährung zurückkehrt und infolgedessen aus der EU austritt, und/oder dass der Euro, die europäische Einheitswährung, in seiner jetzigen Form nicht mehr zu halten ist und/oder seinen Status als gesetzliches Zahlungsmittel in einem oder mehreren Ländern verliert, in dem er derzeit diesen Status innehat. Die Auswirkung dieser potenziellen Ereignisse auf die Teilfonds und insbesondere diejenigen, die auf Euro lauten oder die in Instrumente investieren, die überwiegend an Europa gebunden sind, kann nicht vorhergesehen werden.

Allgemeiner gesagt, die Liquidität und der Kurs bestimmter von den Teilfonds gehaltenen Vermögenswerten kann weiterhin durch die Krise in der Eurozone direkt oder indirekt beeinflusst werden, und dies kann sich negativ auf die Performance der Teilfonds auswirken.

25. Risiko der Wiederanlage von Barsicherheiten

Ein Teilfonds kann erhaltene Barsicherheiten vorbehaltlich der Bedingungen und innerhalb der von der Zentralbank festgelegten Grenzen reinvestieren. Ein Teilfonds, der Barsicherheiten reinvestiert, ist dem mit diesen Anlagen verbundenen Risiko ausgesetzt, wie etwa dem Risiko des Ausfalls oder Verzugs des Emittenten des jeweiligen Wertpapiers oder des jeweiligen Kontrahenten im Zusammenhang mit dessen Verpflichtungen gemäß dem jeweiligen Kontrakt. Viele der oben dargelegten Risiken gelten gleichermaßen für die Wiederanlage von Sicherheiten, insbesondere die in den Abschnitten „Kontrahenten- und Abwicklungsrisiken“, „Mit der Anlage in andere Investmentfonds (CIS) verbundene Risiken“, „Mit festverzinslichen Wertpapieren verbundene Risiken“ und „Krise der Eurozone“.

26. Steuern

Potenzielle Anleger werden auf die mit einer Anlage in den Fonds verbundenen steuerlichen Risiken hingewiesen. Nähere Informationen sind dem Abschnitt „Steuern“ zu entnehmen.

Quellensteuerrisiko

Die Erträge und Gewinne eines Teilfonds aus seinen Wertpapieren und Vermögenswerten können in Ländern, in denen solche Erträge und Gewinne anfallen, Quellensteuern unterliegen, die möglicherweise nicht erstattungsfähig sind.

FATCA

Die Vereinigten Staaten und Irland haben ein zwischenstaatliches Abkommen über die Umsetzung von FATCA (das „IGA“) geschlossen. Gemäß dem IGA wird von einem Unternehmen, das als ausländisches Finanzinstitut (Foreign Financial Institution – ein „FFI“) eingestuft ist und als in Irland ansässig behandelt wird, erwartet, den irischen Steuerbehörden bestimmte Angaben in Bezug auf ihre „Kontoinhaber“ (d. h. Anteilhaber) zu machen. Das IGA sieht

ferner die automatische Meldung und einen Informationsaustausch zwischen den irischen Steuerbehörden (*Revenue Commissioners*) und der US-Steuerbehörde (die „**IRS**“) in Bezug auf Konten, die von US-Personen bei irischen FFI gehalten werden, sowie umgekehrt in Bezug auf bei US-Instituten gehaltene Konten von in Irland ansässigen Personen vor. Sofern der Fonds die Anforderungen der IGA und der irischen Gesetzgebung erfüllt, sollte er keinem Abzug von FATCA-Quellensteuer auf Zahlungen unterliegen, den er erhält, und muss keinen Abzug von Quellensteuern bei von ihm getätigten Zahlungen vornehmen.

Der Fonds wird zwar versuchen, die ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, um die Erhebung der FATCA-Quellensteuer zu vermeiden.

Es kann jedoch nicht zugesichert werden, dass der Fonds in der Lage sein wird, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn der Fonds aufgrund der FATCA-Bestimmungen einer Quellenbesteuerung unterliegt, kann dies erhebliche Auswirkungen auf den Wert der von allen Anteilhabern gehaltenen Anteile haben.

Alle potenziellen Anleger / Anteilhaber sollten bezüglich der möglichen Auswirkungen von FATCA auf eine Anlage im Fonds ihre Steuerberater konsultieren.

CRS

Irland hat den Standard über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, auch bekannt als Common Reporting Standard, durch § 891F des TCA und die Verabschiedung der Returns of Certain Information by Reporting Financial Institutions Regulations 2015 umgesetzt. (die „**CRS-Vorschriften**“).

Der CRS, der in Irland ab dem 1. Januar 2016 Gültigkeit erlangt, ist eine globale Initiative der OECD für den steuerlichen Informationsaustausch, mit der ein koordinierter Ansatz zur Offenlegung der von Privatpersonen und Unternehmen erzielten Anlageerträge gefördert werden soll.

Der Fonds ist für CRS-Zwecke ein meldepflichtiges Finanzinstitut (Reporting Financial Institution) und hat die in Irland bestehenden Verpflichtungen in Bezug auf CRS einzuhalten. Um seine CRS-Verpflichtungen einzuhalten, wird der Fonds von seinen Anlegern bestimmte Informationen über ihren Steuerwohnsitz einfordern und kann in einigen Fällen Informationen über den Steuerwohnsitz des wirtschaftlichen Eigentümers eines Anlegers einholen. Der Fonds oder eine von dem Fonds ernannte Person wird die angeforderten Informationen bis zum 30. Juni des Jahres nach dem Veranlagungsjahr, für das eine Steuererklärung fällig ist, den irischen Steuerbehörden melden. Die irischen Steuerbehörden werden die sachdienlichen Informationen mit den zuständigen Steuerbehörden der beteiligten Länder austauschen.

Alle potenziellen Anleger / Anteilhaber sollten bezüglich der möglichen Auswirkungen von CRS auf eine Anlage im Fonds ihre Steuerberater konsultieren.

27. Durationsgesicherte Anteilklassen

Der Teilfonds kann von Zeit zu Zeit durationsgesicherte Klassen auflegen. Die Absicht für solche Klassen ist in erster Linie die Begrenzung der Auswirkungen von Zinsschwankungen. Die Absicherung der Duration (eine Kennzahl für die Zinssensitivität) des Nettovermögens der durationsgesicherten Klasse erfolgt normalerweise durch den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten wie Zinsfutures.

Anleger in durationsgesicherten Klassen sollten insbesondere beachten, dass die Absicherungsgeschäfte solcher Klassen: (1) sich von den unterschiedlichen aktiven Strategien unterscheiden, die auf Portfolioebene angewendet werden können, um verschiedene Arten von Risiken in den einzelnen Teilfonds einzugehen und zu gewichten, einschließlich des Durationsrisikos, und (2) nicht den Zweck haben, dieses Risiko aus der aktiven Über- oder Untergewichtung der Duration abzusichern. Infolgedessen könnte dies selbst bei einem absoluten Erfolg der Absicherungsgeschäfte bedeuten, dass das Risiko der durationsgesicherten Klassen höher oder niedriger ist als das Durationsrisiko des relevanten Fonds; d.h., dass dennoch aktive Positionen bestehen könnten, die zu einer positiven oder negativen Durationsposition und einem Risiko in diesen durationsgesicherten Klassen führen könnten. Deshalb sollten Anleger sich bewusst sein, dass durationsgesicherte Klassen weiter eine signifikante Sensitivität in Bezug auf Zinsänderungen haben können, was sich auf den Wert ihres Anteilsbestands auswirken könnte. Außerdem sollten Anleger sich bewusst sein, dass solche durationsgesicherten Klassen von einem höheren Risiko gekennzeichnet sein könnten als nicht durationsgesicherte Klassen.

Ein Finanzinstrument, das zur Umsetzung der Durationsabsicherungsstrategien für eine oder mehrere Klassen eingesetzt wird, sind Vermögenswerte/Verbindlichkeiten des Teilfonds im Gesamten, sind aber der/den relevanten Klasse(n) zuzurechnen, und die Gewinne/Verluste sowie die Kosten der relevanten Finanzinstrumente sind allein der relevanten Klasse zuzurechnen. Anleger sollten jedoch beachten, dass zwischen den Klassen keine Haftungstrennung besteht. Wenngleich die Kosten, Gewinne und Verluste der Transaktionen zur Durationsabsicherung allein der relevanten Klasse zugerechnet werden, besteht für die Anteilhaber dennoch das Risiko, dass die durchgeführten Absicherungsgeschäfte in einer Klasse sich negativ auf den Nettoinventarwert einer anderen Klasse auswirken könnten.

Wenn die Gesellschaft beabsichtigt, sich gegen Zinsschwankungen abzusichern, könnte dies, wenngleich nicht beabsichtigt, infolge von externen Faktoren außerhalb der Kontrolle der Gesellschaft zu überbesicherten oder unterbesicherten Positionen führen. Überbesicherte Positionen dürfen jedoch nicht 105 % des Nettoinventarwerts übersteigen; abgesicherte Positionen werden laufend überwacht um sicherzustellen, dass überbesicherte Positionen nicht die erlaubte Höhe übersteigen und dass Positionen, die 100 % des Nettoinventarwerts übersteigen, nicht auf den nächsten Monat vorgetragen werden.

Anteilinhaber sollten sich bewusst sein, dass verschiedene Techniken zur Absicherung solcher Anteile eingesetzt werden könnten und dass solche Absicherungsgeschäfte mit zusätzlichen Risiken verbunden sein könnten und nicht darauf ausgerichtet sind, alle Zinsrisiken im Teilfonds zu erfassen. Anteilinhaber von durationsgesicherten Klassen sollen sich bewusst sein, dass zwar die Absicht besteht, die Auswirkungen von Zinsschwankungen zu begrenzen, der Prozess der Durationsabsicherung jedoch nicht unbedingt eine genaue Absicherung bietet. Außerdem kann nicht garantiert werden, dass die Absicherung absolut erfolgreich sein wird. Der Prozess der Durationsabsicherung kann ferner nachteilige Auswirkungen auf Anteilinhaber in durationsgesicherten Klassen haben, wenn die Zinssätze sinken.

Die erfolgreiche Ausführung einer Absicherungsstrategie, die genau zum Anlageprofil eines Teilfonds passt, kann nicht zugesichert werden. Es kann unter Umständen nicht möglich sein, eine Absicherung gegen allgemein erwartete Zinsschwankungen zu einem Preis zu erzielen, der ausreicht, um das Vermögen vor dem erwarteten Wertverlust der Portfoliositionen infolge solcher Schwankungen zu schützen.

28. Operationelle Risiken (einschließlich Cybersicherheit und Identitätsdiebstahl)

Eine Anlage in einem Teilfonds kann wie bei jedem Teilfonds, mit operationellen Risiken einhergehen, die sich aus Faktoren wie Bearbeitungsfehler, menschliches Versagen, unangemessene oder fehlerhafte interne oder externe Verfahren, System- und Technologiefehler, Personaländerungen, Zugriff durch unbefugte Personen und Fehler von Dienstleistungserbringern wie die Verwaltungsgesellschaft oder der Administrator ergeben. Während die Teilfonds bestrebt sind, derlei Ereignisse durch Kontrollen und Überwachungen auf ein Minimum zu beschränken, kann es immer noch zu Fehlern oder Ausfällen kommen, die einem Teilfonds Verluste verursachen können.

Die Verwaltungsgesellschaft, der Administrator und die Verwahrstelle (und deren jeweilige Unternehmen) unterhalten jeweils Informationstechnologiesysteme. Wie jedes System können diese jedoch Cyberangriffen oder ähnlichen Bedrohungen aufgrund von Verstößen gegen die Datensicherheit, Diebstahl, einer Störung in Bezug auf die Dienstleistungen der Verwaltungsgesellschaft, des Administrators und/oder der Verwahrstelle oder deren Unfähigkeit, Positionen aufzulösen, oder aufgrund der Weitergabe oder der Korruption von vertraulichen Daten ausgesetzt sein. Ungeachtet bestehender Richtlinien und Verfahren zum Schutz vor und zur Verhinderung von solchen Verstößen und, um sicherzustellen, dass die Sicherheit, Integrität und Vertraulichkeit solcher Daten gewährleistet ist, sowie ungeachtet bestehender Maßnahmen zur Geschäftskontinuität und Wiederherstellung der Geschäftsabläufe, mit denen solche Verstöße oder Störungen auf Ebene des Fonds und ihrer Beauftragten gemindert werden sollen, können solche Sicherheitsverstöße ebenfalls zum Verlust von Vermögenswerten führen und den Fonds eventuell einem erheblichen finanziellen und/oder rechtlichen Risiko aussetzen.

29. Verwahrstellenrisiko

Investiert ein Teilfonds in Vermögenswerte, bei denen es sich um Finanzinstrumente handelt, die verwahrt werden können („verwahrte Vermögenswerte“), ist die Verwahrstelle dazu verpflichtet, umfassende Verwahrfunktionen wahrzunehmen, und sie haftet für den Verlust dieser verwahrten Vermögenswerte, sofern sie nicht nachweisen kann, dass der Verlust auf äußere Ereignisse, die nach vernünftigem Ermessen nicht kontrolliert werden können und deren Konsequenzen trotz aller angemessenen Anstrengungen nicht hätten vermieden werden können, zurückzuführen ist. Im Falle eines solchen Verlusts (und in Ermangelung eines Nachweises, dass der Verlust auf ein äußeres Ereignis zurückzuführen ist) ist die Verwahrstelle dazu

verpflichtet, die verlorenen Vermögenswerte unverzüglich durch Vermögenswerte gleicher Art oder einen entsprechenden Geldbetrag an den Teilfonds zu erstatten. Investiert der Teilfonds in Vermögenswerte, bei denen es sich nicht um Finanzinstrumente handelt, die verwahrt werden können („nicht verwahrte Vermögenswerte“), ist die Verwahrstelle lediglich dazu verpflichtet, die Inhaberschaft des Teilfonds an solchen Vermögenswerten zu bestätigen und Aufzeichnungen über diese Vermögenswerte zu führen, von denen die Verwahrstelle überzeugt ist, dass der Teilfonds ihr Inhaber ist. Im Falle eines Verlusts solcher Vermögenswerte haftet die Verwahrstelle lediglich in dem Maße, in dem der Verlust auf ihre Fahrlässigkeit oder vorsätzliche Pflichtverletzung in Bezug auf die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß der Verwahrstellenvereinbarung zurückzuführen ist.

Da die Teilfonds jeweils wahrscheinlich in verwahrte und nicht verwahrte Vermögenswerte investieren werden, wird darauf hingewiesen, dass die Verwahrfunktionen der Verwahrstelle in Bezug auf die jeweiligen Vermögenskategorien und die entsprechende Haftung der Verwahrstelle in Bezug auf derlei Funktionen erheblich voneinander abweichen.

Die Teilfonds unterliegen in Bezug auf die Haftung der Verwahrstelle für die sichere Verwahrung von verwahrten Vermögenswerten einem starken Schutz. Der Schutz in Bezug auf nicht verwahrte Vermögenswerte ist unterdessen wesentlich geringer. Daher ist das Risiko, dass ein eventueller Verlust von Vermögenswerten nicht zurückgefordert werden kann, umso höher, je größer der Anteil der Anlagen des Teilfonds an der Kategorie der nicht verwahrten Vermögenswerte ist. Während stets im Einzelfall festgestellt wird, ob es sich bei einer bestimmten Anlage des Teilfonds um einen verwahrten oder einen nicht verwahrten Vermögensgegenstand handelt, wird darauf hingewiesen, dass von einem Teilfonds gehandelte außerbörsliche derivative Finanzinstrumente im Allgemeinen zu den nicht verwahrten Vermögenswerten zählen. Darüber hinaus kann es andere Vermögensarten geben, in die ein Teilfonds bisweilen investiert, die ähnlich behandelt werden würden. Angesichts des Haftungsrahmens der Verwahrstelle gemäß OGAW V setzen diese nicht verwahrten Vermögenswerte den Teilfonds aus Sicht der sicheren Verwahrung einem größerem Risiko aus als verwahrte Vermögenswerte wie an öffentlich zugänglichen Märkten gehandelte Aktien und Anleihen.

30. Zeichnungs-/Rücknahmekonto

Der Fonds unterhält für sämtliche Teilfonds ein Zeichnungs-/Rücknahmekonto. Weitere Einzelheiten zu den Risiken in Zusammenhang mit dem Zeichnungs-/Rücknahmekonto sind im Abschnitt „Verwendung eines Zeichnungs-/Rücknahmekontos“ weiter oben enthalten.

31. Status von Anlegern, die ihre Anteile zurückgegeben haben

Anteilinhaber werden bei Auszahlung der Rücknahmeerlöse aus dem Anteilsregister gelöscht. Bis der betreffende Nettoinventarwert ermittelt und das Register aktualisiert wurde, werden Anleger, insoweit sie bis dahin als Anteilinhaber verbleiben, als Gläubiger ab dem betreffenden Handelstag in Bezug auf die Rücknahmeerlöse und nicht als Anteilinhaber behandelt und rangieren entsprechend als nicht bevorrechtigte Gläubiger des betreffenden Teilfonds. Darüber hinaus haben die Anleger während dieses Zeitraums außer dem Recht auf Erhalt von Rücknahmeerlösen und etwaiger in Bezug auf ihre Anteile vor dem betreffenden Handelstag erklärte Ausschüttungen keine satzungsgemäße Rechte als Anteilinhaber. Insbesondere haben sie kein Recht darauf, Mitteilungen zu Versammlungen von Inhabern einer Anteilsklasse oder zu Hauptversammlungen zu erhalten und an diesen teilzunehmen oder abzustimmen.

VERWALTUNG DER TEILFONDS

Kauf von Anteilen

Anteile jeder Klasse können in Einklang mit den im Folgenden beschriebenen Anforderungen gekauft werden:

Zeichnungstermine für geschäftstäglich gehandelte Fonds

Folgende Zeichnungstermine gelten für diejenigen Teilfonds, deren Handelstag im relevanten Teil des Abschnittes „Die Teilfonds“ als „geschäftstäglich“ beschrieben wird.

Anteile eines Teilfonds werden an einem bestimmten Handelstag ausgegeben, wenn der Administrator Folgendes erhalten hat:

1. bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am betreffenden Handelstag ein korrekt ausgefülltes Zeichnungsformular; und
2. bis zum 5. Geschäftstag nach diesem Handelstag die Zeichnungsgelder (in einer frei konvertierbaren Währung).

Geht das ordnungsgemäß ausgefüllte Zeichnungsformular nicht bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am betreffenden Handelstag beim Administrator ein, so erhält der Zeichner den Nettoinventarwert je Anteil am ersten darauf folgenden Handelstag, vorausgesetzt, dass das ordnungsgemäß ausgefüllte Zeichnungsformular an diesem Handelstag bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) eingegangen ist. Die Verwaltungsgesellschaft kann individuell, nach ihrem alleinigen Ermessen und in Übereinstimmung mit den Direktoren, korrekt ausgefüllte Zeichnungsformulare annehmen, die sie nach 14.00 Uhr (irischer Zeit), aber vor 17.00 Uhr (irischer Zeit) an einem Handelstag erhalten hat, wenn die Verspätung auf außergewöhnliche Umstände wie Versagen der Elektronik oder andere Ausfälle zurückzuführen ist. Zeichnungsformulare werden jedoch nicht mehr nach der börsentäglichen Ermittlung des Nettoinventarwerts angenommen.

Zeichnungstermine für wöchentlich am Freitag oder Mittwoch und auch am letzten Geschäftstag jedes Kalendermonats gehandelte Fonds

Folgende Zeichnungstermine gelten für diejenigen Teilfonds, deren Handelstag im relevanten Teil des Abschnittes „Die Teilfonds“ als „jeden Freitag und auch am letzten Geschäftstag des Kalendermonats gehandelt“ oder „jeden Mittwoch und auch am letzten Geschäftstag des Kalendermonats gehandelt“ beschrieben wird.

Anteile eines Teilfonds werden an einem bestimmten Handelstag ausgegeben, wenn der Administrator Folgendes erhalten hat:

1. bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor dem betreffenden Handelstag ein korrekt ausgefülltes Zeichnungsformular; und
2. bis zum 5. Geschäftstag nach diesem Handelstag die Zeichnungsgelder (in einer frei konvertierbaren Währung).

Geht das korrekt ausgefüllte Zeichnungsformular nicht bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag beim Administrator ein, so erhält der Zeichner den Nettoinventarwert je Anteil am nächsten darauf folgenden Handelstag, vorausgesetzt, dass das korrekt ausgefüllte Zeichnungsformular bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor diesem Handelstag eingegangen ist. Die Verwaltungsgesellschaft kann individuell, nach ihrem alleinigen Ermessen und in Übereinstimmung mit den Direktoren, korrekt ausgefüllte Zeichnungsformulare annehmen, die sie nach 14.00 Uhr (irischer Zeit), aber vor 17.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag erhalten hat, wenn die Verspätung auf außergewöhnliche Umstände wie Versagen der Elektronik oder andere Ausfälle zurückzuführen ist. Zeichnungsformulare werden jedoch nicht mehr nach der börsentäglichen Ermittlung des Nettoinventarwerts angenommen.

Zeichnungstermine für wöchentlich am Freitag oder Mittwoch gehandelte Fonds

Folgende Zeichnungstermine gelten für diejenigen Teilfonds, deren Handelstag im relevanten Teil des Abschnittes „Die Teilfonds“ als „jeden Freitag jedes Kalendermonats gehandelt“ oder „jeden Mittwoch jedes Kalendermonats gehandelt“ beschrieben wird.

Anteile eines Teilfonds werden an einem bestimmten Handelstag ausgegeben, wenn der Administrator Folgendes erhalten hat:

1. bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor dem betreffenden Handelstag ein korrekt ausgefülltes Zeichnungsformular; und

2. bis zum 5. Geschäftstag nach diesem Handelstag die Zeichnungsgelder (in einer frei konvertierbaren Währung).

Geht das korrekt ausgefüllte Zeichnungsformular nicht bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag beim Administrator ein, so erhält der Zeichner den Nettoinventarwert je Anteil am nächsten darauf folgenden Handelstag, vorausgesetzt, dass das korrekt ausgefüllte Zeichnungsformular bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor diesem Handelstag eingegangen ist. Die Verwaltungsgesellschaft kann individuell, nach ihrem alleinigen Ermessen und in Übereinstimmung mit den Direktoren, korrekt ausgefüllte Zeichnungsformulare annehmen, die sie nach 14.00 Uhr (irischer Zeit), aber vor 17.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag erhalten hat, wenn die Verspätung auf außergewöhnliche Umstände wie Versagen der Elektronik oder andere Ausfälle zurückzuführen ist. Zeichnungsformulare werden jedoch nicht mehr nach der börsentäglichen Ermittlung des Nettoinventarwerts angenommen.

Zeichnungsverfahren

In Zeichnungsanträgen muss entweder der Barbetrag, für den Anteile gekauft werden, oder die Anzahl der zu kaufenden Anteile genannt werden.

Zeichnungsanträge für eine bestimmte Anzahl von Anteilen werden angenommen, wenn sich der Zeichner verpflichtet: (1) die Anteile zu bezahlen und (2) der Gesellschaft auf Verlangen der Verwaltungsgesellschaft und nach deren alleinigem Ermessen Schadenersatz für etwaige Verluste zu leisten, die durch nicht ordnungsgemäßen Geldeingang bei der Gesellschaft entstehen.

Der Zeichner ist verpflichtet, der Gesellschaft Schadenersatz für Verluste zu leisten, die durch nicht ordnungsgemäßen Geldeingang bei der Gesellschaft entstehen. Der Zeichnungsbetrag sollte auf das auf dem Zeichnungsformular angegebene Konto von der Verwahrstelle eingezahlt werden.

Gezeichnete Anteile werden nur vorläufig zugeteilt, bis sie vollständig bezahlt sind.

Zeichnungsanträge müssen den Anforderungen der Zentralbank entsprechen und können wie folgt erteilt werden:

- per Fax; oder
- auf elektronischem Wege über elektronische Medien, die mit der Verwaltungsgesellschaft und dem Administrator bereits vereinbart wurden;
- durch physische Übergabe, beispielsweise per Einschreibebrief oder Kurier, wenn dies zuvor mit der Verwaltungsgesellschaft und dem Administrator bereits vereinbart wurde.

Geht ein erstmaliger Zeichnungsantrag per Fax ein, so muss die unterschriebene Originalfassung des Zeichnungsformulars umgehend nachgereicht werden. Dieser Originalfassung sind zusätzliche Unterlagen beizulegen, die eingefordert werden, um Geldwäsche zu verhindern. Nachfolgende Zeichnungsanträge, die per Fax von einem Anteilinhaber eingehen, bedürfen keiner Nachsendung von Originalunterlagen.

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich vor, Zeichnungen von Anteilen ganz oder teilweise zurückzuweisen. Jede Anteilsklasse kann nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft zeitweise oder endgültig für die Zeichnung geschlossen werden. Wird eine Zeichnung zurückgewiesen, wird der Zeichnungsbetrag innerhalb von 14 Tagen nach der Zeichnung auf Gefahr des Zeichners und ohne Zinsen an den Zeichner zurückgezahlt.

Wenn bis zum Handelsschluss oder innerhalb eines angemessenen Zeitraums keine vollständige Zahlung eingegangen ist oder die Gelder nicht frei verfügbar sind, kann die Zuteilung von Anteilen in Bezug auf einen solchen Antrag ganz oder teilweise annulliert werden oder der Administrator kann stattdessen den Zeichnungsantrag als Antrag auf die Anzahl von Anteilen behandeln, die mit einer solchen Zahlung am Handelstag nach Erhalt der vollständigen Zahlung oder des Eingangs frei verfügbarer Gelder erworben werden können. In derlei Fällen kann der Fonds dem Antragsteller etwaige dem betreffenden Teilfonds entstandene Verluste in Rechnung stellen. Der Fonds behält sich das Recht vor, bei Zeichnungen, die verspätet abgewickelt werden, Zinsen zu einem angemessenen Satz in Rechnung zu stellen

Der Administrator stellt den Anteilhabern nach Bearbeitung eine Ausführungsanzeige mit Bestätigung der Details ihrer Zeichnung aus.

Zeichnungspreis

Der Erstzeichnungspreis je Anteil für jede neue Anteilsklasse während der Erstzeichnungsfrist ist in Anhang 1 aufgeführt. Im Anschluss an die Erstzeichnungsfrist einer Anteilsklasse werden die Anteile dieser Klasse zum jeweiligen Nettoinventarwert je Anteil ausgegeben, der an dem Handelstag, an dem die Anteile als ausgegeben gelten, gültig ist.

Die Vertriebsstelle oder ihre Vermittler können ferner einen Ausgabeaufschlag auf den Erstausgabepreis je Anteil verlangen. Für die Zeichnung von Anteilen eines Teilfonds muss möglicherweise eine Verwässerungsanpassung an den Teilfonds gezahlt werden – siehe Abschnitt „Verwässerungsanpassung“.

Ausgabe von Anteilen im Tausch gegen Wertpapiere

Die Gesellschaft kann nach alleinigem Ermessen der Verwaltungsgesellschaft Anteile im Tausch gegen Wertpapiere ausgeben, in die ein Teilfonds gemäß seiner Anlageziele und Anlagestrategien anlegen darf. Die Anzahl solcher im Tausch gegen Wertpapiere ausgegebenen Anteile darf nicht größer sein als die Anzahl der Anteile, die – nach Bewertung der zu tauschenden Wertpapiere gemäß den Bewertungsbestimmungen der Gesellschaft – gegen Barzahlung ausgegeben worden wären.

Rückgabe von Anteilen

Anteile jeder Klasse können in Einklang mit den im Folgenden beschriebenen Anforderungen zurückgegeben werden:

Rücknahmetermine für geschäftstäglich gehandelte Teilfonds

Folgende Rücknahmetermine gelten für diejenigen Teilfonds, deren Handelstag im relevanten Teil des Abschnittes „Die Teilfonds“ als „geschäftstäglich“ beschrieben wird.

Anteilinhaber können ihre Anteile zurückgeben, indem sie einen Rücknahmeantrag ausfüllen und diesen bis spätestens 14.00 Uhr (irischer Zeit) an einem Handelstag beim Administrator einreichen.

Rücknahmeanträge, die nach 14.00 Uhr (irischer Zeit) an einem Handelstag beim Administrator eingehen, werden erst am nächsten Handelstag zu dem am entsprechenden Handelstag geltenden Nettoinventarwert je Anteil bearbeitet.

Die Verwaltungsgesellschaft kann individuell, nach ihrem alleinigen Ermessen und in Übereinstimmung mit den Direktoren, korrekt ausgefüllte Rücknahmeanträge annehmen, die sie nach 14.00 Uhr (irischer Zeit), aber vor 17.00 Uhr (irischer Zeit) an einem Handelstag erhalten hat, wenn die Verspätung auf außergewöhnliche Umstände wie Versagen der Elektronik oder andere Ausfälle zurückzuführen ist. Rücknahmeanträge werden jedoch nicht mehr nach der Ermittlung des Nettoinventarwerts am jeweiligen Handelstag angenommen.

Rücknahmetermine für wöchentlich am Freitag oder Mittwoch und auch am letzten Geschäftstag jedes Kalendermonats gehandelte Teilfonds

Folgende Rücknahmetermine gelten für diejenigen Teilfonds, deren Handelstag im relevanten Teil des Abschnittes „Die Teilfonds“ als „jeden Freitag und auch am letzten Geschäftstag des Kalendermonats gehandelt“ oder „jeden Mittwoch und auch am letzten Geschäftstag des Kalendermonats gehandelt“ beschrieben wird.

Anteilinhaber können ihre Anteile zurückgeben, indem sie ein Rücknahmeformular ausfüllen und dieses bis 14.00 Uhr (irische Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag an den Administrator schicken.

Geht das korrekt ausgefüllte Rücknahmeformular nicht bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag beim Administrator ein, so erhält der Zeichner den Nettoinventarwert je Anteil am nächsten darauf folgenden Handelstag, vorausgesetzt, dass das korrekt ausgefüllte Rücknahmeformular bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor diesem Handelstag eingegangen ist.

Die Verwaltungsgesellschaft kann individuell, nach ihrem alleinigen Ermessen und in Übereinstimmung mit den Direktoren, korrekt ausgefüllte Zeichnungsformulare annehmen, die sie nach 14.00 Uhr (irischer Zeit), aber vor 17.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag erhalten hat, wenn die Verspätung auf außergewöhnliche Umstände wie Versagen der Elektronik oder andere Ausfälle zurückzuführen ist. Zeichnungsformulare werden jedoch nicht mehr nach der börsentäglichen Ermittlung des Nettoinventarwerts angenommen.

Rücknahmetermine für wöchentlich am Freitag oder Mittwoch gehandelte Teilfonds

Folgende Zeichnungstermine gelten für diejenigen Teilfonds, deren Handelstag im relevanten Teil des Abschnittes „Die Teilfonds“ als „jeden Freitag jedes Kalendermonats gehandelt“ oder „jeden Mittwoch jedes Kalendermonats gehandelt“ beschrieben wird.

Anteilinhaber können ihre Anteile zurückgeben, indem sie einen Rücknahmeantrag ausfüllen und diesen bis spätestens 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag beim Administrator einreichen.

Rücknahmeanträge, die am 5. Geschäftstag vor einem Handelstag nach 14.00 Uhr (irischer Zeit) beim Administrator eingehen, werden erst am nächsten Handelstag zu dem am entsprechenden Handelstag geltenden Nettoinventarwert je Anteil bearbeitet, vorausgesetzt, dass der korrekt ausgefüllte Rücknahmeantrag bis 14.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor dem relevanten Handelstag eingegangen ist.

Die Verwaltungsgesellschaft kann individuell, nach ihrem alleinigen Ermessen und in Übereinstimmung mit den Direktoren, korrekt ausgefüllte Rücknahmeanträge annehmen, die sie nach 14.00 Uhr (irischer Zeit), aber vor 17.00 Uhr (irischer Zeit) am 5. Geschäftstag vor dem relevanten Handelstag erhalten hat, wenn die Verspätung auf außergewöhnliche Umstände wie Versagen der Elektronik oder andere Ausfälle zurückzuführen ist. Rücknahmeanträge werden jedoch nicht mehr nach der Ermittlung des Nettoinventarwerts am jeweiligen Handelstag angenommen.

Rücknahmeverfahren

Rücknahmeanträge müssen den Anforderungen der Zentralbank entsprechen und können wie folgt erteilt werden:

- per Fax; oder
- auf elektronischem Wege über elektronische Medien, die mit der Verwaltungsgesellschaft und dem Administrator bereits vereinbart wurden;
- durch physische Übergabe, wenn dies zuvor mit der Verwaltungsgesellschaft und dem Administrator bereits vereinbart wurde.

Der Administrator stellt den Anteilhabern nach Bearbeitung eine Ausführungsanzeige mit Bestätigung der Details ihrer Rückgabe aus.

Wurde ein Zeichnungsantrag per Fax geschickt, so erfolgen Rückzahlungen erst nach Erhalt der unterschriebenen Originalfassung des Zeichnungsformulars des Anteilhabers. Dieser Originalfassung sind sämtliche Unterlagen beizulegen, die die Gesellschaft einfordert, einschließlich aller Dokumente, die im Zusammenhang mit der Verpflichtung zur Verhinderung von Geldwäsche verlangt werden. Rücknahmeanträge, die per Fax eingehen, werden nur unter der Bedingung bearbeitet, dass die Zahlung auf das registrierte Konto erfolgen soll.

Rücknahmepreis

Anteile werden zum jeweiligen Nettoinventarwert je Anteil zurückgenommen, der an dem Handelstag, an dem die Anteile zurückgenommen werden, gilt. Für die Rückgabe von Anteilen eines Teilfonds muss möglicherweise eine Verwässerungsanpassung an den Fonds gezahlt werden – siehe Abschnitt „Verwässerungsanpassung“. Der Rücknahmeerlös wird in der Währung der Anteilsklasse des relevanten Teilfonds, dessen Anteile zurückgenommen werden, ausgezahlt.

Auszahlung von Rücknahmeerlösen

Rücknahmeerlöse werden den Anteilhabern in der Regel 3 Geschäftstage nach dem relevanten Handelstag ausgezahlt; unter außergewöhnlichen Umständen können Erlöse jedoch auch bis zu 14 Kalendertage nach dem Annahmeschluss für Rücknahmeanträge ausgezahlt werden.

Ausgabe von Anlagen der Gesellschaft im Tausch gegen Anteile

Die Gesellschaft kann mit Zustimmung des Antragstellers sowie im Falle von Rücknahmeanträgen, die 5 % oder mehr des Nettoinventarwertes eines Teilfonds betreffen, nach alleinigem Ermessen der Gesellschaft Rücknahmeanträge für Anteile durch Übertragung von Vermögenswerten der Gesellschaft *in specie* auf den Anteilhaber erfüllen, wobei die Art der zu übertragenden Vermögenswerte von den Direktoren auf der Basis festgelegt wird, die die Direktoren mit Genehmigung der Verwahrstelle für angemessen und nicht nachteilig für die Interessen der verbleibenden Anteilhaber erachten. Auf Verlangen des Anteilhabers, der einen solchen Rücknahmeantrag stellt, werden die Vermögenswerte verkauft und der Verkaufserlös an den Anteilhaber übermittelt.

Rücknahmebeschränkungen

Wenn die Gesellschaft an einem Handelstag Rücknahmeanträge für 10 % oder mehr des Nettoinventarwertes eines Teilfonds erhält, können die Direktoren nach ihrem alleinigen Ermessen beschließen, den Gesamtwert der zurückzunehmenden Anteile auf 10 % oder mehr des Nettoinventarwertes des betreffenden Teilfonds zu beschränken. Entscheiden sich die Direktoren, die Rücknahme von Anteilen auf diese Art zu beschränken, so:

1. werden sämtliche relevanten Rücknahmeanträge proportional zum Wert der Anteile vermindert, deren Rücknahme beantragt wurde; und
2. vorbehaltlich der oben genannten Einschränkungen werden alle an einem Handelstag nicht zurückgenommenen Anteile so behandelt, als wäre der Rücknahmeantrag für die betreffenden Anteile für den nächsten und den jeweils darauf folgenden Handelstag gestellt worden, bis alle Anteile, auf die sich der/die ursprüngliche(n) Antrag/Anträge bezogen hatte(n), zurückgenommen sind.

Übertragung Ihrer Anteile

Jede Übertragung von Anteilen erfolgt durch schriftliche Übertragung in üblicher, gebräuchlicher oder sonstiger Form, und jede Form der Übertragung muss den vollen Namen und die vollständige Anschrift des Übertragenden und des Übertragungsempfängers enthalten. Die Übertragungsurkunde eines Anteils muss vom oder im Namen des Übertragenden unterzeichnet werden. Der Übertragende gilt so lange als Anteilinhaber, bis der Name des Übertragungsempfängers in das betreffende Anteilsregister eingetragen wird. Die Registrierung von Anteilübertragungen unterliegt den Bestimmungen der Satzung. Die weiter oben unter „Kauf von Anteilen“ beschriebenen Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche gelten für die Übertragung von Anteilen gleichermaßen.

Ermittlung des Nettoinventarwertes

Die Verwaltungsgesellschaft ermittelt börsentäglich den Nettoinventarwert je Anteil in jedem Teilfonds gemäß der Satzung und unter Bezugnahme auf den Börsenschlusskurs an dem Markt, an dem solche Wertpapiere notiert werden. Der Nettoinventarwert je Anteil jedes Teilfonds wird um 14.30 Uhr (irischer Zeit) am folgenden Handelstag berechnet.

Die Verfahrensweise und Methoden zur Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil werden nachstehend zusammengefasst:

- (a) Bei der Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil eines Fonds werden die Wertpapiere eines Teilfonds, die gewöhnlich an einem geregelten Markt notiert sind oder gehandelt werden, nach ihrem Schlusskurs oder ihrem zuletzt bekannten Marktpreis bewertet, bei dem es sich für die Zwecke des Fonds um den letztgehandelten Preis zum Handelsschluss an dem geregelten Markt handelt, der nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft der Hauptmarkt für diese Wertpapiere ist. An einer anerkannten Börse notierte oder gehandelte Wertpapiere, die jedoch außerhalb der relevanten Börse bzw. des relevanten Markts mit einem Auf- oder Abschlag erworben oder gehandelt werden, können unter Berücksichtigung des Auf- oder Abschlags am Bewertungszeitpunkt bewertet werden. Die Verwahrstelle muss sicherstellen, dass die Anwendung eines solchen Verfahrens im Zusammenhang mit der Ermittlung des voraussichtlichen Veräußerungswertes des Wertpapiers gerechtfertigt ist.
- (b) Für jede Anlage, die nicht an einem geregelten Markt notiert oder gehandelt wird oder deren Marktwert nicht repräsentativ für den Wert des Wertpapiers oder nicht verfügbar ist, ist der Wert dieses Wertpapiers der voraussichtliche Veräußerungswert bei Handelsschluss, der vorsichtig und in gutem Glauben von einer sachverständigen Person, die von der Verwaltungsgesellschaft ernannt und zu diesem Zweck von der Verwahrstelle zugelassen ist, zu ermitteln ist, oder der Wert, den die Verwaltungsgesellschaft unter den Umständen für gerecht hält und der von der Verwahrstelle anerkannt wird. Wenn am Markt keine zuverlässigen Notierungen für festverzinsliche Wertpapiere verfügbar sind, kann der Wert dieser Wertpapiere mit einer Matrix-Methode bestimmt werden, die vom Verwaltungsrat oder einer sachverständigen Person mit Zustimmung der Verwahrstelle zusammengestellt wird, wobei diese Wertpapiere mit Bezug auf die Bewertung anderer Wertpapiere mit ähnlichem Rating, ähnlicher Rendite und Laufzeit und ähnlichen anderen Eigenschaften bewertet werden.
- (c) Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen werden mit dem letzten verfügbaren Nettoinventarwert pro Anteil oder mit dem vom betreffenden Organismus für gemeinsame Anlagen veröffentlichten Geldkurs oder, sofern diese an einer anerkannten Börse notiert sind oder gehandelt werden gemäß den Ausführungen unter (a) oben bewertet.
- (d) Bargeld und andere flüssige Mittel werden zu ihrem Nominalwert, gegebenenfalls zuzüglich oder abzüglich der bis zum Handelstag aufgelaufenen bzw. fälligen Zinsen bewertet.
- (e) Börsengehandelte derivative Instrumente werden täglich zum Abrechnungspreis dieser Instrumente am betreffenden Markt bewertet. Ist der Abrechnungspreis nicht zu ermitteln, wird der Wert gemäß (b) oben ermittelt.
- (f) Unbeschadet der Bestimmungen in den obigen Absätzen (a) bis (e) gilt:
 - (i) Die Verwaltungsgesellschaft oder ihr Beauftragter kann nach ihrem Ermessen in Bezug auf einen bestimmten Teilfonds, der ein kurzfristiger Geldmarktfonds ist, auf ein Eskalationsverfahren zurückgreifen, um sicherzustellen, dass der Finanzverwalter über wesentliche Abweichungen zwischen dem Marktwert und dem Restbuchwert eines Geldmarktinstruments informiert wird oder eine Überprüfung der Bewertung nach der Restbuchwertmethode gegenüber einer Marktbewertung gemäß den Anforderungen der Zentralbank durchgeführt wird.
 - (ii) Verfolgt die Verwaltungsgesellschaft nicht die Absicht oder das Ziel für das Portfolio des Teilfonds als Ganzes die Restbuchwertmethode anzuwenden, wird ein Geldmarktinstrument in diesem Portfolio nur

auf Grundlage der Restbuchwertmethode bewertet, wenn dieses Geldmarktinstrument eine Restlaufzeit von weniger als 3 Monaten und keine spezifische Sensitivität gegenüber Marktparametern, einschließlich des Kreditrisikos, aufweist.

- (g) Ungeachtet der Allgemeingültigkeit der obigen Bestimmungen ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, den Wert einer Anlage mit Genehmigung der Verwahrstelle anzupassen, falls sie aufgrund der Währung, der Marktgängigkeit, der Transaktionskosten und/oder anderer seiner Meinung nach relevanter Faktoren zu dem Schluss kommt, dass eine solche Anpassung erforderlich ist. Die Gründe für eine Bewertungsanpassung müssen eindeutig festgehalten werden.
- (h) Wenn es die Verwaltungsgesellschaft für notwendig befindet, können einzelne Instrumente auch mit einer alternativen Bewertungsmethode, die von der Verwahrstelle genehmigt wurde, bewertet werden. Die Gründe bzw. Methoden dafür müssen eindeutig festgehalten werden. Verbindlichkeiten des Fonds, die nicht einem bestimmten Teilfonds zugeordnet werden können, werden allen Teilfonds auf der Basis ihrer jeweiligen Nettoinventarwerte oder auf einer anderen Grundlage, die von der Verwahrstelle unter Berücksichtigung der Art der Verbindlichkeiten genehmigt wird, zugeordnet.

Verbindlichkeiten des Fonds, die nicht einem bestimmten Teilfonds zugeordnet werden können, werden allen Teilfonds auf der Basis ihrer jeweiligen Nettoinventarwerte oder auf einer anderen Grundlage, die von der Verwahrstelle unter Berücksichtigung der Art der Verbindlichkeiten genehmigt wird, zugeordnet.

Enthält ein Teilfonds mehr als eine Anteilklasse, wird der Nettoinventarwert jeder Klasse durch Berechnung des Nettoinventarwerts des jeweiligen Teilfonds, der jeder Klasse zuzurechnen ist, ermittelt. Der Nettoinventarwert je Anteil ist das auf vier Dezimalstellen gerundete Ergebnis der Berechnung. Der jeweilige Nettoinventarwert eines Teilfonds, der einer Klasse zuzurechnen ist, wird durch Ermittlung der Anzahl der ausgegebenen Anteile je Klasse durch Zuordnung der jeweiligen mit einer Anteilklasse verbundenen Aufwendungen (wie nachstehend definiert) und Gebühren je Klasse und durch geeignete Anpassungen berechnet, um ggf. aus dem Teilfonds vorgenommenen Ausschüttungen Rechnung zu tragen, und durch die entsprechende Umlegung des Nettoinventarwerts des Teilfonds. Der Nettoinventarwert je Anteil für eine Klasse wird berechnet, indem der Nettoinventarwert der betreffenden Klasse durch die Anzahl von ausgegebenen Anteilen der betreffenden Klasse geteilt wird. Die mit den Anteilklassen verbundenen Aufwendungen, Anlageverwaltungsgebühren und sonstige Gebühren, die nicht einer bestimmten Klasse zuzuordnen sind, können auf Grundlage des jeweiligen Nettoinventarwerts oder einer anderen sinnvollen Basis, die von der Verwahrstelle genehmigt wurde und der Art der Gebühren Rechnung trägt, auf die Klassen verteilt werden. Die mit den Anteilklassen verbundenen Aufwendungen oder Anlageverwaltungsgebühren, die einer bestimmten Klasse zugeordnet werden können, werden dieser Klasse in Rechnung gestellt. Falls Anteilklassen eines Teilfonds ausgegeben werden, deren Klassenwährung sich von der Basiswährung dieses Teilfonds unterscheidet, werden die Kosten für die Währungsumrechnung von diesen Klassen getragen.

Wie im Abschnitt „Anlagepools“ beschrieben, gelten die oben dargelegten Bewertungsbestimmungen der Gesellschaft gleichermaßen für die Berechnung des Nettoinventarwerts eines im Ermessen der Verwaltungsgesellschaft errichteten Anlagepools.

Verwässerungsanpassung

Die tatsächlichen Kosten des Kaufs oder Verkaufs der Anlagen eines Teilfonds können höher oder niedriger als der letztgehandelte Preis sein, der bei der Berechnung des Nettoinventarwertes je Anteil eingesetzt wurde. Transaktionsgebühren, Provisionen und Transaktionen zu Preisen, die vom letztgehandelten Preis abweichen, können wesentliche nachteilige Auswirkungen für die Interessen der Anteilinhaber eines Teilfonds haben. Um diesen als „Verwässerung“ bekannten Effekt zu vermeiden und die Interessen der Anteilinhaber zu wahren, kann die Gesellschaft eine Verwässerungsanpassung vornehmen, wenn Nettozuflüsse in einen Teilfonds oder Nettoabflüsse aus einem Teilfonds vorliegen, so dass der Preis der Anteile des Teilfonds über oder unter dem Preis liegt, der sich aus einer Bewertung auf Basis des letztgehandelten Preises ergeben hätte. Durch die Vornahme einer Verwässerungsanpassung kann sich entweder der Rücknahmepreis reduzieren oder der Zeichnungspreis für die Anteile eines Teilfonds erhöhen. Wird eine Verwässerungsanpassung vorgenommen, erhöht sich im Falle von Nettozeichnungen der Nettoinventarwert je Anteil eines Teilfonds und reduziert sich im Falle von Nettorücknahmen der Nettoinventarwert je Anteil eines Teilfonds. Die Vornahme einer Verwässerungsanpassung auf den Erstausgabepreis findet ähnliche Anwendung bei der Auflegung neuer Anteilsklassen in einem Teilfonds, der bereits besteht, und hat den Effekt, die Anzahl der ausgegebenen Anteile zu reduzieren. Der Erstausgabepreis wird in der offiziellen Preisentwicklung veröffentlicht. Verwässerungsanpassungen können üblicherweise bei der Schließung einer einzelnen Klasse vorgenommen werden. Dies ist aber bei der Schließung eines Teilfonds nicht der Fall, da sich die tatsächlichen Schließungskosten stattdessen auf alle Anteilsklassen niederschlagen.

Die Vornahme einer Verwässerungsanpassung ist abhängig vom Wert der Zeichnungen oder Rücknahmen von Anteilen an einem Handelstag. Die Gesellschaft kann unter folgenden Umständen eine Verwässerungsanpassung vornehmen:

- i) wenn Nettozeichnungen oder -rücknahmen (ohne In-Specie-Übertragungen) einen bestimmten zuvor festgelegten Prozentsatz des Nettoinventarwertes eines Teilfonds überschreiten (solche Prozentsätze werden für jeden Teilfonds von Zeit zu Zeit von den Direktoren oder einem von den Direktoren eingesetzten Ausschuss festgelegt); oder
- ii) wenn das Vermögen eines Teilfonds kontinuierlich sinkt (d. h. ein Nettoabfluss der Anlagen stattfindet); oder
- iii) in allen anderen Fällen, in denen die Verwaltungsgesellschaft einen angemessenen Grund zu der Annahme hat, dass es im Interesse der Anteilhaber liegt, eine Verwässerungsanpassung vorzunehmen.

Die Verwässerungsanpassung für jeden Teilfonds wird unter Bezugnahme auf die typischen Handelskosten der zugrunde liegenden Anlagen des betreffenden Teilfonds, einschließlich Handelsspannen, Markteffekt, Provisionen, Gebühren und Steuern, berechnet. Diese Kosten können schwanken und infolgedessen kann auch der Umfang der Verwässerungsanpassung variieren. Der Preis für die einzelnen Anteilklassen eines Teilfonds wird separat berechnet, doch eine Verwässerungsanpassung betrifft den Preis der Anteile aller Anteilklassen eines Teilfonds gleichermaßen. Wenn keine Verwässerungsanpassung vorgenommen wird und Anteile gekauft oder verkauft werden, kann dies negative Auswirkungen auf den Nettoinventarwert eines Teilfonds haben.

Zeichnungen oder Rücknahmen in Sachwerten (in specie) werden nicht bei der Feststellung berücksichtigt, ob es Nettomittelzuflüsse oder -abflüsse in einem Teilfonds gibt. Anteilhaber, die Anteile in Sachwerten zeichnen oder zurückgeben, tun dies zum aktuellen Nettoinventarwert je Anteil, ohne dass eine Verwässerungsanpassung erfolgt. Im Fall eines Teilfonds, dem infolge einer Zeichnung in Sachwerten Stempelgebühren entstehen, kann jedoch eine Verwässerungsanpassung erfolgen, um die Kosten der infolge der Zeichnung in Sachwerten angefallenen Stempelgebühren zu berücksichtigen.

Verwässerungsanpassungen können an jedem Handelstag vorgenommen werden, doch die mögliche Höhe solcher Anpassungen wird von Zeit zu Zeit von der Verwaltungsgesellschaft überprüft. Die Anteilhaber können Einzelheiten zu den Verwässerungsanpassungen, die bei Zeichnungen und/oder Rücknahmen vorgenommen wurden, bei der Verwaltungsgesellschaft erfragen.

Ausschüttungspolitik

Jeder Teilfonds kann thesaurierende (*Accumulation*) Anteilklassen oder ausschüttende (*Income*) Anteilklassen (wie weiter unten definiert) ausgeben. **Sofern nicht anderweitig in der Bezeichnung der Anteilklasse angegeben, sind alle Anteilklassen thesaurierende Anteilklassen.**

Anteile thesaurierender Anteilklassen sind Anteile, die eine Ausschüttung verkünden, deren Nettoertrag jedoch dann am Ausschüttungstag in das Kapital des maßgeblichen Fonds wiederangelegt werden. Dadurch erhöht sich der Nettoinventarwert je Anteil einer thesaurierenden Anteilklasse im Verhältnis zu einem Anteil einer ausschüttenden Anteilklasse.

Anteile ausschüttender Anteilklassen sind Anteile, die den Nettoertrag nach dem Ermessen der Direktoren an entsprechenden Ausschüttungsterminen ausschütten. Die Höhe der Ausschüttung bei verschiedenen Klassen von Anteilen ausschüttender Anteilklassen in einem Teilfonds kann variieren, da diese Anteilklassen unterschiedlichen Gebühren und Aufwendungen unterliegen. Eine solche Ausschüttung erfolgt aus dem Nettoertrag. Es sollte beachtet werden, dass der Nettoertrag in Bezug auf Fonds, die der Generierung von Erträgen den Vorrang vor Kapitalwachstum geben, anders berechnet wird, und sämtliche für diese Fonds geltenden Gebühren und Auslagen zulasten des Kapitals des Fonds anstatt auf die Erträge des Fonds erhoben werden. Ein Anleger, der in Anteile ausschüttender Anteilklassen investiert, hat die Wahl, den Ausschüttungsbetrag in weitere Anteile ausschüttender Anteilklassen anzulegen oder eine Zahlung per Überweisung in der Klassenwährung der Anteile ausschüttender Anteilklassen, in die er angelegt hat, zu erhalten. Der Anleger teilt seinen Wunsch dem Administrator schriftlich zu dem Zeitpunkt mit, zu dem er seinen Antrag auf Zeichnung von Anteilen ausschüttender Anteilklassen stellt.

Es sollte beachtet werden, dass der Beschluss über Ausschüttungen im Fall dieser Fonds, die Gebühren (einschließlich Verwaltungsgebühren und Anlageerfolgsprämien) und Auslagen zulasten des Kapitals anstatt auf Erträge erheben, zur Kapitalerosion in diesen Fonds führen kann und diese erhöhten Erträge dadurch erzielt werden, indem auf das Potenzial für künftiges Kapitalwachstum zum Teil verzichtet wird.

Status als berichtender Fonds im Vereinigten Königreich

COO/674690-000012/

Ab und in Bezug auf die am 1. Juli 2011 beginnende Rechnungsperiode hat die Gesellschaft ihre Geschäfte so geführt, dass sie den Status als berichtender Fonds im Vereinigten Königreich erhalten kann.

Unter anderem muss ein berichtender Fonds die Ertragsrenditen der Gesellschaft pro Anteil für jeden Berichtszeitraum allen betreffenden Anteilhabern anzeigen.

Anteilhabern und potenziellen Anlegern, die im steuerrechtlichen Sinn im Vereinigten Königreich ansässig sind oder dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, wird geraten, ihre Fachberater bezüglich einer möglichen Besteuerung oder anderer Folgen des Status als berichtender Fonds im Vereinigten Königreich und der diesbezüglichen Steuervorschriften zu konsultieren.

Umrechnungsgebühren

Der Zeichner übernimmt alle Währungsumrechnungsgebühren bei Zeichnungen, Rücknahmen, Umtausch und Ausschüttungen.

Zwangweise Rücknahme von Anteilen und Verfall von Ausschüttungen

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, sämtliche Anteile eines Anteilhabers nach schriftlicher Mitteilung mit einer Frist von 14 Tagen zurückzunehmen, wenn:

- (i) der Anteilbesitz dieser Person rechtswidrig ist oder es dem Anteilhaber aus gesetzlichen oder regulatorischen Gründen verboten ist, die Anteile zu halten, oder wenn nach Meinung der Direktoren der Anteilbesitz dazu führen könnte, dass der Gesellschaft oder Anteilhabern Steuerverbindlichkeiten entstehen oder sie finanzielle oder administrative Nachteile erleiden, welche die Gesellschaft bzw. die Anteilhaber ansonsten nicht erleiden würden; oder
- (ii) die Direktoren nach ihrem alleinigen Ermessen bei dem Anteilhaber eine überhöhte Handelsaktivität festgestellt haben - bei dieser Feststellung können die Direktoren Anteile im Gemeinschaftseigentum oder unter gemeinsame Kontrolle kombinieren, um festzustellen, ob bei einer Einzelperson oder einer Gruppe von Personen eine überhöhte Handelsaktivität vorliegt.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft Anteile zurücknehmen, wenn ein Scheck über eine Dividende der Anteile innerhalb von sechs Jahren nicht eingelöst wurde, und der Erhalt des Anteilscheins oder einer anderen Bestätigung des Anteilbesitzes seitens des Anteilhabers nicht bestätigt wurde. Der Verkaufserlös wird auf einem separaten zinsbringenden Konto gehalten und der Anteilhaber hat das Recht, das ihm zustehende Guthaben auf einem solchen Konto einzufordern.

Ausschüttungen, die nicht innerhalb von sechs Jahren nach Ankündigung der Ausschüttung eingefordert werden, verfallen und werden dem Vermögen des jeweiligen Teilfonds zugerechnet.

Veröffentlichung des Anteilpreises

Außer in den Fällen, in denen die Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil wie nachfolgend beschrieben ausgesetzt wird, wird der aktuelle Nettoinventarwert je Anteil in jedem Teilfonds am eingetragenen Geschäftssitz des Administrators und – sofern praktisch möglich – am ersten auf den relevanten Handelstag folgenden Geschäftstag auf der Internetseite von Bloomberg (www.bloomberg.com) veröffentlicht.

Neben den in den regelmäßigen Berichten des Fonds veröffentlichten Informationen kann der Fonds von Zeit zu Zeit den Anlegern Informationen zu den Portfoliositionen und damit zusammenhängende Informationen in Bezug auf einen oder mehrere Teilfonds geben. Diese Informationen stehen auf Anfrage allen Anlegern des jeweiligen Teilfonds zur Verfügung. Diese Informationen werden nur vergangenheitsbezogen nach dem jeweiligen Handelstag, auf den sich diese Informationen beziehen, bereitgestellt.

Vorübergehende Einstellung der Bewertung sowie der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

Die Verwaltungsgesellschaft kann die Ermittlung des Nettoinventarwerts sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen in jedem Teilfonds vorübergehend einstellen, und zwar:

- (i) in einem Zeitraum (außer gesetzlichen Feiertagen und üblichen Wochenendschließungen), in dem der geregelte Markt geschlossen ist, der als hauptsächlich geregelter Markt für einen bedeutenden Teil des Teilfondsvermögens gilt, bzw. an dem der Handel mit solchen Anteilen eingeschränkt oder ausgesetzt ist; oder
- (ii) in einem Zeitraum, in dem durch eine Notsituation der Verkauf von Wertpapieren, die einen bedeutenden

Teil des Teilfondsvermögens ausmachen, praktisch nicht möglich ist; oder

- (iii) in einem Zeitraum, in dem die Kurse der Wertpapiere des Teilfonds von der Verwaltungsgesellschaft nicht in vertretbarem Maße, unverzüglich oder eindeutig bestimmt werden können; oder
- (iv) in einem Zeitraum, in dem Geldüberweisungen, die für die Veräußerung oder Bezahlung von Wertpapieren im Teilfonds (möglicherweise) benötigt werden, nach Auffassung der Verwaltungsgesellschaft nicht zum normalen Wechselkurs durchgeführt werden können; oder
- (v) in Zeiträumen, in denen die Erlöse aus dem Verkauf oder der Rücknahme von Anteilen nicht auf das Konto oder vom Konto des Teilfonds überwiesen werden können.
- (vi) während des Ausfalls der Kommunikationsmittel, die der Administrator üblicherweise bei der Ermittlung des Preises oder Wertes einer Anlage eines Teilfonds oder bei der Berechnung oder Übermittlung des Preises oder Wertes eines Teilfonds selbst einsetzt; oder
- (vii) in Zeiträumen, in denen aufgrund politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder währungsbezogener Ereignisse oder anderer Umstände, die nicht dem Einfluss, der Verantwortung oder der Macht der Direktoren unterliegen, eine Veräußerung oder Bewertung von Anlagen des betreffenden Fonds nicht ohne wesentliche Nachteile für die Interessen der Anteilhaber in angemessener Weise durchführbar ist, oder wenn nach Ansicht des Administrators die Rücknahmepreise nicht in angemessener Weise berechnet werden können; oder
- (viii) nach Veröffentlichung einer Einberufungsbekanntmachung einer Hauptversammlung von Anteilhabern, auf der die Abwicklung der Gesellschaft oder die Schließung eines Teilfonds oder einer Anteilklasse beschlossen werden soll.

Eine solche Einstellung ist von der Verwaltungsgesellschaft auf der Internetseite von Bloomberg (www.bloomberg.com) zu veröffentlichen, wenn dieser Zustand nach Auffassung der Verwaltungsgesellschaft wahrscheinlich länger als vierzehn Tage anhalten wird. Jede Einstellung wird unverzüglich der Zentralbank mitgeteilt. Wenn möglich, werden alle vertretbaren Schritte unternommen, um den Zeitraum der Einstellung so bald wie möglich zu beenden.

Umtausch von Anteilen

Die Anteilhaber können mit Einverständnis der Direktoren ihre Anteile an jedem Teilfonds in Anteile an einem anderen Teilfonds umtauschen. Die Umwandlung erfolgt nach folgender Formel:

$$NS = \frac{(S \times R \times F) - X}{P}$$

Dabei ist:

- NS = Anzahl der Anteile, die im neuen Teilfonds ausgegeben werden;
- S = Anzahl der umzuwandelnden Anteile;
- R = Rücknahmepreis je Anteil nach Abzug einer etwaigen Rücknahmegebühr;
- F = von der Verwaltungsgesellschaft bestimmter Währungsumrechnungsfaktor (ggf.);
- P = Preis des Anteils des neuen Teilfonds nach Hinzurechnen des Ausgabeaufschlags;
- X = Abwicklungsgebühr von maximal 5 % des Nettoinventarwerts der umzuwandelnden Anteile.

Ergibt NS keine ganze Zahl von Anteilen, behält sich die Verwaltungsgesellschaft vor, Bruchteile von Anteilen am neuen Teilfonds auszugeben oder den sich ergebenden Überschuss an den Anteilhaber, der die Anteile umwandeln möchte, zurückzuzahlen.

Vorlage von Informationen bei der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft

Zur Abänderung der Anmeldeinformationen und der Zahlungsanweisungen eines Anteilhabers müssen Originalunterlagen eingereicht werden.

Zeichner sind zum Zeitpunkt der Erstzeichnung zu einer Erklärung gegenüber der Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, in der sie ihren Status als irische Gebietsansässige, Personen mit gewöhnlichem Aufenthaltsort in Irland und/oder US-Personen angeben. Alle Zeichner, bei denen es sich um US-Personen handelt, sind zum Nachweis verpflichtet, dass sie bestimmte Bedingungen gemäß US-amerikanischem Recht erfüllen.

Jeder Anteilhaber muss die Verwaltungsgesellschaft schriftlich über etwaige Änderungen der Angaben in ihrem

Depoteröffnungsantrag informieren (einschließlich Status als irischer Gebietsansässiger oder als US-Person) und der Verwaltungsgesellschaft auf Verlangen solche Änderungen durch weitere Dokumente belegen. Des Weiteren sind die Anteilhaber verpflichtet, die Gesellschaft darüber zu informieren, wenn sie US-Personen werden, da sie in einem solchen Fall nachweisen müssen, dass sie bestimmte Bedingungen erfüllen, oder die von ihnen gehaltenen Anteile sofort veräußern oder deren Rücknahme veranlassen müssen.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Der Fonds unterliegt der Aufsicht der Zentralbank und muss die in den Criminal Justice (Money Laundering and Terrorist Financing) Acts von 2010 und 2013 vorgeschriebenen Maßnahmen, die auf die Verhinderung von Geldwäsche abzielen, treffen. Um diese Geldwäschebestimmungen zu erfüllen, verlangt der Administrator im Namen des Fonds von jedem Zeichner oder Anteilhaber einen gewissen Identitätsnachweis. Der Fonds und der Administrator behalten sich jeweils vor, die zur Identitätsüberprüfung eines Antragstellers und gegebenenfalls des wirtschaftlich Berechtigten benötigten Informationen zu verlangen.

Datenschutz

Potenzielle Anleger sollten beachten, dass sie mit Ausfüllen des Antragsformulars zur Anteilszeichnung persönliche Daten an den Fonds weitergeben, bei denen es sich um persönliche Daten im Sinne der irischen Datenschutzgesetze handeln kann. Daten können für die genannten Zwecke an Dritte weitergegeben werden, unter anderem an Regulierungsstellen, Steuerbehörden (einschließlich im Einklang mit FATCA und CRS an die irischen Steuerbehörden), Beauftragte, Berater und Dienstleister des Fonds sowie an ordnungsgemäß autorisierte Vertreter derselben und ihre jeweiligen verbundenen, nahestehenden und angegliederten Unternehmen an allen Standorten (auch außerhalb des EWR). Mit Unterzeichnung des Antragsformulars zur Anteilszeichnung erteilen die Anleger ihre Zustimmung zur Erhebung, Speicherung, Verwendung, Weitergabe und Verarbeitung von Daten für einen oder mehrere der im Antragsformular genannten Zwecke.

Nach den Datenschutzgesetzen haben Anleger Anspruch auf Zugang zu ihren von des Fonds gespeicherten personenbezogenen Daten und das Recht, durch schriftliche Aufforderung ihre gespeicherten Daten zu ändern und darin enthaltene Fehler zu korrigieren.

Nicht stimmberechtigte Anteilklassen

Es können Anteilklassen aufgelegt werden, die bei Beschlussanträgen, welche den Anteilhabern der Gesellschaft vorgelegt werden, bezüglich des Fonds, zu dem sie gehören oder bezüglich der betreffenden Anteilklasse keine Stimmrechte haben. Betroffene Anteilhaber werden im Falle von geplanten Änderungen (auf die sich ein solcher Beschluss bezieht) mindestens zwei Wochen vor deren Inkrafttreten benachrichtigt. In diesem Zeitraum können die Anteilhaber ihre nicht stimmberechtigten Anteile auf Wunsch zurückgeben. Die Entscheidung in eine nicht stimmberechtigte Anteilklasse zu investieren trifft der potenzielle Anteilhaber und nicht die Gesellschaft.

VERWALTUNG UND ADMINISTRATION

Die Verwaltungsgesellschaft

Die Verwaltungsgesellschaft wurde am 25. Februar 1994 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Verwaltungsgesellschaft verfügt über ein genehmigtes Anteilkapital von 1.000.000 USD, aufgeteilt in 1.000.000 Anteile zu je 1 USD, von denen 141.552 ausgegeben und voll eingezahlt wurden. Gegenstand der Tätigkeit der Verwaltungsgesellschaft sind die Anlageverwaltung, Anlageberatung und Verwaltungsdienste für Investmentfonds. Die Direktoren und der *Secretary* der Gesellschaft sind auch Direktoren und *Secretary* der Verwaltungsgesellschaft, jedoch sind einige Direktoren der Verwaltungsgesellschaft nicht gleichzeitig Direktoren der Gesellschaft. Die Verwaltungsgesellschaft ist auch die Verwaltungsgesellschaft einiger anderer Investmentfonds (CIS), die vom Promoter vermarktet werden. Die Gesellschaft hat gemäß der zwischen der Gesellschaft und der Verwaltungsgesellschaft am 19. November 2008 geschlossenen Vereinbarung, in der durch einen Zusatz zur Verwaltungsvereinbarung vom 24. März 2010 (die gemäß den Anforderungen der Zentralbank von Zeit zu Zeit geändert werden kann) geänderten Fassung, (der „Verwaltungsvereinbarung“) die Verwaltungsgesellschaft zur Verwaltungsgesellschaft der Gesellschaft bestellt. Im Rahmen der Verwaltung der Anlagen der Fonds hat die Verwaltungsgesellschaft den Anlageberater beauftragt, sie beim Kauf, Verkauf und Tausch von Fondsanlagen zu beraten. Die Haupttätigkeiten der Direktoren der Verwaltungsgesellschaft sind in Anhang 3 aufgeführt.

Die Verwaltungsvereinbarung sieht vor, dass die Verwaltungsgesellschaft die Gesellschaft gemäß den Vorschriften, der Satzung und den Bestimmungen dieses Prospekts verwaltet. Die Verwaltungsvereinbarung bleibt so lange in Kraft, bis eine der beiden Vertragsparteien sie mit einer Frist von 90 Tagen gegenüber der anderen Partei schriftlich kündigt, wobei die Verwaltungsgesellschaft so lange im Amt bleibt, bis eine Verwaltungsgesellschaft oder ein Administrator als Nachfolger ernannt wird. Die Gesellschaft kann die Verwaltungsvereinbarung jederzeit kündigen, wenn für die Verwaltungsgesellschaft ein Prüfer oder ein Konkursverwalter eingesetzt wird oder ein ähnlicher Fall eintritt. Die Gesellschaft kann die Verwaltungsvereinbarung ebenfalls kündigen, wenn die Verwaltungsgesellschaft nicht mehr über die Genehmigung verfügt, als Verwaltungsgesellschaft der Gesellschaft zu fungieren, oder die Verwaltungsgesellschaft ihre Pflichten unter der Verwaltungsvereinbarung verletzt.

Die Verwaltungsgesellschaft ist nicht haftbar für etwaige Verluste, die der Gesellschaft oder ihren Anteilhabern durch die Ausübung der Aufgaben der Verwaltungsgesellschaft gemäß der Verwaltungsvereinbarung entstehen, es sei denn, die Verluste sind auf Fahrlässigkeit, vorsätzliche Unterlassung, Betrug, böswillige Absicht oder grobe Fahrlässigkeit seitens der Verwaltungsgesellschaft bei der Erfüllung ihrer Pflichten gemäß der Verwaltungsvereinbarung zurückzuführen. Die Gesellschaft wird die Verwaltungsgesellschaft gegen sämtliche Verbindlichkeiten, Schadenersatzforderungen, Kosten, Ansprüche und Auslagen schadlos halten, die der Verwaltungsgesellschaft, ihren Direktoren, leitenden und sonstigen Mitarbeitern oder Vertretern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten gemäß der Verwaltungsvereinbarung entstehen, und sie von allen Steuern auf Gewinne oder Erlöse der Gesellschaft freistellen, die auf die Verwaltungsgesellschaft, ihre Direktoren, leitenden und sonstigen Mitarbeiter oder Vertreter veranlagt werden oder von diesen zu zahlen sind, vorausgesetzt, der Verwaltungsgesellschaft, ihren Mitarbeitern oder Vertretern kann keine Fahrlässigkeit, vorsätzliche Unterlassung, Betrug, böswillige Absicht oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden.

Die Verwaltungsvereinbarung sieht vor, dass die Verwaltungsgesellschaft ihre Verwaltungsaufgaben auf andere Parteien übertragen darf. Sie ernennt mindestens einen Finanzverwalter für jeden Fonds und hat zusätzlich zur Beauftragung des Anlageberaters mit der Anlageberatung für die Gesellschaft die Verwaltung der Gesellschaft auf den Administrator übertragen.

Anlageberater, Vertriebsstelle und UK Facilities Agent

Der Anlageberater, der auch als Vertriebsstelle und UK Facilities Agent fungiert, wurde am 30. Dezember 1986 in England und Wales gegründet. Der Anlageberater, die Vertriebsstelle und der UK Facilities Agent fungieren als Anlageberater und Vertriebsstelle für mehrere Investmentfonds.

Die Verwaltungsgesellschaft hat gemäß der zwischen der Verwaltungsgesellschaft und dem Anlageberater am 1. November 2007 geschlossenen Vereinbarung (die gemäß den Anforderungen der Zentralbank von Zeit zu Zeit geändert werden kann) (die „Anlageberatungsvereinbarung“) den Anlageberater zum Berater der Verwaltungsgesellschaft bestellt. Die Anlageberatungsvereinbarung bleibt so lange in Kraft, bis eine der beiden Vertragsparteien sie mit einer Frist von 90 Tagen gegenüber der anderen Partei schriftlich kündigt, wobei die Verwaltungsgesellschaft den Anlageberater jederzeit absetzen kann, falls für den Anlageberater ein Prüfer oder ein Konkursverwalter eingesetzt wird, ein ähnlicher Fall eintritt oder der Anlageberater gemäß den gültigen Gesetzen seine Aufgaben und Pflichten nicht mehr ausüben kann oder seine Pflichten im Rahmen der Anlageberatungsvereinbarung verletzt. Die Anlageberatungsvereinbarung sieht vor, dass – außer bei Betrug, vorsätzlicher Unterlassung, Unredlichkeit, Fahrlässigkeit oder grob fahrlässiger Missachtung der Aufgaben und Pflichten – der Anlageberater gegenüber der Verwaltungsgesellschaft, der Gesellschaft oder den Anteilhabern der Gesellschaft nicht haftbar ist für etwaige Fehltritte oder diesen möglicherweise entstehende Verluste durch die Ausübung der Anlageberatungstätigkeit gemäß

der Anlageberatungsvereinbarung, und die Verwaltungsgesellschaft wird den Anlageberater aus den Vermögensgegenständen der Gesellschaft gegen sämtliche Verbindlichkeiten, Schadensersatzforderungen, Kosten und Forderungen schadlos halten, die dem Anlageberater, seinen Direktoren, leitenden Mitarbeitern oder Vertretern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten entstehen, und ihn gemäß den gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung von allen Steuern auf Gewinne oder Erlöse der Gesellschaft freistellen, die dem Anlageberater, seinen Direktoren, leitenden Mitarbeitern oder Vertretern veranlagt werden oder von diesen zu zahlen sind, vorausgesetzt, dem Anlageberater, seinen Direktoren, leitenden Mitarbeitern oder Vertretern kann keine Fahrlässigkeit, Böswilligkeit, Betrug, vorsätzliche Unterlassung oder grob fahrlässige Missachtung ihrer Pflichten nachgewiesen werden.

Die Verwaltungsgesellschaft hat gemäß der zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Vertriebsstelle am 1. November 2007 geschlossenen Vereinbarung (die gemäß den Anforderungen der Zentralbank von Zeit zu Zeit geändert werden kann) (die „Vertriebsvereinbarung“) die Vertriebsstelle mit dem Vertrieb der Fonds beauftragt. Jede der Parteien ist berechtigt, die Vertriebsvereinbarung durch schriftliche Mitteilung an die jeweils andere Partei, die unter Einhaltung einer Frist von 90 Tagen zu erfolgen hat, unverzüglich zu kündigen. Die Verwaltungsgesellschaft hält die Vertriebsstelle sowie ihre Direktoren, leitenden Angestellten und Vertreter hinsichtlich sämtlicher Verbindlichkeiten, Schäden, Kosten, Ansprüche und Aufwendungen, die der Vertriebsstelle und ihren Direktoren, leitenden Angestellten oder Vertretern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten im Rahmen der Vertriebsvereinbarung entstehen, sowie hinsichtlich aller Steuerverbindlichkeiten in Bezug auf Gewinne bzw. Erträge des Fonds, die der Vertriebsstelle oder ihren Direktoren, leitenden Angestellten oder Vertretern auferlegt werden oder von diesen zu zahlen sind schadlos, es sei denn, solche Verbindlichkeiten, Schäden, Kosten oder Ansprüche entstehen aufgrund von Leichtfertigkeit, Unredlichkeit, Betrug, Fahrlässigkeit oder vorsätzlicher Unterlassung seitens der Vertriebsstelle oder seitens ihrer Direktoren, leitenden Angestellten oder Vertreter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben oder Pflichten.

Die Verwaltungsgesellschaft hat gemäß einer Support-Servicevereinbarung vom 13. März 2009 (die gemäß den Anforderungen der Zentralbank von Zeit zu Zeit geändert werden kann) („Support-Servicevereinbarung“) auch den Anlageberater mit der Erbringung bestimmter operativer Support-Dienstleistungen beauftragt. Diese Dienstleistungen umfassen die Unterstützung der Verwaltungsgesellschaft in Bezug auf die Registrierung der Teilfonds für den Vertrieb, die Bearbeitung von Compliance-Angelegenheiten, die Organisation der Erstellung der Abschlüsse und der Erstellung der Materialien für die Versammlungen des Verwaltungsrats. Soweit nicht Betrug, vorsätzliche Unterlassung oder Arglist auf Seiten des Anlageberaters bei der Erfüllung oder nicht zu rechtfertigenden Nichterfüllung seiner Pflichten oder Aufgaben gemäß der Support-Servicevereinbarung vorliegt, sind weder der Anlageberater noch einer seiner Vorstandsmitglieder, leitenden Angestellten, Mitarbeiter oder Vertreter gegenüber der Verwaltungsgesellschaft für irgendwelche Verluste oder Schäden haftbar, welche die Verwaltungsgesellschaft infolge einer Handlung oder Unterlassung des Anlageverwalters erleiden. Die Support-Servicevereinbarung kann von jeder Partei gegenüber der jeweils anderen Partei mit einer Frist von 90 Tagen (oder einer etwa vereinbarten kürzeren Frist) schriftlich gekündigt werden. Eine fristlose Kündigung ist im Falle einer Liquidation, bei der Bestellung eines Revisors oder Zwangsverwalters über die andere Partei oder bei einem ähnlichen Ereignis auf Anweisung einer entsprechenden Aufsichtsbehörde oder eines zuständigen möglich, wenn eine Partei eine erhebliche Verletzung der Vereinbarung (sofern Abhilfe möglich ist) nicht innerhalb von 30 Tagen nach Zustellung einer Mitteilung durch die jeweils andere Partei, in der diese die Abstellung verlangt, abstellt, oder wenn eine der Parteien nicht mehr zur Erfüllung ihrer Pflichten berechtigt ist.

Die Gesellschaft hat den UK Facilities Agent gemäß einer diesbezüglichen Vereinbarung vom 4. Dezember 2009 (die gemäß den Anforderungen der Zentralbank von Zeit zu Zeit geändert werden kann) mit der Bereitstellung von Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Registrierung der Gesellschaft im Vereinigten Königreich beauftragt.

Direktoren und Secretary

Die Direktoren sind für die Führung der Geschäfte der Gesellschaft gemäß Satzung zuständig. Die Direktoren dürfen bestimmte Aufgaben auf die Verwaltungsgesellschaft übertragen, allerdings nur unter Aufsicht und Anweisung durch die Direktoren.

Die Direktoren sind in Anhang 3 unter Angabe ihrer Haupttätigkeitsfelder aufgeführt. Die Gesellschaft hat die Abwicklung des Tagesgeschäfts der Gesellschaft auf die Verwaltungsgesellschaft übertragen; folglich ist keiner der Direktoren in der Unternehmensleitung tätig. Die Anschrift der Direktoren ist der eingetragene Geschäftssitz der Gesellschaft.

MFD Secretaries Limited ist der *Secretary* der Gesellschaft.

Keiner der Direktoren hat einen Dienstvertrag mit der Gesellschaft abgeschlossen oder ist in der Unternehmensleitung der Gesellschaft tätig. Die Satzung schreibt kein Ausscheiden der Direktoren aus Altersgründen und auch keine Ablösung der Direktoren durch Rotation vor.

Die Satzung sieht vor, dass ein Direktor an jeder Transaktion oder jedem Geschäftsabschluss mit der Gesellschaft bzw. an der/dem die Gesellschaft ein Interesse hat, teilnehmen darf, vorausgesetzt, dieser Direktor hat die Direktoren über Art

und Ausmaß seiner etwaigen wesentlichen Interessen informiert. Ein Direktor darf bei einem Vertrag keinen Gebrauch von seinem Stimmrecht machen, wenn seinerseits ein wesentliches Interesse besteht. Ein Direktor darf jedoch von seinem Stimmrecht Gebrauch machen bei Vorschlägen bezüglich anderer Gesellschaften, an denen er direkt oder indirekt ein Interesse hat, ob als leitender Angestellter, Anteilinhaber oder Ähnlichem., vorausgesetzt, er ist nicht Inhaber von 5 % oder mehr der ausgegebenen Anteile einer Klasse einer solchen Gesellschaft bzw. der den Mitgliedern einer solchen Gesellschaft zustehenden Stimmrechte. Ein Direktor darf ebenfalls von seinem Stimmrecht Gebrauch machen bei Vorschlägen bezüglich eines Angebotes von Anteilen, an denen er als Teilnehmer einer Überenahmevereinbarung oder einer Nachübernahmevereinbarung Interesse hat, und er darf ebenso von seinem Stimmrecht Gebrauch machen bei der Leistung von Sicherheiten, Garantien oder Schadensersatz bezüglich Geldern, die durch den Direktor an die Gesellschaft ausgeliehen wurden, oder bei der Leistung von Sicherheiten, Garantien oder Schadensersatz an Dritte bezüglich einer Zahlungsverpflichtung der Gesellschaft, für die der Direktor gänzlich oder teilweise die Verantwortung übernommen hat.

Der Promoter

Der Promoter des Fonds ist Russell Investments Limited.

Der Administrator

Die Verwaltungsgesellschaft hat gemäß der zwischen der Gesellschaft, der Verwaltungsgesellschaft und dem Administrator am 19. November 2008 geschlossenen Vereinbarung (die gemäß den Anforderungen der Zentralbank von Zeit zu Zeit geändert oder ergänzt werden kann) (die „Administrationsvereinbarung“) den Administrator zum Administrator der Gesellschaft bestellt.

Der Administrator ist für die Abwicklung des Tagesgeschäfts der Gesellschaft und die Fondsbuchhaltung verantwortlich, einschließlich der Berechnung des Nettoinventarwerts und Nettoinventarwerts je Anteil; darüber hinaus stellt er der Gesellschaft Registrierungs-, Transferstellen- und verbundene Dienstleistungen zur Verfügung.

Der Administrator wurde in Irland am 23. März 1992 als Private Limited Company gegründet und befindet sich nun im Besitz der State Street Corporation. Das genehmigte Aktienkapital der State Street Fund Services (Ireland) Limited beträgt 5.000.000 Pfund Sterling mit einem ausgegebenen und eingezahlten Kapital von 350.000 Pfund Sterling.

Die Administrationsvereinbarung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 2017 in vollem Umfang gültig (die „erste Laufzeit“). Während der ersten Laufzeit kann die Verwaltungsgesellschaft oder die Gesellschaft die Administrationsvereinbarung ohne wichtigen Grund mit einer Frist von mindestens sechs (6) Monaten durch schriftliche Mitteilung an den Administrator kündigen. Eine solche Kündigung während der ersten Laufzeit ist mit einer Entschädigung zugunsten des Administrators verbunden, die von der Gesellschaft zu zahlen ist. Eine solche Entschädigung darf höchstens 40 Prozent des Honorars betragen, das im Geschäftsjahr vor der Kündigungserklärung gezahlt wurde, und reduziert sich anteilig ab dem Jahr 2014 staffelweise, je nach Länge des Zeitraums zwischen dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Inkrafttretens der Kündigung bis zum Ende der ersten Laufzeit. Nach Ablauf der ersten Laufzeit bleibt die Administrationsvereinbarung bis zu ihrer Kündigung in Kraft; sie kann (ohne Zahlung einer Vertragsstrafe durch die Gesellschaft) schriftlich gekündigt werden unter Einhaltung einer Frist von neunzig (90) Tagen oder durch den Administrator unter Einhaltung einer Frist von einhundertachtzig (180) Tagen bzw. einer anderen von den Parteien jeweils schriftlich vereinbarten Frist. In folgenden Fällen kann die Administrationsvereinbarung jederzeit fristlos durch schriftliche Mitteilung an die anderen Parteien gekündigt werden: (i) in dem Fall, dass die Partei, welche die Mitteilung erhält, aufgelöst oder unter Zwangsverwaltung gestellt wird oder ein Prüfer (*examiner*) gemäß dem *Companies Act, 2014* ernannt wird (außer im Falle einer freiwilligen Liquidation zwecks Umstrukturierung oder Zusammenführung zu Bedingungen, denen die Partei, die die Mitteilung macht, vorher schriftlich zugestimmt hat) oder wenn sie zahlungsunfähig ist; (ii) in dem Fall, dass die Partei, welche die Mitteilung erhält, gegen wesentliche Bestimmungen der Administrationsvereinbarung verstoßen hat und den Verstoß – sofern er behebbar ist – innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Zustellung einer schriftlichen Aufforderung zur Behebung nicht behoben hat.

Gemäß der Administrationsvereinbarung ist der Administrator verpflichtet, die Befugnisse und die Ermessensfreiheit, die ihm unter der Administrationsvereinbarung eingeräumt werden, nach besten Kräften und unter Anwendung der Fähigkeiten und Expertise, die von einem professionellen Administrator angemessenerweise erwartet werden dürfen, auszuüben. Der Administrator haftet nicht für etwaige Verluste jedweder Art, die der Verwaltungsgesellschaft, der Gesellschaft oder den Anteilhabern in Zusammenhang mit der Erfüllung seiner Pflichten im Rahmen der Administrationsvereinbarung entstehen, es sei denn, solche Verluste entstehen unmittelbar in Folge von Fahrlässigkeit, Unredlichkeit, Betrug, vorsätzlicher Unterlassung oder Leichtfertigkeit seitens des Administrators. Der Administrator haftet nicht für indirekte, besondere oder Folgeschäden jedweder Art.

Die Verwaltungsgesellschaft hält in ihrem Namen sowie im Namen ihrer Bevollmächtigten, Mitarbeiter und Vertreter den Administrator aus den Vermögensgegenständen der Gesellschaft schadlos gegen alle Prozesse, Verfahren, Ansprüche sowie gegen alle angemessenen daraus entstehenden Kosten, Forderungen und Aufwendungen (einschließlich angemessener Rechtskosten und Honorare), die dem Administrator, seinen Bevollmächtigten, Mitarbeitern oder Vertretern bei der Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten im Rahmen der

Administrationsvereinbarung entstehen, sowie gegen alle Steuerverbindlichkeiten in Bezug auf Gewinne bzw. Erträge des Fonds, die dem Administrator, seinen Bevollmächtigten, Mitarbeitern oder Vertretern auferlegt werden oder von diesen zu zahlen sind, es sei denn, solche Verbindlichkeiten, Schäden, Kosten und Ansprüche entstehen aufgrund von Fahrlässigkeit, Unredlichkeit, Betrug, vorsätzlicher Unterlassung oder Leichtfertigkeit seitens des Administrators, seiner Bevollmächtigten, Mitarbeiter oder Vertreter.

Die Verwahrstelle

Die Verwaltungsgesellschaft hat State Street Custodial Services (Ireland) Limited zur Verwahrstelle des Fonds gemäß der Verwahrstellenvereinbarung ernannt.

Die Verwahrstelle ist eine nach irischem Recht gegründete Private Limited Company mit eingetragenem Sitz am 78 Sir John Rogerson's Quay, Dublin 2. Die Haupttätigkeit der Verwahrstelle ist die Tätigkeit als Verwahrer des Vermögens von Organismen für gemeinsame Anlagen. Die Verwahrstelle ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von State Street Company. Die Verwahrstelle untersteht der Aufsicht der Zentralbank. Die Verwahrstelle wurde zur Bereitstellung von Verwahrungs- und Treuhanddienstleistungen für Organismen für gemeinsame Anlagen gegründet.

Die Verwahrstelle führt Funktionen in Bezug auf den Fonds aus, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Folgende:

- (i) die Verwahrstelle
 - (a) verwahrt sämtliche Finanzinstrumente, die in einem Depot für Finanzinstrumente, das in den Büchern der Verwahrstelle eröffnet wird, verbucht werden können, sowie sämtliche Finanzinstrumente, die der Verwahrstelle physisch übergeben werden können;
 - (b) stellt sicher, dass sämtliche Finanzinstrumente, die in einem Depot für Finanzinstrumente, das in den Büchern der Verwahrstelle eröffnet wurde, in den Büchern der Verwahrstelle in separaten Konten gemäß den in Artikel 16 der Richtlinie 2006/73/EG der Kommission aufgeführten Grundsätzen eingetragen werden, die im Namen des Fonds eröffnet werden, damit diese Vermögenswerte eindeutig und jederzeit gemäß anwendbaren Gesetzen als dem OGAW zugehörig identifiziert werden können.
- (ii) Die Verwahrstelle überprüft das Eigentum des Fonds an den Vermögenswerten (abgesehen von den in (i) vorstehend erwähnten) und führt Aufzeichnungen zu denjenigen Vermögenswerten und hält diese auf dem neuesten Stand, bei denen sie sich vergewissert hat, dass der Fonds das Eigentum an ihnen hat.
- (iii) die Verwahrstelle stellt eine ordnungsgemäße Überwachung der Cashflows des Fonds sicher;
- (iv) Die Verwahrstelle ist für bestimmte Aufsichtspflichten in Bezug auf den Fonds zuständig – siehe „Zusammenfassung der Aufsichtspflichten“ nachstehend.

Die Verwahrstelle darf gemäß den Bedingungen der Verwahrstellenvereinbarung ihre Pflichten im Hinblick auf (i) und (ii) vorstehend vorbehaltlich bestimmter Bedingungen übertragen. Die Haftung der Verwahrstelle wird nicht durch die Tatsache beeinflusst, dass sie einige oder alle Vermögenswerte in ihrer Verwahrung einem Dritten anvertraut hat. Die Haftung der Verwahrstelle wird nicht dadurch beeinflusst, dass sie ihre Verwahrungsaufgaben nach dem Verwahrstellenvertrag übertragen hat.

Weitere Angaben über die Verwahrfunktionen, die auf andere übertragen wurden, und über die Identität der betreffenden Beauftragten und Unterbeauftragten finden sich in Anhang 9 des Prospekts.

Pflichten und Aufgaben in Bezug auf (iii) und (iv) können von der Verwahrstelle nicht übertragen werden. Zusammenfassung der Aufsichtspflichten:

Die Verwahrstelle ist unter anderem verpflichtet:

- (i) sicherzustellen, dass der Verkauf, die Ausgabe, der Rückkauf, die Rücknahme und die Annullierung von Anteilen durch den Fonds oder in seinem Namen laut den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung durchgeführt werden;
- (ii) sicherzustellen, dass der Wert der Anteile den Vorschriften und der Satzung entsprechend berechnet wird;
- (iii) die Anweisungen des Fonds zu befolgen, es sei denn, sie stehen in Widerspruch zu den Vorschriften oder der Satzung;
- (iv) sicherzustellen, dass bei allen Geschäften, die sich auf das Vermögen des Fonds beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Zeitabstände bei ihr eingeht;
- (v) sicherzustellen, dass die Erträge des Fonds den Vorschriften und der Satzung entsprechend verbucht werden;
- (vi) das Geschäftsverhalten des Fonds in jedem Bilanzierungszeitraum zu überprüfen und den Anteilhabern

diesbezüglich Bericht zu erstatten. Der Bericht der Verwahrstelle ist dem Verwaltungsrat zeitlich so vorzulegen, dass der Verwaltungsrat ein Exemplar des Berichts in den Jahresbericht des Fonds aufnehmen können. Der Bericht des Verwaltungsrats soll darüber Auskunft geben, dass seiner Ansicht nach der Fonds in diesem Zeitraum wie folgt verwaltet wurde:

- (a) gemäß den Beschränkungen, die die Zentralbank, die Satzung und die Vorschriften den Anlage- und Kreditaufnahmebefugnissen des Fonds auferlegen; und
- (b) auch ansonsten gemäß den Bestimmungen der Satzung und der Vorschriften.

Wenn der Fonds nicht gemäß den oben unter (a) oder (b) genannten Beschränkungen und Bestimmungen verwaltet wurde, muss die Verwahrstelle angeben, warum dies der Fall ist und die Maßnahmen erläutern, die von der Verwahrstelle zur Behebung der Situation ergriffen wurden;

- (i) sie wird die Zentralbank umgehend über wesentliche Verstöße des Fonds oder der Verwahrstelle in Bezug auf Anforderungen, Verpflichtungen oder Dokumente, auf die sich Verordnung 114(2) der Verordnungen der Zentralbank beziehen, unterrichten; und
- (ii) sie wird die Zentralbank umgehend über nicht wesentliche Verstöße des Fonds oder der Verwahrstelle in Bezug auf Anforderungen, Verpflichtungen oder Dokumente, auf die sich Verordnung 114(2) der Verordnungen der Zentralbank beziehen, unterrichten, sofern ein solcher Verstoß nicht innerhalb von 4 Wochen, nachdem die Verwahrstelle Kenntnis über einen solchen Verstoß erlangt, behoben wird.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben soll die Verwahrstelle ehrlich, redlich, professionell, unabhängig und ausschließlich im Interesse des Fonds und der Anteilhaber handeln.

Im Falle eines Verlusts eines wie gemäß OGAW V verwahrten Finanzinstruments wird die Verwahrstelle etwaige Finanzinstrumente identischer Art oder den entsprechenden Betrag des Fonds unverzüglich zurückerstatten.

Die Verwahrstelle haftet nicht, wenn sie nachweisen kann, dass der Verlust eines verwahrten Finanzinstruments auf äußere Ereignisse, die von der Verwahrstelle nach vernünftigem Ermessen nicht kontrolliert werden können, zurückzuführen ist, und deren Konsequenzen trotz aller angemessenen Anstrengungen wie in OGAW V festgelegt, nicht hätten vermieden werden können.

In dem gemäß den Vorschriften zulässigen Rahmen haftet die Verwahrstelle nicht für mittelbare, konkrete oder Folgeschäden bzw. -verluste, die sich aus oder in Zusammenhang mit der Erfüllung oder Nichterfüllung der Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle ergeben.

Der Verwahrstellenvertrag hat solange Gültigkeit, bis er von einer der Parteien unter Einhaltung einer Frist von mindestens 90 (neunzig) Tagen schriftlich gekündigt wird. Eine Kündigung kann jedoch unter bestimmten Umständen, etwa bei der Insolvenz der Verwahrstelle, fristlos erfolgen. Im Falle einer (beabsichtigten) Abberufung oder eines Rücktritts der Verwahrstelle ernennt der Fonds unter Einhaltung der anwendbaren Anforderungen der Zentralbank eine nachfolgende Verwahrstelle. Die Verwahrstelle darf nur mit Genehmigung der Zentralbank geändert werden.

Der Verwahrstellenvertrag unterliegt irischem Recht und die Gerichte Irlands haben die nicht ausschließliche Gerichtsbarkeit über Streitigkeiten oder Klagen, die sich aufgrund des Verwahrstellenvertrags oder im Zusammenhang damit ergeben.

Zahlstellen/Vertreter/Vertriebsstellen

Es können lokale Zahlstellen und Vertreter („Zahlstellen“) ernannt werden, um die Zulassung oder Registrierung des Fonds und/oder die Vermarktung seiner Anteile in verschiedenen Jurisdiktionen zu erleichtern. Ferner können lokale Vorschriften in EWR-Ländern die Bestellung von Zahlstellen und die Führung von Konten durch die Vertreter vorschreiben, über die Zeichnungs- und Rücknahmegelder gezahlt werden können. Anleger, die es vorziehen oder durch lokale Vorschriften verpflichtet sind, die Zahlung von Zeichnungs-/Rücknahmegeldern über einen Vermittler statt direkt an den Administrator oder die Verwahrstelle (z. B. eine Untervertriebsstelle oder ein Vertreter in der lokalen Jurisdiktion) zu leisten bzw. von diesen zu erhalten, tragen ein Kreditrisiko gegenüber diesem Vermittler in Bezug auf (a) Zeichnungsgelder vor der Überweisung dieser Gelder an den Administrator oder die Verwahrstelle für Rechnung eines Teilfonds und (b) die Auszahlung von Rücknahmegeldern durch diesen Vermittler an den betreffenden Anleger.

Die Ernennung einer Zahlstelle (einschließlich einer Zusammenfassung der Vereinbarung über die Ernennung dieser Zahlstelle) kann in einem Ländernachtrag ausführlicher angegeben werden.

Interessenkonflikte

Die Direktoren, die Verwaltungsgesellschaft, die Verwahrstelle, der Administrator, der Anlageberater, die Vertriebsstelle

und die Finanzverwalter können von Zeit zu Zeit jeweils als Direktoren, Verwaltungsgesellschaft, Verwahrstelle, Registerstelle, Administrator, Vertriebsstelle oder Anlageberater bzw. Händler bezüglich anderer Investmentfonds (CIS) fungieren, die ähnliche Anlageziele verfolgen wie die Teilfonds oder anderweitig mit diesen zu tun haben. Daher kann es sich bei den Geschäften ergeben, dass einige der vorstehend genannten im Verlaufe der Geschäftsabwicklungen in potenzielle Interessenkonflikte bezüglich der Teilfonds geraten. Jeder wird in einem solchen Fall jederzeit seine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft berücksichtigen und gewährleisten, dass solche Konflikte fair gelöst werden. Ferner darf jeder der vorstehend genannten als Prinzipal oder Vertreter mit den Teilfonds handeln, sofern diese Geschäfte unter normalen Handelsbedingungen getätigt werden, die auf Basis der rechtlichen Selbständigkeit ausgehandelt werden, und die Transaktionen im besten Interesse der Anteilhaber durchgeführt werden. So kann z. B. jeder Teilfonds Portfoliotransaktionen mit oder durch Tochtergesellschaften der Frank Russell Company tätigen. Die Finanzverwalter können von der Verwaltungsgesellschaft aufgefordert werden, einen bestimmten Prozentsatz an Portfoliotransaktionen an verbundene Unternehmen von Russell Investments weiterzuleiten und die Direktoren können jeweils als Direktor, Anteilhaber, leitender Angestellter, Mitarbeiter oder Berater von Maklerunternehmen tätig sein, über die Portfoliotransaktionen für die Fonds abgewickelt werden. Die Tochtergesellschaften von Russell Investments werden dem Teilfonds, der solche Transaktionen durchführt, bis zu 70 % der gezahlten Provision nach Erstattung der Auslagen für Analysedienstleistungen zurückzahlen. Jeder Finanzverwalter kann Portfoliotransaktionen mit verbundenen Parteien durchführen, sofern die Gesamtzahl solcher Transaktionen 25 % der Gesamtzahl der Portfoliotransaktionen des Teilfonds nicht überschreitet. Jeder Finanzverwalter kann Transaktionen auf Grundlage von Provisionsnachlässen (*Soft Commission*) tätigen, d. h. er kann die Dienste und Fachkenntnisse von Maklern in Anspruch nehmen gegen Übertragung der Transaktionsdurchführung auf solche Makler, sofern sich der Makler zur besten Ausführung verpflichtet hat, die aus solchen Transaktionen entstehenden Vorteile für die Anlageziele der Gesellschaft genutzt werden und solche Transaktionen im nächsten Jahres- oder Halbjahresbericht der Gesellschaft veröffentlicht werden. Der Anlageberater oder ein verbundenes Unternehmen des Anlageberaters kann auch für jeden Fonds als Finanzverwalter fungieren und das jeweilige Unternehmen erhält für seine diesbezügliche Ernennung eine Vergütung.

Geschäfte gelten als unter normalen Handelsbedingungen ausgeführt, wenn (1) eine von einer von der Verwahrstelle als unabhängig und kompetent anerkannten Person beglaubigte Bewertung der Transaktion eingeholt wird oder (2) die Transaktion unter den besten Bedingungen an einer organisierten Wertpapierbörse gemäß den Regeln einer solchen Börse durchgeführt wurde oder (3) in Fällen, in denen (1) und (2) nicht praktikabel sind, die Transaktion unter Bedingungen durchgeführt wurde, die von der Verwahrstelle bzw. – bei einer Transaktion durch die Verwahrstelle – von den Direktoren als normale Handelsbedingungen, die auf Basis der rechtlichen Selbständigkeit ausgehandelt wurden, anerkannt wurden.

Die Verwaltungsgesellschaft verfolgt eine Politik, die sicherstellen soll, dass bei allen Geschäften vertretbare Anstrengungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten unternommen werden, und falls sie nicht vermieden werden können, dass diese Konflikte so gehandhabt werden, dass die Teilfonds und ihre Anteilhaber gerecht behandelt werden.

Die Verwaltungsgesellschaft verfolgt eine Politik, die sicherstellen soll, dass die Dienstleister der Gesellschaft im besten Interesse der Teilfonds handeln, wenn sie Entscheidungen zum Handel und zur Platzierung von Aufträgen zum Handel im Namen der Teilfonds im Zusammenhang mit der Verwaltung der Portfolios der Teilfonds ausführen. Für diese Zwecke müssen alle angemessenen Maßnahmen ergriffen werden, um unter Berücksichtigung des Preises, der Kosten, der Geschwindigkeit, der Wahrscheinlichkeit der Ausführung und Abrechnung, der Größe und der Art des Auftrags, der vom Makler für den Anlageberater oder Finanzverwalter erbrachten Research-Dienste und anderer im Hinblick auf die Ausführung des Auftrags relevanten Erwägungen für die Teilfonds das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Informationen über die Orderausführungsgrundsätze der Verwaltungsgesellschaft und wesentliche Änderungen dieser Grundsätze können Anteilhaber kostenlos auf Anfrage erhalten.

Die Verwaltungsgesellschaft hat eine Strategie für die Festlegung entwickelt, wann und wie Stimmrechte ausgeübt werden. Einzelheiten zu den auf der Grundlage dieser Strategien ergriffenen Maßnahmen können Anteilhaber auf Anfrage kostenlos erhalten.

GEBÜHREN UND AUSLAGEN

Allgemeines

Jeder Teilfonds zahlt alle eigenen Aufwendungen sowie den Anteil der Aufwendungen des Fonds, der diesem Teilfonds zuzurechnen ist, mit Ausnahme derer, die ausdrücklich von der Verwaltungsgesellschaft übernommen werden. Soweit Aufwendungen einer bestimmten Klasse eines Teilfonds zuzurechnen sind, trägt diese Klasse diese Aufwendungen. Diese Auslagen können Folgendes umfassen: (i) Kosten für Gründung, Unterhaltung und Registrierung des Fonds, des Teilfonds und der Anteile bei einer Regierungs- oder Regulierungsbehörde oder an einem geregelten Markt oder einer Börse sowie Gebühren der Zahlstellen und/oder deren lokaler Vertreter zu branchenüblichen Sätzen; (ii) Kosten von Management, Verwaltung - einschließlich Compliance, Verwahrung oder damit verbundene Dienstleistungen; (iii) Kosten für Vorbereitung, Druck, Übersetzung und Versendung von Prospekten, Verkaufsliteratur oder Berichten für Anteilinhaber, die Zentralbank oder Regierungsbehörden; (iv) Steuern, Provisionen und Maklergebühren; (v) Buchprüfungskosten, Honorare für Berater in Steuer-, Rechts-, Bilanzierungs- Aufsichtsrechts-, Compliance-, Treuhänderfragen sowie sonstigen Belangen; (vi) Versicherungsprämien und andere Betriebskosten einschließlich Auslagen der Verwahrstelle, der Verwaltungsgesellschaft und deren Vertreter.

Die Kosten für die Rechtsberatung bezüglich der Gründung der Gesellschaft beliefen sich auf rund 150.000 €. Die Kosten für die Rechtsberatung bezüglich der Auflegung der Teilfonds Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund (ehemals Dynamic Assets) betragen nicht mehr als 25.000 € und werden über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben. Die Umstrukturierung des Teilfonds Dynamic Assets in den Teilfonds Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund betrug nicht mehr als 10.000 € und wird über 5 Jahre abgeschrieben. Die Ausgaben für Rechtsberatung im Zusammenhang mit der Auflegung des Teilfonds Russell Investments Multi-Factor Global Equity Fund werden sich voraussichtlich auf nicht mehr als 10.000 € belaufen und werden über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben. Die Rechtskosten im Zusammenhang mit der Auflegung des Russell Investments Global Low Carbon Equity Fund werden voraussichtlich nicht über 10.000 EUR hinausgehen und werden über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Die Direktoren haben Anspruch auf ein Honorar, dessen Höhe jeweils von den Direktoren festgelegt wird; ferner erhalten sie sämtliche angemessenen Reise-, Hotel- und andere Kosten erstattet, die ihnen durch die Hin- und Rückreise zu Direktorenversammlungen oder anderen Versammlungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entstehen. Die Vergütungen der Direktoren für das am 31. Dezember 2017 endende Kalenderjahr werden 25.000 € nicht übersteigen. Keiner der Direktoren, die mit Russell Investments, der Verwaltungsgesellschaft oder dem Anlageberater verbunden sind, wird eine Direktorenvergütung erhalten.

Gebühren und Auslagen

Die folgenden Gebühren und Auslagen (soweit nicht anderweitig gekennzeichnet, ausgedrückt als maximaler jährlicher Prozentsatz des durchschnittlichen Nettoinventarwerts) werden von der Gesellschaft übernommen; die Gebühren laufen täglich auf und werden monatlich rückwirkend gezahlt (soweit nichts anderes angegeben ist).

Verwaltungsgebühren

Die Verwaltungsgebühr beträgt für jeden Fonds jährlich höchstens 3,50 % des Nettoinventarwerts einer Anteilsklasse des jeweiligen Fonds. Hiervon ausgenommen ist die Anlageerfolgsprämie, die wie nachfolgend beschrieben an die Verwaltungsgesellschaft zu entrichten ist. Die Verwaltungsgebühren für die einzelnen Anteilsklassen sind in Anhang 1 aufgeführt. Diese Verwaltungsgebühren werden vierteljährlich rückwirkend gezahlt. Die Gesellschaft erstattet der Verwaltungsgesellschaft die angemessenen, ihr ordnungsgemäß entstandenen Spesen. Die Verwaltungsgesellschaft darf jederzeit vollständig oder teilweise auf ihre Gebühren verzichten oder die Auslagen der Gesellschaft vollständig oder teilweise erstatten, wobei ein solcher Verzicht jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft nach deren Ermessen ausgesetzt werden kann.

Anlageerfolgsprämien (außer für die Teilfonds Russell Investments Euro Credit, Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund, Russell Investments US Credit und Russell Investments Multi-Factor Global Equity Fund)

Zusätzlich zur anwendbaren Verwaltungsgebühr kann eine Anlageerfolgsprämie aus dem Vermögen eines Teilfonds (außer im Falle der Teilfonds Russell Investments Euro Credit, Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund und Russell Investments US Credit) wie nachfolgend beschrieben zahlbar werden:

An wen wird eine Anlageerfolgsprämie gezahlt?

Anlageerfolgsprämien werden aus den jeweiligen Vermögenswerten des Teilfonds an die Verwaltungsgesellschaft gezahlt; diese teilt dann die Anlageerfolgsprämien zwischen sich selbst und dem betreffenden Finanzverwalter im vereinbarten Verhältnis auf.

Für welche Zeiträume wird eine Anlageerfolgsprämie gezahlt?

COO/674690-000012/

Der Anteil der Verwaltungsgesellschaft an einer Anlageerfolgsprämie wird ab Auflegung des betreffenden Teilfonds bis zum nächsten 30. Juni und danach in jährlichen Zeiträumen zum 30. Juni gezahlt („der Performance-Zeitraum der Verwaltungsgesellschaft“).

Der Anteil eines Finanzverwalters an einer Anlageerfolgsprämie wird ab dem Zeitpunkt, zu dem er die Verantwortung für die Anlage des Vermögens eines Teilfonds übernimmt, bis zum nächsten 30. Juni und danach in jährlichen Zeiträumen zum 30. Juni gezahlt („der Performance-Zeitraum des Finanzverwalters“).

Wird ein Teilfonds geschlossen, endet der Performance-Zeitraum der Verwaltungsgesellschaft, sobald der Nettinventarwert des Teilfonds null beträgt, oder zu einem früheren von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt Zeitpunkt. Mit Beendigung der Bestellung eines Finanzverwalters endet auch der Performance-Zeitraum des betreffenden Finanzverwalters.

Auf welcher Basis wird die Anlageerfolgsprämie erworben?

Der Anspruch auf eine Anlageerfolgsprämie wird für jeden relevanten Teilfonds an jedem Geschäftstag erworben. Die Veränderung der kumulativen Anlageerfolgsprämie für die Verwaltungsgesellschaft und die Performance eines Finanzverwalters überschreitet niemals 20 % der positiven Tagesperformance (wie weiter unten definiert) je Geschäftstag.

Eine positive Tagesperformance ist der tägliche Mehrwert, der erzielt wird durch die tägliche Outperformance eines Teilfonds gegenüber:

- (i) einer Benchmark plus einer vereinbarten Mindestrendite während des jeweiligen Performance-Zeitraums der Verwaltungsgesellschaft und des Performance-Zeitraums des Finanzverwalters; diese Benchmark basiert auf einem Index, der:
 - von Zeit zu Zeit zwischen der Verwaltungsgesellschaft und dem Finanzverwalter vereinbart wird;
 - für die Anlagestrategien des betreffenden Teilfonds relevant ist; oder
- (ii) einer Cash-Benchmark oder einem absoluten Renditeziel plus einer vereinbarten Mindestrendite für jeden Performance-Zeitraum der Verwaltungsgesellschaft und jeden Performance-Zeitraum des Finanzverwalters, wobei diese Cash-Benchmark oder dieses Renditeziel:
 - von Zeit zu Zeit zwischen der Verwaltungsgesellschaft und dem Finanzverwalter vereinbart wird;
 - für den Anlageansatz des betreffenden Finanzverwalters (bzw. der Verwaltungsgesellschaft in Zeiten, in denen kein Finanzverwalter bestellt ist) relevanter ist als ein anerkannter Index, da der Finanzverwalter (bzw. die Verwaltungsgesellschaft) einen Absolute Return anstrebt.

Als Anfangswerte für die Ermittlung der positiven Tagesperformance werden die Erstausgabepreise zugrunde gelegt.

Eine Anlageerfolgsprämie wird vor Anwendung einer etwaigen Verwässerungsanpassung berechnet.

Eine solche Benchmark, Mindestrendite oder Zielrendite wird in den Jahres- und Halbjahresberichten der Gesellschaft angegeben, und auch die Höhe der gezahlten Anlageerfolgsprämien wird in diesen Berichten offen gelegt.

Ab welchem Zeitpunkt entstehen Ansprüche auf die Anlageerfolgsprämie?

Die Verwaltungsgesellschaft erwirbt die Ansprüche auf ihren Teil der Anlageerfolgsprämie ab dem Zeitpunkt, zu dem ein Teilfonds zum ersten Mal eine positive Tagesperformance erzielt. Negative Anlageerfolgsprämien, die über die Lebensdauer eines Teilfonds aufgelaufen sind, müssen erst wieder ausgeglichen werden, bevor die Verwaltungsgesellschaft Ansprüche auf eine Anlageerfolgsprämie für die zukünftige positive Tagesperformance erwerben kann.

Ein Finanzverwalter erwirbt die Ansprüche auf seinen Teil der Anlageerfolgsprämie ab dem Zeitpunkt, zu dem er zum ersten Mal eine positive Tagesperformance erzielt, nachdem er die Verantwortung für die Anlage des Vermögens eines Teilfonds übernommen hat. Negative Anlageerfolgsprämien eines bestimmten Finanzverwalters müssen erst wieder ausgeglichen werden, bevor dem Finanzverwalter Ansprüche auf eine Anlageerfolgsprämie für seine zukünftige positive Tagesperformance zugeschrieben werden können.

Wird einem Finanzverwalter gekündigt, müssen aufgelaufene negative Anlageerfolgsprämien vom nachfolgenden Finanzverwalter nicht ausgeglichen werden, so dass Anteilinhaber gegebenenfalls zweimal für dieselbe Performance zweier unterschiedlicher Finanzverwalter zahlen müssen. Auf Fondsebene bleiben aufgelaufene negative Anlageerfolgsprämien erhalten, so dass die Verwaltungsgesellschaft aufgelaufene negative Anlageerfolgsprämien zunächst ausgleichen muss, bevor sie Ansprüche auf ihren Teil einer Anlageerfolgsprämie erwerben kann.

Wann wird eine Anlageerfolgsprämie gezahlt?

Vorbehaltlich der folgenden Bedingungen wird eine annualisierte Anlageerfolgsprämie jeweils nach dem 30. Juni ausgezahlt. Anlageerfolgsprämien werden auch an jedem Tag abgegrenzt, an dem der relevante Teilfonds eine Rücknahme verzeichnet. Bei der Feststellung, ob Rücknahmen erfolgt sind, gilt der Umtausch von Anteilen als Rückgabe der ursprünglich gehaltenen Anteile. Etwaige auf diese Weise abgegrenzte Anlageerfolgsprämien werden nach Ende eines jeden Kalenderquartals ausgezahlt. Durch diese quartalsweisen Zahlungen reduziert sich der Betrag der jährlichen Zahlung. Es ist zu beachten, dass nach einer Phase einer negativen relativen Performance die Abgrenzung negativer Anlageerfolgsprämien zu einer Abschreibung eines Teils der aufgelaufenen negativen Anlageerfolgsprämien entsprechend den Rücknahmen führt und sich dadurch die aufgelaufene negative Anlageerfolgsprämie, die ausgeglichen werden muss, bevor ein Anspruch aus der positiven Tagesperformance entstehen kann, verringert.

Wird die Bestellung eines Finanzverwalters gekündigt, so wird der Anteil des Finanzverwalters an einer Anlageerfolgsprämie kurz nach der Kündigung ausgezahlt. Im Falle der Schließung eines Teilfonds wird der Anteil der Verwaltungsgesellschaft an einer Anlageerfolgsprämie kurz vor der Schließung ausgezahlt.

Die Verwahrstelle prüft die Berechnung der Anlageerfolgsprämie.

Vergütung des Beraters und der Vertriebsstelle

Die Verwaltungsgesellschaft zahlt alle Gebühren des Anlageberaters und der Vertriebsstelle aus ihrer Verwaltungsgebühr. Hiervon ausgenommen sind an den Berater und die Vertriebsstelle im Rahmen der Support-Servicevereinbarung zu zahlende Gebühren. Die Gesellschaft erstattet dem Anlageberater und der Vertriebsstelle die angemessenen, dem Anlageberater und der Vertriebsstelle ordnungsgemäß entstandenen Spesen. Diese Erstattungen werden an die Verwaltungsgesellschaft gezahlt, welche diese ihrerseits an den Anlageberater und die Vertriebsstelle zahlt.

Vergütung der Finanzverwalter

Die Verwaltungsgesellschaft zahlt alle an die Finanzverwalter zahlbaren Vergütungen außer die an die Finanzverwalter wie oben beschrieben zahlbaren Anlageerfolgsprämien aus ihrer Verwaltungsgebühr. Die Verwaltungsgesellschaft arrangiert die Erstattung der angemessenen Spesen, die den Finanzverwaltern ordnungsgemäß entstanden sind, aus dem Vermögen des betreffenden Fonds. Diese Erstattungen werden an die Verwaltungsgesellschaft gezahlt, welche sie ihrerseits an die Finanzverwalter zahlt.

Administrator und Depotbank- und Verwahrstellengebühren

Die Gesellschaft zahlt die Gebühren des Administrators und der Verwahrstelle und übernimmt alle diesen ordnungsgemäß entstandenen Nebenkosten. Der Gesamtwert der Gebühren des Administrators und der Verwahrstelle darf 0,50 % des Nettoinventarwertes eines Teilfonds nicht überschreiten. Alle an die Verwahrstelle bzw. die Unterdepotbanken zu zahlenden Transaktionsgebühren (die gemäß den üblichen Devisenkursen für die Abrechnung von Handelsgeschäften berechnet werden sollen) werden von der Gesellschaft gezahlt. Die Gesellschaft erstattet der Verwahrstelle alle angemessenen Gebühren, die diese zu handelsüblichen Sätzen an eine Unterdepotbank gezahlt hat.

Ausgabeaufschlag

Nach alleinigem Ermessen der Verwaltungsgesellschaft kann auf die Zeichnung von Anteilen an einem Teilfonds ein Ausgabeaufschlag von bis zu 5 % des entsprechenden Zeichnungsbetrages erhoben werden. Zudem können bei Anlegern, die ihre Anlage durch einen Vermittler tätigen, wie z. B. eine Bank oder einen unabhängigen Finanzberater, zusätzliche Gebühren für den Vermittler anfallen. Solche Anleger sollten sich beim Vermittler über etwaige Zusatzgebühren erkundigen.

Erhebung von Gebühren und Auslagen zulasten des Kapitals

Anteilhaber sollten in Bezug auf die Teilfonds Russell Investments Euro Credit, Russell Investments Global High Dividend Equity und Russell Investments Global Listed Infrastructure beachten, dass sämtliche Verwaltungsgebühren, Anlageerfolgsprämien, Gebühren des Administrators, der Verwahrstelle, betriebliche Aufwendungen und Kreditkosten dieser Fonds zulasten des Kapitals des betreffenden Fonds erhoben werden. Deshalb besteht ein erhöhtes Risiko, dass Anteilhaber bei der Rückgabe der Anteile unter Umständen nicht den ursprünglich angelegten Betrag in voller Höhe zurückerhalten. Diese Gebühren und Auslagen werden zulasten des Kapitals des betreffenden Fonds erhoben, um die Höhe der Erträge, die von diesem Fonds ausgeschüttet werden können, zu steigern. Es sollte beachtet werden, dass die Ausschüttung von Erträgen im Falle eines Teilfonds, der Gebühren und Auslagen zulasten des Kapitals erhebt, zur Kapitalerosion führen kann und somit das Potenzial für ein künftiges Kapitalwachstum dadurch zum Teil verloren geht, dass der Teilfonds sich um eine Steigerung der Erträge, die ausgeschüttet werden können, bemüht.

BETRIEB DER GESELLSCHAFT

Das Anteilkapital

COO/674690-000012/

Das Anteilkapital der Gesellschaft muss jederzeit ihrem Nettoinventarwert entsprechen. Das Anfangskapital der Gesellschaft betrug 39.000 EUR und repräsentiert 39.000 Zeichneranteile ohne Nennwert. Die Gesellschaft kann bis zu fünfhundert Milliarden Anteile ausgeben.

Die Erlöse aus der Ausgabe von Anteilen (außer dem anfänglichen Anteilkapital) werden in den Büchern der Gesellschaft dem jeweiligen Teilfonds zugerechnet und werden bei Käufen für den jeweiligen Teilfonds von Wertpapieren und zusätzlichen flüssigen Mitteln verwendet.

Die Direktoren sind autorisiert, mit Genehmigung der Zentralbank von Zeit zu Zeit bestehende Anteilsklassen neu zu bestimmen und Anteilsklassen zusammenzulegen, vorausgesetzt, die Anteilhaber einer solchen Klasse bzw. solcher Klassen werden zuvor von der Gesellschaft benachrichtigt und erhalten die Möglichkeit, ihre Anteile zurückzugeben. Falls die Direktoren Vermögen auf oder aus einem Teilfonds übertragen, werden die Anteilhaber im nächsten Jahres- oder Halbjahresbericht für Anteilhaber über eine solche Übertragung informiert.

Jeder Anteil berechtigt den Inhaber zu einer proportionalen Beteiligung an den Gewinnen und Dividenden des Teilfonds, der dem jeweiligen Anteil zuzurechnen ist, sowie zur Teilnahme an und (außer im Falle von nicht stimmberechtigten Anteilsklassen) Stimmabgabe bei Versammlungen der Gesellschaft und des durch diese Anteile repräsentierten Teilfonds. Keine Anteilsklasse berechtigt den Anteilhaber zu einem Vorrecht, einem Vorkaufsrecht oder einem Recht zur Beteiligung an den Gewinnen und Dividenden einer anderen Anteilsklasse oder einem Stimmrecht bei Angelegenheiten, die sich einzig und allein auf eine andere Anteilsklasse beziehen.

Jeder Beschluss über eine Änderung der mit den Anteilsklassen verbundenen Rechte bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der persönlich anwesenden oder vertretenen Anteilhaber bei Abstimmung in einer Hauptversammlung, die gemäß Satzung ordentlich einberufen wurde. Die beschlussfähige Mehrheit bei einer Hauptversammlung, die zum Beschluss einer Änderung der mit den Anteilsklassen verbundenen Rechte einberufen wurde, ist die Anzahl der Anteilhaber, deren Anlagen ein Drittel der Anteile ausmachen.

Die Satzung der Gesellschaft ermächtigt die Direktoren zur Ausgabe von Bruchteilen von Anteilen an der Gesellschaft. Die Bruchteile von Anteilen berechtigen nicht zur Stimmabgabe bei Hauptversammlungen der Gesellschaft oder eines Teilfonds, und der Nettoinventarwert eines Bruchteils von Anteilen ist der an diesen Bruchteil angeglichene Nettoinventarwert je Anteil. Bruchteilsanteile werden auf drei Dezimalstellen gerundet.

Die Zeichneranteile berechtigen ihre Inhaber zur Teilnahme an und Stimmabgabe bei allen Versammlungen der Gesellschaft.

Der Administrator ist zuständig für die Führung des Anteilhaberregisters der Gesellschaft, in dem alle Ausgaben, Rücknahmen, Umwandlungen und Übertragungen von Anteilen verzeichnet werden. Für die Anteile werden keine Anteilscheine ausgestellt, aber jeder Anteilhaber erhält eine schriftliche Bestätigung seiner Inhaberschaft der Anteile. Ein Anteil kann unter einem einzigen Namen oder unter bis zu vier gemeinsamen Namen eingetragen werden. Das Anteilhaberregister wird für alle Anteilhaber zur Einsichtnahme am eingetragenen Geschäftssitz der Gesellschaft bereit liegen.

Die Teilfonds und getrennte Haftung zwischen den Teilfonds

Die Gesellschaft ist ein Umbrella-Fonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds, und jeder Teilfonds kann sich aus einer oder mehreren Klassen von Anteilen an der Gesellschaft zusammensetzen.

Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten jedes Teilfonds werden in der folgenden Art und Weise zugewiesen:

- (a) die Erlöse aus der Ausgabe der Anteile eines Fonds sind in den Büchern der Gesellschaft für den betreffenden Teilfonds einzutragen, und die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und die zurechenbaren Erträge und Aufwendungen sind dem betreffenden Teilfonds – vorbehaltlich der Bestimmungen der Satzung – zuzuweisen;
- (b) wird ein Vermögenswert von einem anderen Vermögenswert abgeleitet, dann erfolgt die Zuordnung des abgeleiteten Vermögenswertes in den Büchern der Gesellschaft zu demselben Teilfonds, dem die Vermögenswerte zugeordnet werden, von denen der abgeleitete Vermögenswert abgeleitet wurde. Bei jeder Bewertung eines Vermögenswertes wird die Werterhöhung oder Wertminderung dem entsprechenden Teilfonds zugeordnet;

- (c) falls der Gesellschaft eine Verbindlichkeit entsteht, die sich auf einen Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds oder auf getroffene Maßnahmen im Zusammenhang mit einem Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds bezieht, ist diese Verbindlichkeit je nach Fall dem entsprechenden Teilfonds zuzuordnen;
- (d) in den Fällen, in denen ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft keinem bestimmten Teilfonds zugerechnet werden kann, muss ein solcher Vermögenswert bzw. eine solche Verbindlichkeit – vorbehaltlich der Zustimmung der Verwahrstelle – im Verhältnis zum jeweiligen Nettoinventarwert der Teilfonds auf alle Teilfonds verteilt werden;

Verbindlichkeiten, die in einem Teilfonds aufgelaufen sind oder die einem Teilfonds zuzuweisen sind, müssen ausschließlich aus dem Vermögen dieses Teilfonds beglichen werden; und es ist der Gesellschaft und den Direktoren, sowie Insolvenzverwaltern, Prüfern, Abwicklern oder sonstigen Personen untersagt, das Vermögen eines Teilfonds einzusetzen, um Verbindlichkeiten zu tilgen, die einem anderen Teilfonds entstanden sind oder die einem anderen Teilfonds zuzurechnen sind. Sie dürfen auch nicht verpflichtet werden, das Vermögen eines Teilfonds einzusetzen, um Verbindlichkeiten zu tilgen, die einem anderen Teilfonds entstanden sind oder die einem anderen Teilfonds zuzurechnen sind.

Folgende Bestimmungen sind in alle Verträge, Vereinbarungen, Arrangements und Transaktionen mitaufzunehmen, die die die Gesellschaft schließt bzw. eingeht:

- (i) die Partei oder die Parteien, mit denen die Gesellschaft Verträge eingeht, sehen davon ab, durch Prozesse oder anderweitige Maßnahmen – unabhängig vom Ort und der Art der Maßnahmen – auf das Vermögen eines Teilfonds zurückzugreifen, um Verbindlichkeiten, die der entsprechende Teilfonds nicht zu verschulden hat, ganz oder teilweise zu tilgen;
- (ii) sollte es einer solchen Partei gelingen, durch Maßnahmen jedweder Art, die an jedwedem Ort durchgeführt werden, auf das Vermögen eines Teilfonds zurückzugreifen, um eine Verbindlichkeit, die dieser Teilfonds nicht zu verantworten hat, ganz oder teilweise zu tilgen, so ist diese Partei verpflichtet, der Gesellschaft einen Betrag zu zahlen, der dem Vorteil entspricht, den diese Partei durch diesen Vorgang erreicht; und
- (iii) sollte es einer solchen Partei gelingen, im Hinblick auf eine Verbindlichkeit, die ein Teilfonds nicht zu verantworten hat, das Vermögen dieses Teilfonds zu beschlagnahmen, zu verpfänden oder eine Zwangsvollstreckung in dieses Vermögen zu betreiben, so muss diese Partei dieses Vermögen oder die direkten oder indirekten Erträge aus dem Verkauf dieses Vermögens für diesen Fonds treuhänderisch verwalten, getrennt aufbewahren und als ein solches Treuhandgut kennzeichnen.

Alle Beträge, die die Gesellschaft wiedererlangt, sind bestehenden Verbindlichkeiten anzurechnen, die gemäß den unter den in den vorstehenden Buchstaben (i) bis (iii) dargelegten Bestimmungen gleichzeitig bestehen.

Vermögenswerte oder Beträge, die die Gesellschaft wiedererlangt, sind nach Abzug oder Bezahlung von Kosten, die durch diese Wiedererlangung entstehen, zur Entschädigung des entsprechenden Teilfonds einzusetzen.

In dem Fall, dass zur Zwangsvollstreckung einer Verbindlichkeit, die ein Teilfonds nicht zu verantworten hat, auf Vermögen dieses Teilfonds zurückgegriffen wird und in dem Umfang, in dem dieses Vermögen dem Teilfonds nicht zurückgegeben werden kann oder eine entsprechende Entschädigung nicht möglich ist, bescheinigen die Direktoren mit Zustimmung der Verwahrstelle, den Wert des Vermögens, das der betroffene Teilfonds verloren hat, bzw. veranlassen eine solche Bescheinigung; gleichzeitig zahlen oder übertragen die Direktoren aus dem Vermögen des oder der Teilfonds, welcher bzw. welche die Verbindlichkeit zu verantworten haben, Beträge oder Vermögenswerte an den betroffenen Teilfonds und zwar in einer Höhe, die ausreicht, um ihm den Betrag zu ersetzen, den er verloren hat. Diese Verpflichtung wird gegenüber allen anderen Ansprüchen, die gegenüber dem oder den Teilfonds bestehen, welche die Verbindlichkeit zu verantworten hat bzw. haben, vorrangig behandelt.

Ein Teilfonds ist keine von der Gesellschaft getrennte juristische Person, die Gesellschaft kann jedoch einen bestimmten Teilfonds verklagen oder im Hinblick auf einen bestimmten Teilfonds verklagt werden; die Gesellschaft kann zwischen ihren Teilfonds die Aufrechnungsrechte anwenden, die vom Gesetz her für Unternehmen vorgesehen sind und das Vermögen eines Teilfonds untersteht Verfügungen des Gerichts genauso als wäre der Teilfonds eine von der Gesellschaft getrennte juristische Person.

Für jeden Teilfonds sind getrennte Aufzeichnungen zu führen.

Versammlungen und Stimmrecht von Anteilhabern

COO/674690-000012/

In einer Einladung zu einer Hauptversammlung müssen Ort und Zeit der Versammlung sowie die auf der Versammlung zu behandelnden Tagesordnungspunkte genannt sein. Für jeden auf der Versammlung stimmberechtigten Anteilhaber kann ein Stellvertreter teilnehmen. Zwei (2) Anteilhaber, die persönlich oder durch einen Vertreter anwesend sind, stellen eine beschlussfähige Mehrheit dar, außer bei Versammlungen bezüglich einer Anteilsklasse (bei der es sich nicht um eine nicht stimmberechtigte Anteilsklasse handelt), bei denen die beschlussfähige Mehrheit aus mindestens zwei Anteilhabern bestehen muss, die mindestens ein Drittel der Anteile der betreffenden Klasse halten. Ein gewöhnlicher Beschluss ist ein mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasster Beschluss, ein besonderer Beschluss ist ein Beschluss, der mindestens mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst wird. Beschlüsse können bei Anteilhaberversammlungen per Handzeichen gefasst werden, sofern keine geheime Wahl von Anteilhabern verlangt wird, die mindestens 10 % der Anteile gemessen an Anzahl oder Wert halten bzw. sofern der Vorsitzende der Versammlung keine geheime Wahl fordert.

Berichte

In jedem Jahr veranlassen die Direktoren, dass ein Jahresbericht und ein testierter Jahresabschluss für die Gesellschaft erstellt werden, die innerhalb von vier Monaten nach Ende des betreffenden Geschäftsjahres bei der Zentralbank eingereicht werden. Ferner wird die Gesellschaft einen Halbjahresbericht erstellen und diesen innerhalb von zwei Monaten nach Ende des betreffenden Berichtszeitraums bei der Zentralbank einreichen, der einen nicht testierten Halbjahresabschluss der Gesellschaft enthält. Alle Berichte und Abschlüsse sind den Anteilhabern so schnell wie möglich nach ihrer Einreichung bei der Zentralbank zur Verfügung zu stellen.

Der Jahresabschluss soll zum 30. Juni jedes Jahres erstellt werden und die nicht testierten Halbjahresberichte der Gesellschaft wird zum 31. Dezember jedes Jahres erstellt. Die testierten Jahresberichte, die nicht testierten Halbjahresberichte einschließlich der Abschlüsse und weiterer Berichte werden jedem Anteilhaber mit elektronischen Kommunikationsmitteln (vorbehaltlich seiner Zustimmung) oder auf dem Postwege kostenlos an seine registrierte Anschrift gesandt und liegen zur Einsichtnahme am eingetragenen Sitz der Gesellschaft bereit.

Auflösung von Teilfonds

Unter folgenden Umständen können alle Anteile einer Klasse, eines Teilfonds oder der Gesellschaft durch die Gesellschaft zurückgenommen werden:

- (i) Die Rücknahme der Anteile wird mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf einer Hauptversammlung der Gesellschaft bzw. eines Teilfonds oder einer Anteilsklasse beschlossen; oder
- (ii) wird dies von den Direktoren so beschlossen, kann die Gesellschaft alle Anteile der Gesellschaft, bzw. des Teilfonds oder der Anteilsklasse, zurückkaufen, vorausgesetzt, die Anteilhaber der Gesellschaft, bzw. des Teilfonds oder der Anteilsklasse wurden diesbezüglich im Voraus mit einer Frist von mindestens 21 Tagen schriftlich benachrichtigt.

Falls eine Rücknahme der Anteile eine Reduzierung der Anzahl der Anteilhaber auf weniger als 7 oder eine andere Mindestzahl laut Satzung zur Folge hat oder falls eine Rücknahme von Anteilen eine Reduzierung des ausgegebenen Anteilkapitals der Gesellschaft auf weniger als den Mindestbetrag, der der Gesellschaft gemäß gültiger Gesetzgebung vorgeschrieben ist, zur Folge hat, kann die Gesellschaft die Rücknahme der Mindestanzahl von Anteilen aufschieben, die für eine Erfüllung der geltenden Rechtsbestimmungen benötigt wird. Die Rücknahme solcher Anteile wird so lange aufgeschoben, bis die Gesellschaft aufgelöst wird oder bis die Gesellschaft die Ausgabe von genügend Anteilen ermöglicht, um zu gewährleisten, dass die Rücknahme erfolgen kann. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Anteile für eine aufgeschobene Rücknahme so auszuwählen, wie es fair und angemessen erscheint und von der Verwahrstelle genehmigt wird.

Wenn alle Anteile zurückgenommen werden sollen und vorgesehen ist, das gesamte oder Teile des Vermögens der Gesellschaft auf eine andere Gesellschaft zu übertragen, kann die Gesellschaft nach Zustimmung durch einen besonderen Beschluss der Anteilhaber die Vermögenswerte der Gesellschaft in Anteile oder ähnliche Anrechte an der übernehmenden Gesellschaft zur Ausschüttung an die Anteilhaber eintauschen. Die Anteilhaber können verlangen, dass die Rücknahme der Anteile in bar erfolgt.

Wenn alle Anteile an einem Teilfonds zurückgekauft werden sollen, werden die zur Ausschüttung verfügbaren Vermögenswerte (nach Befriedigung der Ansprüche der Gläubiger) unter Einhaltung der nachfolgenden Reihenfolge verwendet:

- (i) zunächst wird den Anteilhabern jeder Klasse jedes Teilfonds ein Betrag in der Klassenwährung der entsprechenden Klasse ausgezahlt, bzw. ein Betrag in einer anderen vom Abwickler festgelegten Währung; dieser Betrag muss so nahe wie möglich am Nettoinventarwert der Anteile der Klasse liegen, die die entsprechenden Anteilhaber zu dem Datum gehalten haben, an dem die Auflösung des Teilfonds begonnen hat (zu dem angemessenen Wechselkurs, den der Abwickler festgelegt hat), vorausgesetzt der entsprechende Teilfonds verfügt über genügend Vermögenswerte, um eine solche Auszahlung zu ermöglichen. Sollte in einem Teilfonds nicht genügend Vermögen zur Verfügung stehen, um im Hinblick auf eine Anteilklasse eine solche Auszahlung vorzunehmen, wird auf das Vermögen der Gesellschaft zurückgegriffen, das nicht an die Teilfonds gebunden ist;
- (ii) anschließend erhalten die Inhaber von Zeichneranteilen einen Betrag, der höchstens dem Betrag entspricht, den sie für diese Anteile gezahlt haben (zuzüglich aufgelaufener Zinsen); dieser Betrag wird aus dem Vermögen der Gesellschaft gezahlt, das nicht an die Teilfonds gebunden ist und das nach der Auszahlung gemäß Abs. (i) oben noch vorhanden ist. Falls das vorstehend genannte Vermögen nicht ausreicht, um diese Zahlung in voller Höhe zu leisten, darf nicht auf die Vermögenswerte zurückgegriffen werden, die an die Teilfonds gebunden sind.
- (iii) anschließend wird der im entsprechenden Teilfonds verbleibende Restbetrag an die Anteilhaber ausgezahlt; diese Auszahlung erfolgt im Verhältnis zu der Anzahl von Anteilen, die die Anteilhaber jeweils halten; und
- (iv) anschließend wird ein gegebenenfalls verbleibender Restbetrag, der nicht an die Fonds gebunden ist, an die Anteilhaber ausgezahlt; diese Auszahlung erfolgt im Verhältnis zum Wert des jeweiligen Fonds und innerhalb des Fonds im Verhältnis zum Wert jeder Anteilklasse und zum Nettoinventarwert je Anteil. Mit Genehmigung durch die Anteilhaber in einer Hauptversammlung kann die Gesellschaft die Ausschüttungen an die Anteilhaber *in specie* vornehmen. Die Zeichneranteile verleihen ihren Inhabern nicht das Recht, an Dividenden oder Nettovermögen eines Fonds teilzuhaben. Verlangt ein Anteilhaber dies, wird die Gesellschaft die Veräußerung der Wertpapiere im Namen des Anteilhabers veranlassen. Der Preis, zu dem die Gesellschaft die Wertpapiere veräußert, kann vom Preis, zu dem die Wertpapiere bei der Ermittlung des Nettoinventarwerts bewertet wurden, abweichen und die Gesellschaft haftet nicht für etwaige daraus entstehende Verluste. Die durch die Veräußerung solcher Wertpapiere entstehenden Transaktionskosten trägt der Anteilhaber.

Verschiedenes

- (i) Die Gesellschaft war und ist seit ihrer Gründung in keinerlei Rechtsstreit oder Schiedsgerichtsverfahren involviert, und der Gesellschaft ist nicht bekannt, dass irgendwelche Rechtsstreitigkeiten oder Schadensersatzforderungen gegen die Gesellschaft oder einen ihrer Teilfonds anhängig oder angedroht sind.
- (ii) Es wurden keine Dienstleistungsverträge zwischen der Gesellschaft und ihren Direktoren geschlossen, und es sind auch keine solchen Verträge vorgesehen.
- (iii) Jeder der Direktoren ist ein Direktor der Verwaltungsgesellschaft. Herr Beveridge, Herr McMurray, Herr Jenkins, Herr Gonella und Herr Willman sind Mitarbeiter von Rechtssubjekten der Russell Investments. Soweit hierin nicht anders erwähnt, hat keiner der Direktoren zum Datum dieses Prospekts ein Interesse an einem Vertrag oder einer Vereinbarung, der bzw. die bezüglich der Geschäfte der Gesellschaft von Bedeutung wäre.
- (iv) Zum Datum dieses Prospekts haben weder die Direktoren noch verbundene Personen Rechte am Anteilkapital der Gesellschaft oder Optionsrechte bezüglich dieses Kapitals.
- (v) Kein Anteil- oder Fremdkapital der Gesellschaft unterliegt Optionsrechten oder Vereinbarungen, es bedingt oder unbedingt unter eine Option zu stellen.
- (vi) Die Gesellschaft hat außer der in diesem Prospekt angegebenen keine anderen Provisionen, Nachlässe, Maklergebühren oder andere Sonderbedingungen bezüglich der von der Gesellschaft ausgegebenen Anteile vereinbart.
- (vii) Die Gesellschaft wurde am 12. Juni 2008 als Russell OpenWorld p.l.c. gegründet. Der Name der Gesellschaft wurde am 29. Juli 2008 in OpenWorld p.l.c. geändert.

Bereitstellung und Einsichtnahme in Unterlagen

Kopien der folgenden Dokumente sind zur üblichen Geschäftszeit an jedem Wochentag (außer samstags und an öffentlichen Feiertagen) am eingetragenen Sitz des Fonds in Irland sowie bei den Geschäftsstellen der Verwaltungsgesellschaft in Irland erhältlich:

- (i) die Satzung;

(ii) nach ihrer Veröffentlichung, die aktuellsten Jahres- und Halbjahresberichte des Fonds.

Eine aktuelle Version der wesentlichen Anlegerinformationen (KIID) wird in elektronischem Format auf einer vom Fonds für diesen Zweck bestimmten Website zugänglich gemacht. Davon ausgehend, dass der Fonds einen oder mehrere Teilfonds in anderen EU-Mitgliedstaaten zum öffentlichen Angebot registriert hat, stellt er auf dieser Website folgende zusätzliche Unterlagen zur Verfügung:

- diesen Prospekt;
- nach ihrer Veröffentlichung, die aktuellsten Jahres- und Halbjahresberichte des Fonds;
- die Satzung.

In dem Maße, indem dies in diesem Prospekt nicht erfasst ist oder falls sich solche Details geändert haben und nicht in einer geänderten Version des Prospekts erfasst sind, werden den Anteilhabern auf Anfrage und kostenlos aktuelle Informationen bereitgestellt zu:

- (a) der Identität der Verwahrstelle und eine Beschreibung ihrer Pflichten und Interessenskonflikte, die aufkommen können; und
- (b) eine Beschreibung der Verwahrfunktionen, die von der Verwahrstelle delegiert wurden, eine Liste der Beauftragten und Unterbeauftragten und Interessenskonflikte, die aus diesem Delegieren herrühren können.

Beschwerden von Seiten der Anteilhaber

Informationen in Bezug auf die Beschwerdeverfahren der Verwaltungsgesellschaft können Anteilhaber kostenlos auf Anfrage erhalten. Anteilhaber können Beschwerden über die Gesellschaft oder die Verwaltungsgesellschaft kostenlos am eingetragenen Sitz der Gesellschaft oder durch Kontaktaufnahme mit der Verwaltungsgesellschaft einreichen.

Vergütungspolitik

Die Verwaltungsgesellschaft hat eine Vergütungspolitik in Übereinstimmung mit OGAW-V etabliert. Diese Vergütungspolitik legt Vergütungsregeln in Bezug auf Personal und Führungskräfte der Verwaltungsgesellschaft fest, deren Tätigkeiten wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil der Teilfonds haben. Der Verwaltungsrat sorgt dafür, dass die Grundsätze und Verfahren in Zusammenhang mit der Vergütung einem soliden und effektiven Risikomanagement gerecht werden, nicht dazu führen, dass Risiken eingegangen werden, die mit dem Risikoprofil der Teilfonds und der Gründungsurkunde nicht übereinstimmen, und dass diese den Anforderungen von OGAW V entsprechen. Der Verwaltungsrat sorgt dafür, dass die Vergütungspolitik jederzeit der Geschäftsstrategie, den Geschäftszielen und den Werten und Interessen des Fonds, der Teilfonds und der Anteilhaber entspricht und Maßnahmen beinhaltet, die gewährleisten, dass alle relevanten Interessenskonflikte jederzeit auf angemessene Weise gehandhabt werden. Weitere Einzelheiten zur aktuellen Vergütungspolitik, einschließlich einer Beschreibung, wie die Vergütung und Leistungen berechnet werden, sowie Angaben zu den für die Gewährung der Vergütung und Leistungen zuständigen Personen, stehen auf der folgenden Webseite zur Verfügung: www.russellinvestments.com/uk/legal/remuneration-policy. Ein Exemplar der Vergütungspolitik in Papierformat ist auf Anfrage kostenlos beim Fonds erhältlich.

ANHANG 1: EIGENSCHAFTEN DER ANTEILSKLASSEN

Die Teilfonds können Anteile der Klassen A, B, C, D, I und P ausgeben. Vollständige Details zu den Eigenschaften der einzelnen Anteilsklassen (wie z. B. die Währung der Anteilsklasse) sind in Anhang 1 aufgeführt. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich das Recht vor, Zeichnungsanträge für Anteile ganz oder teilweise abzulehnen. Jede Anteilsklasse kann nach alleinigem Ermessen der Verwaltungsgesellschaft vorübergehend oder dauerhaft geschlossen werden.

Der Erstausgabezeitraum für alle „neuen“ Anteilsklassen, die nachfolgend aufgeführt sind, läuft derzeit und endet am 8. Dezember 2017.

Der Erstausgabezeitraum für alle Anteilsklassen des Teilfonds Russell Investments Multi-Factor Global Equity Fund läuft noch bis um 12.00 Uhr (irischer Zeit) am 8. Dezember 2017 (oder für einen kürzeren oder längeren Zeitraum, den die Verwaltungsgesellschaft festlegen kann und der Zentralbank mitteilt).

Der Erstausgabezeitraum für alle Anteilsklassen des Teilfonds Russell Investments Global Low Carbon Equity Fund beginnt am 8. Juni 2017 und läuft bis um 12.00 (irischer Zeit) am 8. Dezember 2017 (oder für einen kürzeren oder längeren Zeitraum, den die Verwaltungsgesellschaft festlegen kann und der Zentralbank mitteilt).

Russell Investments Multi-Strategy Alternative UCITS Fund

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungsgesicherte Klasse	Durations-gesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
A EURO	EURO	Nein	Nein	0,50	1.000	Neu	Ja
B EURO	EURO	Nein	Nein	2,00	-	Bestehendg	Ja
C EURO	EURO	Nein	Nein	2,70	-	Bestehend	Ja
D EURO	EURO	Nein	Nein	1,25	-	Bestehend	Ja
I EURO	EURO	Nein	Nein	1,00	-	Bestehend	Ja
I Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	1,05	-	Bestehend	Ja
B Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	2,05	1.000	Neu	Ja

Russell Investments Euro Credit

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungsgesicherte Klasse	Durations-gesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
A US\$	USD	Nein	Nein	1,20	1.000	Neu	Ja
B US\$	USD	Nein	Nein	1,40	1.000	Neu	Ja
I US\$	USD	Nein	Nein	0,60	1.000	Neu	Ja
P US\$	USD	Nein	Nein	0,45	1.000	Neu	Ja
A JP¥ H	JP¥	Ja	Nein	1,25	100.000	Neu	Ja

I JP¥ H	JP¥	Ja	Nein	0,65	100,000	Neu	Ja
P JP¥ H	JP¥	Ja	Nein	0,50	100.000	Neu	Ja
A EURO	EURO	Nein	Nein	1,20	1.000	Neu	Ja
B EURO	EURO	Nein	Nein	1,40	-	Bestehend	Ja
B EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	1,40	-	Bestehend	Ja
C EURO	EURO	Nein	Nein	1,80	-	Bestehend	Ja
C EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	1,80	1.000	Neu	Ja
I EURO	EURO	Nein	Nein	0,60	-	Bestehend	Ja
I EURO DURH	EURO	Nein	Ja	0,65	1.000	Neu	Ja
I EURO DURH Income	EURO	Nein	Ja	0,65	1.000	Neu	Ja
P EURO	EURO	Nein	Nein	0,45	1.000	Neu	Ja
P EURO - NV	EURO	Nein	Nein	0,45	-	Bestehend	Nein
A Stg£	Stg£	Nein	Nein	1,20	1.000	Neu	Ja
I Stg£	Stg£	Nein	Nein	0,60	1.000	Neu	Ja
I Stg£ H DURH	Stg£	Ja	Ja	0,65	1.000	Neu	Ja
I Stg£ H DURH Income	Stg£	Ja	Ja	0,65	1.000	Neu	Ja
A Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	1,25	1.000	Neu	Ja
I Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	0,65	1.000	Neu	Ja
P Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	0,50	-	Neu	Ja
P Stg£ H - NV	Stg£	Ja	Nein	0,50	-	Bestehend	Nein

Russell Investments Global Focus Growth Equity

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungs-gesicherte Klasse	Durations-gesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
A US\$	USD	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
B US\$	USD	Nein	Nein	1,90	1.000	Neu	Ja
I US\$	USD	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
P US\$	USD	Nein	Nein	0,55	1.000	Neu	Ja
A JP¥	JP¥	Nein	Nein	1,50	100.000	Neu	Ja
I JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,70	100.000	Neu	Neu
P JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,55	100.000	Neu	Ja
A EURO	EURO	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
B EURO	EURO	Nein	Nein	1,90	1.000	Neu	Ja
I EURO	EURO	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
P EURO	EURO	Nein	Nein	0,55	1.000	Neu	Ja
A EURO H	EURO	Ja	Nein	1,55	1.000	Neu	Ja
B EURO H	EURO	Ja	Nein	1,95	1.000	Neu	Ja
I EURO H	EURO	Ja	Nein	0,75	1.000	Neu	Ja
P EURO H	EURO	Ja	Nein	0,60	1.000	Neu	Ja

Russell Investments Global Focus Value Equity

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungs-gesicherte Klasse	Durations-gesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
A US\$	USD	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
B US\$	USD	Nein	Nein	1,90	1.000	Neu	Ja
I US\$	USD	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja

P US\$	USD	Nein	Nein	0,55	1.000	Neu	Ja
A JP¥	JP¥	Nein	Nein	1,50	100.000	Neu	Ja
I JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,70	100.000	Neu	Ja
P JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,55	100.000	Neu	Ja
A EURO	EURO	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
B EURO	EURO	Nein	Nein	1,90	1.000	Neu	Ja
I EURO	EURO	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
P EURO	EURO	Nein	Nein	0,55	1.000	Neu	Ja
A EURO H	EURO	Nein	Nein	1,55	1.000	Neu	Ja
B EURO H	EURO	Nein	Nein	1,95	1.000	Neu	Ja
I EURO H	EURO	Nein	Nein	0,75	1.000	Neu	Ja
P EURO H	EURO	Nein	Nein	0,60	1.000	Neu	Ja

Russell Investments Global High Dividend Equity

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungs-gesicherte Klasse	Durations-gesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
A US\$	USD	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
A US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
B US\$	USD	Nein	Nein	1,90	1.000	Neu	Ja
B US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	1,90	-	Bestehend	Ja
I US\$	USD	Nein	Nein	0,70	-	Bestehend	Ja
I US\$ - NV	USD	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Nein
I US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
P US\$	USD	Nein	Nein	0,55	1.000	Neu	Ja
P US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	0,55	-	Bestehend	Ja
A JP¥	JP¥	Nein	Nein	1,50	100.000	Neu	Ja
A JP¥ INCOME	JP¥	Nein	Nein	1,50	100.000	Neu	Ja
I JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,70	100.000	Neu	Ja
I JP¥ INCOME	JP¥	Nein	Nein	0,70	100.000	Neu	Ja
P JP¥ INCOME	JP¥	Nein	Nein	0,55	100.000	Neu	Ja
A EURO	EURO	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
A EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
B EURO	EURO	Nein	Nein	1,90	1.000	Neu	Ja

B EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	1,90	-	Bestehend	Ja
C EURO	EURO	Nein	Nein	2,60	-	Bestehend	Ja
C EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	2,60	1.000	Neu	Ja
I EURO	EURO	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
I EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	0,70	1.000	Bestehend	Ja
P EURO	EURO	Nein	Nein	0,55	1.000	Neu	Ja
P EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	0,55	1.000	Neu	Ja
A EURO H	EURO	Ja	Nein	1,55	1.000	Neu	Ja
A EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	1,55	1.000	Neu	Ja
B EURO H	EURO	Ja	Nein	1,95	1.000	Neu	Ja
B EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	1,95	1.000	Neu	Ja
C EURO H	EURO	Ja	Nein	2,65	1.000	Neu	Ja
C EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	2,65	1.000	Neu	Ja
I EURO H	EURO	Ja	Nein	0,75	1.000	Neu	Ja
I EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	0,75	1.000	Neu	Ja
P EURO H	EURO	Ja	Nein	0,60	1.000	Neu	Ja
P EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	0,60	1.000	Neu	Ja
A Stg£	Stg£	Nein	Nein	1,50	1.000	Neu	Ja
B Stg£ INCOME	Stg£	Nein	Nein	1,90	-	Bestehend	Ja
I Stg£	Stg£	Nein	Nein	0,70	-	Bestehend	Ja
I Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	0,75	-	Bestehend	Ja
I Stg£ Income	Stg£	Nein	Nein	0,70	-	Bestehend	Ja

Russell Investments Global Listed Infrastructure

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungs-gesicherte Klasse	Durations-gesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
---------------	----------------	----------------------------	-----------------------------	---	------------------	----------------------------	--------------------------

A US\$	USD	Nein	Nein	1,60	-	Bestehend	Ja
A US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	1,60	1.000	Neu	Ja
B US\$	USD	Nein	Nein	2,00	-	Bestehend	Ja
B US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	2,00	1.000	Neu	Ja
I US\$	USD	Nein	Nein	0,80	-	Bestehend	Ja
I US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	0,80	-	Bestehend	Ja
P US\$	USD	Nein	Nein	0,70	-	Bestehend	Ja
P US\$ INCOME	USD	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
A JP¥	JP¥	Nein	Nein	1,60	100.000	Neu	Ja
A JP¥ INCOME	JP¥	Nein	Nein	1,60	100.000	Neu	Ja
I JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,80	100.000	Neu	Ja
I JP¥ INCOME	JP¥	Nein	Nein	0,80	100.000	Neu	Ja
P JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,70	100.000	Neu	Ja
P JP¥ INCOME	JP¥	Nein	Nein	0,70	100.000	Neu	Ja
A EURO	EURO	Nein	Nein	1,60	1.000	Neu	Ja
A EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	1,60	1.000	Neu	Ja
B EURO	EURO	Nein	Nein	2,00	1.000	Neu	Ja
B EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	2,00	-	Bestehend	Ja
C EURO	EURO	Nein	Nein	2,90	-	Bestehend	Ja
I EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	0,80	-	Bestehend	Ja
P EURO	EURO	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
P EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	0,70	1.000	Neu	Ja
A EURO H	EURO	Ja	Nein	1,65	1.000	Neu	Ja
A EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	1,65	1.000	Neu	Ja
B EURO H	EURO	Ja	Nein	2,05	1.000	Neu	Ja
B EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	2,05	1.000	Neu	Ja
I EURO H	EURO	Ja	Nein	0,85	1.000	Neu	Ja

I EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	0,85	1.000	Neu	Ja
P EURO H	EURO	Ja	Nein	0,75	1.000	Neu	Ja
P EURO H INCOME	EURO	Ja	Nein	0,75	1.000	Neu	Ja
I Stg£	Stg£	Nein	Nein	0,80	-	Bestehend	Ja
I Stg£ INCOME	Stg£	Nein	Nein	0,80	-	Bestehend	Ja
B Stg £ Income	Stg£	Nein	Nein	2,00	-	Bestehend	Ja
B Stg £ H Income	Stg£	Ja	Nein	2,05	1.000	Neu	Ja
Klsse N	Stg£	Nein	Nein	1,60	1.000	Neu	Ja

Russell Investments US Credit

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungs-gesicherte Klasse	Durations-gesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
A US\$	USD	Nein	Nein	1,20	1.000	Neu	Ja
B US\$	USD	Nein	Nein	1,40	-	Bestehend	Ja
I US\$	USD	Nein	Nein	0,60	-	Bestehend	Ja
P US\$	USD	Nein	Nein	0,45	1.000	Neu	Ja
A JP¥ H	JP¥	Ja	Nein	1,25	100.000	Neu	Ja
I JP¥ H	JP¥	Ja	Nein	0,65	100.000	Neu	Ja
P JP¥ H	JP¥	Ja	Nein	0,50	100.000	Neu	Ja
A EURO H	EURO	Ja	Nein	1,25	1.000	Neu	Ja
B EURO INCOME	EURO	Nein	Nein	1,40	1.000	Neu	Ja
B EURO H	EURO	Ja	Nein	1,45	1.000	Neu	Ja
I EURO H	EURO	Ja	Nein	0,65	1.000	Neu	Ja
P EURO H	EURO	Ja	Nein	0,50	1.000	Neu	Ja
P EURO H - NV	EURO	Ja	Nein	0,50	-	Bestehend	Nein

A Stg£	Stg£	Nein	Nein	1,20	1.000	Neu	Ja
A Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	1,25	1.000	Neu	Ja
I Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	0,65	1.000	Neu	Ja
I Stg£ H DURH	Stg£	Ja	Ja	0,65	1.000	Neu	Ja
I Stg£ H DURH Income	Stg£	Ja	Ja	0,65	1.000	Neu	Ja
P Stg£ H	Stg£	Ja	Nein	0,50	1.000	Neu	Ja
P Stg£ H - NV	Stg£	Ja	Nein	0,50	-	Bestehend	Nein

Russell Investments Multi-Factor Global Equity Fund

Anteilsklasse	Klassenwährung	Währungsgesicherte Klasse	Durationsgesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Status Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse
A EURO	EURO	Nein	Nein	0,20	1.000	Neu	Ja
A US\$	USD	Nein	Nein	0,20	1.000	Neu	Ja
A JP¥	JP¥	Nein	Nein	0,20	100.000	Neu	Ja
A Stg£	Stg£	Nein	Nein	0,20	1.000	Neu	Ja
B US\$	USD	Nein	Nein	0,45	1.000	Neu	Ja
B EURO	EURO	Nein	Nein	0,45	1.000	Neu	Ja
B Stg£	Stg£	Nein	Nein	0,45	1.000	Neu	Ja

Russell Investments Global Low Carbon Equity Fund

Anteilsklasse	Anteilsklasse Währung	Währungsgesicherte Anteilskl	Durationsgesicherte Klasse	Verwaltungsgebühr in Prozent des Nettoinventarwertes je Anteilsklasse	Erstausgabepreis	Erstausgabezeitraum	Stimm-berechtigte Klasse

		asse					
A EURO	EURO	Nein	Nein	0,30	1000	Neu	Ja
A Stg£	Stg£	Nein	Nein	0,30	1000	Neu	Ja
A US\$	US\$	Nein	Nein	0,30	1000	Neu	Ja
A EURO H	EURO	Ja	Ja	0,35	1000	Neu	Ja
A Stg£ H	Stg£	Ja	Ja	0,35	1000	Neu	Ja

ANHANG 2: DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

1. Sofern im Abschnitt „Die Teilfonds“ nicht ausdrücklich Gegenteiliges festgelegt ist:

- (a) kann ein Teilfonds für Zwecke des effizienten Portfoliomanagements im Rahmen der in Anhang 6 festgelegten Beschränkungen derivative Finanzinstrumente (FDIs) einsetzen; und
- (b) kann ein Teilfonds für Anlagezwecke im Rahmen der in Anhang 6 festgelegten Beschränkungen FDIs einsetzen.

„Effizientes Portfoliomanagement“ bedeutet Anlageentscheidungen bezüglich Transaktionen, die mit einem oder mehreren der folgenden spezifischen Ziele getätigt werden: die Reduzierung von Risiken; die Reduzierung von Kosten; oder die Generierung von Kapital oder Erträgen für einen Teilfonds mit einem geeigneten Maß an Risiko und unter Berücksichtigung des Risikoprofils des Teilfonds, wie im Prospekt und den allgemeinen Bestimmungen der OGAW-Richtlinie beschrieben.

2. In den folgenden Absätzen werden die wichtigsten Möglichkeiten beschrieben, wie ein Teilfonds FDIs einsetzen kann, wenn deren Einsatz gemäß Abs. 1(a) und/oder 1(b) weiter oben zulässig ist:

- Futures-Kontrakte können zur Absicherung gegen Markt- oder Zinsrisiken oder zum Zwecke des Engagements in einem zugrunde liegenden Markt eingesetzt werden.
- Terminkontrakte können zu Zwecken der Risikoabsicherung oder zum Erreichen einer Wertsteigerung in Bezug auf Vermögenswerte, Währungen oder Einlagen eingegangen werden.
- Optionen können anstelle eines effektiven Wertpapiers eingesetzt werden, um eine Absicherung oder ein Engagement in Bezug auf einen bestimmten Markt, Index oder ein bestimmtes Wertpapier zu erreichen.
- Optionsscheine können anstelle eines effektiven Wertpapiers eingesetzt werden, um eine Absicherung oder ein Engagement in Bezug auf einen bestimmten Markt, Index oder ein bestimmtes Wertpapier zu erreichen.
- Swaps (einschließlich Swaptions) können für Anlagezwecke eingesetzt werden, um Gewinne zu erzielen und um eingegangene Long-Positionen abzusichern.
- Devisenterminkontrakte können eingesetzt werden, um das Währungsrisiko gehaltener Wertpapiere zu ändern, sich gegen Wechselkursrisiken abzusichern, den Investitionsgrad in einer Währung zu erhöhen und das Risiko von Wechselkursschwankungen von einer zur anderen Währung zu verschieben.
- Caps und Floors können zur Absicherung gegen Zinsschwankungen, welche außerhalb der Mindest- oder Höchstgrenzen liegen, eingesetzt werden.
- Contracts for Differences (CFD, Differenzkontrakte) können zum Erzielen eines Engagements in Bezug auf Märkte, Indizes oder Wertpapiere eingesetzt werden.
- Kreditderivate können eingesetzt werden, um das mit einem Referenzvermögenswert oder einem Index von Referenzvermögenswerten verbundene Kreditrisiko zu isolieren und zu übertragen.

Anderweitige Einsätze von FDIs sind gestattet, wenn sie mit den Anlagezielen und -strategien des jeweiligen Teilfonds im Einklang stehen.

3. Im Folgenden werden die wichtigsten Arten von FDIs beschrieben, die ein Teilfonds einsetzen kann, wenn deren Einsatz gemäß Abs. 1(a) und/oder 1(b) weiter oben zulässig ist:

Futures: Terminkontrakte (Futures) sind Kontrakte über den Kauf oder Verkauf einer

Standardmenge eines bestimmten Vermögenswertes (bzw. in manchen Fällen über den Erhalt oder die Zahlung von Bargeld auf Basis der Performance eines Basisobjektes, eines Instruments oder eines Index) an einem festgesetzten Termin und zu einem festgesetzten Preis, die durch eine Transaktion an einer Börse geschlossen werden. Terminkontrakte geben Anlegern die Möglichkeit, sich gegen Marktrisiken abzusichern oder sich auf dem Basismarkt zu engagieren. Da diese Kontrakte täglich zum letzten Börsenkurs bewertet werden, können Anleger sich vor dem Liefertag des Kontraktes von ihrer Verpflichtung zum Kauf bzw. Verkauf der Basisobjekte durch Glattstellung ihrer Position befreien. Terminkontrakte können auch eingesetzt werden, um Barsalden auszugleichen, sowohl in Hinblick auf anlagebereite Zahlungsströme als auch in Hinblick auf feste Zielwerte. Häufig sind die Transaktionskosten, die durch den Einsatz von Futures für eine bestimmte Strategie entstehen, niedriger als bei einer direkten Anlage in dem zugrunde liegenden oder damit verbundenen Wertpapier oder Index.

Forwards: Ein Terminkontrakt (Forward) setzt den Kurs fest, zu dem ein Index oder Vermögenswert an einem zukünftigen Termin gekauft oder verkauft werden kann. Bei Devisenterminkontrakten sind die Kontraktinhaber verpflichtet, die Währung zu einem festgesetzten Kurs und in einer festgesetzten Menge zu einem festgesetzten Termin zu kaufen oder zu verkaufen, während bei Zinsterminkontrakten ein Zinssatz festgesetzt wird, der auf eine Verbindlichkeit ab einem bestimmten Termin in der Zukunft zu zahlen oder zu vereinnahmen ist. Terminkontrakte können zwischen den Parteien in bar ausgeglichen werden. Diese Kontrakte sind nicht übertragbar. Devisenterminkontrakte können durch die Teilfonds unter anderem eingesetzt werden, um Fremdwährungspositionen im Portfolio zu verändern, sich gegen Wechselkursrisiken abzusichern, das Engagement in einer bestimmten Währung zu erhöhen und das Risiko von Wechselkursschwankungen von einer Währung auf eine andere zu verlagern.

Optionen: Es gibt zwei Formen von Optionen: Kauf- und Verkaufsoptionen. Verkaufsoptionen sind Kontrakte, die gegen eine Prämie verkauft werden und eine Partei (den Käufer) berechtigen, jedoch nicht verpflichten, der anderen Partei (dem Verkäufer) des Kontrakts eine bestimmte Menge eines bestimmten Produktes oder Finanzinstrumentes zu einem festgelegten Preis zu verkaufen. Kaufoptionen sind ähnliche Kontrakte, die gegen eine Prämie verkauft werden und den Käufer berechtigen, jedoch nicht verpflichten, vom Verkäufer der Option zu kaufen. Optionen können auch in bar beglichen werden. Ein Teilfonds kann sowohl Käufer als auch Verkäufer von Kauf- und Verkaufsoptionen sein.

Optionsscheine: Optionsscheine sind Finanzinstrumente, die typischerweise von Banken und anderen Finanzinstituten ausgegeben werden. Sie bieten Anlegern eine Alternative für Engagements in verschiedenen Basiswerten, wie z. B. in Anteilpapieren. Es gibt verschiedene Arten von Optionsscheinen, die für Anlage- und/oder Handelszwecke geeignet sein können.

Swaps: Ein Standard-Swap ist eine Übereinkunft zwischen zwei Kontrahenten, die Zahlungsströme aus zwei Vermögenswerten für einen im Voraus definierten Zeitraum auszutauschen. Die Konditionen werden hierbei so festgelegt, dass der Barwert des Swaps zum Startzeitpunkt gleich Null ist. Die Fonds können Swaps eingehen, insbesondere Aktienswaps, Swaptions, Zinsswaps oder Währungsswaps und andere derivative Instrumente, sowohl als unabhängige Form der Gewinnerzielung als auch zur Absicherung vorhandener Long-Positionen. Swaps können über lange Zeiträume laufen und sehen normalerweise regelmäßige Zahlungen vor. Swaptions sind Kontrakte, bei denen eine Partei gegen Erhalt einer Prämie zusichert, in einen Swap mit festgelegtem Zinssatz einzutreten, wenn ein bestimmtes Ereignis eintritt (wobei normalerweise die zukünftigen Zinssätze mit Bezug auf eine feste Benchmark festgesetzt werden). Zinsswaps beinhalten den Austausch der jeweiligen Zinsverpflichtungen zwischen einem Fonds und einer anderen Partei (z. B. Austausch von festen und variablen Zinsverpflichtungen). An jedem unter einem Zinsswap festgelegten Zahlungstermin werden die von der jeweiligen Partei geschuldeten Nettozahlungen, und nur der Nettobetrag, von einer Partei an die andere gezahlt. Währungsswaps sind Vereinbarungen zwischen zwei Parteien über den Austausch zukünftiger Zahlungen in einer Währung gegen Zahlungen in einer anderen Währung. Diese Vereinbarungen werden eingesetzt, um die Währung zu ändern, auf welche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten lauten. Anders als Zinsswaps müssen

Währungsswaps einen Austausch des Kapitalbetrags bei Fälligkeit beinhalten.

Devisenkassageschäfte: Die Teilfonds können Devisenkassageschäfte tätigen, bei denen eine Währung mit einer anderen gekauft wird. Hierbei wird ein festgelegter Betrag der ersten Währung gezahlt, um einen festgelegten Betrag der zweiten Währung zu erhalten. Sofortige Regulierung (Spot Settlement) bedeutet, dass die Lieferung der Währungsbeträge in den beiden betreffenden Zentren normalerweise innerhalb von 2 Geschäftstagen nach Geschäftsabschluss stattfindet.

Caps und Floors: Die Teilfonds können Optionsvereinbarungen in Form von Caps und Floors eingehen. Dies sind Vereinbarungen, bei denen sich der Verkäufer verpflichtet, den Käufer zu entschädigen, wenn die Zinsen an vorab vereinbarten Terminen während der Laufzeit der Optionsvereinbarung eine vorab festgesetzte Zinsobergrenze (Strike Rate) überschreiten. Der Käufer zahlt hierfür bei Abschluss eine Prämie. Bei einem Floor entschädigt der Verkäufer den Käufer, wenn die Zinsen an vorab vereinbarten Terminen während der Laufzeit des Vertrages unter eine vorab festgesetzte Zinsuntergrenze fallen. Ebenso wie beim Cap zahlt der Käufer zahlt hierfür bei Abschluss eine Prämie.

Contracts for Differences (CFD): Die Teilfonds können auch Contracts for Differences (CFDs, Differenzkontrakte) eingehen, die ein direktes Engagement in einem Markt, einem Sektor oder einem einzelnen Wertpapier ermöglichen. Anders als bei einem Forward-Kontrakt gibt es hier keine Endfälligkeit, sondern die Position wird nach Ermessen des jeweiligen Kontrahenten glattgestellt. CFDs werden eingesetzt, um an Aktienkursbewegungen teilzuhaben, ohne die entsprechenden Aktien zu kaufen. Bei einem CFD auf Aktien eines Unternehmens wird der Eröffnungskurs des Kontraktes spezifiziert. Es wird vertraglich vereinbart, bei Glattstellung des Kontraktes die Differenz zwischen dem Eröffnungskurs und dem Schlusskurs des Kontraktes in bar auszuzahlen.

Kreditderivate: Die Teilfonds können Kreditderivate wie z. B. Credit Default Swaps einsetzen, um das mit einem bestimmten Basiswert verbundene Kreditrisiko zu isolieren und auf eine Drittpartei zu übertragen. Credit Default Swaps bieten Schutz vor einem Kreditausfall auf Seiten des Emittenten. Es ist nicht gewährleistet, dass der Einsatz von Credit Default Swaps durch die Teilfonds effektiv ist oder zu den gewünschten Ergebnissen führt. Ein Fonds kann in einer Credit-Default-Swap-Transaktion Käufer oder Verkäufer sein. Credit Default Swaps sind Transaktionen, bei denen die Verpflichtungen der Parteien davon abhängen, ob in Bezug auf den Basiswert ein Kreditereignis eingetreten ist. Diese Kreditereignisse sind im Kontrakt spezifiziert und sollen den Eintritt einer wesentlichen Verschlechterung der Bonität des Basiswertes identifizieren. Bei Abrechnung können die Credit-Default-Produkte in bar oder durch physische Erfüllung einer Verpflichtung der betreffenden Partei nach einem Ausfall ausgeglichen werden. Bei einem Credit Default Swap ist der Käufer verpflichtet, an den Verkäufer über die Dauer des Kontraktes eine periodische Gebühr zu zahlen, sofern in Bezug auf den Basiswert kein Kreditausfallereignis eingetreten ist. Tritt ein Kreditereignis ein, muss der Verkäufer dem Käufer den vollen Nominalwert des Basiswertes auszahlen. Dieser kann einen geringen oder gar keinen Wert haben. Ist der Fonds Käufer und tritt kein Kreditereignis ein, sind die Verluste des Fonds durch die regelmäßigen Zahlungen über die Laufzeit des Kontraktes begrenzt. Als Verkäufer erhält der Fonds über die Laufzeit des Kontraktes eine periodische Prämie, vorausgesetzt, es tritt kein Kreditereignis ein. Tritt ein Kreditereignis ein, muss der Verkäufer dem Käufer den vollen Nominalwert des Basiswertes auszahlen.

Der Einsatz von anderer Arten von FDIs ist gestattet, wenn dieser Einsatz mit den Anlagezielen und -strategien des jeweiligen Teilfonds im Einklang steht.

ANHANG 3: DIREKTORIUM UND DIREKTOREN DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT

Die Direktoren

Die Haupttätigkeiten der Direktoren sind nachfolgend aufgeführt:

James Finn

Herr Finn, amerikanischer und britischer Staatsangehöriger, war seit 1988 bis zu seiner Pensionierung im Juni 2014 Mitarbeiter von Russell Investments. Er war acht Jahre in der Anlageberatung und den Geschäftsbereichen Investmentfonds und ERISA in den USA tätig, bevor er 1996 nach London ging. Während der 18 Jahre seiner Tätigkeit bei Russell Investments in London leitete er mehrere Abteilungen, darunter die Bereiche Qualitätssicherung, Produktentwicklung und Marketing. Er fungierte ferner als eine Hauptkontaktperson in Bezug auf staatliche, Aufsichts- und Industriegruppen in der EMEA-Region und war für die oberste Führungsspitze in anderen Regionen, in denen die Russell Group tätig ist, in Bezug auf betriebliche, produktbezogene und rechtliche Angelegenheiten beratend tätig. Derzeit ist Herr Finn als nicht-geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied bei mehreren von der Zentralbank und auf den Cayman-Islands zugelassenen Fondsverwaltungs-, Verwaltungs- und Vertriebsgesellschaften tätig. Herr Finn hat einen Abschluss in Rechtswissenschaften von der Southern Methodist University in Dallas, Texas, und ist Mitglied der Washington State Bar Association, der American Bar Association und der International Bar Association sowie des Institute of Directors im Vereinigten Königreich.

James Beveridge

Herr Beveridge, Brite, ist seit 1993 Finanzdirektor des Beraters und der Vertriebsstelle. Er ist im Wesentlichen für die Finanzbudgetierung, und das Berichtswesen zuständig. Von 1990 bis 1993 war er aufeinander folgend als Assistant Group Financial und Management Accountant tätig. Ebenso arbeitete er als Accountant im Bereich Wertpapiere sowie in der Projekt- und Entwicklungsgruppe von Prudential Portfolio Managers. Er wurde von 1986 bis 1990 bei Pannell Kerr Forster (nunmehr „PKF“) zum Chartered Accountant ausgebildet. Er ist bei mehreren von der Zentralbank zugelassenen Investmentfonds sowie bei mehreren Konzernunternehmen von Russell Investments als Direktor tätig.

John McMurray

Herr McMurray, Amerikaner, ist der Global Chief Risk Officer und Chief Auditor bei Russell Investments. Er leitet Russells globale Risikomanagementfunktion, die strategische Weisungen und Bewertungen im Zusammenhang mit und von Russells Risikopositionen liefert, einschließlich Anlage-, Kredit- und betriebliche Risiken. Ferner leitet er die interne Prüffunktion bei Russell Investments. Außerdem hat er einen Sitz als Direktor im Direktorium des Fonds und spricht regelmäßig mit dem Direktorium und dem EMEA-Management über risikobezogene Themen. Herr McMurray kam 2010 zu Russell und verfügt über mehr als 25 Jahre Erfahrung im Risiko- und Investmentmanagement bei großen privatwirtschaftlichen und staatlich geförderten Institutionen. Seine Erfahrung erstreckt sich über mehrere Anlageklassen und zahlreiche Marktzyklen. Seine Risikomanagementenerfahrung umfasst Verbraucher-, Gewerbe- und Kontrahenten-, Markt- und Kreditrisiken im Zusammenhang mit Wertpapieren, Optionen, Whole Loans, Derivaten, Bürgschaften und Versicherungen. Bevor er zu Russell kam, war Herr McMurray für die Federal Home Loan Bank of Seattle tätig, wo er den Risikomanagementbereich des Instituts als Chief Risk Officer leitete. Davor war er bei JP Morgan Chase angestellt. Er ist Direktor mehrerer von der Zentralbank zugelassener Investmentfonds (CIS).

Er ist für mehrere von der Zentralbank zugelassene Investmentfonds (CIS) sowie für mehrere Investmentfonds (CIS) auf den Cayman Islands als Direktor tätig.

William Roberts

Herr Roberts, Brite (und irischer Gebietsansässiger) qualifizierte sich 1983 als Solicitor in Schottland, 1985 als Solicitor des Supreme Court in Hongkong, 1988 als Barrister und Attorney-at-law in Bermuda und 1990 als Attorney-at-law auf den Cayman Islands. In den Jahren 1982 bis 1990 war er für verschiedene Kanzleien in Schottland, Hongkong, London und Bermuda tätig. In den Jahren 1990 bis 1999 arbeitete er für W.S. Walker &

Company auf den Cayman Islands, wo er 1994 Partner wurde. Herr Roberts ist ein erfahrener Anwalt auf dem Gebiet internationale Finanzdienstleistungen. Er war als Geschäftsführer für verschiedene auf Bermuda gegründete Gesellschaften tätig und war von 1996 bis 1999 Direktor der Cayman Islands Stock Exchange. Außerdem ist Herr Roberts Direktor von mehreren von der Zentralbank zugelassenen Investmentfonds (CIS) und einer Reihe von Investmentfonds auf den Cayman Islands.

David Shubotham

Herr David Shubotham, Ire, war von 1975 bis 2002 einer der Direktoren von J&E Davy (einem irischen Börsenmaklerunternehmen). Nach Abschluss seiner Ausbildung bei Aer Lingus kam er 1973 zu J. & E. Davy. Dort wurde er 1977 Partner und war von diesem Zeitpunkt an für das Anleihegeschäft zuständig. 1991 wurde er *Chief Executive* von Davy International, einer Gesellschaft mit Sitz im International Financial Services Centre von Dublin. Er wurde im Jahr 2001 pensioniert. Herr Shubotham schloss das *University College Dublin* 1970 mit einem *Bachelor of Commerce* ab und wurde 1971 als Wirtschaftsprüfer zugelassen. 1975 trat er der *Society of Investment Analysts* bei. Herr Shubotham war in Irland Mitglied zahlreicher, staatlich eingesetzter Ausschüsse, u. a. des *Committee for the Development of Science and Technology Strategy* und des *Committee for the Development of Bio Strategy*. Er war Vorsitzender des *Board of Directors* des irischen Nationalgestüts und des *National Digital Park*, einem Joint Venture mit der *Irish Industrial Development Authority*. Er war 6 Jahre lang Vorsitzender des *Board of Directors* der *Hugh Lane Municipal Gallery* (Dublin). Er ist für mehrere von der Zentralbank zugelassene Investmentfonds (CIS) sowie für mehrere OGAWs auf Jersey und den Cayman Islands als Direktor tätig.

Kenneth Willman

Herr Willman, amerikanischer und britischer Staatsbürger, ist Chief Legal Officer und Corporate Secretary von Russell Investments. Er ist seit August 2008 für Frank Russell tätig. Als Chief Legal Officer ist er für die rechtlichen Angelegenheiten, Compliance, die Unternehmensrevision, die Geschäftsberichte, die Beziehungen zu staatlichen Behörden und Gemeinden und das Risikomanagement verantwortlich. Er gehört ferner dem Exekutivausschuss und dem Global Leadership Forum von Russell an. Vor seiner Tätigkeit bei Russell war Herr Willman ab 1992 bei Goldman Sachs beschäftigt. Dort hatte er verschiedene Positionen inne und war schließlich von 2004 bis 2008 als General Counsel für Asien zuständig. Von 1987 bis 1992 war er als Associate in den Kanzleien von Sullivan & Cromwell's in deren Kanzleien in New York und Tokio tätig. Herr Willman verfügt über einen J.D.-Abschluss der Universität Pennsylvania, über einen B.A. in Politikwissenschaften und über einen B.S. in Wirtschaftswissenschaften der Universität Puget Sound. Er ist Mitglied der Anwaltsvereinigungen von Washington State und New York und gehört derzeit dem Direktorium des Covenant House of New York und des The 5th Avenue Theatre an. Er ist bei mehreren von der Zentralbank zugelassenen Organismen für gemeinsame Anlagen sowie bei mehreren Konzernunternehmen von Russell Investments als Direktor tätig.

Neil Jenkins

Herr Jenkins, Brite, ist Managing Director des Investmentbereichs der Vertriebsgesellschaft, zu der er im Oktober 2006 wechselte. Er besuchte das Keble College, Oxford und erwarb dort einen Abschluss mit Auszeichnung (first class honours) in Neuphilologie (deutsch und russisch). Herr Jenkins kam 1985 zu Morgan Grenfell in London und war dort im Bereich Export-/ Projektfinanzierung in Osteuropa tätig. Von 1988 bis 1990 vertrat er Morgan Grenfell in Moskau. Von 1990 bis 2000 übernahm Herr Jenkins verschiedene Investmentaufgaben bei Morgan Grenfell (Deutsche) Asset Management Investment Services und war unter anderem fünf Jahre Morgan Grenfell Capital Management in den Vereinigten Staaten zugeteilt. Von Januar 2001 bis Juni 2003 war Herr Jenkins Managing Director von AXA Multi Manager, einer Tochtergesellschaft von AXA Investment Managers. Anschließend wechselte er zu Rothschild Private Management Limited, wo er als Executive Director und Head of Multi-Manager Investment tätig war, bis er im Oktober 2006 seine aktuelle Tätigkeit bei der Vertriebsstelle aufnahm. Er ist Portfoliomanager einer Reihe von Portfolios des Beraters, aber auch von Portfolios, die von anderen Rechtssubjekten verwaltet werden, die dem Berater zugehörig sind. Er ist außerdem Direktor anderer von der Zentralbank zugelassener Fonds.

Tom Murray

Herr Murray, Ire, ist seit über 25 Jahren im Investment-Banking und im Finanzdienstleistungssektor tätig. Er ist derzeit ein unabhängiger nicht geschäftsführender Direktor mehrerer Investmentfonds und Verwaltungsgesellschaften. Er verließ das University College in Dublin 1976 mit dem Abschluss Bachelor of Commerce und qualifizierte sich

als Chartered Accountant bei Coopers & Lybrand in 1980, wo er als Computer-Audit-Spezialist und Systemanalyst tätig war. Außerdem gehörte er von 1990 bis 1992 der National Futures Association an. 2011 erhielt Herr Murray ein Diplom in Directors Duties & Responsibilities vom Institute of Chartered Accountants in Irland.

Von 2004 bis 2008 war Herr Murray Direktor bei Merrion Corporate Finance Ltd., wo er an mehreren hochkarätigen Transaktionen mitwirkte, unter anderem am Börsengang von Aer Lingus, Eircom sowie am Verkauf von Reox. Bevor er zu Merrion kam, war er Treasury Director der Investec Bank in Irland mit Zuständigkeit für Finanzierung, Aktiv-Passiv-Management, Devisengeschäfte für Firmenkunden und Eigenhandel, Aktienleihe, Beteiligungsfinanzierung und strukturierte Finanzgeschäfte. 1987 war er Gründungsdirektor und Gründungsaktionär von Gandon Securities Ltd., dem ersten Unternehmen, das im International Financial Services Centre, Dublin, 1987 zum Betrieb zugelassen wurde. Zunächst fungierte Herr Murray als Finance Director. In dieser Eigenschaft war er unter anderem an der Konzeption und Umsetzung von Finanzsteuerungs- und Risikomanagementsystemen für den Eigenhandel beteiligt. 1990 übernahm Herr Murray dann eine Funktion in der Geschäftsentwicklung, wo er die Abteilungen Structured Finance, Managed Futures und Equity Financing aufbaute. Im Jahr 2000 wurde die Gandon Securities Ltd von der Investec Bank übernommen, und Herr Murray wurde zum Treasury Director ernannt, eine Position, die er vier Jahre lang innehatte.

Bevor Herr Murray von 1981 bis 1987 für Gandon tätig war, war er Chief Financial Officer bei Wang International Finance Ltd. gewesen, der Lieferantenkreditsparte von Wang Computers. Dort richtete er in 14 Ländern weltweit die Steuer-, Rechts- und Berichtswesenstrukturen für das Computer-Leasing-Geschäft ein.

Peter Gonella

Peter Gonella ist britischer Staatsbürger und seit 2007 Director of Operations für den Berater und die Vertriebsstelle, wo er für die Fondsdienstleistungen in Europa, dem Nahen Osten und Afrika zuständig ist. Zu seinen operativen und Managementaufgaben gehören vor allem die Überwachung der Fondsverwaltung, Fondsbuchhaltung und Verwahrungspflichten. Herr Gonella besuchte die University of Hull, wo er einen Abschluss mit Auszeichnung in Englischer Sprache und Literatur erwarb. Von 1986 bis 2005 arbeitete er für die Deutsche (Morgan Grenfell) Asset Management, von 2005 bis 2007 für Aberdeen Asset Management. Bei diesen Gesellschaften hatte er eine Reihe von Positionen im oberen Management und als Operations Director inne und zeigte sich u.a. verantwortlich für Fondsbuchhaltung, Kundenverwaltung und Lieferantenmanagement. Er ist bei mehreren von der Zentralbank zugelassenen Investmentfonds sowie bei mehreren Konzernunternehmen von Russell Investments als Direktor tätig.

ANHANG 4: DIE GEREGLTEN MÄRKTE

Jeder Teilfonds kann auch über Wertpapier- und Derivatmärkte handeln, bei denen es sich um geregelte Märkte handelt und die die Anforderungen an geregelte Märkte gemäß den regulatorischen Kriterien so wie in den Vorschriften der Zentralbank definiert, erfüllen, wozu jeder Markt gehört, der reguliert ist, regelmäßig betrieben wird, für den Publikumsverkehr offen und in einem EWR-Staat (außer Malta), den Vereinigten Staaten, Australien, Kanada, Japan, Neuseeland, Hong Kong oder der Schweiz ansässig ist.

Jeder Teilfonds kann auch über folgende Märkte handeln,

- Der von der International Capital Markets Association organisierte Markt;
- AIM - der „Alternative Investment Market“ im Vereinigten Königreich, der unter der Aufsicht der Londoner Börse steht und von dieser betrieben wird;
- Der OTC-Markt in Japan, der unter der Aufsicht der Securities Dealers Association of Japan steht;
- NASDAQ in den Vereinigten Staaten;
- Der Markt für US-Regierungspapiere, der von Wertpapierhändlern für Staatspapiere (Primary Dealers) betrieben und von der Federal Reserve Bank of New York und der US-Börsenaufsicht (Securities and Exchange Commission) reguliert wird;
- der Freiverkehrsmarkt in den Vereinigten Staaten, der von Wertpapierhändlern für Staatspapiere und Sekundärhändlern (Secondary Dealers), die von der US-Börsenaufsicht reguliert werden, und von der National Association of Securities Dealers betrieben wird (und von Bankinstitutionen, die von der Bankenaufsichtsbehörde für landesweit tätige und ausländische Banken (US Comptroller of the Currency), der US-Notenbank Federal Reserve System oder der Federal Deposit Insurance Corporation reguliert werden);
- Der französische Markt für „Titres de Créance Négociable“ (OTC-Markt für übertragbare Schuldtitel);
- Der OTC-Markt in kanadische Staatsanleihen, der unter der Aufsicht der *Investment Dealers Association of Canada* steht,
- Der South African Futures Exchange.
- Die folgenden, in Nicht-EWR-Staaten etablierten Wertpapiermärkte:

Ägypten:	Egyptian Exchange
Argentinien:	Bolsa de Comercio de Buenos Aires
Bahrain:	Bahrain Bourse
Bangladesch:	Dhaka Stock Exchange
Botswana:	Botswana Stock Exchange
Brasilien:	BM&F BOVESPA S.A.
Chile:	Bolsa de Comercio de Santiago
China:	Shenzhen Stock Exchange (SZSE), Shanghai Stock Exchange (SSE)
Costa Rica:	Bolsa Nacional de Valores
Indien:	Bombay Stock Exchange, Ltd., National Stock Exchange
Indonesien:	Indonesia Stock Exchange
Israel:	Tel Aviv Stock Exchange
Jordanien:	Amman Stock Exchange
Kasachstan:	Kazakhstan Stock Exchange
Katar:	Qatar Exchange
Kenia:	Nairobi Securities Exchange
Kolumbien:	Bolsa de Valores de Colombia
Kuwait:	Kuwait Stock Exchange
Malaysia:	Bursa Malaysia Securities Berhad
Marokko:	Exchange Bourse de Casablanca
Mauritius:	Stock Exchange of Mauritius
Mexiko:	Bolsa Mexicana de Valores
Namibia:	Namibian Stock Exchange
Nigeria:	Nigerian Stock Exchange

Pakistan:	Karachi Stock Exchange
Peru:	Bolsa de Valores de Lima
Philippinen:	Philippine Stock Exchange
Russland:	MICEX-RTS Main Market
Simbabwe:	Zimbabwe Stock Exchange
Singapur:	Singapore Exchange Limited
Südafrika:	JSE Limited
Südkorea:	Korea Exchange
Sri Lanka:	Colombo Stock Exchange
Taiwan:	Taiwan Stock Exchange, GreTai Securities Market
Tansania:	Dar es Salaam Stock Exchange
Thailand:	The Stock Exchange of Thailand
Tunesien:	Bourse des Valeurs Mobilieres de Tunis
Türkei:	Istanbul Stock Exchange
Uganda:	Uganda Securities Exchange
Ukraine:	Persha Fondova Torgoveln Systema
Uruguay:	Bolsa de Valores de Montevideo
Vereinigte Arabische Emirate:	Abu Dhabi Securities Market, Dubai Financial Market
Vietnam:	Ho Chi Minh Stock Exchange
Westafrika	Bourse Reginale des Valeurs Mobilieres (BVRM)

Diese Börsen sind in Übereinstimmung mit den Anforderungen der Zentralbank, die selbst keine Liste der genehmigten Märkte und Börsen herausgibt, aufgeführt.

ANHANG 5: ANLAGEBESCHRÄNKUNGEN

1 Zulässige Anlagen

Die Anlagen eines OGAW sind beschränkt auf:

- 1.1 Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die entweder zur amtlichen Notierung an einer Börse in einem Mitgliedstaat oder Nicht-Mitgliedstaat zugelassen sind oder die auf einem geregelten Markt gehandelt werden, der regelmäßig stattfindet, anerkannt und der Öffentlichkeit in einem Mitgliedstaat oder Nicht-Mitgliedstaat zugänglich ist.
- 1.2 Kürzlich emittierte Wertpapiere, die innerhalb eines Jahres zur amtlichen Notierung an einer Börse oder einem sonstigen Markt (wie vorstehend erläutert) zugelassen werden.
- 1.3 In andere als die auf einem geregelten Markt zugelassenen Geldmarktinstrumente entsprechend der Definition in den Zentralbankvorschriften;
- 1.4 Anteile von OGAW.
- 1.5 Anteile eines AIF.
- 1.6 Einlagen bei Kreditinstituten
- 1.7 Derivative Finanzinstrumente.

2 Anlagebeschränkungen

- 2.1 Ein OGAW darf nicht mehr 10 % seines Nettoinventarwertes in anderen als den in Absatz 1 beschriebenen Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen.
- 2.2 Ein OGAW darf nicht mehr als 10 % seines Nettoinventarwertes in kürzlich emittierten Wertpapieren anlegen, die innerhalb eines Jahres zur amtlichen Notierung an einer Börse oder einem sonstigen Markt (entsprechend Absatz 1.1) zugelassen werden. Diese Beschränkung gilt nicht für Anlagen eines OGAW in bestimmten als Rule 144A Securities bekannten US-Wertpapieren, unter der Voraussetzung, dass:
 - die Wertpapiere mit der Verpflichtung emittiert werden, dass sie innerhalb eines Jahres nach Emission bei der US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde registriert werden; und dass
 - es sich bei den Wertpapieren nicht um illiquide Wertpapiere handelt, d. h. sie können vom OGAW innerhalb von sieben Tagen zu dem Preis bzw. dem annähernden Preis, zu dem sie vom OGAW bewertet werden, veräußert werden.
- 2.3 Ein OGAW darf höchstens 10 % seines Nettovermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten anlegen, sofern der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente der Emittenten, bei denen jeweils mehr als 5 % angelegt werden, unter 40 % liegt.
- 2.4 Im Falle von Schuldverschreibungen, die von einem Kreditinstitut emittiert werden, dessen eingetragener Sitz sich in einem Mitgliedstaat befindet und das aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegt, wird die 10 %-Grenze auf 25 % angehoben. Sofern ein OGAW mehr als 5 % seines Nettovermögens in solchen Schuldverschreibungen von ein und demselben Emittenten anlegt, darf der Gesamtwert dieser Anlagen 80 % des Nettoinventarwertes des Fonds nicht übersteigen.
- 2.5 Die Grenze von 10 % (aus 2.3) erhöht sich auf 35 %, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften oder einem Nicht-Mitgliedstaat oder einer internationalen Körperschaft öffentlichen Rechts, der ein oder mehrere Mitgliedstaaten als Mitglieder angehören, begeben oder garantiert sind.
- 2.6 Die in den Absätzen 2.4 und 2.5 genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden bei der Anwendung der in Absatz 2.3 vorgesehenen Grenze von 40 % nicht berücksichtigt.

- 2.7** Ein OGAW darf maximal 20 % seines Nettoinventarwertes als Einlagen bei ein und demselben Kreditinstitut investieren.

Einlagen bei anderen Kreditinstituten, mit Ausnahme von

- im Europäischen Wirtschaftsraum (Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Norwegen, Island, Liechtenstein) zugelassenen Kreditinstituten;
- in einem Unterzeichnerstaat (außer den EWR-Mitgliedstaaten) des Basler Kapitalkonvergenzabkommens vom Juli 1988 (Schweiz, Kanada, Japan, Vereinigte Staaten) zugelassenen Kreditinstituten oder
- auf Jersey, Guernsey, der Isle of Man, in Australien oder Neuseeland zugelassenen Kreditinstituten, welche als zusätzliche Mittel gehalten werden, dürfen 10 % des Nettovermögens nicht übersteigen.

Im Falle von Einlagen bei der Verwahrstelle kann diese Grenze auf 20 % angehoben werden.

- 2.8** Das Risiko, dem ein OGAW durch einen Kontrahenten eines OTC-Derivates ausgesetzt ist, darf 5 % des Nettovermögens nicht übersteigen.

Diese Grenze wird im Falle von Finanzinstituten, die in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zugelassen sind, Finanzinstituten, die durch einen Unterzeichnerstaat des Baseler Capital Convergence Agreement vom Juli 1988, der kein Mitgliedstaat der EWG ist, zugelassen sind oder Finanzinstituten, die in Jersey, Guernsey, der Isle of Man, Neuseeland oder Australien zugelassen sind, auf 10 % angehoben.

- 2.9** Unbeschadet der Absätze 2.3, 2.7 und 2.8 weiter oben darf eine Kombination zweier oder mehrerer der folgenden Investitionen oder Risiken, die von demselben Emittenten ausgegeben werden bzw. die im Rahmen einer Transaktion mit derselben Gegenpartei eingegangen werden, 20 % des Nettovermögens nicht überschreiben:

- Anlagen in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten;
- Einlagen, und/oder
- Risiken aus OTC-Derivate-Transaktionen.

- 2.10** Die Grenzen, auf die in den Absätzen 2.3, 2.4, 2.5, 2.7, 2.8 und 2.9 verwiesen wird, dürfen nicht kombiniert werden; folglich darf das Engagement in Wertpapieren eines einzelnen Emittenten 35 % des Nettovermögens nicht überschreiten.

- 2.11** Konzerngesellschaften gelten im Sinne der Absätze 2.3, 2.4, 2.5, 2.7, 2.8 und 2.9 als einzelner Emittent. Anlagen in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten desselben Konzerns dürfen jedoch höchstens 20 % des Nettovermögens ausmachen.

- 2.12** Ein OGAW kann bis zu 100 % des Nettovermögens in unterschiedlichen Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen, die von einem Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften oder einem Nicht-Mitgliedstaat oder einer internationalen Körperschaft öffentlichen Rechts, der ein oder mehrere Mitgliedstaaten als Mitglieder angehören, begeben oder garantiert sind.

Die einzelnen Emittenten müssen im Prospekt aufgeführt werden und können der folgenden Liste entnommen werden:

OECD-Staaten (sofern die Emissionen als mit Investment Grade eingestuft sind), die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die International Finance Corporation, der Internationale Währungsfonds, Euratom, die Asiatische Entwicklungsbank, die Europäische Zentralbank, der Europarat, die Eurofima, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die Weltbank), die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Europäische Union, die Federal National Mortgage Association (Fannie Mae), die Federal Home Loan Mortgage Corporation (Freddie Mac), die Government National Mortgage Association (Ginnie Mae), die Student Loan Marketing Association (Sallie Mae), die Federal Home Loan Bank, die Federal Farm Credit Bank und die Tennessee Valley Authority.

Der OGAW muss Wertpapiere aus mindestens 6 verschiedenen Emissionen besitzen, wobei die Papiere aus einer einzelnen Emission 30 % des Nettovermögens nicht übersteigen dürfen.

3 Anlage in Investmentfonds (Collective Investment Schemes)

- 3.1** Ein OGAW darf nicht mehr als 20 % seines Nettovermögens in ein und demselben OGA anlegen.
- 3.2** Anlagen in AIF dürfen insgesamt 30 % des Nettovermögens nicht überschreiten.
- 3.3** Der OGA darf nicht mehr als 10 Prozent des Nettovermögens in andere offene OGA anlegen.
- 3.4** Legt ein OGAW in Anteilen anderer CIS an, welche direkt oder durch Delegation von der Verwaltungsgesellschaft des OGAW oder von eines anderen Fonds, mit der die Verwaltungsgesellschaft des OGAW durch eine gemeinsame Verwaltung oder Kontrolle oder über eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden, so darf die Verwaltungsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft zu Lasten der Anlagen des OGAW in den Anteilen eines solchen anderen CIS keine Zeichnungs-, Umtausch- oder Rücknahmegebühren berechnen.
- 3.5** Erhält der Manager/Investmentmanager/Anlageberater des OGAW für die Anlage in Anteilen eines anderen CIS eine Provision (einschließlich zurückgezahlter Provisionen), so fließt diese dem Vermögen des OGAW zu.

4 Indexabbildende OGAW

- 4.1** Ein OGAW kann bis zu 20 % seines Nettovermögens in Anteilen und/oder Schuldtiteln anlegen, die von demselben Emittenten ausgegeben werden, wenn die Anlagepolitik des OGAW darauf ausgerichtet ist, einen Index abzubilden, der die in den Vorschriften der Zentralbank dargelegten Kriterien erfüllt und der von der Zentralbank anerkannt ist.
- 4.2** Die in 4.1 genannte Grenze kann auf 35 % angehoben und auf einen einzelnen Emittenten angewendet werden, wenn dies aufgrund einer außergewöhnlichen Marktsituation gerechtfertigt ist.

5 Allgemeine Bestimmungen

- 5.1** Eine Investmentgesellschaft oder Verwaltungsgesellschaft, die im Zusammenhang mit allen CIS, die sie verwaltet, handelt, darf keine Anteile erwerben, welche mit Wahlrechten verbunden sind, die ihr ermöglichen würden, wesentlichen Einfluss auf die Betriebsführung eines Emittenten auszuüben.
- 5.2** Ein OGAW darf höchstens:
- (i) 10 % der nicht stimmberechtigten Anteile eines einzelnen Emittenten;
 - (ii) 10 % der Schuldtitel eines einzelnen Emittenten;
 - (iii) 25 % der Anteile eines einzelnen OGA;
 - (iv) 10 % der Geldmarktinstrumente eines einzelnen Emittenten erwerben.

ERLÄUTERUNG: Die unter den vorstehenden Punkten (ii), (iii) und (iv) genannten Grenzen müssen beim Erwerb nicht eingehalten werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldtitel oder Geldmarktinstrumente oder der Nettobetrag der im Umlauf befindlichen Wertpapiere zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht berechnen lässt.

- 5.3** Die Ziffern 5.3 und 5.2 gelten nicht für:
- (i) übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die durch einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder dessen Gebietskörperschaften ausgegeben oder garantiert sind;
 - (ii) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die durch einen Nichtmitgliedsstaat ausgegeben oder garantiert sind;
 - (iii) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die durch internationale Körperschaften, von denen ein oder mehrere Mitgliedsstaaten Mitglieder sind, ausgegeben oder garantiert sind;
 - (iv) Anteile, die vom jeweiligen OGAW am Kapital einem in einem Nicht-Mitgliedstaat ansässigen Fonds gehalten werden, der sein Vermögen hauptsächlich in Wertpapieren von Emittenten anlegt, deren eingetragener Sitz sich in diesem Staat befindet, wobei ein solches Engagement nach der Rechtsprechung dieses Staates die einzige Möglichkeit darstellt, nach der der jeweilige OGAW in Wertpapiere von emittierenden Körperschaften dieses Staates anlegen kann. Diese Ausnahmeregelung gilt nur dann, wenn

die Anlagepolitik des Fonds aus dem Nicht-Mitgliedstaat die in den Ziffern 2.3 bis 2.11, 3.1, 3.2, 5.1, 5.2, 5.4, 5.5 und 5.6 festgelegten Grenzen einhält, und dass, sofern diese Grenzen überschritten werden, die Bestimmungen der nachstehenden Absätze 5.4 und 5.6 eingehalten werden.

(v) Anteile, die von einer oder mehreren Investmentgesellschaft(en) im Vermögen von Tochtergesellschaften gehalten werden, deren Tätigkeit sich in dem Land, in dem die Tochtergesellschaft ansässig ist, auf das Management, die Verwaltung, die Beratung oder das Marketing im Zusammenhang mit der Rücknahme von Anteilen auf Verlangen und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber beschränkt.

- 5.4** Bei der Ausübung von Zeichnungsrechten, die an Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente geknüpft sind, welche Teil seines Vermögens sind, muss ein OGAW die hier definierten Anlagebeschränkungen nicht einhalten.
- 5.5** Die Zentralbank kann kürzlich zugelassenen OGAW gestatten, für die Dauer von sechs Monaten ab dem Datum der Zulassung von den Bestimmungen der Ziffern 2.3 bis 2.12, 3.1 und 3.2; 4.1 abzuweichen, sofern sie den Grundsatz der Risikostreuung befolgen.
- 5.6** Werden die hier definierten Grenzen aus Gründen überschritten, die außerhalb der Kontrolle eines OGAW liegen oder aus der Ausübung von Zeichnungsrechten resultieren, muss der OGAW unter angemessener Berücksichtigung der Interessen seiner Anteilhaber seine Verkaufstätigkeit vorrangig auf die Behebung dieser Situation abstellen.
- 5.7** Weder eine Investmentgesellschaft oder Verwaltungsgesellschaft noch ein Treuhänder, der im Auftrag eines Investmentfonds oder einer Verwaltungsgesellschaft eines Common Contractual Fund (CCF) handelt, dürfen Leerverkäufe von:
- Wertpapieren;
 - Geldmarktinstrumenten;
 - Anteilen eines CIS; oder
 - Derivaten vornehmen.
- 5.8** Ein OGAW darf zusätzliche liquide Vermögenswerte besitzen.

Derivative Finanzinstrumente („DFIs“)

- 6.1** Das Gesamtengagement des OGAW in Bezug auf DFIs darf seinen Gesamtnettoinventarwert nicht überschreiten (diese Bestimmung ist nicht auf Teilfonds anzuwenden, die ihr Gesamtengagement mittels der hierin offengelegten VaR-Methode ermitteln).
- 6.2** Das Engagement in den den DFIs zugrunde liegenden Vermögenswerten einschließlich des Engagements in Derivate, die in übertragbaren Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten eingebettet sind, darf zusammen mit dem entsprechenden Engagement, das im Rahmen direkter Anlagen eingegangen wird, die in den Vorschriften der Zentralbank genannten Grenzen nicht überschreiten. (Diese Bestimmung gilt nicht im Falle von indexbasierten Derivaten, vorausgesetzt, dass der zugrunde liegende Index die in den Vorschriften der Zentralbank dargelegten Kriterien erfüllt.)
- 6.3** OGAW können unter folgenden Voraussetzungen in außerbörslich (OTC) gehandelten derivativen Finanzinstrumenten (DFIs) anlegen:
- Bei den Vertragspartnern von OTC-Transaktionen handelt es sich um Institutionen, die einer sachverständigen Überwachung unterliegen und den von der Zentralbank zugelassenen Kategorien angehören.
- 6.4** Anlagen in DFIs unterliegen den von der Zentralbank festgelegten Bedingungen und Grenzen

** Leerverkäufe von Geldmarktinstrumenten seitens OGAW sind unzulässig.*

ANHANG 6: BESCHRÄNKUNGEN DES EINSATZES VON DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN

In diesem Anhang bedeutet „**Relevante Institution**“ ein in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zugelassenes Finanzinstitut; (ii) ein Finanzinstitut, das durch einen Zeichnerstaat des Baseler Capital Convergence Agreement vom Juli 1988 (Schweiz, Kanada, Japan, USA), der kein Mitgliedstaat des EWR ist, zugelassen ist; oder (iii) ein Finanzinstitut, das in Australien, Guernsey, der Isle of Man, Jersey oder Neuseeland zugelassen ist.

Zulässige derivative Finanzinstrumente („FDIs“)

1. Ein Teilfonds darf unter folgenden Voraussetzungen in derivativen Finanzinstrumenten („FDIs“) anlegen:
- (i) die relevanten Referenzpositionen oder -indizes müssen aus einem oder mehreren der Folgenden bestehen¹:
 - (a) Wertpapiere, Instrumente, auf die in Vorschrift 68 verwiesen wird, einschließlich Finanzinstrumente, die eine oder mehrere Eigenschaften dieser Vermögenswerte;
 - (b) Finanzindizes;
 - (c) Zinssätze;
 - (d) Wechselkurse; und
 - (e) Währungen haben;
 - (ii) eine Anlage in einem derivativen Finanzinstrument darf nicht dazu führen, dass der OGAW ein Engagement eingeht, welches er anderweitig nicht eingehen dürfte (z. B. in Instrumente/Emittenten/Währungen, in denen der OGAW nicht direkt anlegen darf); und
 - (iii) die Anlage in einem derivativen Finanzinstrument muss mit den Anlagezielen des OGAW vereinbar sein; und
 - (iv) der Verweis auf Finanzindizes im obigen Abs. (i) weiter oben ist als Verweis auf Indizes zu verstehen, welche die folgenden Kriterien:
 - (a) sie sind insoweit ausreichend diversifiziert, als die folgenden Kriterien erfüllt sind:
 - (i) der Index ist so zusammengesetzt, dass Kursbewegungen oder Handelsaktivitäten bezüglich einer Komponente nicht unangemessen die Performance des gesamten Index beeinflussen;
 - (ii) setzt sich der Index aus Vermögenswerten zusammen, die in Vorschrift 68(1) genannt sind, ist seine Zusammensetzung mindestens entsprechend Vorschrift 71 diversifiziert;
 - (iii) setzt sich der Index aus anderen Vermögenswerten als den in Vorschrift 68(1) genannten zusammen, ist er in einer Weise diversifiziert, die äquivalent zu der in Vorschrift 71 vorgesehenen ist;
 - (b) sie stellen insoweit eine adäquate Benchmark für den Markt dar, auf den sie sich beziehen, als die folgenden Kriterien erfüllt sind:
 - (i) der Index misst auf relevante und angemessene Weise die Performance einer repräsentativen Gruppe von Basiswerten;
 - (ii) der Index wird regelmäßig überprüft oder einem Rebalancing unterzogen, um sicherzustellen, dass er weiterhin die Märkte widerspiegelt, auf die er sich bezieht; hierfür werden öffentlich zugängliche Kriterien angewandt;
 - (iii) die Basiswerte sind ausreichend liquide, was Anwendern im Bedarfsfall eine Nachbildung des Index ermöglicht;
 - (c) sie werden insofern angemessen veröffentlicht, als die folgenden Kriterien erfüllt sind:
 - (i) ihr Veröffentlichungsprozess beruht auf soliden Verfahren zur Preisermittlung und der Berechnung und anschließenden Veröffentlichung des Indexwertes, einschließlich Preisstellungsverfahren für Komponenten, für die kein Marktpreis verfügbar ist.

¹ FDI on commodities are excluded.

- (ii) wesentliche Informationen zu Themen wie Indexberechnung, Rebalancing-Methoden, Indexänderungen oder operativen Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen oder korrekten Bereitstellung von Informationen werden auf breiter Basis und frühzeitig erteilt.

Erfüllt die Zusammensetzung der Vermögenswerte, die als Basiswerte von FDIs eingesetzt werden, nicht die unter (a), (b) oder (c) weiter oben beschriebenen Kriterien, werden diese FDIs, wenn sie die in Vorschrift 68(1)(g) festgelegten Kriterien erfüllen, als FDI auf eine Kombination der in Vorschrift 68(1)(g) genannten Vermögenswerte, ohne Finanzindizes, betrachtet.

2. Kreditderivate

Kreditderivate sind zulässig, wenn:

- (i) sie die Übertragung des Kreditrisikos eines in Absatz 1(i) weiter oben genannten Vermögenswertes unabhängig von den sonstigen mit diesem Vermögenswert verbundenen Risiken erlauben;
 - (ii) sie nicht zur Lieferung oder Übertragung (auch in bar) von anderen Vermögenswerten als den in Vorschrift 68(1) und 68(2) genannten führen;
 - (iii) sie die in Absatz 4 weiter unten genannten Kriterien für OTC-Derivate erfüllen;
 - (iv) ihre Risiken durch den Risikomanagementprozess des OGAW und durch dessen interne Kontrollmechanismen angemessen erfasst sind, wenn der Kontrahent möglicherweise Zugang zu nicht öffentlichen Informationen über Unternehmen hat, deren Vermögenswerte als Basiswerte von Kreditderivate eingesetzt werden, und dadurch die Gefahr eine Informationsasymmetrie zwischen dem OGAW und dem Kontrahenten besteht. Der OGAW muss bei der Risikobeurteilung äußerste Sorgfalt walten lassen, wenn der Kontrahent des FDIs eine verbundene Partei des OGAW oder des Emittenten ist, mit dem das Kreditrisiko verbunden ist.
3. Das derivative Finanzinstrument muss an einem geregelten Markt gehandelt werden. Die Zentralbank kann in Einzelfällen Beschränkungen in Bezug auf einzelne Börse und Märkte festlegen.
4. Unbeschadet Absatz 3 kann ein OGAW in außerbörslich gehandelten derivativen Finanzinstrumenten („OTC-Derivate“) anlegen, wenn:
- (i) der Kontrahent eines der in Vorschrift 7 der Vorschriften der Zentralbank aufgeführten Finanzinstitute oder eine Investmentgesellschaft, die gemäß der Markets in Financial Instruments Directive in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen wurde oder eine Organisation ist, die als eine Consolidated Supervised Entity („CSE“) der Aufsicht der US Securities and Exchange Commission unterliegt;
 - (ii) das Kontrahentenrisiko nicht die in der Vorschrift 70(1)(c) festgelegten Grenzen übersteigt. Der Teilfonds berechnet das Kontrahentenrisiko anhand des positiven zuletzt verfügbaren Werts des OTC-Derivatekontrakts mit diesem Kontrahenten. Der OGAW kann seine derivativen Positionen mit ein und demselben Kontrahenten saldieren, sofern der OGAW Aufrechnungsvereinbarungen mit dem Kontrahenten rechtlich geltend machen kann. Die Aufrechnung ist nur in Bezug auf OTC-Derivate mit demselben Kontrahenten und nicht im Zusammenhang mit anderen Engagements möglich, die der OGAW gegenüber diesem Kontrahenten haben kann
 - (iii) der OGAW sich davon überzeugt hat, dass (a) der Kontrahent das OTC-Derivat mit angemessener Genauigkeit und auf zuverlässige Weise mindestens täglich bewertet; (b) das OTC-Derivat jederzeit auf Initiative des OGAW zum beizulegenden Zeitwert verkauft, realisiert oder durch eine Glattstellungstransaktion zum beizulegenden Zeitwert geschlossen werden kann;
 - (iv) der OGAW verpflichtet ist, seine OTC-Derivate täglich einer verlässlichen und nachprüfaren Bewertung zu unterziehen und sicherzustellen, dass er hierfür über die

geeigneten Systeme, Kontrollen und Verfahren verfügt. Die Bewertungsmaßnahmen und -verfahren müssen für die Art und Komplexität des jeweiligen OTC-Derivates geeignet und angemessen sein und müssen hinreichend dokumentiert werden; und

- (v) verlässliche und nachprüfbar Bewertung bezeichnet eine vom OGAW durchgeführte, dem Marktwert entsprechende Bewertung, die sich nicht ausschließlich auf von dem Kontrahenten gestellte Marktnotierungen stützt und die folgenden Kriterien erfüllt:
 - (a) die Bewertungsgrundlage bildet entweder der verlässliche aktuelle Marktwert des Instruments oder, falls ein solcher Wert nicht verfügbar ist, ein Preismodell, dem eine adäquate anerkannte Methode zugrunde gelegt wird;
 - (b) die Verifizierung der Bewertung erfolgt durch eine der folgenden Stellen:
 - (i) eine geeignete Drittpartei, die vom Kontrahenten des OTC-Derivates unabhängig ist, in angemessenen Zeitabständen und auf eine Weise, die für den OGAW nachvollziehbar ist;
 - (ii) eine Abteilung innerhalb des OGAW, die unabhängig von der für die Verwaltung der Vermögenswerte zuständigen Abteilung und für diesen Zweck angemessen ausgestattet ist.

5. Die Risiken, die mit einem Kontrahenten eines OTC-Derivates verbunden sind, können reduziert werden, sofern der Kontrahent dem OGAW Sicherheiten zur Verfügung stellt. Der OGAW kann das Kontrahentenrisiko in Fällen außer Acht lassen, wenn der Wert der Sicherheiten, zum Marktpreis und unter Berücksichtigung angemessener Abschläge bewertet, die Höhe des Betrags übersteigt, der zu irgendeinem Zeitpunkt einem Risiko ausgesetzt ist.

Erhaltene Sicherheiten müssen immer die folgenden Kriterien erfüllen

- (i) **Liquidität**
- (ii) **Bewertung:**
- (iii) **Bonität des Emittenten:**
- (iv) **Korrelation:**
- (v) **Diversifizierung (Anlagekonzentration):**
- (vi) **Unverzüglich zur Verfügung stehen:**
- (vii) **Sachsicherheiten** können nicht verkauft, beliehen oder neu angelegt werden.
- (viii) **Barsicherheiten** dürfen nur in folgenden Instrumenten angelegt werden:
 - (a) Einlagen bei relevanten Institutionen;
 - (b) Staatsanleihen mit hoher Bonität;
 - (c) Umgekehrte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte), sofern die Transaktionen mit Kreditinstituten erfolgen, die einer sachverständigen Überwachung unterliegen, und der OGAW jederzeit den vollen Betrag der Barmittel plus aufgelaufener Zinsen zurückfordern kann;
 - (d) Kurzfristige Geldmarktfonds gemäß Definition in den ESMA-Leitlinien für eine einheitliche Definition europäischer Geldmarktfonds (*Ref. CESR/10-049*).

Sicherheiten, die von oder für einen OGAW an einen Kontrahenten eines OTC-Derivates übergeben wurden, müssen bei der Berechnung des Kontrahentenrisikos, dem der OGAW ausgesetzt ist, wie in Vorschrift 70(1)(c) der Vorschriften erwähnt, berücksichtigt werden. Übergebene Sicherheiten können nur dann auf einer Nettobasis berücksichtigt werden, wenn der OGAW Netting-Vereinbarungen mit diesem Kontrahenten rechtlich durchsetzen kann.

Berechnung des Konzentrationsrisikos gegenüber Emittenten sowie des Kontrahentenrisikos

Jeder OGAW muss die Grenzen der Emittentenkonzentration wie in Vorschrift 70 der Vorschriften erwähnt auf der Grundlage des zugrunde liegenden Risikos berechnen, das durch den Einsatz von FDIs gemäß dem „Commitment Approach“ entsteht. Die Berechnung des durch OTC-Derivate-Transaktionen entstehenden Risikos muss das Risiko gegenüber Kontrahenten von OTC-Derivaten berücksichtigen. Ein OGAW muss das Risiko berechnen, das durch bei einem Broker hinterlegte Sicherheitsleistungen und vom Broker erhältliche Nachschusszahlungen im

Zusammenhang mit börsengehandelten oder OTC-Derivaten entsteht, die nicht durch Vorschriften zum Schutz von Kundengeldern oder ähnliche Vereinbarungen gesichert sind, um den OGAW gegen die Insolvenz des Brokers zu schützen, und dieses Risiko darf nicht die in Vorschrift 70(1)(c) der Vorschriften genannte Grenze für OTC-Kontrahenten übersteigen.

Die Berechnung der Grenzen für die Emittentenkonzentration gemäß Angabe in Vorschrift 70 der Vorschriften muss Nettorisiken gegenüber einem Kontrahenten berücksichtigen, die durch eine Wertpapierleihvereinbarung oder einen Repo-Kontrakt entstehen. Nettorisiko bezieht sich auf eine Forderung des OGAW abzüglich der vom OGAW gestellten Sicherheiten. Durch die Neuanlage von Sicherheiten entstandene Risiken müssen bei den Berechnungen der Emittentenkonzentration ebenfalls berücksichtigt werden. Bei der Berechnung von Risiken im Sinne von Vorschrift 70 der Vorschriften muss ein OGAW festlegen, ob sein Risiko gegenüber einem OTC-Kontrahenten, einem Makler oder einer Clearing-Stelle besteht.

6. Das Engagement in den Vermögenswerten, die den FDIs, einschließlich in Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder Investmentfonds (CIS) eingebundenen FDIs, zugrunde liegen, darf zusammen mit den entsprechenden Positionen, die im Rahmen direkter Anlagen eingegangen werden, die in den Vorschriften 70 und 73 genannten Grenzen nicht überschreiten. Bei der Berechnung des Konzentrationsrisiko in Bezug auf Emittenten muss das FDI (einschließlich dem eingebundenen FDI) überprüft werden, um das daraus resultierende Positionsrisiko zu ermitteln. Dieses Positionsrisiko muss bei den Berechnungen der Emittentenkonzentration berücksichtigt werden. Die Emittentenkonzentration muss – wenn geeignet – mittels dem „Commitment Approach“ oder – etwas konservativer – als potenzieller Höchstverlust infolge eines Ausfalls seitens des Emittenten berechnet werden. Sie muss auch von allen OGAW berechnet werden, unabhängig davon, ob sie den VaR für Zwecke des globalen Risikos verwenden. Diese Bestimmung gilt nicht im Falle indexierter FDIs, vorausgesetzt, dass der zugrunde liegende Index die in Vorschrift 71(1) der Vorschriften dargelegten Kriterien erfüllt.
7. Der Begriff „Wertpapier oder Geldmarktinstrument mit eingebundenem FDI“ bezieht sich auf Finanzinstrumente, welche die in Vorschrift 4 der Vorschriften der Zentralbank festgelegten Kriterien für Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente erfüllen und eine Komponente enthalten, die folgende Kriterien erfüllt:
 - (a) durch diese Komponente kann ein Teil der Cashflows oder können alle Cashflows, die ansonsten von dem als Trägerkontrakt fungierenden Wertpapier oder Geldmarktinstrument benötigt würden, anhand eines festgelegten Zinssatz, Preises für ein Finanzinstrument, Wechselkurses, Preis- oder Zinsindex, Kredit-Rating oder Kredit-Index oder einer anderen Variablen modifiziert werden und somit ähnlich variieren wie ein eigenständiges Derivat;
 - (b) ihre ökonomischen Charakteristika und Risiken sind nicht eng mit den ökonomischen Charakteristika und Risiken des Trägerkontraktes verbunden;
 - (c) sie hat wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil und die Preisbildung des Wertpapiers oder Geldmarktinstruments.
8. Ein Wertpapier gilt nicht als Wertpapier mit eingebundenem FDI, wenn es eine Komponente enthält, die vertraglich unabhängig von dem Wertpapier oder Geldmarktinstrument ist. Eine solche Komponente wird als separates Finanzinstrument betrachtet.

Deckungspflichten

9. Ein OGAW muss sicherstellen, dass sein Gesamtrisiko (wie in den Mitteilungen der Zentralbank festgelegt) im Zusammenhang mit FDIs seinen gesamten Nettoinventarwert nicht übersteigt. Die Hebelung eines OGAW – Short-Positionen inbegriffen – darf demzufolge 100 Prozent seines Nettoinventarwerts nicht überschreiten. Soweit durch die einschlägigen Vorschriften zulässig, kann der OGAW bei der Berechnung des Gesamtrisikos Aufrechnungs- und Absicherungsvereinbarungen berücksichtigen. Der Commitment-Ansatz ist in den Risikomanagementverfahren des OGAWs für FDIs erläutert, die nachstehend im Abschnitt „Risikomanagementprozess und Reporting“ beschrieben sind.

Ein OGAW, der den VaR-Ansatz benutzt, muss Back-Testing und Stress-Testing durchführen und andere regulatorische Auflagen im Zusammenhang mit der Anwendung des VaR einhalten. Die VaR-Methode ist in den Risikomanagementverfahren des jeweiligen OGAW für FDI's erläutert, die nachstehend im Abschnitt „Risikomanagementprozess und Reporting“ beschrieben sind.

Ein OGAWs muss jederzeit in der Lage sein, allen seinen Zahlungs- und Lieferverpflichtungen nachzukommen, die durch Geschäfte im Zusammenhang mit FDI entstanden sind. Die Überwachung von FDI-Transaktionen zwecks Sicherstellung, dass sie ausreichend gedeckt sind, muss zum Risikomanagementprozess des OGAW gehören.

- 10.** Transaktionen in DFIs, welche zu einer zukünftigen Verpflichtung des OGAW führen können bzw. werden, müssen in folgender Form gedeckt werden:
- (i) bei DFIs, deren Abwicklung automatisch oder nach Ermessen des OGAW in Form der Barabwicklung erfolgt, muss der OGAW zu jeder Zeit ausreichend liquide Mittel halten, um das Risiko zu decken.
 - (ii) Bei DFIs, die eine physische Lieferung des zugrunde liegenden Vermögenswertes beinhalten, muss dieser Vermögenswert zu jeder Zeit vom OGAW gehalten werden. Alternativ kann ein OGAW das Engagement mit ausreichend liquiden Mitteln abdecken,
 - die zugrunde liegenden Vermögenswerte sehr liquide festverzinsliche Wertpapiere sind;und/oder
 - der OGAW der Ansicht ist, dass das Risiko angemessen abgedeckt werden kann, ohne dass die Notwendigkeit besteht, die zugrunde liegenden Vermögenswerte zu halten, die entsprechenden DFIs im nachstehenden Risikomanagementprozess abgebildet sind und der Prospekt detaillierte Informationen hierzu enthält.

Risikomanagementprozess und Reporting

- 11.** (i) Ein OGAW muss zum Zwecke der genauen Überwachung, Messung und Verwaltung von mit Derivatepositionen verbundenen Risiken und deren Anteil am Gesamtrisikoprofil des Portfolios ein Verfahren zum Risikomanagement einsetzen,
- (ii) Ein OGAW muss der Zentralbank Einzelheiten zu dem für seine Derivatetransaktionen vorgesehenen Risikomanagementprozess vorlegen. Die Erstregistrierung muss Informationen zu Folgendem enthalten:
- Zulässige Formen von DFIs, einschließlich in übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente eingebundene Derivate;
 - Einzelheiten zu den zugrunde liegenden Risiken;
 - Relevante quantitative Beschränkungen sowie die Methoden zur Überwachung und Einhaltung dieser Beschränkungen;
 - Methoden zur Risikoeinschätzung.
- (iii) Wesentliche Änderungen der Erstregistrierung müssen bei der Zentralbank im Voraus angezeigt werden. Die Zentralbank kann angezeigte Änderungen ablehnen, so dass Änderungen und/oder damit verbundene Tätigkeiten, die von der Zentralbank abgelehnt werden, nicht durchgeführt werden dürfen.
- 12.** Der Fonds hat jährlich einen Bericht über ihre Positionen in derivativen Finanzinstrumenten (DFI) an die Zentralbank zu erstellen. Der Bericht, der Informationen enthalten muss, die den wahren und angemessenen Wert der vom OGAW eingesetzten Arten von DFIs, die zugrunde liegenden Risiken, die quantitativen Limits und die zur Einschätzung dieser Risiken angewandten Methoden darlegen, ist zusammen mit dem Jahresbericht des OGAW einzureichen. Der Fonds hat diesen Bericht auf Antrag der Zentralbank jederzeit vorzulegen.

13. Pensionsgeschäfte, umgekehrte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihvereinbarungen

- I** Pensionsgeschäfte/umgekehrte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihvereinbarungen (zusammen die „effizienten Portfoliomanagementtechniken“) dürfen nur normaler Marktpraxis entsprechend durchgeführt werden. Sämtliche im Zusammenhang mit effizienten Portfoliomanagementtechniken erhaltene Vermögenswerte sollten als Sicherheiten erachtet werden und den im folgenden Abschnitt II dargelegten Kriterien entsprechen.
- II** Erhaltene Sicherheiten müssen immer die in den Vorschriften der Zentralbank aufgeführten spezifischen Kriterien erfüllen:
- (i) **Liquidität;**
 - (ii) **Bewertung;**
 - (iii) **Emittentenbonität;**
 - (iv) **Korrelation;**
 - (v) **Diversifizierung (Anlagekonzentration);**
 - (vi) **Sofortige Verfügbarkeit.**
- III** Risiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Sicherheiten, wie z. B. operative und rechtliche Risiken, sollten identifiziert und durch den Risikomanagementprozess gesteuert und gemindert werden.
- IV** Sicherheiten, die auf Basis einer Eigentumsübertragung erhalten wurden, sollten vom Treuhänder gehalten werden. Bei anderen Formen der Sicherheitenvereinbarung können die Sicherheiten von einem Drittverwahrer gehalten werden, der einer sachverständigen Überwachung unterliegt und nicht mit dem Lieferant von Sicherheiten verbunden ist.
- V** Sachsicherheiten können nicht verkauft, hinterlegt oder neu angelegt werden.
- VI** Barsicherheiten dürfen ausschließlich in folgenden Instrumenten angelegt werden:
- (i) Einlagen bei relevanten Institutionen;
 - (ii) Staatsanleihen mit hoher Bonität;
 - (iii) Umgekehrte Pensionsgeschäfte, sofern die Transaktionen mit Kreditinstituten erfolgen, die einer sachverständigen Überwachung unterliegen und der OGAW jederzeit den vollen Betrag der Barmittel plus aufgelaufener Zinsen zurückfordern kann;
 - (iv) Kurzfristige Geldmarktfonds gemäß Definition in den ESMA-Leitlinien für eine einheitliche Definition europäischer Geldmarktfonds (*Ref. CESR/10-049*).
- VII** Entsprechend der Auflage, dass effiziente Portfoliomanagementtechniken nicht zur Änderung im erklärten Anlageziel des OGAW oder zu wesentlichen zusätzlichen Risiken führen dürfen, sollten angelegte Barsicherheiten gemäß den für Sachsicherheiten geltenden Streuungsvorschriften diversifiziert werden. Investierte Barsicherheiten dürfen nicht beim Kontrahenten oder bei einem verbundenen Unternehmen hinterlegt werden.
- VIII** Ein OGAW, der Sicherheiten für mindestens 30 % seines Vermögens erhält, sollte eine geeignete Stresstest-Richtlinie etabliert haben, um sicherzustellen, dass regelmäßige Stresstests unter normalen und außerordentlichen Liquiditätsbedingungen durchgeführt werden, damit der OGAW das mit den Sicherheiten verbundene Liquiditätsrisiko beurteilen kann. Die Richtlinie für die Liquiditätsstresstests muss mindestens die in Vorschrift 24, Abs. (8) der Zentralbankvorschriften enthaltenen Vorgaben enthalten.
- IX** Ein OGAW sollte eine eindeutige Politik für Sicherheitsabschläge in Bezug auf jede Kategorie von Vermögenswerten etabliert haben, die als Sicherheiten hereingenommen werden. Bei der Gestaltung dieser Politik für Sicherheitsabschläge sollte ein OGAW die Charakteristika der Vermögenswerte, wie etwa die Bonität oder die Preisvolatilität, sowie das Ergebnis der wie im Abschnitt VIII beschrieben durchgeführten Stresstests berücksichtigen. Diese Politik sollte dokumentiert sein und jede Entscheidung, auf eine bestimmte Kategorie von Anlagen einen Sicherheitsabschlag anzuwenden oder von der Anwendung eines Sicherheitsabschlags abzusehen, rechtfertigen. Insoweit ein Teilfonds von der erhöhten Exposure Facility bezüglich Emittenten, wie in Abschnitt 5(ii) von Anhang 3 der Verordnungen der Zentralbank vorgesehen, Gebrauch macht, kann ein solches erhöhtes Emittentenrisiko auf alle in Abschnitt 2.12 von Anhang V des

Prospekts aufgeführten Emittenten Anwendung finden.

- X** Ein OGAW sollte sicherstellen, dass er jederzeit die Wertpapiere zurückfordern kann, die entliehen worden sind, oder von ihm eingegangene Wertpapierleihvereinbarungen jederzeit kündigen kann.
- XI** Ein OGAW, der umgekehrte Pensionsgeschäfte eingeht, sollte sicherstellen, dass er jederzeit den vollen Betrag der Barmittel zurückfordern kann oder das umgekehrte Pensionsgeschäft entweder plus aufgelaufener Zinsen oder auf Basis des aktuellen Marktwerts kündigen kann. Wenn die Barmittel jederzeit auf Basis des aktuellen Marktwerts zurückgefordert werden können, sollte der aktuelle Marktwert des umgekehrten Pensionsgeschäfts zur Berechnung des Nettoinventarwerts des OGAW verwendet werden.
- XII** Ein OGAW, der einen Repo-Kontrakt eingeht, sollte sicherstellen, dass er jederzeit die Wertpapiere zurückfordern kann, die Gegenstand des Repo-Kontraktes sind, oder den von ihm eingegangenen Repo-Kontrakt kündigen kann (Repo- und umgekehrte Repo-Kontrakte mit fester Laufzeit, die sieben Tage nicht übersteigt, sollten als Vereinbarungen betrachtet werden, die das Abrufen der Vermögenswerte durch den OGAW zu jeder Zeit erlauben).
- XIV** Effiziente Portfoliomanagementtechniken stellen keine Kreditaufnahmen bzw. Kreditvergaben im Sinne der Vorschrift 103 bzw. der Vorschrift 111 dar.

ANHANG 7: VERTRIEB DER ANTEILE IN ANDEREN JURISDIKTIONEN

Besondere Bestimmungen für den Vertrieb von Anteilen der Teilfonds im Vereinigten Königreich

Der Gesellschaft wurde der Status eines „**Recognised Scheme**“ von der Financial Conduct Authority („**FCA**“) im Vereinigten Königreich im Sinne von Section 264 des Financial Services and Markets Act von 2000 (in der geltenden Fassung) („**FSMA**“) gewährt. Russell Investments Limited mit eingetragenem Firmensitz in Rex House, 10 Regent Street, London SW1Y 4PE (der „**Facilities Agent**“) wurde als Facilities Agent im Vereinigten Königreich bestellt, der die nach den Regularien und Richtlinien der FCA (die „**FCA-Richtlinien**“) erforderlichen Möglichkeiten bereitstellt, die im Vereinigten Königreich für ein „Recognised Scheme“ zu unterhalten sind. Russell Investments Limited hat die Zulassung der FCA zur Betreibung des Anlagegeschäfts im Vereinigten Königreich.

Demgemäß sind in den Räumen des Facilities Agent die Möglichkeiten gegeben:

- (a) damit jedermann die Satzung (sowie etwaige Änderungen), die letzte Version dieses Prospekts und der Dokument mit wesentlichen Anlegerinformationen sowie die letzten Jahres- und Halbjahresberichte der Gesellschaft während der normalen Geschäftsstunden an einem Wochentag (ausgenommen Tage, die im Vereinigten Königreich gesetzliche Feiertage sind) einsehen und (kostenlos) Kopien davon anfertigen kann;
- (b) damit jedermann Informationen über den Preis von Anteilen an einem Teilfonds einholen und jeder Anteilinhaber die Rücknahme seiner Anteile und den Erhalt der entsprechenden Zahlung in die Wege leiten kann; und
- (c) wo jedermann, der eine Beschwerde über die Tätigkeit der Gesellschaft vorzubringen hat, eine Beschwerde zur Weiterleitung an die Verwaltungsgesellschaft einreichen kann.

Unbeschadet der Tatsache, dass die Gesellschaft ein Recognised Scheme ist, wird dieser Prospekt in dem Maße, wie er im Vereinigten Königreich durch eine Person zur Verfügung gestellt wird, die keine „**Autorisierte Person**“ (gemäß Definition im FSMA) ist:

- (i) nur an Personen übermittelt (bzw. dessen Übermittlung veranlasst), die unter eine entsprechende Ausnahmeregelung im Financial Services and Markets Act 2000 (Financial Promotion) Order 2005 in der geltenden Fassung („**FPO**“) fallen und denen dieser Prospekt rechtmäßig übermittelt (oder dessen Übermittlung veranlasst) werden kann („**Ausgenommene Personen**“). Zu den ausgenommenen Personen gehören gemäß FPO insbesondere: (a) Personen, die über berufliche Erfahrung in anlagebezogenen Angelegenheiten verfügen, die unter Artikel 19(5) FPO fallen; oder (b) Personen mit hohem Eigenkapital und andere Personen, denen dieses Material ansonsten rechtmäßig übermittelt werden kann und die unter Artikel 49(1) FPO fallen. Jede Person, die keine ausgenommene Person ist, sollte nicht auf der Grundlage dieses Materials oder dessen Inhalts handeln oder darauf vertrauen. In diesem Fall nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass für Ihre Zwecke der Inhalt nicht durch eine autorisierte Person im Sinne von Section 21 FSMA genehmigt worden ist; und
- (ii) weder dieser Prospekt noch die Anteile stehen Personen im Vereinigten Königreich zur Verfügung, die keine ausgenommenen Personen sind, und niemand im Vereinigten Königreich, der keine ausgenommene Person ist, ist berechtigt, auf Informationen in diesem Prospekt zu vertrauen oder auf dessen Grundlage zu handeln. Eine Weitergabe innerhalb des Vereinigten Königreichs durch eine Person, die keine autorisierte Person ist, an eine Person im Vereinigten Königreich, die nicht unter eine entsprechende Ausnahmeregelung im FPO fällt, ist nicht autorisiert und verstößt wahrscheinlich gegen den FSMA.

Unbeschadet der Tatsache, dass die Gesellschaft ein Recognised Scheme ist, gilt für diesen Prospekt in dem Maße, wie er im Vereinigten Königreich durch die Russell Investments Limited (die eine autorisierte Person ist) oder eine andere autorisierte Person zur Verfügung gestellt wird, Folgendes:

- (i) die Beschränkungen im FPO hinsichtlich der Weitergabe dieses Prospekts haben keine Geltung; und

(ii) dieser Prospekt ist im Sinne von Section 21 FSMA durch die Russell Investments Limited genehmigt worden, jedoch ausschließlich für diesen Zweck.

Unbeschadet der Tatsache, dass die Gesellschaft ein Recognised Scheme ist, gilt für diesen Prospekt in dem Maße, wie er im Vereinigten Königreich durch eine andere Vertriebsstelle als die Russell Investments Limited (nur für die Zwecke dieses Absatzes die „**Vertriebsstelle**“) zur Verfügung gestellt wird, dass dieser Prospekt auch Privatanlegern zur Verfügung gestellt werden und für diesen Zweck gemäß Section 21 FSMA von der Vertriebsstelle genehmigt werden darf. Investments Limited übernimmt keine Verantwortung für die Verteilung dieses Prospekts an Privatanleger.

Einige oder alle Schutzbestimmungen, die das regulatorische System der FCA im Vereinigten Königreich bietet, gelten nicht für Anlagen in die Gesellschaft oder einen Teilfonds, und es besteht möglicherweise kein Anspruch auf eine Entschädigung nach dem britischen Financial Services Compensation Scheme.

Die Inhalte des Prospekts sind vertraulich und sollten nicht verteilt, veröffentlicht oder vervielfältigt (ganz oder teilweise) werden oder von Empfängern an eine andere Person weitergegeben werden.

Jemand, der sich im Zweifel über die Anlage ist, auf die sich dieser Prospekt bezieht, sollte eine autorisierte Person konsultieren, die sich auf Beratung zu Anlagen dieser Art spezialisiert hat.

Besondere Bestimmungen für den Vertrieb von Anteilen der Teilfonds an US-Personen

Anteile werden US-Personen nur gemäß den Bedingungen des aktuellen US-Prospektnachtrags zum Prospekt angeboten. Anleger, bei denen es sich um US-Personen handelt, erhalten ein Exemplar des aktuellen US-Prospektnachtrags und des Prospekts vor ihrer Anlage in die Gesellschaft. Exemplare des US-Prospektnachtrags und des Prospekts sind auch kostenlos von der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

Besondere Bestimmungen für den Vertrieb von Anteilen in Japan

Anteile der Teilfonds sind und werden nicht nach Artikel 4, Absatz 1 des FIE-Gesetzes (Japan) registriert. Die Vertriebsstelle offeriert und verkauft in Japan Anteile nur im Wege einer Privatplatzierung an qualifizierte institutionelle Anleger (gemäß Definition des FIE-Gesetzes (Japan) und der Kabinettsverordnung, im Folgenden als „QIIs“ oder „Qualified Institutional Investors“ bezeichnet), entsprechend einer nach Artikel 2, Abs. 3, Punkt 2 (a) des FIE-Gesetzes (Japan) geltenden Ausnahmeregelung nach Einreichung einer Registrierungserklärung bezüglich einer ausländischen Anlagegesellschaft beim Commissioner der japanischen Finanzaufsichtsbehörde gemäß dem Gesetz über Investment-Trusts und Investmentgesellschaften in Japan (das „Investmentfondsgesetz“). Die im Wege einer Privatplatzierung an QIIs verkauften Anteile unterliegen Weiterverkaufsbeschränkungen, wonach solche Anteile auch nur an QIIs weiterverkauft werden dürfen.

Besondere Bestimmungen für den Vertrieb von Anteilen in Singapur

Die Teilfonds sind nicht von der Monetary Authority of Singapore („**MAS**“) zugelassen oder anerkannt und dürfen in Singapur nicht öffentlich Privatanlegern angeboten werden. Der Prospekt ist kein Prospekt im Sinne der Definition des Securities and Futures Act, Chapter 289, von Singapur („**SFA**“). Daher findet die gesetzliche Haftung nach dem SFA keine Anwendung in Bezug auf den Inhalt dieses Prospekts.

Der Prospekt wurde nicht als Prospekt bei der MAS registriert, und die Anteile werden nach den Ausnahmeregelungen gemäß Section 304 und 305 SFA angeboten. Demzufolge dürfen die Anteile Personen in Singapur weder direkt noch indirekt angeboten oder verkauft werden und Personen in Singapur nicht zur Zeichnung oder zum Kauf der Anteile aufgefordert werden, und der Prospekt oder sonstige Dokumente oder Materialien im Zusammenhang mit dem Angebot bzw. dem Verkauf oder der Aufforderung zur Zeichnung bzw. zum Kauf der Anteile dürfen weder direkt noch indirekt in Singapur in Umlauf gebracht oder an Personen in Singapur verteilt werden, vorbehaltlich der Ausnahmeregelungen im SFA für Angebote an (a) institutionelle Anleger (im Sinne von Section 4A SFA) gemäß Section 304 SFA, (b) maßgebliche Personen (im Sinne von Section 305 (5) SFA) oder Personen im Rahmen eines Angebots gemäß Section 305(2) SFA und unter den in Section 305 SFA genannten Voraussetzungen oder (c) anderweitig gemäß und unter den Voraussetzungen sonstiger anwendbarer Bestimmungen des SFA.

Werden die Anteile durch Personen erworben, bei denen es sich um maßgebliche Personen gemäß Section 405A des SFA handelt, nämlich:

- (a) eine Kapitalgesellschaft (die kein zulässiger Anleger (Accredited Investor) im Sinne von Section 4A SFA ist), deren einzige Geschäftstätigkeit im Halten von Beteiligungen besteht und deren gesamtes Gesellschaftskapital sich im Eigentum einer oder mehrerer natürlicher Personen befindet, die jeweils zulässige Anleger sind; oder
- (b) ein Trust (dessen Treuhänder kein zulässiger Anleger ist), dessen einziger Geschäftszweck im Halten von Beteiligungen besteht und dessen Begünstigte alle natürliche Personen und zulässige Anleger sind,

dürfen die Anteile, Schuldverschreibungen und Zertifikate von Anteilen und Schuldverschreibungen dieser Kapitalgesellschaft bzw. die Rechte und Beteiligungen (jeglicher Art) der Begünstigten an diesem Trusts für einen Zeitraum von sechs (6) Monaten, nachdem diese Kapitalgesellschaft bzw. dieser Trust die Anteile aufgrund eines Angebots gemäß Section 305 des SFA erworben hat, nicht übertragen werden, außer:

- (1) an institutionelle Anleger oder maßgebliche Personen im Sinne von Section 305(5) SFA oder im Rahmen eines in Section 275(1A) SFA bezeichneten Angebots (im Falle der Kapitalgesellschaft) oder im Rahmen eines Angebots, wonach diese Rechte oder Beteiligungen an dem Trust für eine Gegenleistung von mindestens 200.000 S\$ (bzw. dem Gegenwert in einer Fremdwährung) je Transaktion erworben werden, ungeachtet dessen, ob dieser Betrag bar gezahlt wird oder als Gegenleistung Wertpapiere oder andere Vermögenswerte übergeben werden (im Falle des Trusts);
- (2) wenn für die Übertragung keine Gegenleistung erbracht wird bzw. werden wird; oder
- (3) wenn die Übertragung von Rechts wegen erfolgt.

ANHANG 8: BESTEUERUNG IN IRLAND

Es folgt eine allgemeine Zusammenfassung der wesentlichen irischen Steueraspekte, die für die Gesellschaft und bestimmte Anleger in der Gesellschaft gelten, die die wirtschaftlichen Eigentümer der Anteile der Gesellschaft sind. Diese Zusammenfassung erhebt keinen Anspruch auf die vollständige Behandlung der Steuerfolgen für die Gesellschaft oder alle Anlegerkategorien, von denen einige besonderen Regelungen unterliegen können. Entsprechend hängt die Anwendbarkeit von den besonderen Umständen jedes Anteilhabers ab. Die folgenden Informationen stellen keine steuerliche Beratung dar. Anteilhaber und potenzielle Anleger sollten bezüglich der möglichen steuerlichen und sonstigen Folgen hinsichtlich des Kaufs, Besitzes, Verkaufs, der Umschichtung oder anderweitigen Veräußerung von Anteilen gemäß den Gesetzen ihres Landes der Eintragung, Gründung, Staatsbürgerschaft, Ansässigkeit oder des Aufenthaltsortes und angesichts ihrer besonderen Umstände ihre eigenen Fachberater konsultieren.

Die folgenden Aussagen zur Besteuerung beruhen auf der Beratung, die die Direktoren im Hinblick auf die in Irland geltenden Gesetze und Gepflogenheiten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Dokuments eingeholt haben. Änderungen hinsichtlich Gesetzgebung, Administration oder Rechtsprechung können zu einer Änderung der nachstehend beschriebenen steuerlichen Folgen führen. Wie bei jeder Anlage gibt es keine Garantie dafür, dass der Steuerstatus zu dem Zeitpunkt, zu dem eine Anlage getätigt wird, unverändert bleibt.

Besteuerung der Gesellschaft

Die Direktoren wurden davon in Kenntnis gesetzt, dass gemäß den geltenden irischen Gesetzen und Praktiken die Gesellschaft als Investmentgesellschaft im Sinne von § 739B des TCA gilt, so lange die Gesellschaft in Irland zu Steuerzwecken gebietsansässig ist. Dementsprechend unterliegt sie im Allgemeinen nicht der irischen Einkommens- und Kapitalertragssteuer.

Steuerpflichtige Transaktion

Eine Steuerpflicht in Irland kann jedoch bei so genannten „steuerpflichtigen Transaktionen“ innerhalb der Gesellschaft entstehen. Zu solchen steuerpflichtigen Transaktionen zählen Zahlungen oder Ausschüttungen an Anteilhaber, Einlösungen, Rückkäufe, Einziehungen oder Übertragungen von Anteilen sowie jede fiktive Veräußerung von Anteilen, wie nachstehend beschrieben, zu irischen Steuerzwecken aufgrund einer mindestens 8-jährigen Haltedauer von Anteilen der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist bei Eintritt einer steuerpflichtigen Transaktion gegebenenfalls verpflichtet, die diesbezügliche Steuer aus Anlagegeschäften einzubehalten und zu auszuweisen, je nach Standort oder steuerlichem Wohnsitz des Anteilhabers.

Eine Steuerpflicht in Irland entsteht im Falle einer steuerpflichtigen Transaktion dann nicht, wenn

- (a) der Anteilhaber weder in Irland gebietsansässig noch dort seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat („**in Irland nicht gebietsansässige Person**“) und der Anteilhaber (oder ein in dessen Namen handelnder Vermittler) die entsprechende Erklärung abgegeben hat und die Gesellschaft nicht in Besitz von Informationen ist, die Grund zur Annahme geben, dass die Angaben in der Erklärung im Wesentlichen nicht oder nicht mehr richtig sind, oder
- (b) der Anteilhaber ist eine in Irland nicht gebietsansässige Person und hat dies der Gesellschaft gegenüber bestätigt und die Gesellschaft ist im Besitz eines schriftlichen Genehmigungsbescheids von den irischen Steuerbehörden dahingehend, dass die Auflage zur Vorlage der erforderlichen Nichtansässigkeitserklärung in Bezug auf den Anteilhaber erfüllt worden ist und die Genehmigung nicht widerrufen wurde, oder
- (c) der Anteilhaber ein steuerbefreiter irischer Gebietsansässiger, wie nachstehend definiert, ist und er (oder ein in dessen Namen handelnder Vermittler) eine entsprechende Erklärung abgegeben hat.

Eine Bezugnahme auf einen **Vermittler** bezieht sich auf einen Vermittler im Sinne von § 739B(1) des TCA, d. h. eine Person, die (a) ein Geschäft betreibt, das den Erhalt von Zahlungen von einer Investmentgesellschaft für andere Personen beinhaltet bzw. umfasst, oder (b) im Namen anderer Personen Anteile an einer Investmentgesellschaft hält.

Liegt der Gesellschaft zum entsprechenden Zeitpunkt keine unterzeichnete und vollständig ausgefüllte diesbezügliche Erklärung oder ein Genehmigungsbescheid von den irischen Steuerbehörden (*Revenue*

Commissioners of Ireland), je nachdem, vor, wird davon ausgegangen, dass der Anteilhaber in Irland gebietsansässig ist oder dort seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat („**irischer Gebietsansässiger**“) und kein steuerbefreiter irischer Gebietsansässiger ist, und es entsteht eine Steuerpflicht.

Nicht unter die steuerpflichtigen Transaktionen fallen:

- Transaktionen (die unter anderen Umständen durchaus als steuerpflichtige Transaktion gelten könnten) mit Anteilen, die in einem anerkannten Clearing-System gehalten werden, das auf Anordnung der irischen Steuerbehörden (*Revenue Commissioners of Ireland*) bestimmt wurde; oder
- die Übertragung von Anteilen zwischen Eheleuten oder Lebensgefährten und die Übertragung von Anteilen zwischen Eheleuten oder ehemaligen Eheleuten bzw. Lebensgefährten oder ehemaligen Lebensgefährten anlässlich einer gerichtlichen Trennung und/oder Scheidung; oder
- der Umtausch eines Anteilhabers von Anteilen der Gesellschaft in andere Anteile der Gesellschaft auf Basis der rechtlichen Selbständigkeit, bei dem keine Zahlung an den Anteilhaber ergeht; oder
- ein Umtausch von Anteilen aufgrund der steuerbegünstigten Zusammenführung oder Umstrukturierung (im Sinne von § 739H des TCA) der Gesellschaft mit einer anderen Investmentgesellschaft; oder
- die Annullierung von Anteilen der Gesellschaft aus einem Umtausch im Zusammenhang mit einem Verschmelzungsplan (im Sinne von Section 739HA des TCA).

Falls die Gesellschaft im Falle einer steuerpflichtigen Transaktion steuerpflichtig wird, ist die Gesellschaft berechtigt, von Zahlungen, die auf diese steuerpflichtige Transaktion fällig werden, einen Betrag abzuziehen, der der entsprechenden Steuer entspricht und/oder die zur Zahlung der fälligen Steuer vom Anteilhaber gehaltenen erforderlichen Anteile zurückzukaufen oder zu löschen. Der jeweilige Anteilhaber hält die Gesellschaft schadlos gegen jegliche Verluste, die der Gesellschaft aufgrund der durch ein steuerpflichtiges Ereignis entstehenden Steuerpflicht entstehen.

Fiktive Veräußerungen

Die Gesellschaft ist berechtigt, unter bestimmten Umständen fiktive Veräußerungen steuerlich unberücksichtigt zu lassen. Macht der Gesamtwert von Anteilen in einem Teilfonds, die von Anteilhabern gehalten werden, die irische Gebietsansässige sind und bei denen es sich nicht um steuerbefreite irische Gebietsansässige, wie nachstehend definiert, handelt, mindestens 10 % des Nettoinventarwerts des Teilfonds aus, muss die Gesellschaft die auf eine fiktive Veräußerung anfallende Steuer in Bezug auf die Anteile in diesem Teilfonds, wie nachstehend beschrieben, berücksichtigen. Beträgt der Gesamtwert der Anteile des Teilfonds, die von solchen Anteilhabern gehalten werden, jedoch weniger als 10 % des Nettoinventarwerts des Teilfonds, kann und wird die Gesellschaft die fiktive Veräußerung erwartungsgemäß steuerlich unberücksichtigt lassen. In diesem Fall wird die Gesellschaft die jeweiligen Anteilhaber benachrichtigen, dass sie eine solche Wahl getroffen hat. Somit sind die betreffenden Anteilhaber verpflichtet, die Steuer im Rahmen der Selbstveranlagung selbst abzuführen. Nähere Angaben hierzu sind nachstehend unter der Überschrift „Besteuerung von in Irland gebietsansässigen Anteilhabern“ enthalten.

Irish Courts Service

Wenn Anteile vom Irish Courts Service gehalten werden, muss die Gesellschaft keine irischen Steuern auf eine steuerpflichtige Transaktion in Bezug auf diese Anteile berücksichtigen. Wenn Gelder, die der Kontrolle oder Verfügung eines Gerichts unterliegen, für den Erwerb von Anteilen an der Gesellschaft verwendet werden, übernimmt der Court Service vielmehr für diese Anteile die Verantwortung der Gesellschaft unter anderem in Hinblick auf Steuerabzüge im Falle von steuerpflichtigen Transaktionen und der Einreichung von Steuererklärungen.

Steuerbefreite, in Irland gebietsansässige Anteilhaber

Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, Steuern im Hinblick auf die folgenden Gruppen von Anteilhabern, die irische Gebietsansässige sind, abzuführen, sofern der Gesellschaft die erforderlichen Erklärungen von diesen Personen (oder einem in deren Namen handelnden Vermittler) vorliegen und die Gesellschaft nicht im Besitz von Informationen ist, die Grund zur Annahme geben, dass die Angaben in den Erklärungen im Wesentlichen nicht oder nicht mehr richtig sind. Ein Anteilhaber, der unter eine der nachstehend aufgeführten Kategorien fällt und der (direkt oder über einen Vermittler) der Gesellschaft die erforderliche Erklärung vorgelegt hat, wird nachstehend als „**steuerbefreiter irischer Gebietsansässiger**“ bezeichnet:

- (a) ein Pensionsplan, welcher ein steuerbefreites zugelassenes System im Sinne von § 774 des TCA darstellt, oder eine Rentenvereinbarung oder ein Investmentfonds gemäß § 784 oder 785 des TCA;
- (b) eine Lebensversicherungsgesellschaft im Sinne von § 706 des TCA;
- (c) eine Verwaltungsgesellschaft im Sinne von § 739 B(1) des TCA;
- (d) eine Investmentkommanditgesellschaft im Sinne von Section 739J des TCA;
- (e) ein Spezialfonds im Sinne von § 737 des TCA;
- (f) eine Wohltätigkeitsorganisation als Person gemäß § 739(6)(f)(i) des TCA;
- (g) eine steuerbegünstigte Verwaltungsgesellschaft im Sinne von § 739 B(1) des TCA;
- (h) ein Investmentfonds, auf den § 731 (5)(a) des TCA Anwendung findet;
- (i) eine Kraft § 784 A(2) des TCA oder § 848 B des TCA von der Einkommen- und Kapitalertragsteuerpflicht befreite Person, wenn die gehaltenen Anteile Anlagen eines genehmigten Pensionsfonds oder eines genehmigten Mindestpensionsfonds darstellen;
- (j) eine gemäß § 787I des TCA von der Einkommen- und Kapitalertragsteuerpflicht befreite Person, wenn die Anteile Anlagen eines PRSA, so wie in § 787A des TCA definiert, darstellen;
- (k) eine Kreditgenossenschaft (credit union) im Sinne von § 2 des Credit Union Act von 1997 in seiner jeweils gültigen Fassung;
- (l) die National Asset Management Agency;
- (m) eine Gesellschaft, die zur Abführung von Körperschaftsteuer gemäß Section 110(2) des TCA verpflichtet ist (Verbriefungsgesellschaften);
- (n) in bestimmten Fällen eine Gesellschaft, die der Körperschaftsteuer im Sinne von Section 739G(2) des TCA unterliegt, jedoch nur, wenn die Gesellschaft (oder ein Fonds) ein Geldmarktfonds ist;
- (o) die National Treasury Management Agency of Ireland oder ein Anlagefonds im Sinne von § 739D(6)(kb) des TCA; oder
- (p) jede andere Person, die in Irland gebietsansässig ist oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in Irland hat, welche gemäß den geltenden Steuergesetzen oder aufgrund der schriftlich niedergelegten Praxis oder einer Genehmigung der Steuerbehörden berechtigt ist, Anteile zu halten, ohne dass der Gesellschaft hieraus Steuern entstehen oder Steuerbefreiungen der Gesellschaft gefährdet werden.

Ein Anteilinhaber, der den Status eines steuerbefreiten irischen Gebietsansässigers hat, erhält keine Steuererstattung, falls er die erforderliche Erklärung nicht abgegeben hat. Eine Steuererstattung kann Anteilinhabern, die Unternehmen sind, nur dann gewährt werden, wenn sie der irischen Körperschaftsteuer unterliegen.

Besteuerung von nicht in Irland gebietsansässigen Anteilinhabern

Nicht in Irland gebietsansässige Anteilinhaber, die ggf. (direkt oder über einen Vermittler) die erforderliche Nichtansässigkeitserklärung (die „erforderliche Erklärung“) in Irland abgegeben haben, müssen ihre Erträge und Gewinne, die sie aus ihren Anlagen in der Gesellschaft erzielen, nicht in Irland versteuern. Ferner erfolgt kein Steuerabzug bei Ausschüttungen der Gesellschaft oder Zahlungen der Gesellschaft im Hinblick auf den Rückkauf, die Annullierung oder sonstige Veräußerung ihrer Anlagen. Solche Anteilinhaber sind im Allgemeinen nicht verpflichtet, aus dem Besitz oder der Veräußerung von Anteilen erzielte Erträge und Gewinne in Irland zu versteuern, es sei denn, die Anteile sind einer irischen Zweigniederlassung oder Vertretung eines solchen Anteilinhabers zuzuordnen.

Bei Eintreten eines Steuertatbestands werden Steuern wie vorstehend beschrieben in Abzug gebracht, falls ein Anteilinhaber es versäumt, die erforderliche Erklärung gegenüber dem Fonds abzugeben, es sei denn, der Fonds ist nicht dazu verpflichtet, erforderliche Erklärungen einzuholen (und wenn dies schriftlich von den irischen Steuerbehörden bestätigt wurde). Weiterhin ist der Fonds für den Fall, dass ihm Informationen vorliegen, die angemessenerweise nahelegen, dass die in der erforderlichen Erklärung enthaltenen Informationen im

Wesentlichen nicht mehr zutreffend sind, bei Eintreten eines Steuertatbestands in Bezug auf die Anteile des Anteilhabers zum Abzug der Steuern verpflichtet.

Hält eine nicht in Irland gebietsansässige Gesellschaft Anteile an der Gesellschaft, die einer irischen Zweigniederlassung oder Vertretung zurechenbar sind, so unterliegt eine solche Gesellschaft im Hinblick auf Erträge und Kapitalausschüttungen, die sie von der Gesellschaft erhält, im Rahmen der Selbstveranlagung der irischen Körperschaftsteuer.

Besteuerung von in Irland gebietsansässigen Anteilhabern

Steuerabzug

Steuern werden ebenfalls abgezogen und durch die Gesellschaft an die irischen Steuerbehörden abgeführt im Hinblick auf Ausschüttungen der Gesellschaft (außer bei Veräußerungen) an einen Anteilhaber, der in Irland gebietsansässig ist und bei dem es sich nicht um einen steuerbefreiten irischen Gebietsansässigen handelt, wenn der Anteilhaber eine Gesellschaft ist zu einem Steuersatz von 25 % und wenn der Anteilhaber keine Gesellschaft ist zu einem Steuersatz von 41 %.

Ebenso wird auf aus der Einlösung, dem Rückkauf oder der sonstigen Veräußerung von Anteilen durch solch einen Anteilhabererzielte Gewinne, wenn dieser eine Gesellschaft ist (und der Gesellschaft eine Erklärung mit der irischen Steuernummer vorgelegt hat), eine Steuer in Höhe von 25 % durch die Gesellschaft einbehalten und an die irischen Steuerbehörden abgeführt. Wenn der Anteilhaber keine Gesellschaft ist, beläuft sich die Steuer auf 41 %. Gewinne werden berechnet als Differenz zwischen dem Wert der Anlage des Anteilhabers in der Gesellschaft zum Zeitpunkt der steuerpflichtigen Transaktion und den ursprünglichen Kosten der Anlage, wie nach besonderen Bestimmungen berechnet.

Fiktive Veräußerungen

Steuern werden ebenfalls abgezogen und durch die Gesellschaft an die irischen Steuerbehörden abgeführt im Hinblick auf eine fiktive Veräußerung in Fällen, in denen der Gesamtwert der Anteile, die von in Irland gebietsansässigen Anteilhabern und bei denen es sich nicht um steuerbefreite irische Gebietsansässige handelt gehalten werden, mindestens 10 % des Nettoinventarwerts des Fonds beträgt. Eine fiktive Veräußerung tritt immer dann ein, wenn sich der Tag des Erwerbs der Anteile an dem Fonds durch den Anteilhaber zum achten Mal jährt. Der fiktive Gewinn entspricht der Differenz zwischen dem Wert der Anteile, den der Anteilhaber an dem Tag, der acht Jahre nach dem Erwerb der Anteile liegt, oder – nach Wahl der Gesellschaft – wie nachstehend beschrieben dem Wert der Anteile an dem der fiktiven Veräußerung vorausgehenden 30. Juni bzw. 31. Dezember (je nachdem, welcher dieser Tage später liegt) und den relevanten Kosten dieser Anteile. Der entstehende Überschussbetrag ist zum Steuersatz von 25 % zu versteuern, wenn der Anteilhaber eine Gesellschaft ist und zu 41 %, wenn der Anteilhaber keine Gesellschaft ist. Auf eine fiktive Veräußerung gezahlte Steuern sollten auf die Steuerverbindlichkeit bei einer tatsächlichen Veräußerung dieser Anteile angerechnet werden können.

In Fällen, in denen die Gesellschaft verpflichtet ist, fiktive Veräußerungen steuerlich zu berücksichtigen, wird davon ausgegangen, dass sie Gewinne, die in Irland gebietsansässigen Anteilhabern und bei denen es sich nicht um steuerbefreite irische Gebietsansässige handelt entstehen, unter Bezugnahme auf den Nettoinventarwert des jeweiligen Teilfonds an dem der fiktiven Veräußerung vorausgehenden 30. Juni bzw. 31. Dezember (je nachdem, welcher dieser Tage später liegt) anstatt des Werts der Anteile an dem Tag, der acht Jahre nach dem Erwerb der Anteile liegt, berechnet.

Die Gesellschaft kann fiktive Veräußerungen dann steuerlich unberücksichtigt lassen, falls der Gesamtwert der Anteile des betreffenden Teilfonds, die von in Irland gebietsansässigen Anteilhabern und bei denen es sich nicht um steuerbefreite irische Gebietsansässige handelt gehalten werden, weniger als 10 % des Nettoinventarwerts des Teilfonds ausmacht. In diesem Fall sind die betreffenden Anteilhaber verpflichtet, die fiktive Veräußerung im Rahmen der Selbstveranlagung steuerlich zu berücksichtigen. Der fiktive Gewinn wird berechnet als Differenz zwischen dem Wert der vom Anteilhaber gehaltenen Anteile am relevanten 8. Jahrestag und den relevanten Kosten dieser Anteile. Der entstehende Überschussbetrag gilt als steuerpflichtiger Betrag gemäß *Case IV, Schedule D* und ist zu einem Steuersatz von 25 % zu versteuern, wenn der Anteilhaber eine Gesellschaft ist und zu 41 %, wenn der Anteilhaber keine Gesellschaft ist. Auf fiktive Veräußerungen gezahlte Steuern sollten auf die Steuerverbindlichkeit bei einer tatsächlichen Veräußerung dieser Anteile angerechnet werden können.

Weitere irische Steuerschuld

Anteilhaber, die in Irland gebietsansässige juristische Personen sind und (einmal jährlich oder häufiger) Ausschüttungen erhalten, von denen ein Steuerabzug vorgenommen wurde, werden steuerlich so behandelt, als ob sie eine jährliche Zahlung erhalten hätten, die nach *Case IV, Schedule D* steuerpflichtig ist und von der Steuern zum Steuersatz von 41 % abgezogen wurden. In der Praxis können in Irland gebietsansässige juristische Personen eine Anrechnung des von diesen Ausschüttungen über den Körperschaftsteuersatz von 25 % hinaus in Abzug gebrachten Steuerbetrags erhalten. Solche Anteilhaber unterliegen vorbehaltlich der nachstehenden Anmerkungen im Hinblick auf die Besteuerung von Währungsgewinnen im allgemeinen keiner weiteren irischen Steuer auf Zahlungen, die sie bezüglich ihres Anteilbesitzes erhalten haben und von denen Steuern abgezogen worden sind. Ein Anteilhaber, der eine in Irland gebietsansässige juristische Person ist und die Anteile in Verbindung mit einem Gewerbe hält, ist im Hinblick auf die Erträge oder Gewinne, die er als Teil dieses Gewerbes von der Gesellschaft erhält, steuerpflichtig, wobei eine von der Gesellschaft für einen Teilfonds abgezogene Steuer mit der zahlbaren Körperschaftsteuer verrechnet wird.

Anteilhaber, bei denen es sich nicht um in Irland gebietsansässige juristische Personen handelt, unterliegen vorbehaltlich der nachstehenden Anmerkungen im Hinblick auf die Besteuerung von Währungsgewinnen im Allgemeinen keiner weiteren irischen Steuer auf Erträge, die in Zusammenhang mit den Anteilen erzielt werden, oder Gewinnen, die bei der Veräußerung der Anteile entstehen, falls die Gesellschaft die angemessene Steuer von den an solche Anteilhaber ausgezahlten Ausschüttungen abgezogen hat.

Erzielt ein Anteilhaber bei der Veräußerung von Anteilen einen Währungsgewinn, ist der Anteilhaber im Hinblick auf einen solchen Gewinn in dem Jahr/den Jahren der Veranlagung, in dem die Anteile veräußert werden, kapitalertragsteuerpflichtig.

Ein in Irland gebietsansässiger Anteilhaber, der kein steuerbefreiter, in Irland Gebietsansässiger ist und der eine Ausschüttung erhält, von der kein Steuerabzug vorgenommen wurde (beispielsweise weil die Anteile in einem anerkannten Clearing-System gehalten werden), ist im Hinblick auf einen solchen Ausschüttungsbetrag einkommensteuer- oder körperschaftsteuerpflichtig. Ein solcher Anteilhaber, der einen Gewinn aus der Einlösung, Rückkauf, Annullierung oder Übertragung von Anteilen erzielt, von dem kein Steuerabzug vorgenommen wurde (beispielsweise weil die Anteile in einem anerkannten Clearing-System gehalten werden), ist im Hinblick auf einen solchen Gewinn im Rahmen der Selbstveranlagung und insbesondere unter Teil 41 TCA einkommensteuer- oder körperschaftsteuerpflichtig. Anteilhaber, die Privatpersonen sind, sollten ferner beachten, dass ein Verstoß gegen diese Bestimmung eine Besteuerung zu ihrem Grenzsteuersatz (derzeit bis zu 41 %) auf Gewinne und Erträge, zuzüglich einem Bußgeld, Hebelwirkung und Zinsen nach sich ziehen kann.

Ausländische Dividenden

(Etwaige) Dividenden und Zinsen, welche die Gesellschaft im Hinblick auf Anlagen (mit Ausnahme von Wertpapieren irischer Emittenten) erzielt, können in den Ländern, in denen die Emittenten der Wertpapiere ansässig sind, der Steuer, einschließlich der Quellensteuer, unterliegen. Es ist nicht bekannt, ob die Gesellschaft im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen, die Irland mit verschiedenen Staaten geschlossen hat, von niedrigeren Quellensteuersätzen profitieren kann.

Sollte die Gesellschaft jedoch eine Quellensteuererstattung erhalten, so wird der Nettoinventarwert des jeweiligen Teilfonds nicht neu ermittelt; stattdessen wird der Nutzen einer solchen Rückzahlung den zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Anteilhabern zum Zeitpunkt der Rückzahlung anteilig zugerechnet.

Anlageorganismus mit persönlicher Anlagenselektion („PPIU“)

Ein Anlageorganismus gilt in Bezug auf einen bestimmten in Irland ansässigen Anteilhaber als Anlageorganismus mit persönlicher Anlagenselektion („PPIU“), wenn dieser in Irland ansässige Anteilhaber Einfluss auf die Auswahl einiger oder aller Vermögenswerte des Anlageorganismus hat. Der Anlageorganismus ist nur in Bezug auf diejenigen in Irland ansässigen Anteilhaber ein PPIU, die die Auswahl beeinflussen können. Jeder Gewinn, der aus einem Steuertatbestand im Zusammenhang mit einem PPIU entsteht, wird mit dem Steuersatz von 60 % besteuert. Ein Organismus gilt nicht als PPIU, wenn bestimmte Bedingungen gemäß Beschreibung in Section 739BA des TCA erfüllt sind.

Stempelsteuer

COO/674690-000012/

Als Investmentgesellschaft (*Investment Undertaking*) im Sinne von Section 739B des TCA unterliegt die Gesellschaft hinsichtlich der Ausgabe, Übertragung oder des Rückkaufs von Anteilen der Gesellschaft keiner Stempelsteuer. Erfolgt die Zeichnung bzw. Rückkauf von Anteilen durch eine physische Übertragung von irischen Wertpapieren oder sonstigem irischem Vermögen, kann die Übertragung solcher Wertpapiere oder solchen Vermögens der irischen Stempelsteuer unterliegen.

Die Gesellschaft muss in Irland keine Stempelsteuer entrichten bei der Übertragung von Wertpapieren oder börsengängigen Wertpapieren einer nicht in Irland registrierten Gesellschaft, sofern sich die Übertragung nicht auf in Irland gelegene unbewegliche Anlagegüter oder auf Rechte oder Anteile an einem solchen Vermögen oder auf Wertpapiere oder börsengängige Wertpapiere einer in Irland registrierten Gesellschaft (mit Ausnahme einer Gesellschaft, die als Investmentgesellschaft im Sinne von § 739B des TCA gilt) bezieht.

Automatischer Informationsaustausch

Der Fonds ist gemäß den Vorschriften des IGA, der Richtlinie 2011/16/EU des Rates und der §§ 819E bis 819G des TCA und der im Verbindung mit den letzteren Paragraphen erlassenen Bestimmungen verpflichtet, bestimmte Daten in Bezug auf ihre Anleger zu sammeln.

Der Fonds ist verpflichtet, den irischen Steuerbehörden bestimmte Daten über die Anleger (einschließlich Informationen über den Steuerwohnsitz eines Anlegers) und in Bezug auf die von Anlegern gehaltenen Konten zur Verfügung zu stellen. Weitere Informationen zu FATCA und CRS finden Sie auf der Seite der irischen Steuerbehörden auf www.revenue.ie/en/business/aeoi/index.html.

Weitere Einzelheiten zum FATCA und zum CRS sind weiter unten enthalten.

FATCA-Umsetzung in Irland

Am 21. Dezember 2012 unterzeichneten Irland und die Vereinigten Staaten das zwischenstaatliche Abkommen (IGA).

Das IGA erhöht die Menge an steuerlichen Informationen, die zwischen Irland und den Vereinigten Staaten automatisch ausgetauscht werden, deutlich. Das Abkommen sieht eine automatische Berichterstattung sowie einen Austausch von Informationen in Bezug auf von US-Personen bei irischen „Finanzinstituten“ gehaltenen Konten vor, sowie umgekehrt den Austausch von Informationen in Bezug auf Konten, die von in Irland ansässigen Personen bei US-Instituten gehalten werden. Die Gesellschaft unterliegt diesen. Die Einhaltung dieser Bedingungen erfordert vom Fonds, dass er bestimmte Informationen und Dokumente von seinen Anteilhabern, anderen Kontoinhabern und (wo zutreffend) den wirtschaftlichen Eigentümern seiner Anteilhaber anfordert und Informationen und Dokumente, die auf ein direktes oder indirektes Eigentum durch US-Personen hindeuten, an die zuständigen Behörden in Irland weiterleitet. Anteilhaber und andere Kontoinhaber müssen sich an diese Auflagen halten. Anteilhaber, die dagegen verstoßen, können einer Zwangsrücknahme und/oder einer US-Quellensteuer von 30 % auf abzugsfähige („withholdable“) Zahlungen und/oder anderen Geldstrafen unterliegen.

Das IGA sieht vor, dass irische Finanzinstitute der Steuerbehörde gegenüber US-Kontoinhaber melden und dass im Gegenzug US-Finanzinstitute verpflichtet sind, der IRS ansässige irische Kontoinhaber zu melden. Die beiden Steuerbehörden werden sodann diese Informationen auf jährlicher Basis automatisch untereinander austauschen.

Die Gesellschaft (und/oder ihre ordnungsgemäß ernannten Vertreter) sind dazu berechtigt, von Anteilhabern zu verlangen, Informationen über ihre steuerliche Position, ihre Identität oder ihren Wohnsitz zu übermitteln, um Berichterstattungspflichten zu erfüllen, die die Gesellschaft infolge des IGAs oder etwaiger Gesetze, die in Zusammenhang mit dem Abkommen verabschiedet werden, zu erfüllen hat. Durch die Zeichnung oder das Halten von Anteilen wird unterstellt, dass die Anteilhaber der automatischen Offenlegung dieser Angaben durch die Gesellschaft oder eine andere Person an die relevanten Steuerbehörden zugestimmt haben.

Common Reporting Standard der OECD

Irland hat den CRS durch § 891F des TCA und die Verabschiedung der RCS Regulations umgesetzt.

Der CRS ist eine globale Initiative der OECD zum Austausch von Steuerinformationen, deren Ziel es ist, einen
COO/674690-000012/

koordinierten Ansatz zur Offenlegung der Einkünfte von Privatpersonen und Unternehmen zu fördern.

Irland und mehrere andere Länder haben auf Grundlage des von der OECD veröffentlichten Standards über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten multilaterale Abkommen abgeschlossen oder werden diese abschließen. Der Fonds ist verpflichtet, den irischen Steuerbehörden bestimmte Angaben zu Anlegern machen, die in einem Land ansässig sind oder gegründet wurden, das an den CRS-Vorkehrungen teilnimmt.

Der Fonds oder eine von ihm ernannte Person wird bestimmte Informationen über den Steuerwohnsitz ihrer Anteilhaber oder „Kontoinhaber“ für die Zwecke von CRS anfordern oder einholen und kann (sofern zutreffend) auch Informationen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Eigentümern dieser Kontoinhaber anfordern. Der Fonds oder eine von dem Fonds ernannte Person wird die angeforderten Informationen bis zum 30. Juni des Jahres nach dem Veranlagungsjahr, für das eine Steuererklärung fällig ist, den irischen Steuerbehörden melden. Die irischen Steuerbehörden werden die sachdienlichen Informationen mit den zuständigen Steuerbehörden der beteiligten Länder austauschen. Irland führte die CRS-Vorschriften im Dezember 2015 ein, und die Umsetzung des CRS unter den Ländern, die diesen frühzeitig umsetzten (zusammen mit Irland 44 Länder), erfolgte mit Wirkung vom 1. Januar 2016.

Ansässigkeit

Im Allgemeinen handelt es sich bei den Anlegern der Gesellschaft um natürliche Personen, juristische Personen oder Trusts. Nach irischen Rechtsbestimmungen können sowohl natürliche Personen als auch Trusts gebietsansässig sein oder einen gewöhnlichen Aufenthaltsort bzw. Sitz haben. Bei juristischen Personen gibt es das Prinzip des gewöhnlichen Aufenthaltsortes nicht.

Natürliche Personen

Prüfung der Ansässigkeit

Eine natürliche Person wird für ein Steuerjahr als in Irland gebietsansässig betrachtet, wenn sie sich: (1) für einen Zeitraum von mindestens 183 Tagen in einem einzelnen Steuerjahr; oder (2) für einen Zeitraum von mindestens 280 Tagen in zwei aufeinander folgenden Steuerjahren in Irland aufhält, wobei die Person in jedem Steuerjahr mindestens 31 Tage in Irland gebietsansässig sein muss. Bei der Bestimmung der Tage, an denen sich eine natürliche Person in Irland aufhält, werden für Zeiträume bis zum 31. Dezember 2008 sämtliche Tage berücksichtigt, an denen sich die Person am Ende des Tages (Mitternacht) im Land befindet. Seit dem 1. Januar 2009 gilt, dass sich eine Person im Lande aufhält, wenn er/sie sich zu einer beliebigen Zeit während des Tages im Lande aufhält. Daher zählt für Steuerjahre ab dem 1. Januar 2009 jeder Tag, an dem sich die betreffende Person in Irland aufhält, bei der Ermittlung der Gesamtanzahl der in Irland verbrachten Tage für die Zwecke der Gebietsansässigkeit.

Gilt eine natürliche Person in einem bestimmten Steuerjahr nicht als in Irland gebietsansässig, so kann diese Person unter bestimmten Voraussetzungen wählen, dass sie dennoch als Steuerinländer behandelt wird.

Prüfung des gewöhnlichen Aufenthalts

War eine natürliche Person in den drei vorhergehenden Steuerjahren in Irland gebietsansässig, so gilt diese Person ab dem Beginn des vierten Jahres als Person mit „gewöhnlichem Aufenthalt“ in Irland. Eine natürliche Person bleibt so lange Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in Irland, bis diese wiederum in drei aufeinander folgenden Steuerjahren nicht in Irland gebietsansässig war. . Somit behält eine natürliche Person, die 2013 in Irland ansässig ist und ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, bis zum Ende des Steuerjahres 2016 ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Irland.

Trusts

Ein Trust gilt im Allgemeinen als in Irland ansässig, wenn alle Treuhänder in Irland ansässig sind und der Trust in Irland verwaltet wird. Treuhänder, die nicht sicher sind, ob der Trust als in Irland ansässig zu betrachten ist, wird empfohlen, sich diesbezüglich gesondert beraten zu lassen.

Betriebliche Anleger

COO/674690-000012/

Ein Unternehmen, dessen zentrale Verwaltung und Leitung sich in Irland befindet, ist gebietsansässig in Irland, unabhängig davon, wo es eingetragen ist. Ein Unternehmen, dessen zentrale Verwaltung und Leitung sich nicht in Irland befindet, das aber in Irland eingetragen ist, gilt als in Irland gebietsansässig, außer wenn das Unternehmen gemäß einem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Irland und diesem anderen Land als nicht in Irland gebietsansässig gilt. In bestimmten begrenzten Fällen werden Unternehmen, die in Irland eingetragen sind, deren Leitung und Kontrolle sich jedoch in einem Land befindet, das nicht Gegenstand eines Doppelbesteuerungsabkommens ist, als nicht in Irland ansässig erachtet. Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2015 eingetragen wurden, können bestimmten anderen Vorschriften unterliegen.

Veräußerung von Anteilen und irische Kapitalerwerbsteuer

(a) **Personen, die in Irland gebietsansässig sind oder deren gewöhnlicher Aufenthalt sich in Irland befindet**

Bei einer Veräußerung von Anteilen durch Schenkung oder Vererbung, bei der der Erblasser bzw. Schenker in Irland gebietsansässig ist oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat bzw. der Begünstigte in Irland gebietsansässig ist oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat, kann der Begünstigte (Schenkungsempfänger bzw. Erbe) in Bezug auf die veräußerten Anteile in Irland kapitalerwerbsteuerpflichtig werden.

(b) **Personen, die nicht in Irland gebietsansässig sind oder deren gewöhnlicher Aufenthalt sich nicht in Irland befindet**

Als Investmentgesellschaft (Investment Undertaking) im Sinne von Section 739B des TCA unterliegt die Gesellschaft im Hinblick auf die Veräußerung von Anteilen nicht der irischen Kapitalerwerbsteuer, vorausgesetzt dass:

- die Anteile am Tag der Schenkung oder Vererbung und am Bewertungstag in der Schenkung bzw. dem Erbe enthalten sind;
- der Schenker bzw. Erblasser am Tag der Veräußerung weder in Irland gebietsansässig ist noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat; und
- der Begünstigte am Tag der Veräußerung weder in Irland gebietsansässig ist noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Irland hat.

ANHANG 9: LISTE DER UNTERVERWAHRSTELLEN

Die Verwahrstelle hat die in Artikel 22(5)(a) OGAW V dargelegten Aufgaben auf die State Street Bank and Trust Company mit eingetragenem Sitz in Copley Place 100, Huntington Avenue, Boston, Massachusetts 02116, USA übertragen, die sie als ihre globale Unterverwahrstelle bestellt hat.

Zum Datum dieses Prospekts hat die State Street Bank and Trust Company als globale Unterverwahrstellen lokale Unterverwahrstellen innerhalb des Netzwerks von State Street Global Custody Network, wie nachstehend aufgeführt, bestellt.

MARKT	UNTERVERWAHRSTELLE
Albanien	Raiffeisen Bank sh.a.
Australien	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited
Österreich	Deutsche Bank AG
	UniCredit Bank Austria AG
Bahrain	HSBC Bank Middle East Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Bangladesch	Standard Chartered Bank
Belgien	Deutsche Bank AG, Netherlands (mit Geschäftsniederlassung in Amsterdam und Unterstützung ihrer Zweigniederlassung in Brüssel)
Benin	über Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Côte d'Ivoire
Bermuda	HSBC Bank Bermuda Limited
Föderation Bosnien und Herzegowina	UniCredit Bank d.d.
Botswana	Standard Chartered Bank Botswana Limited
Brasilien	Citibank, N.A.
Bulgarien	Citibank Europe plc, Bulgaria Branch
	UniCredit Bulbank AD
Burkina Faso	über Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast
Kanada	State Street Trust Company Canada
Chile	Banco Itaú Chile S.A.
Volksrepublik China	HSBC Bank (China) Company Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
	China Construction Bank Corporation (nur für den Markt chinesischer A-Aktien)
	Citibank N.A. (für Shanghai – nur Hong Kong Stock Connect Markt)
	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited (für Shanghai – nur Hong Kong Stock Connect Markt)
	Standard Chartered Bank (Hong Kong) Limited (für Shanghai – Hong Kong Stock Connect Markt)
Kolumbien	Cititrust Colombia S.A. Sociedad Fiduciaria

Costa Rica	Banco BCT S.A.
Kroatien	Privredna Banka Zagreb d.d.
	Zagrebacka Banka d.d.
Zypern	BNP Paribas Securities Services, S.C.A., Griechenland (über ihre Zweigniederlassung in Athen)
Tschechische Republik	Československá obchodní banka, a.s.
	UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s.
Dänemark	Nordea Bank AB (publ), Sweden (über ihre Tochtergesellschaft Nordea Bank Danmark A/S)
	Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ), Sweden (über ihre Zweigniederlassung in Kopenhagen)
Ägypten	HSBC Bank Egypt S.A.E. (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Estland	AS SEB Pank
Finnland	Nordea Bank AB (publ), Sweden (über ihre Tochtergesellschaft Nordea Bank Finland Plc.)
	Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ), Sweden (über ihre Zweigniederlassung in Helsinki)
Frankreich	Deutsche Bank AG, Netherlands (mit Geschäftsniederlassung in Amsterdam und Unterstützung ihrer Zweigniederlassung in Paris)
Republik Georgien	JSC Bank of Georgia
Deutschland	State Street Bank GmbH
	Deutsche Bank AG
Ghana	Standard Chartered Bank Ghana Limited
Griechenland	BNP Paribas Securities Services, S.C.A.
Guinea-Bissau	über Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast
Hongkong	Standard Chartered Bank (Hong Kong) Limited
Ungarn	Citibank Europe plc Magyarországi Fióktelepe
	UniCredit Bank Hungary Zrt.
Island	Landsbankinn hf.
Indien	Deutsche Bank AG
	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited
Indonesien	Deutsche Bank AG
Irland	State Street Bank and Trust Company, Zweigniederlassung im Vereinigten Königreich
Israel	Bank Hapoalim B.M.
Italien	Deutsche Bank S.p.A.
Elfenbeinküste	Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A.
Japan	Mizuho Bank, Limited

	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited
Jordanien	Standard Chartered Bank
Kasachstan	JSC Citibank Kazakhstan
Kenia	Standard Chartered Bank Kenya Limited
Republik Korea	Deutsche Bank AG
	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited
Kuwait	HSBC Bank Middle East Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Lettland	AS SEB banka
Libanon	HSBC Bank Middle East Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Litauen	AB SEB bankas
Malawi	Standard Bank Limited
Malaysia	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad
	Standard Chartered Bank Malaysia Berhad
Mali	über Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast
Mauritius	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited
Mexiko	Banco Nacional de México, S.A.
Marokko	Citibank Maghreb
Namibia	Standard Bank Namibia Limited
Niederlande	Deutsche Bank AG
Neuseeland	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited
Niger	über Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast
Nigeria	Stanbic IBTC Bank Plc.
Norway	Nordea Bank AB (publ), Sweden (über ihre Tochtergesellschaft Nordea Bank Norge ASA)
	Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ), Sweden (über ihre Zweigniederlassung in Oslo)
Oman	HSBC Bank Oman S.A.O.G. (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Pakistan	Deutsche Bank AG
Panama	Citibank, N.A.
Peru	Citibank del Perú, S.A.
Philippinen	Deutsche Bank AG
Polen	Bank Handlowy w Warszawie S.A.
	Bank Polska Kasa Opieki S.A

Portugal	Deutsche Bank AG, Netherlands (mit Geschäftsniederlassung in Amsterdam und Unterstützung ihrer Zweigniederlassung in Lissabon)
Puerto Rico	Citibank N.A.
Katar	HSBC Bank Middle East Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Rumänien	Citibank Europe plc, Dublin – Zweigniederlassung in Rumänien
Russland	Limited Liability Company Deutsche Bank
Saudi-Arabien	HSBC Saudi Arabia Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Senegal	über Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast
Serbien	UniCredit Bank Serbia JSC
Singapur	Citibank N.A.
	United Overseas Bank Limited
Slowakei	UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s.
Slowenien	UniCredit Banka Slovenija d.d.
Südafrika	FirstRand Bank Limited
	Standard Bank of South Africa Limited
Spanien	Deutsche Bank S.A.E.
Sri Lanka	The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited
Republik Srpska	UniCredit Bank d.d.
Swasiland	Standard Bank Swaziland Limited
Schweden	Nordea Bank AB (publ)
	Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ)
Schweiz	Credit Suisse AG
	UBS Switzerland AG
Taiwan - R.O.C.	Deutsche Bank AG
	Standard Chartered Bank (Taiwan) Limited
Tansania	Standard Chartered Bank (Tanzania) Limited
Thailand	Standard Chartered Bank (Thai) Public Company Limited
Togo	über Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast
Tunesien	Banque Internationale Arabe de Tunisie
Türkei	Citibank, A.Ş.
	Deutsche Bank A.Ş.
Uganda	Standard Chartered Bank Uganda Limited
Ukraine	PJSC Citibank

Vereinigte Arabische Emirate Dubai Financial Market	HSBC Bank Middle East Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Vereinigte Arabische Emirate Dubai International Financial Center	HSBC Bank Middle East Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Vereinigte Arabische Emirate Abu Dhabi	HSBC Bank Middle East Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Großbritannien	State Street Bank and Trust Company, Zweigniederlassung im Vereinigten Königreich
Uruguay	Banco Itaú Uruguay S.A.
Venezuela	Citibank, N.A.
Vietnam	HSBC Bank (Vietnam) Company Limited (als Beauftragte von The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited)
Sambia	Standard Chartered Bank Zambia Plc.
Simbabwe	Stanbic Bank Zimbabwe Limited (als Beauftragte von Standard Bank of South Africa Limited)

Zusätzliche Informationen für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland

1. Russell Investments Limited Zweigniederlassung Frankfurt am Main, OpernTurm, Bockenheimer Landstraße 2-4, 60306 Frankfurt am Main, Deutschland, hat die Funktion der Informationsstelle für die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland übernommen (nachfolgend die „deutsche Informationsstelle“).
2. Rücknahme- und Umtauschanträge in Bezug auf die Anteile der Gesellschaft können Anteilinhaber in Deutschland bei ihrer einschlägigen depot- bzw. kontoführenden Bank einreichen, über welche sie auch etwaige Rücknahmeerlöse, Ausschüttungen und sonstige Zahlungen, die an die Anteilinhaber der Gesellschaft zu leisten sind, erhalten. Darüber hinaus können Rücknahme- und Umtauschanträge auch bei dem Administrator State Street Custodial Services (Ireland) Limited 78 Sir John Rogerson's Quay Dublin 2 Irland eingereicht werden. Auf Anfrage des Anteilinhabers erhält dieser Rücknahmeerlöse, Ausschüttungen und sonstige Zahlungen, die an die Anteilinhaber der Gesellschaft zu leisten sind, auch über den Administrator.
3. Bei der deutschen Informationsstelle sind der aktuell gültige Verkaufsprospekt für Deutschland zusammen mit dem ersten Prospektzusatz vom 16. August 2017, die aktuell gültigen wesentlichen Anlegerinformationen, die Gründungsurkunde und Satzung sowie der letzte veröffentlichte Jahres- und Halbjahresbericht einsehbar und kostenlos postalisch oder elektronisch erhältlich. Ein Exemplar der Vergütungspolitik in Papierformat ist kostenlos auf Anfrage bei der deutschen Informationsstelle erhältlich.

Mitteilungen an die Anteilinhaber sind kostenlos bei der deutschen Informationsstelle erhältlich und werden per Anlegerschreiben mitgeteilt.

4. Der Nettoinventarwert pro Anteil der nachfolgend aufgeführten Anteilklassen jedes Teilfonds sowie die jeweiligen Ausgabe- und Rücknahmepreise sind kostenlos bei der deutschen Informationsstelle an jedem Bankarbeitstag in Frankfurt am Main erhältlich. Die Ausgabe- und Rücknahmepreise der aufgeführten Anteilklassen werden ferner zusammen mit den Zwischengewinnen und der Summe der dem Inhaber der ausländischen Investmentanteile nach dem 31. Dezember 1993 als zugeflossen geltenden auf www.fundinfo.com veröffentlicht:

Name des Teilfonds	Anteilklasse
Russell Investments Multi-Factor Global Equity Fund	A Euro
Russell Investments Euro Credit	B EURO INCOME, B EURO, I EURO
Russell Investments Global High Dividend Equity	I US\$, B EURO INCOME
Russell Investments Global Listed Infrastructure	B EURO INCOME, I EURO INCOME
Russell Investments US Credit	B US\$, I US\$
Russell Investments Global Low Carbon Equity Fund	A Euro

5. Zusätzlich zu einer Information mittels Anlegerschreibens werden Anteilinhaber über die nachfolgenden Änderungen mittels Veröffentlichung im Bundesanzeiger unterrichtet:
 - Aussetzung der Rücknahme der Anteile eines Teilfonds;
 - Kündigung der Verwaltung eines Teilfonds oder dessen Abwicklung;
 - Änderungen der Satzung oder des Verkaufsprospekts, die mit den bisherigen Anlagegrundsätzen nicht vereinbar sind, sowie Änderungen, die wesentliche Anlegerrechte berühren oder die

Vergütungen und Aufwendererstattungen betreffen, die aus dem Teilfondsvermögen entnommen werden;

- die Verschmelzung eines Teilfonds; und, sofern einschlägig,
- die Umwandlung eines Teilfonds in einen Feederfonds oder die Änderung eines Masterfonds.

6. Bei Fragen zu den steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Gesellschaft wenden Sie sich bitte an Ihren Steuerberater.

7. **Für folgende Teilfonds der Gesellschaft ist keine Anzeige des Vertriebs in Deutschland nach § 310 Kapitalanlagegesetzbuch erstattet worden:**

Global Climate Change

Global Focus Equity

Europe Focus Equity

Anteile der vorgenannten Teilfonds dürfen in Deutschland nicht vertrieben werden.